NR. 14 2/84 4.–DM

schwarzer FADEN

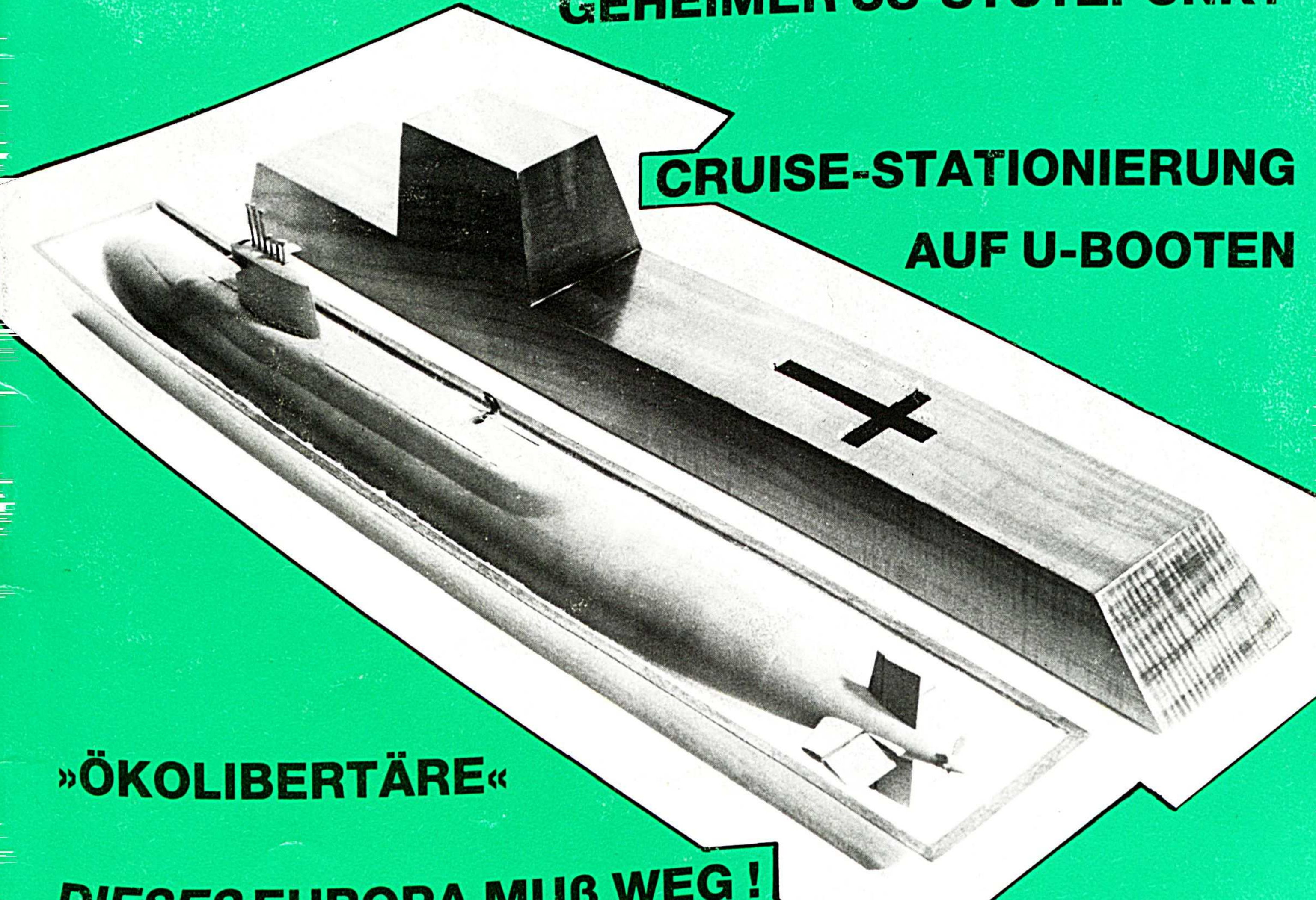
ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

ARBEIT, ENTROPIE, APOKALYPSE

TOLSTOJS REFORMPÄDAGOGIK

GEHEIMER US-STÜTZPUNKT

CRUISE-STATIONIERUNG AUF U-BOOTEN



»ÖKOLIBERTÄRE«

DIESES EUROPA MUß WEG !

Zu diesem Heft

Trotz des »Satzes«, mit dem wir mehr Inhalte auf den 64 Seiten unterbringen, konnten wir dieses Mal nicht alles im SF abdrucken, was wir wichtig und gut fanden. D.h. einige Artikel wurden aufgeschoben, andere in den FLI-Rundbrief gesetzt oder ganz abgelegt. Parallel zu den FLI-Treffen – ergänzt der Schwerpunkt »ARBEIT« in dieser Nummer den Schwerpunkt »ANTIMILITARISMUS« . Die Beiträge sind bewußt widersprüchlich, was auch den Diskussionsstand beim FLI ausdrückt. Daß »Antimilitarismus« trotzdem aktuell bleibt, wird besonders in Owen Wilkens Beitrag deutlich; die Recherchen des neuseeländischen Friedensforschers (aus Schweden – bis dahin bei SIPRI – ausgewiesen) sind bisher nur von der dänischen Tageszeitung »INFORMATION« aufgegriffen worden – wir sind gespannt, wer sich als erster getraut, den SF zu zitieren. Die U-Boot-Atomraketenpolitik ging zu unserer Überraschung noch immer nicht in die Diskussion der »Friedensbewegung« mit ein – uns liegt das Material nun bald ein 3/4 Jahr vor; finanzielle und zeitliche Engpäße haben uns immer wieder gezwungen, die Veröffentlichung der Broschüre aufzuschieben, – deshalb in dieser Nummer (nach Nr. 12: COB-Flugplätze) der 2. Auszug.

Neben diesen wichtigen Themen geben wir diesmal auch unsere »vornehme Zurückhaltung« auf und versuchen die »Ökolibertären« auseinanderzunehmen; die »Mackay-Gesellschaft« lassen wir das in einer 4-seitigen »Sondernummer« selbst besorgen (auch dafür war der Platz im SF nicht ausreichend und wohl auch zu schade. Wen's interessiert, schicke 2.-DM in Briefmarken für Porto-etc. -Kosten; nur gegen Vorauskasse!). Trotz unserer Arroganz (?) hoffen wir weiterhin auf eure tatkräftige Mitarbeit und Mithilfe: die 64 Seiten, wie sie euch vorliegen, werden unter folgendem Aufwand hergestellt:

Unbezahlte Büroarbeit (1 Std. täglich), Satzarbeiten (ca. 2 Wochen), Lay Out- (ca. 2 Wochen), Vertriebsarbeit (ca. 3 Tage).
Unterbezahlte Druckerarbeit und Weiterverarbeitung (dank an die Karlsruher Genossen und Genossinnen!).

Bleiben an Unkosten – für den Druck: ca.2200.-DM; Satz: ca.400.-DM (Entwicklung, Gerätekosten usw.); Versan- und Lay Out Material: ca. 400.-DM; Transportkosten: ca.100.-DM; Porto: ca. 800.-DM; Telefon und Anzeigen bezahlt der Trotzdem-Verlag. Trotz dieser Bedingungen also UNkosten von ca. 3900.-DM pro Nummer. Bei 1240 ABO's (incl. einige Frei-, Knast-, Austauschabos, incl. ca. 170 Vertriebsexemplare zu 40% bzw. 50%) ist die Zeitschrift mit ca. 3400.-DM Einnahmen einigermaßen gedeckt. 300.- bis 400.-DM Spenden, ca. 50.- bis 100.-DM Anzeigen gleichen die Bilanz insoweit aus, daß sich die Zeitung selbst trägt. Da die ABOkurve ansteigt, sind wir optimistisch, daß dies auch in Zukunft so bleibt bzw. eher besser wird, damit z.B. der Setzer oder die Drucker auch mal »Lohn« bekommen können. Dieser »Einblick« sei für all diejenigen, denen der SF wichtig genug ist, um auch mal eine Spende zu gewähren. Danke – und nun viel Spaß beim Lesen, Diskutieren, Zerfetzen – manche lesen ja Zeitschriften von hinten, für die wäre also der Hinweis interessant: der nächste SF hat den Schwerpunkt »KUNST und ANARCHIE« (Redaktionsschluß: 15.6.84)

Eure Redaktion



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: FLI – Forum für libertäre Informationen
V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht *die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel werden diskutiert; über einen Abdruck entscheidet die Redaktion der jeweiligen Nummer; ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht; Nachdrucke sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht, Abdrucke erfolgen honorarfrei.*
Auflage: 1700 Exemplare; Satz: Trotzdem-Verlag; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Anzeigenpreise: 1 Spalte: 100.-DM + MWST; 1/2 Seite: 150.-DM; 1 Seite: 500.-DM. SF-Konto: F. Kamann - PSK Stuttgart - Ktonr. 57463 – 703; Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN – REDAKTION, Obere Weibermarktstr. 3, 7410 Reutlingen; Tel. 07121/370494; ISSN: 0722 – 8988.

BÜCHER, die die Readktion erhalten hat. Eine Rezension behalten wir uns zusätzlich vor.
- Stefan Blankertz: Kritischer Pragmatismus – Zur Soziologie Paul Goodmans; Büchse der Pandora Verlag, Wetzlar 1983
- Sam Dolgoff: Leuchtfeuer in der Karibik – Libertäre Kritik an KUBA, Libertad Verlag, Berlin 1983
- Kunold/Lommel: Männersuche, Winddruck Verlag, Siegen 1984
- Peter Schöttler: Die Entstehung der »Bourses du Travail« – Sozialpolitik und französischer Syndikalismus Ende des 19.Jh.; Campus-Verlag, Frankfurt 1982

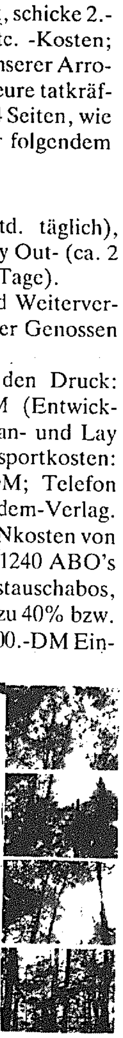
Spendenliste:
H.G., Worms 10.-; G.B., Weisendorf 5.-; P.K., Hamburg 15.-; E.K., Eitorf 30.-; W.A., Göttingen 20.-; W.B., Erlenbach 15.-; U.D., Köln 14.-; KNPT, Köln 100.-; M.B., Lu-Mannheim 50.-; F.M., Hamburg Bücher; B.S., Tübingen 6.-; D.S., Berlin 20.-; K.G., Essen 5.-; I.W., Berlin 20.-; O.R., Laufenburg Bücher etc.; N.H., Nürnberg 25.-!!!

INHALT



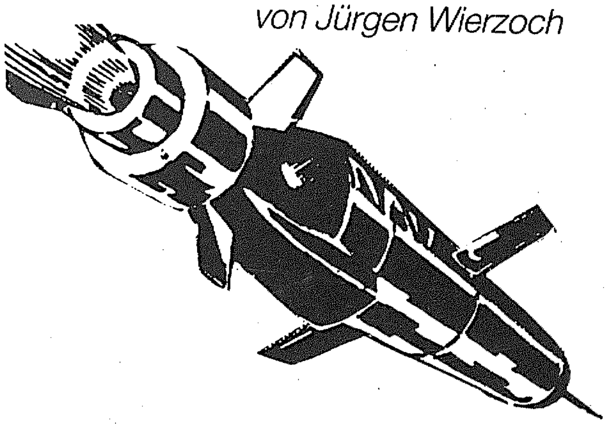
Titelfoto:

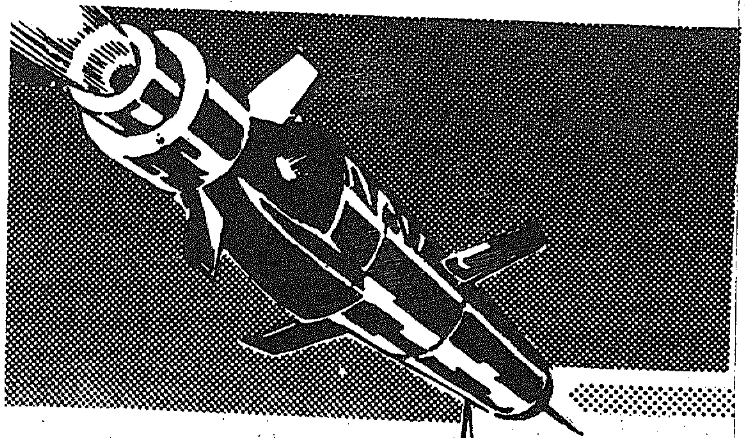
Ola Enstad, geb. 1942
in Lesjaskog, Nord-Gudbrandsdal
dem damaligen Deutschen
Reichkommissariat Norwegen
Traum vom Frieden
Plastmodell in gepolstertem
Walnuss-sarg
Ausführung: Harold Skjöldt
und Anker Grad



Cruisestationierung auf U-Booten

von Jürgen Wierzoch





Nordnorwegen – ein Supercuba?
Soll die Finnmark wieder brennen?

»572 Atomraketen auf dem europäischen Kontinent sind eine „Kleinigkeit" gegen tausende Atomraketen in Norwegensee« – so die Titelseite der norwegischen Zeitung »Ikkevold« (hrsg.von dem norwegischen Zweig der War Resisters International, Folkreisning mot krig.)

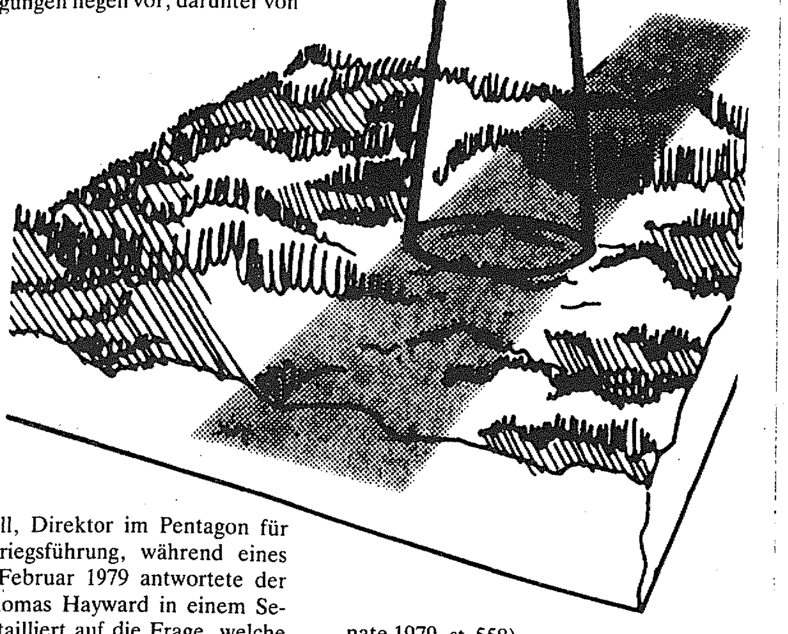
Die USA werden in einer Krisensituation versuchen, die Sowjetunion einzuschliessen, indem sie das Gebiet zwischen der Finnmarksküste und Spitzbergen (Svalbard) verminen. Ein Plan, den der amerikanische Marineminister Lehmann 1981 lanciert (und Weinberger in Norwegen bekräftigt) hat.

Ein kurzer Rückblick: Major Anders Hellebust löste durch seine Magisterarbeit »Untersuchung der in Norwegen stationierten, militärischen Navigationssysteme der USA«, 1974, eine Verhaftungswelle und sicherheitsploitische Debatte aus, die Norwegen durcheinander brachte. Damit war die selbstauferlegte offizielle „Basen-und Nicht-Atompolitik, ein entkleideter Mythos. Ein Untersuchungsausschuß des Stortinget (Osloer Parlament) erklärte diese Arbeit zum Staatsgeheimnis, ohne mit dem Mut der 2 Abgeordneten der Sozialistischen Volkspartei zu rechnen, die auspackten. Verwickelt in diese Veröffentlichung war der Journalist Ivar Johansen (norweg. militärpolit. 'Günter Walraff' und Redakteur von Ikkevold), der für Monate in Untersuchungshaft geriet. Um ihn und den 2 Abgeordneten, denen mit einem »Reichsgericht« gedroht wurde, zu helfen, legten die Friedensforscher N.P. Gleditsch und Owen Wilkes (inzwischen auf Lebenszeit aus Schweden ausgewiesen) ein Gutachten – später Buch – vor, aus dem hervorging:

Norwegen ist das wichtigste Steuerpult für die US-Marine und Luftwaffe im Atlantik und in der Nordsee geworden. Die amerikanischen Funknavigationssysteme »Loran C« und »Omega« – von Nord nach Süd über das langestreckte Land verteilt – dirigieren die mit Atomwaffen beladenen U-Boote »Poseidon« und »Polaris« und können später ebenso die »Trident« bedienen. Eine Reihe von Lausch- und Peilstationen sind verdeckt installiert (letztere waren Untersuchungsgegenstand des später herausgegebenen Buches »Onkel Sams Kaninchen«, das zum Prozess und zur Verurteilung gegen Gleditsch und Wilkens, in Oslo, führte.)

Hellebust arbeitet heute als Forscher und ist aktiv in verschiedenen Anti-Kriegsgruppen. Er hat Berichte des amerikanischen Kongresses gelesen und macht nun Norwegen und die Welt *aufmerksam*. **Die USA sind dabei eine gigantische Menge von Cruise-Raketen vor der nord-norwegischen Küste zu installieren.** Infolge dieses Plans sollen bis Ende nächsten Jahres 4000 (Tausend!) Cruise-Raketen mit Atomsprengköpfen auf Oberflächenschiffen, U-Booten und Bombern einsatzfertig sein (während in Genf über die 572 Raketen verhandelt wurde, während die Friedensbewegung nur auf diese 572 fixiert war).

Die Bestellung einer solchen Menge Tomahak-Cruise-Raketen sind in Zahl und Zeitraum in Kongreßberichten formuliert. Mündliche Bekräftigungen liegen vor, darunter von



Admiral Powell, Direktor im Pentagon für strategische Kriegsführung, während eines Hearings. Im Februar 1979 antwortete der Marinechef Thomas Hayward in einem Senatshearing detailliert auf die Frage, welche Flugzeuge und Minen benutzt werden und wieviel Zeit es braucht, die Nordflotte der Sowjets einzusperren (Hearing before the Committee on Armed Services, United States Senate 1979, st. 558).

In diesem Zusammenhang wird die Arbeit von Norwegens geographischer Meßanstalt »sinnvoll«, die in den letzten Jahren eine »Hochdatenkarte« erarbeitet hat. Diese »di-

gitale Topographie« ist farbgedruckt und bedeutet: die gesamte Norwegenkarte kann auf einer winzigen Magnetspule gelagert werden.

Das Gelände wird in naturgetreuem, dreidimensionalen Maßstab auf einen Datenschirm geworfen. Eine Cruise-Rakete, die nach dieser Karte navigiert, fliegt in einer Höhe von 2,3 Menschengrößen und folgt praktisch dem Gelände – womit sie beinahe unangreifbar ist. An bestimmten Punkten kann sie gar nach Einprogrammierung den Kurs wechseln. (Das schwedische Lantmaeteriverket hatte schon 1979 200.000 Exemplare einer entsprechenden Karte über Nord-Schweden – schwedisches Samenland – an die Pentagon Defence Mapping Agency geliefert, versehen mit allen gewünschten Extras und in englischer Sprache. Dieser neutral-schwedische Handel wurde in der bürgerlichen Regierungsperiode getätigt.)

Es braucht nicht mehr als 30-40 Schiffe, U-Boote oder schwere Bomber (B-52), um diese 4000 Raketen im Verlaufe von Sekunden abzufeuern. Eine denkbare Strategie ist ein Transitpunkt auf der Finnmarksvidda (Kerngebiet der Samen) für alle Cruise-Raketen, abgeschossen von verschiedenen Positionen entlang der Küste Nordnorwegens und in der Luft. Der 2. Transitpunkt kann in einer günstigen Position auf der Varanger-Halbinsel liegen, um von dort aus flach überm Gelände auf die Kola-Halbinsel losgelassen zu werden, wo sie von den sowjetischen festen Installationen zu spät entdeckt würden. Die Treffsicherheit der Raketen wird mit plus/minus 10 m angegeben.

Anders Hellebust hat herausgefunden, daß 1983 schon Cruise-Raketen mit konventionellen Sprengköpfen eingesetzt wurden, – auf den amerikanischen Angriffs-U-Booten der Los Angeles-Klasse. Und Dezember 82 wurden die B-52 Bomber mit diese Raketen bestückt, die in den USA als »kleine Atombomben« gehandelt werden.

Infolge der amerikanischen Zeitschrift »Aviation Week« existieren beständig 2 Mannschaften, so daß ständig die U-Boote an der norwegischen Küste einsatzbereit sind. Sie berichtet von den im Bau befindlichen Silos, in die statt wie bisher 4, in Zukunft 7 Raketen passen. Jedes U-Boot wird mit 12 Silos ausgestattet.



»Der Finnmarksbrand«, nach einem Gemälde von Elise Danielsen. Das Bild vermittelt einen Eindruck von den Leiden der Einwohner – Kindern, Kranken und Alten – die in kleinen Booten zusammengepfercht der Vernichtung ihrer Heime zusahen.

Hellebust sieht (in einem Disput mit Staatssekretär Hammerstad vom Verteidigungsministerium) das größte Dilemma für Norwegen darin, daß die USA offen von der Möglichkeit reden und dies auch planen, daß eine solche Operation in ihre Strategie eingeht. D.h. bei einer Konfrontation zwischen den Großen, wo auch immer, wird es zu einem Gegenzug in Nordnorwegen kommen, mit eventuellem nachfolgenden Angriff auf die Halbinsel Kola.

Der Rest der norwegischen Selbständigkeit besteht darin, daß sie z.B. Caspar Weinberger bei seinem Inspektionsbesuch davon abrieten, an der sowjetischen Grenze provokativ aufzukreuzen.

Auf die Frage von Ikkevold, ob die Stationierung von den Raketen in der Norwegensee einen amerikanischen Gegenzug zum möglichen Verlust der »Genf-Raketen« (nach weitergeführten, erfolgreichen Verhandlungen) darstellt, antwortete Hellebust: *»Anfangs glaubte ich, daß das so war: entweder 572 in Genf oder 4000 in der Norwegensee. Später ging mir auf, daß die Amerikaner beide Teile wollen. Die setzen ganz einfach maximal – überall.«*

[Dieser Text ist eine Vorabdruck einer ausführlichen Broschüre zu den skandinavischen U-Boot-Meldungen und ihren Hintergründen. Die Broschüre wird zum Juni/Juli 84 im TROTZDEM-VERLAG, Reutlingen erscheinen.]

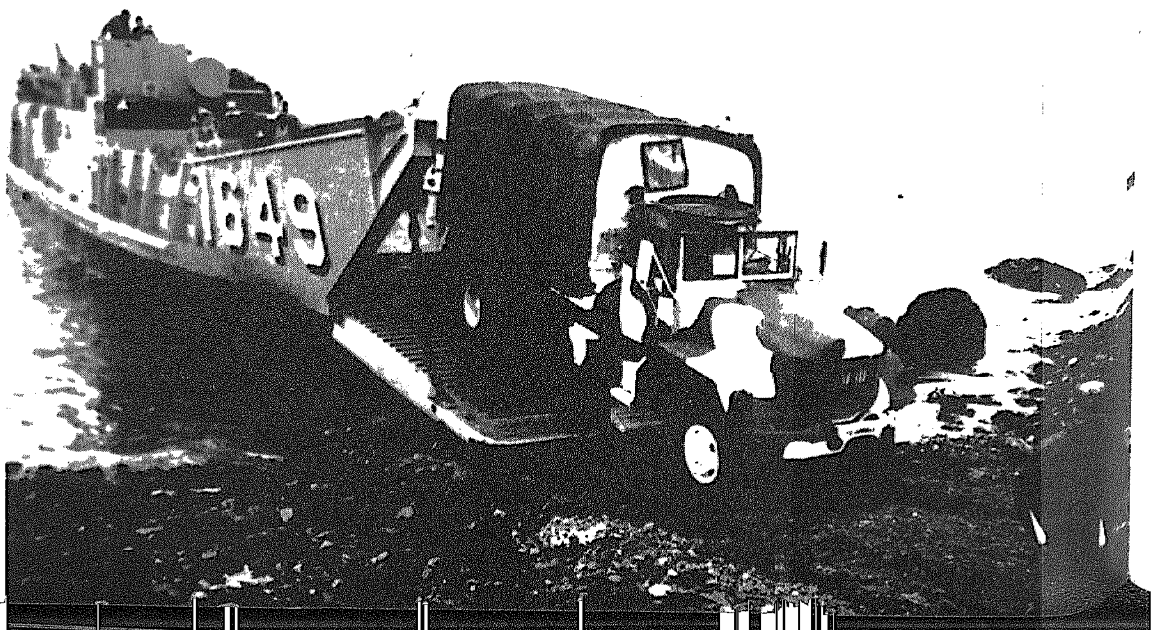
Die ‚Amis' sind ständig mit Atom-U-Booten hier vor der Küste

USA-Militärmanöver

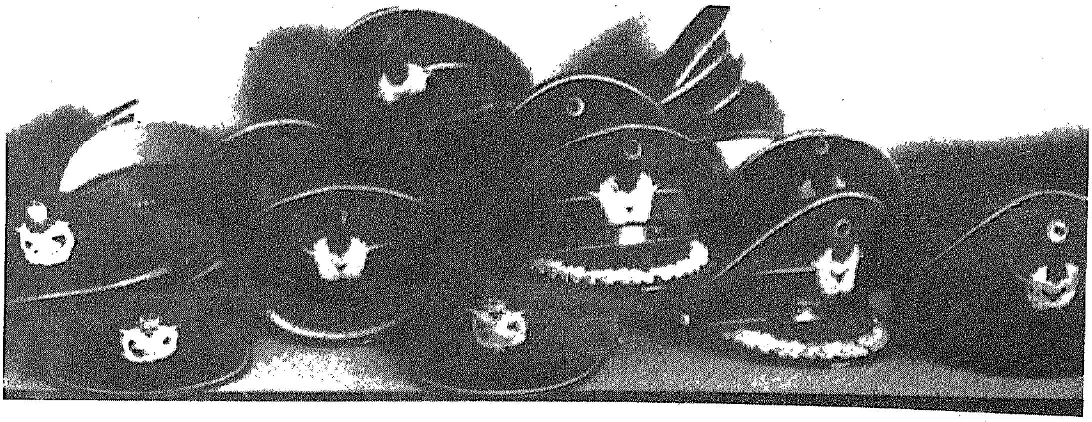
in

Bardu
Sørreisa
Tromsø
Finnsnes
Målselv

NATOs radarvarslingsstasjon NADGE
NATOs radarvarslingsstasjon NADGE
Reparasjon- og forsyningsbase for ubåter
Ace-High, sambandsstasjon tilknyttet NADGE
COB-flyplass – Flugplatz



Geheimer US-Stützpunkt



Die geheime Besetzung der Faröer-Inseln
von Owen Wilkes und Paul Claesson

Mit Erlaubnis der dänischen Behörden – entgegen ihrer Basenpolitik – haben die USA in den letzten 24 Jahren eine militäische Kommunikationsanlage auf den Färoer-Inseln betrieben. Die Anlage, im Besitz der amerikanischen Luftwaffe, USAF, ist eine der Relaisstationen im North Atlantic Radio System, NARS, eine sogenannte troposphärische scatter Radioverbindung, welche wiederum eines der vielen sich überlappenden Kommunikationssysteme im amerikanischen, weltumspannenden militärischen Defense Communication System, DCSausmacht.

DCS ist ein Kommunikationssystem, das die USA nicht mit ihren Allierten in NATO, SEATO und anderen Alliancen teilen. Darum ist auch NARS nie Teil der NATOzusammenarbeit geworden. Weder die NATO, noch das Gastland Dänemark haben irgendeine Entscheidungsgewalt oder nur Kenntnis davon, welche Daten über das NARS'Relais auf Sornfelli transmittiert werden oder auch über die Ziele dieses Systems. (...)

In über 20 Jahren war NARS der Kern eines Netzes von geheimen Stationen, die elektronische, nachrichtendienstliche Daten aus versteckten und in vielen Fällen ungesetzlichen Lauschposten in ganz Europa nach Fort Meade überführten, in eine Stadt, die aus Datenterminals, Antennen, Komplexen, Bürobauten etc. besteht; – Hauptquartier der National Security Agency, NSA.

NSA ist die größte, mächtigste und effektivste (verantwortlich für mehr als 80% aller nachrichtendienstlichen Daten, die in den USA produziert werden) und auch absolut geheimste innerhalb der verwirrend grossen Anzahl halblegaler Geheimdienst-Organisationen.

Offiziell hat NARS eine andere Funktion. Das System besteht aus einer Kette von ca. 15 sogenannten troposphärischen Scatterstationen, die sich vom kontinentalen Amerika über Canada, Grönland, Island, Färörn und Schottland erstrecken, um von dort mit anderen amerikanischen Datanetzen in England und auf dem Kontinent zusammengekoppelt zu werden. Die Station auf Sornfelli hat Verbindung mit dem letzten Glied in der amerikanischen DEW-Kette bei Stoksnes auf Island und mit der amerikanisch-britischen Kommunikationsbase bei Mormond Hill, nördlich von Aberdeen in Schottland.

Diese Stationen funktionieren grob gesehen so, daß ein UHF oder SHF Signal mit Hilfe eines sehr kräftigen Senders und einer riesigen Tafelantenne, die einen Durchmesser von 3-40 m haben kann, in die **Troposphäre** hinaufgeworfen wird, eine der **höchstgelegenen Luftschichten** der Atmosphäre.

Von hier wird das in alle Richtungen weiter verteilt. Ein kleiner Teil dieser Strahlen wird in die gewünschte Richtung heruntergeschickt, wo er von einer Antenne aufgefangen wird, identisch mit der ersten. Mit Hilfe eines sehr feinen Modulators und eines kräftigen Verstärkers werden die Signale verdeutlicht und verstehbar übersetzt. Normalerweise werden 2 parallele Sender/Empfänger im Tandem verwendet, die jeweils ihre Frequenz benutzen, um atmosphärische Störungen zu kompensieren. Die 2 Signale werden wieder zusammengesetzt , so daß man die größt möglich Klarheit erreicht; – aus diesem Grund hat auch die NARS-Anlage auf Sornfelli vier Antennen.(...)

Als die Tropotechnologie Anfang und Mitte der 50er entwickelt wurde, bevor 1957 die Satelliten auftauchten, gewann sie rasch eine führende Stellung unter den langreichenden Radio-Kommunikationssystemen. Sie hatte viele Vorteile, weil die Tropoverbindungen die Ionosphäre nicht benutzen (diese wird durch die unter ihr liegende Luftschicht reflektiert), ist sie im Unterschied von allgemeinen Kurzwellen-Transmissionen immun gegenüber ionosphärischen Störungen. Da die Tropowellen hinter den Horizont gehen, bevor sie reflektiert werden, sind sie nicht wie Mikrowellensysteme abhängig von Relaisstationen innerhalb des Horizontes und benötigen eine weit geringere Anzahl von Anlagen. Der letztgenannte Vorteil trägt nicht nur zur Verbilligung der Kosten bei, er macht auch die Anlagen weniger verletzbar gegenüber Angriffen; – und es wird möglich größere Gebiete abzudecken, wo sonst keine ausreichende Anzahl von Relaisstationen angelegt werden könnte; – z.B. große Meer-und Polargebiete. Was die Polargebiete angeht, so ist es hier wegen der ionosphärischen Verhältnisse praktisch unmöglich, Kurzwellenanlagen zu verwenden. Die Troposcatter-Kommunikation kann auch eine viel größere Menge von Daten überführen als dies durch Radio-Kommunikation in niedrigen Frequenzen möglich ist.

(...) »Die Tropoverbindung wurde von der amerikanischen Luftwaffe als eine Fortsetzung der DEW-Kette präsentiert und mit der Aufgabe versehen, das Radar des Ballistic Missile Early Warning System, BMEWS, bei Fylingdales Morr mit den anderen 2 BMEWS-Radars und mit dem NORAD-Hauptquartier in Colorado zusammenzukoppeln. Diese Aufgabe hat die Tropoverbindung gelöst seit das englische Radar mit 2 Jahren Verspätung 1964 fertig wurde.

Doch das ist nicht einmal die halbe Wahrheit:

Signalabhören oder sigint (signals intelligence) ist die Bezeichnung einer relativ jungen Spionage-Tradition, die darin besteht, die Kommunikation anderer im Äther abzuhören. Die meisten Menschen haben vermutlich von den sowjetischen »Spionagetrawlern« gehört, die Flottenmanöver der NATO beschatten und die an den Küsten der Alliierten herumstreichen, von der Ostsee zum mexikanischen Golf, voll mit softkey-Antennengerät.

Aber nur wenige wissen, daß die USA über ein weit ehrgeizigeres, umfassenderes und weltumspannendes Netz geheimer Lauschposten verfügen. Alle diese werden von der topgeheimen NSA gesteuert, die , obwohl eine sehr viel größere Organisation als der CIA und in sehr viel mehr sichtbare Unternehmungen verwickelt, bis vor kurzem dem Licht der Öffentlichkeit entzogen war. NSA wurde erstmals bekannt, nachdem der amerikanische Jurist James Bamford 1982 sein Buch *»The Puzzle Palace«* publizierte. (...)

NSA kontrolliert die amerikanischen Spionagebasen von Norwegen bis zur Türkei und im Stillen Ozean; spioniert die sowjetischen Raketenversuche aus und sammelt deren Telemetridaten auf Band. NSA steht hinter den grossen, geheimen Spionagebasen wie Pine Gap und Nurrunger in Australien und Menwith Hill in England. NSA verfügt wahrscheinlich über alle Informationen, die von westlichen Geheimdiensten gesammlt werden. NSA mußte seine Spionagebase im Iran



schließen, als die islamische Revolution die Amerikaner aus dem Land vertrieb.
NSA-Basen im nordöstlichen Japan und auf den Aleuten bei Alaska haben die Stimmen der sowjetischen Jägerpiloten aufgenommen, welche das südkoreanische Passagierflugzeug im September letzten Jahres verfolgten und abschossen.
Die NSA hat Stationen in den USA und in Westeuropa längs der Grenzen zum Warschauer Pakt, im Nordatlantik und im Mittelmeer. Und eine Station auf der Spitze des Teufelsbergs in *Westberlin*. Diego Garcias, mitten im Indischen Ozean ist unter vielem anderen eine NSA-Base. Große NSA-Basen umgeben ganz Asien und bedecken viele verstreute Inseln im Stillen Ozean. Geschwader von Spionageflugzeugen patroullieren auf Rechnung der NSA längs der Peripherie der Sowjetunion, voll mit elektronischem Lauschgerät. Spionagesatelltien senden ununterbrochen ihre elektronische Ernte an die NSA-Anlagen auf der ganzen Welt.

Funktionsweise

sigint kann auf verschiedene Weisen beschrieben werden. Jene, die mit *sigint* arbeiten, teilen es ein in *comint (communications intelligence)* und *elint (electronic intelligence)*. *comint* wird benutzt zum Ablauschen von Kommunikationsverbindungen anderer Länder. Unkodierte Mitteilungen werden einfach auf Band gespeichert und analysiert, während codierte Signale getestet und übersetzt werden. NSA hat eine enorme Datenkapazität um Codes anderer Länder zu dechiffrieren. Die Organisation setzt weiterhin darauf software und das andere avancierte Datengerät zu entwickeln. Selbst in den Fällen, wo man die Dechiffrierung eines Code aufgibt, kann es sich dennoch auszahlen, die unverständlichen Transmissionen abzuhören. Es können viele Informationen aus bekannten Signalen geholt werden, Positionsbestimmungen von Sender und Empfänger, Umfang des Verkehrs und evtl. Variationen des Umfangs. Ein bevorstehender sowjetischer Raketenversuch z.B. kann vorausbestimmt werden, wenn der Radioverkehr zum und vom Abschußkomplex zunimmt. Diese Form der Regritierung heißt Trafikanalyse.
Mit *elint* werden Messungen aller Arten elektronischer Transmissionen, egal welchen Inhalts, bezeichnet. Diese Aktivität umfasst das Abhören von telemetrischer Kommunikation zwischen ausländischen Satelliten und Raketen und den entsprechenden Anlagen auf der Erde. Sie zielt speziell darauf ab ausländische Radartransmissionen zu messen, um damit mögliche Bombenziele festzulegen. Diese Type *elint* wird vom amerikanischen Spionageflugzeug RC 135 ausgeführt, von dem die Sowjets behaupten, daß sie es mit dem koreanischen Passagierflugzeug verwechselten. Durch das Messen sowjetischer Radaraktivität kann die USA das sowjetische Luftverteidigungssystem ermitteln, so daß es im Krieg für die B-52 Bomber und cruise missiles leichter wird, durchzudringen. Die USA kann registrieren, welche Radarfrequenzen benutzt werden und mit Hilfe dieser Information spezielle Gegenzüge entwickeln. Durch das Ermitteln von landgestützten und fliegenden Radars als Navigationshilfsmittel und Luft-zur-Erde-Verkehr bei sowjetischen Manövern kann die USA herausfinden, welcher Luftverteidigungstaktik die Sowjetunion folgt.
Durch das Überwachen, welche Radaraktivität und andere Formen von Kommunikation zwischen Flugzeugen und Schiffen vorgeht, kann man ihre Aufgaben identifizieren. Die Spionagetrawler und *Sigint*-Installationen in verschiedenen Warschauer Pakt Staaten engagieren sich ihrerseits in der genau gleichen Form von Aktivitäten.
Eine andere Art der Verwendung von *elint* ist das Benutzen von Radar zur Überwachung sowjetischer Raketenversuche und zur Ermittlung sowjetischer Satellitenbahnen (dies ist der erste Schritt im rasch expandierenden amerikanischen Antisatellitenprogramm ASAT). Fliegende Radars mit der speziellen Aufgabe, einen Flugangriff zu entdecken, werden hauptsächlich dazu genutzt, große Gebiete des Warschauer Pakts zu überwachen – und speziell zur Identifikation von Schiffen oder Flugzeugtypen, die an Manövern und anderen militärischen Aktivitäten teilnehmen.
Ein großer Tel dieser Benutzungsweise von *elint* wird von Radars ausgeführt, die zu den Allierten der USAgehören. So entdeckte das NADGE-Radar (vgl.SF-5) auf Bornholm den Backfire-Mittelstreckenbomber, der zur Luftunterstützung in einer taktischen Flottenübung in der Ostsee 1981 eingesetzt war. Der gefährliche Aspekt dieser Form von Nachrichtentätigkeit ist die offensive Kapazität dieser langreichenden Radars, womit sie „als elektronische Fernrohre“ funktionieren, die mit hoher Präzision Angriffsflugzeuge gegen ein Ziel steuern können, das weit im „feindlichen“ Territorium liegt. So können z.B. die NADGE-Radars in Nordnorwegen im Kriegsfall amerikanische Bomber gegen jeden Kommandobunker, Landungsbahn etc. steuern, die im Basenkomplex von Murmansk liegt. Die Sowjetunion könnte aus einleuch-



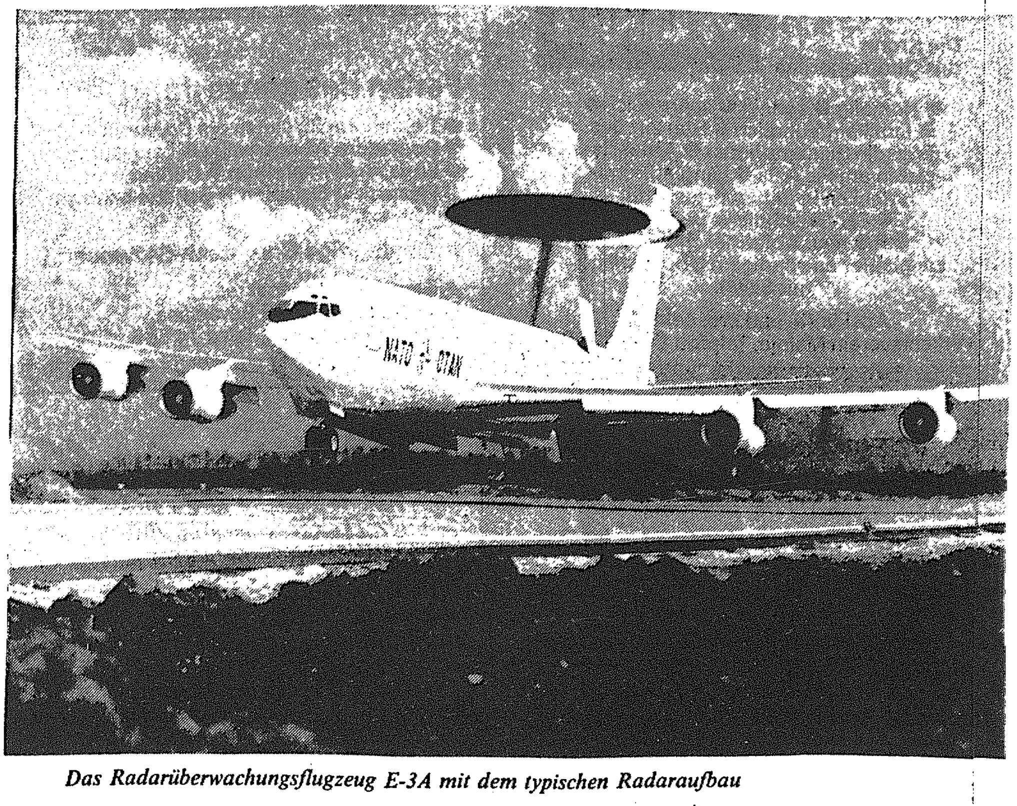
Vom Telex, das durch elektronische Wege gestohlen wird, kann die NSA z.B. die Passagierliste ablesen, welche im Voraus für allen kommerziellen Luftverkehr verschickt wird. So weiß die NSA, wer wo auf welchem Weg ist, bevor ein Flugzeug landet. Von anderen Telex und Telegrammen kann die NSA brauchbare Informationen von ausländischen Gesellschaften aufschnappen, die den Interessen anderer amerikanischer Gesellschaften dienen können und die NSA kann rasch Informationen über Fehlschläge in der Wirtschaft herausfinden, über neue Mineralienfunde, über Marktprobleme, Preisänderungen und neue Produkte in anderen Ländern u.v.m. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie die USA in Friedenszeiten Nutzen aus ihrem *Sigint*netz ziehen. Es ist kaum Übertreibung festzustellen, daß die USA die Welt nicht deshalb in diesem hohen Grad kontrollieren, weil sie mit der Atomvernichtung bzw. mit ihren Marines drohen, sondern weil sie so gut wie über alles in der Welt Bescheid wissen, woraus sie Nutzen ziehen können.

In Kriegszeiten wird das *Sigint*netz benutzt werden, um Zieldaten für alle Waffen zu produzieren, die zur Verfügung stehen. Das „elektronische Schlachfeld" im Vietnamkrieg machte es auf der Basis von *Sigint*daten möglich, Angriffe aus der Luft auf Einzelindiviuen zu richten – doch das „elektronische Schlachfeld" des Vietnamkriegs war ziemlich primitiv im Vergleich zu den Möglichkeiten, die heute existieren. In einem zukünftigen Krieg könnten strategische Bombenziele in der gesamten Sowjetunion und Schiffe auf den Meeren entdeckt, identifiziert, bewertet und positionsbestimmt werden. Im Moment ist jedoch das Einsammeln von *Sigint*daten wichtiger; Daten, die in einem 3.Weltkrieg gebraucht werden, werden auch in diesem Augenblick eingesammelt. Mit Hilfe einer Reihe von speziell beschützten Kommunikationssystemen wer-

tenden geographischen Gründen niemals einen solchen Vorteil erreichen. Sie hat ganz einfach keine Alliierten, deren strategische Lage es zuließe, die USA mit der gleichen Genauigkeit zu überwachen und zu observieren. Die Sowjetunion muß sich damit zufrieden geben, ihre Aktivitäten in diesem Punkt gegen die Alliierten der USA in Europa zu richten.

Sigint ist sehr wichtig für die Fähigkeit der USA Kriege zu führen und garantiert in Friedenszeiten Möglichkeiten, andere Länder zu kontrollieren. Mit Hilfe des Netzes von *Sigint* aktivitäten wissen die USA tatsächlich, wo jedes sowjetische Kriegs-oder Handelschiff sich befindet, auf welchem Weg diese sind, wohin sie laut Plan gehen und was sie geladen haben (oder jedenfalls was in den Frachtpapieren steht). Das amerikanische *Sigint* schafft die Voraussetzungen zur größt möglichen politischen Ausnutzung von Ereignissen wie dem sowjetischen Abschuß des koreanischen Passagierflugzeuges.(...)

Doch die Spionage der NSA richtet sich nicht nur gegen den Osten. Im Westen haben die USA Zugang zu enormen Mengen von Telefon-und Telekabeln, die direkt vom Telefonnetz, von Satelliten und Unterwasserkabeln abgezapft werden. **Die britische Post führt tausende von Telefonkabeln durch die NSA-Station bei Menwith Hill, wo 800 Analytiker – mit Abhörtelefonen versehen – kilometerweise magnetische Datenbänder durchgehen.**



Das Radarüberwachungsflugzeug E-3A mit dem typischen Radaraufbau

den sie zurück nach Fort Meade geschickt, wo sie analysiert, zusammengestellt und bewertet werden, um sie danach den militärischen und politischen Machthabern zu überlassen. NARS war eines der ersten solcher Systeme (...)

Die Tropostation auf Sornfelli in einem der kleinsten Mitgliedsländer der NATO ist ein sehr kleines aber nicht unbedeutendes Glied in dem komplexen Netz, das NSA ausmacht. Die Plazierung auf den Färoer ist günstig. Lägen sie nicht dort, wo sie liegen, nämlich auf einer Klippe draussen im Meer. ist es kaum wahrscheinlich, daß die Tropotechnologie die Rolle für den Nachrichtendienst der USA für Europa und im Nordatlantik hätte spielen können, wie sie es nun mehr als 20 Jahre lang getan hat.

Die NSA-Station wurde von amerikanischen Technikern in Zusammenarbeit mit dem Baudienst der Verteidigung gleichzeitig mit dem Gebäude der NATO-Radarstation und der Flugstation Thorshavn auf Sornfelli gebaut, unweit von Thorshavn-Stadt in nördlicher Richtung.

Das war 1959-62. Es ist kaum ein Zufall, daß die zwei Installationen die Bergspitze teilen. Die gemeinsame Adresse hat schon mehr als 20 Jahre verheimlicht, daß es sichum mehr als eine Anlage handelt. Verstärkt wird diese Fehlinterpretation dadurch, daß die 2 Stationen offiziell der gleichen Kommadantur unterstehen, – dem adminstrativen Hauptquartier bei Mjörkadal.

Doch während die Radarstation dänisch ist, zur NATO gehört und operativ ein Teil des britischen Luftverteidigungsdistrikts ist, ist die NARS-Station amerikanisch, bemannt mit amerikanischen Technikern und direkt der amerikanischen Luftwaffe unterstellt. Das Kommando des Chefs von Mjörkadal über die NARS-Station ist lediglich formell und berührt nur die Kontakte zwischen NARS und der färoerschen Gesellschaft – Kontakte, die eigentlich gar nicht existieren.

Ironischerweise ist die NARS-Anlage das erste, was ein Besucher bemerken würde, wenn er sich Sornfelli nähert. Die 4 großen Tafelantennen sind auf Kilometer hinaus sichtbar auch dann noch, wenn die Radarkuppeln von Nebelbänken verschluckt sind. Die Anlage wird von 5 oder 6 zivilen Technikern der amerikanischen Elektrofirma ITT betreut, welche in Konkurrenz zu FSI und RCA NARS eine Reihe anderer hochtechnologischer Kommunikationssysteme für die USAirforce auf Kontraktbasis betreibt. ITT verlor neulich einen Kontrakt über 78 Mio Dollars an FSI (FELEC Services Inc., die in vielen Jahren die amerikanischen Anlagen auf Grönland betrieben haben) zur Betreibung der DEW-Kette und NARS, was bedeuten kann, daß das Personal in naher Zukunft ganz oder teilweise ausgewechselt wird. Es muß bemerkt werden, daß die Bemannung durch ziviles Personal keinerlei militärische Bedeutung hat, weder was die Funktion noch was den Status der Anlage betrifft.

Soweit es »Forsvar« (kritisches dänisches Militärmagazin) bekannt ist, hat noch niemand darum ersucht, die NARS-Anlage zu besuchen. Das liegt vermutlich daran, daß niemand über die Existenz reflektiert hat. Als wir selbst anriefen, die Nummer steht im Telefonbuch, um unseren Besuch anzumelden, erklärte eine Stimme mit spanischem Akzent auf amerikanisch, daß wir erst den dänischen Kommandanten in Mjörkadal um Erlaubnis fragen müßten. Das machten wir und erhielten ein Nein.

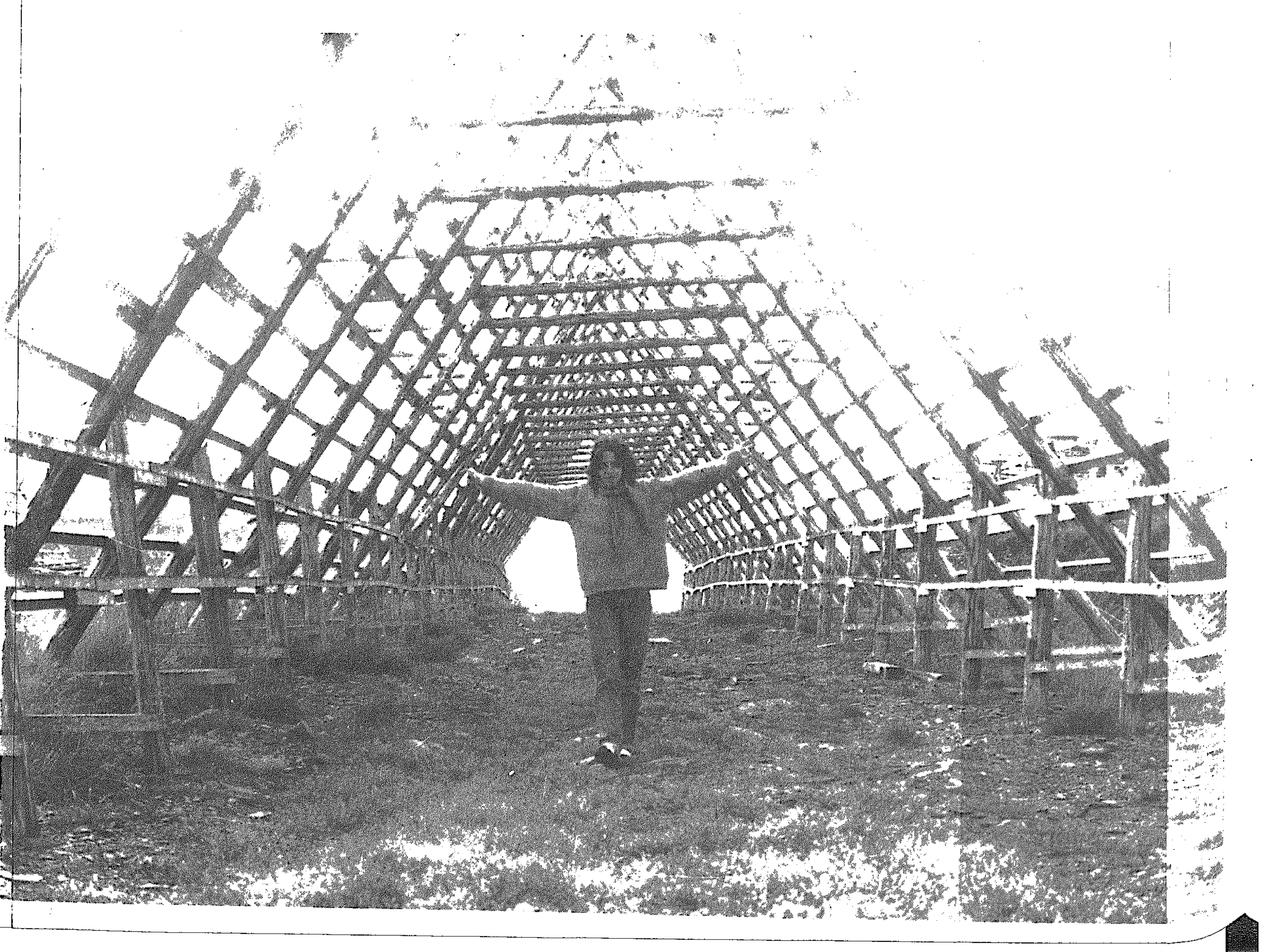
NARS ist die einzige ausländische militärische Anlage, errichtet auf dänischem Territorium, – im Unterschied zu den Basen auf Grönland – ohne offenen Vertrag, parlamentarische Kontrolle oder offizielle Anerkennung; – eine Praxis, die auch für andere Länder zutreffen dürfte.

* Eine detaillierte Beschreibung der Tropokommunikation und ihrer militärischen Bedeutung ist zu finden in: Björn Rörholt: *Tropos färische scatterkommunikation*, in: Militært Tidskrift Nr.6, 1966; in: Frank A. Gunther: Tropospheric Scatter Communications – past, present and future, in: IEEE Spectrum, Sept. 1966, und Lt.Col. William R.Gregg: Troposcatter and Radio Relay, in: NATOs Fifteen Nations Såecial Issue Nr.2, 1980

* James Bamford: The Puzzle Palace. A Report on NSA, Americas Most Secret Agency, Boston 1982. In einer englischen Ausgabe ist ein Kapitel zusätzlich über die Zusammenarbeit der NSA mit ihrem britischen Gegenstück GCHQ eingefügt.

* Der Text erschien zuerst in »Forsvar«, bewirkte erregte Reaktionen im dänischen Parlament und auf den Färoern – außer der Zeitschrift »INFORMATION« gingen die Medien mit keinem Wort auf die Enthüllungen ein; auch nicht als das dänische Außenministerium in groben Zügen den Sachverhalt bestätigte.

* Forsvar, März 1984, Nr.13-14; übersetzt von Jürgen Wierzoch, Oslo, 6.4.1984





GESCHICHTE DES ANTIMILITARISMUS VOR 45

von Arno Klönne



Daß es in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig eine Friedensbewegung gibt, die bei Massen von Menschen Zuspruch findet, gerade auch bei jungen Leuten und bei den (traditionell gesprochen:) bürgerlichen Bildungsschichten, in deren Trägerschaft der Protestantismus eine wichtige Rolle spielt, — dieses Phänomen stößt im westlichen Ausland vielfach auf Verwunderung, mit der sich einiges Unbehagen verbindet. Angelsächsische, niederländische, skandinavische und französische Beobachter, die alles andere als Militaristen sind, trauen mitunter der westdeutschen Friedensbewegung nicht so recht über den Weg. Eine solche Skepsis kommt nicht von ungefähr; ihren tiefsten Grund hat sie wohl in historischen Erfahrungen mit der Entwicklung von Militarismus und Antimilitarismus in Deutschland.
Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik heute existiert, nimmt man allesinallem, weitgehend ohne Geschichtsbewußtsein, was selbst wiederum historische Bedingungen hat. Die Vergegenwärtigung der besonderen Geschichte des Antimilitarismus in Deutschland ist aber nicht ohne aktuellen Nutzen; sie kann der Friedensbewegung womöglich dazu verhelfen, mit sich selbst und mit ausländischen Reaktionen besser umzugehen.

Antimilitaristische oder pazifistische, auf die Verhinderung der Hochrüstung, auf Ächtung des Krieges, auf internationale Verständigung, auf ein neues Friedens-»Weltrecht«, auf innergesellschaftliche Entmachtung der Militärs und der Rüstungsprofiteure abzielende Gruppen und Bewegungen entwickelten sich in Europa und in den USA schon längst vor der Jahrhundertwende, zeitlich parallel und sachlich fundamentaloppositionell zum Aufkommen des modernen Imperialismus, seiner Massenarmeen und seiner Waffentechnologie.
Antimilitarismus und Pazifismus (wobei letzterer damals nicht in jedem Falle als absolute Ablehnung militärischer Handlungen verstanden wurde) in den Jahrzehnten vor 1900 hatten im wesentlichen zwei Herkünfte: Einerseits bürgerlich-liberale oder bürgerlich-christliche Bestrebungen, die von den Ideen eines praktischen Humanismus, einer vernünftig denkenden (und frei handelnden) Weltzivilisation oder von den gegen staatlichen Machtanmaßungen gerichteten Ansätzen eines reformatorischen Christentums geprägt waren; andererseits Strömungen in der aufkommenden Arbeiterbewegung, die sich aus dem Protestverhalten der geschundenen Unterschichten heraus gegen die obrigkeitsstaatlichen Militärapparate wandten. Beide Richtungen waren anti-autoritär und internationalistisch gestimmt, geleitet durch die Utopie einer friedlichen Weltzivilisation.
Für beide Richtungen gilt auch, daß sie in Ländern wie England und Frankreich, in den kleineren west- und nordeuropäischen Staaten und auch in den USA vor dem Ersten Weltkrieg (wie auch nach 1918) fast durchweg in scharfe Konflikte mit der herrschenden Militärpolitik ihrer Staaten gerieten, daß auch dort die antimilitaristischen und pazifistischen Bewegungen in der Minderheit blieben und Verfolgungen ausgesetzt waren; nur in wenigen Situationen und Fällen konnten sie auf die faktische Staatspolitik Einfluß nehmen. Aber immerhin — sie waren Teil der politischen Kultur und Öffentlichkeit dieser Länder, mitunter sogar wirksame Gegenmacht in der eigenen Gesellschaft; in keinem der genannten Länder waren Pazifisten und Antimilitaristen innerlich »ausgebürgert«, zu »vaterlandslosen Gesellen« deklariert.
Anders im Deutschen Reich. Der 1871 im Resultat eines militärischen Sieges über Frankreich errichtete, auf fremdem Boden proklamierte deutsche Nationalstaat war der eigenen Definition gemäß ein Gebilde, das auf »Blut und Eisen« gründete. Der preußisch-deutsche Machtstaat hing nicht nur faktisch imperialistischer Politik an (was damals viele andere Staaten auch taten), sondern machte Militär- und Kriegsgesinnung zur verpflichtenden Gesellschaftsdoktrin. Der Mensch begann hier erst beim Mitglied des Kriegervereins, und der gebildete Mensch erst beim Reserveoffizier. Der Zivilist galt nichts.

Hier liegt ein Wesensmerkmal des »deutschen Sonderweges«, und hier liegt auch die Grundbedingung dafür, daß die Geschichte des Antimilitarismus in Deutschland anders verlief als in Westeuropa oder in den USA.

Das ohnehin schwachentwickelte Bürgertum in Deutschland hatte sich von der Niederlage bei den revolutionären Versuchen 1848/49 nie wieder erholen können. Die deutsche Einheit war 1871 von oben her, auf dem »preußischen Weg« zustandegebracht worden; demokratische Traditionen wurden systematisch verdrängt und unterdrückt. Der deutsche Liberalismus verengte sich aufs Geschäftsinteresse, wurde zum »National-Liberalismus« und unterwarf sich in seiner großen Mehrheit soldatisch-kriegerischen Leitbildern. Von der Universitätskanzel bis zum Volksschulbuch wurde das »deutsche Wesen« gepredigt, das sich als »heroische Kultur« begriff, in Antithese gesetzt zur »westlichen Zivilisation«, zum »angelsächsischen Händlertum« oder zur »französischen Dekadenz«. Die Hoffnung auf eine Welt des Friedens wurde von der deutschen Wissenschaft zur »Widernatürlichkeit« erklärt.
Es ist bis heute nicht hinreichend dokumentiert und bewußt gemacht, mit welcher Konsequenz und mit welch langfristigen ideologischen Folgen sich diese Kasernierung des deutschen Geistes- und Gemütslebens nach 1871 vollzog.
Der deutsche Protestantismus enthielt hiergegen, aufgrund der besonderen Reformationsgeschichte in deutschen Landen, kein Widerspruchspotential, im Gegenteil, im Zeichen der Verbindung von Thron und Altar bot er ein massives Fundament für den Militärstaat, lieferte dessen kriegstheologische Rechtfertigung.
Im deutschen Katholizismus waren zunächst erhebliche Vorbehalte gegen den preußisch-deutschen Militärstaat vorhanden. Katholiken galten damals vielfach als »national unzuverlässig«, als »ultramontan« orientierte »vaterlandslose Gesellen«. Nachdem sich aber die Kirche mit dem Deutschen Reich arrangiert hatte, schlug der katholische Selbsterhaltungswille weithin um in einen Nachholbedarf an national-militärischer Zuverlässigkeit; die Mehrheit des deutschen Katholizismus wurde »verpreußt«, d.h. staatsloyal. Immerhin blieben starke Minderheiten kritisch und gaben den Boden ab, auf dem sich später sowohl eine republikanische und auf internationale Verständigung hinarbeitende Richtung in der Zentrumspartei, als auch antimilitaristische Gruppierungen im Weimarer Katholizismus entwickeln konnten, die an immer noch populär-katholische, antipreußische Traditionen anknüpfen konnten. Gerade der »gebildete« Katholizismus, die meisten katholischen Theologen und kirchlichen Repräsentanten waren freilich einem militärmachtstaatlichen Denken verfallen.

So erklärt es sich, daß die im Wilhelminischen Reich entstehenden bürgerlichen oder christlichen pazifistischen Gruppen in einer hoffnungslosen Außenseiterstellung verharren mußten. Die 1892 gegründete, von Bertha von Suttners Buch »Die Waffen nieder!« angeregte »Deutsche Friedens-Gesellschaft« hatte keine Chance, in die politische Kultur des deutschen Bürgertums einzudringen. Zu Recht hat Franz Carl Endres festgestellt, daß vor 1914 in keinem anderen Lande Europas die Friedensfreunde so verspottet und geschmäht wurden wie in Deutschland. Als der renommierte Historiker Ludwig Quidde den Militarismus kritisierte und der Deutschen Friedens-Gesellschaft beitrat, verlor er, der bürgerliche Liberale und Patriot, seine berufliche Existenz und wurde gesellschaftlich geächtet. In anderen europäischen Ländern mochte der Pazifist als politischer Geg-



ner angenommen werden — in Deutschland aber galt der Pazifist als »gemeinschaftsfremd«, bestenfalls als armer Irrer, in der Regel jedoch als »Volksschädling«.

●

Und die deutsche Arbeiterbewegung? Sie wurde in den Jahrzehnten vor 1914 zur zahlenmäßig starken Opposition gegen den preußisch-deutschen Feudalstaat; sie wurde zur bestorganisierten Kraft der sozialdemokratisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung im internationalen Maßstab.



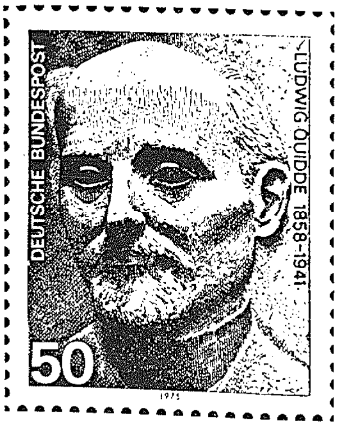
Die deutsche Arbeiterbewegung trat für die internationale Solidarität, gegen den Militarismus auf, sie übernahm die aufklärerisch-zivilisatorischen Positionen, die das deutsche Bürgertum beiseitegeschoben hatte. Wenn es in Deutschland vor 1914 eine Verankerung antimilitaristischer Bestrebungen in den Massen gab, dann hier; und die Arbeiterorganisationen in anderen Ländern setzten große Hoffnungen in die friedenspolitische Rolle der deutschen Sozialdemokratie.
Aber auch in der deutschen Arbeiterbewegung war die Protesthaltung gegenüber dem nationalen Militärstaat nicht ungebrochen, und insofern war das Einschwenken der sozialdemokratischen Mehrheit in Deutschland auf die Kriegsloyalität im Jahre 1914 kein unerklärliches Ereignis.

Schon in den Gründerjahren der deutschen Sozialdemokratie konkurrierten staatssozialistische Bewunderer des Preußentums mit liberalsozialistischen Kritikern Preußens; in die ideologische Überlieferung der deutschen Arbeiterpartei ging die eine wie die andere Strömung ein. Im Laufe der Jahre fand sich auch die deutsche Sozialdemokratie mit der Bismarckschen Lösung der »deutschen Frage« ab, entgegen den Warnungen eines Wilhelm Liebknecht. Bei aller erklärten Gegnerschaft zum preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat blieb die deutsche Arbeiterbewegung von der darin herrschenden Militärgesinnung nicht unberührt, was Erich Mühsam mit dem Begriff des Bismarxismus beschrieben hat. Zum Pazifismus hielt die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 kaum irgendeinen Kontakt; er galt ihr eher als eine bürgerliche Gefühlsduselei. Hierin unterschied sich die deutsche Arbeiterbewegung sehr eindeutig von den Arbeiterorganisationen und sozialistischen Parteien in vielen anderen Ländern; dort existierten viele Querverbindungen und Mischungen von Arbeiterbewegung und Pazifismus.
Die deutsche Sozialdemokratie war kaum beeinflußt von dem anarchistisch-syndikalistischen Abscheu gegenüber der Militärmaschinerie oder dem ethisch-humanitären Friedensutopismus, wie sie in den romanischen oder angelsächsischen Arbeiterorganisationen damals weit verbreitet waren. Gut bekommen ist diese Distanz der deutschen Arbeiterbewegung durchaus nicht. Ihre antimilitaristischen Ansätze waren oft lahmgelegt durch eine »wissenschaftlich-sozialistische« Geschichtsgläubigkeit, die im praktischen politischen Leben Passivität nach sich zog, mitunter auch nicht viel mehr war als ein Alibi für die Anpassung an den preußisch-deutschen Machtstaat. Marx und der »Marxismus« der deutschen Sozialdemokratie waren daran keineswegs unschuldig. Der Gedanke der »Naturgesetzlichkeit« des weltgeschichtlichen Ablaufs konnte es so erscheinen lassen, als sei jede Aktivität gegen den Krieg und gegen den Militarismus vor dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohnehin ein müßiges Unternehmen. Und hatten Marx und Engels nicht zeitweise die Auffassung vertreten, der Aufstieg Preußen-Deutschlands sei ein »objektiver« historischer Fortschritt, günstig auch für die Arbeiterbewegung? Wenn man diesem Gedanken folgte, dann lag die Bewunderung für das militärstaatliche Modell nicht fern...

Die entschieden antimilitaristische Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, für die schon vor 1914 der Name von Karl Liebknecht stand, war demgegenüber immer zugleich anti-preußisch. Karl Liebknecht war (anders als es die kommunistische Geschichtsschreibung heute meist haben will) kein »Marxist«, kein Anhänger der Idee von »historischen Naturgesetzen«, und eben deshalb war er es, der die Anklage gegen die Kriegstreiber glaubwürdig, konsequent und wirkungsvoll vertreten konnte.
Als während des Ersten Weltkrieges die offizielle Politik der deutschen Arbeiterpartei (zur großen Enttäuschung vieler Sozialisten in anderen Ländern) sich loyal der Militärstaatlichkeit unterwarf, wirkten dabei unterschiedliche Orientierungen mit, die sich keineswegs entlang der Scheidelinie von »marxistisch« hier, »revisionistisch« dort identifizieren lassen. Zur »Burgfriedenspolitik« nach innen, und das hieß: zur Kriegspolitik nach außen bekannten sich biedere sozialdemokratische Pragmatiker, oft Gewerkschaftsführer, die im Grunde immer schon deutschnational gedacht hatten und nun froh waren, ihre patriotische Zuverlässigkeit unter Beweis stellen zu können (zumal diese die staatliche Anerkennung der Arbeiter-»Mitbestimmung« endlich mit sich zu bringen schien). Zur Kriegspolitik bekannten sich aber auch sozialdemokratische Intellektuelle, bis dahin oft »Marxisten«, die in der deutschen Kriegsverwaltungswirtschaft schon den Umschlag in die »sozialistische Planwirtschaft« zu sehen meinten und im Sieg Deutschlands den Erfolg der »höheren Stufe« der staatlichen Entwicklung erhofften, was auch der Arbeiterschaft »objektive Vorteile« erbringen sollte. Auch in anderen am Krieg beteiligten Ländern paßten sich damals erhebliche Teile der Arbeiterorganisationen nationalistischen Stimmungen ein; aber nur in Deutschland griff in der Arbeiterbewegung der Gedanke des »Kriegssozialismus« um sich, die Vorstellung also, der perfekte Militärstaat sei die beste Vorbereitung für die klassenlose Gesellschaft.

Die Opposition in der deutschen Arbeiterbewegung hingegen, die dann ihre parteimäßige Form in der USPD fand, sammelte die Gegner des Militarismus, ganz gleich, ob sie »Marxisten« oder »Revisionisten«, »Revolutionäre« oder »Reformisten« waren. Gerade in der Industriearbeiterschaft breitete sich eine Antikriegsbewegung aus, die weitgehend spontane Ursprünge hatte; sie richtete sich nicht nur gegen die Politik der Kriegsverlängerung und die sozialen Folgen derselben (»Frieden und Brot!«), sondern zunehmend gegen den deutschen aggressiven Machtstaat überhaupt und gegen die ihn tragenden gesellschaftlichen Eliten. Auch im deutschen Bürgertum regte sich etwas; der »Bund Neues Vaterland« (der später zur »Deutschen Liga für Menschenrechte« wurde) und der deutsche Zweig der »Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit« hielten dem deutschen Imperialismus ein anderes, an Völkerrecht und Völkerverständigung orientiertes politisches Konzept entgegen. Die in Westdeutschland und Südwestdeutschland nie ganz vergessenen Traditionen eines freiheitlichen Bürgersinns belebten sich wieder; die antipreußischen Strömungen im Volkskatholizismus wagten sich wieder hervor.

Der Zusammenbruch des deutschen Obrigkeitsstaates im November 1918 war sicherlich zum Teil die Konsequenz der militärischen Niederlage, zum anderen Teil aber war er dieser breitgelagerten, vielschichtigen Volksopposition gegen den preußisch-deutschen Militär- und Machtstaat zu verdanken, — eine ganz andere historische Situation, als wir sie 1945 beim Zusammenbruch des deutschen Faschismus vorfinden, der machtpolitisch allein dem Zugriff von außen zuzuschreiben ist.





Gewiß war es 1918 nicht so, daß Chauvinismus und Militarismus in Deutschland keine nennenswerte Gefolgschaft mehr gehabt hätten. Aber die Gegenpositionen hatten nun wirklich Massen hinter sich; freiheitliche und friedliche Politikauffassungen schienen hierzulande endlich eine Chance zu erhalten. Aus der alltäglichen Erfahrung der Greuel des modernen Krieges entwickelte sich eine weitgreifende Bewegung mit dem erklärten Ziel: »Nie wieder Krieg, nie wieder Militarismus!« Daraus hätte etwas werden können. Warum dann doch nichts daraus wurde, — diese Frage wird heute immer noch (und bis in liberale oder linke Geschichtsdarstellungen hinein) mit dem Hinweis auf die negati-

ven Folgen des Versailler Friedensvertrags und die daraus entspringenden materiellen Notzustände beantwortet. Darin steckt jedoch nur *ein* Moment des historischen Sachverhalts, eine Viertelwahrheit sozusagen, und indem diese die anderen Momente verdrängt, wird sie zur ganzen Lüge, die darauf aus ist, die deutschen politischen Verantwortlichkeiten zu verschleiern.
Die Wahrheit ist, daß in der Weimarer Republik der Militarismus bereits wieder »von staatswegen« rehabilitiert, der Antimilitarismus von den öffentlichen Gewalten (und nicht nur von den rechtsradikalen Gruppierungen) verfolgt wurde, als die mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Notlage noch gar nicht eingetreten war, sich nicht einmal ansagte.

●

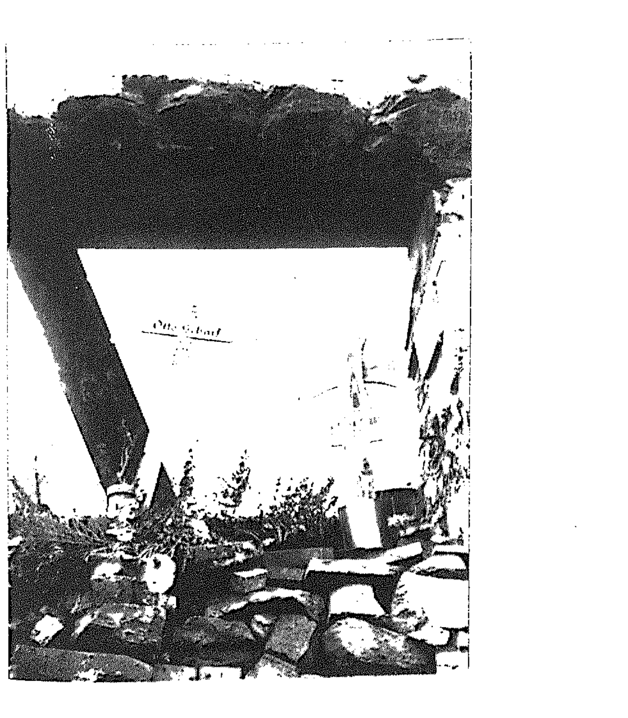
Schon bald nach dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreiches setzten die wiederauftauchenden oder neu sich formierenden nationalistischen Verbände und Gruppen sowie die mit ihnen kooperierenden alten gesellschaftlichen Machteliten in der hohen Bürokratie, im Großbesitz, in der Justiz und im Militär ihre ganzen materiellen und ideologischen Energien in den Versuch, dem Antimilitarismus faktisch und bewußtseinsmäßig den Boden zu entziehen. Zwei politische Operationen vorallem dienten diesem Ziel: Erstens wurde legal und illegal den militärischen Verbänden die Position eines »Staates im Staate« zugeschanzt, d.h. in einer Art Arbeitsteilung zwischen Reichswehr und Freikorps wurde das Militär der Entscheidungsmacht der neuen Demokratie entzogen; zweitens wurde mit riesigem Propagandaaufwand die Version vom »Versailler Schanddiktat« unter die Leute gebracht und Deutschland von jeder Kriegsschuld freigesprochen. Diese Unschulds- und Unterdrückungsagitation, die ihrer inneren Logik nach Antimilitaristen und Pazifisten als Kollaborateure von »Feindmächten« erscheinen ließ, die nichts weiter als die »Versklavung Deutschlands« im Sinne hätten, trug wesentlich zum Ressentimentnationalismus und schließlich zur Ausbreitung des Faschismus bei.

Die Mehrheitssozialdemokraten, die 1918-1920 eine politische Schlüsselrolle innehatten, waren beim Erfolg dieser Operationen behilflich. Ihnen vorzuwerfen, wie es die kommunistische Geschichtsschreibung heute noch tut, daß sie nach der Novemberrevolution nicht den Sozialismus in Deutschland »eingeführt« hätten, ist historisch unsinnig. Die Fehler der Mehrheitssozialdemokratie lagen in einem anderen Bereich: Sie versäumten es, die Militärkaste zu entmachten und sie waren nicht fähig, die Kriegsursachen offenzulegen, den ideologischen Bruch mit der Doktrin des borussischen Militärstaates zu vollziehen. Die Gelegenheit dazu wäre 1918/19 noch günstig gewesen. Die Schrecken des Krieges waren noch nicht zum »Fronterlebnis« mystifiziert, der Wahnwitz und schließlich das klägliche Zusammenbrechen der deutschen Militäradministration und ihrer Kriegszielpolitik waren noch dingfest zu machen.
Daß an den Fehlentscheidungen der SPD der kommunistische Putschismus, vor dem Rosa Luxemburg zu ihren Lebzeiten noch gewarnt hatte, Mitschuld trug, ist nicht zu vergessen. Die USPD, in der eine historisch angemessene Konzeption zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in Richtung auf Friedensfähigkeit den breitesten Boden hatte, geriet zwischen die Räder der parteipolitischen Entwicklung und verlor ihre eigenständige Position; ein großer Teil ihrer Anhänger ging zur KPD, ein anderer Teil zurück zur SPD, ohne daß sie hier oder dort die politischen Positionen hätten bestimmen können.

Der Antimilitarismus, der als politische Bewegung Anfang der Zwanziger Jahre in Deutschland noch Hunderttausende von Menschen zu Demonstrationen »auf die Beine brachte«, hatte im Feld der Parteien schon bald keine Einflußmöglichkeiten mehr. In der SPD war er oft nur geduldet, immer wieder an den Rand gedrängt (was später auch



zur Abspaltung der SAP beitrug); in der KPD galt er als »bürgerliche« Abweichung vom Konzept der »Bolschewisierung« Deutschlands. Dieser Teil der politischen Geschichte der Weimarer Republik ist bis heute in der sozialdemokratischen wie in der kommunistischen Hausgeschichtsschreibung weitgehend verdrängt. SED und DKP verschweigen, daß die KPD in ihren nationalbolschewistischen Zeiten mit den Völkisch-Nationalen und dann den Nationalsozialisten darin wetteiferte, das »Schanddiktat von Versailles« als ein Mittel der »Versklavung Deutschlands«, als den Urgrund aller »nationalen und sozialen Not« anzuprangern, daß sie gegen den Völkerbund hetzte und vor den Pazifisten warnte. Die »nationale Befreiung« war der Hauptprogrammpunkt der KPD in den dreißiger Jahren. Daß die KPD dennoch Gegner des Faschismus war, bleibt dabei unbestritten; aber zu fragen ist, in welchem Umfange die nationalistische Propaganda der Kommunisten dazu beitrug, den Antimilitarismus zu schwächen und Arbeiter ideologisch wehrlos zu machen gegenüber den »nationalrevolutionären« Argumenten der NSDAP.

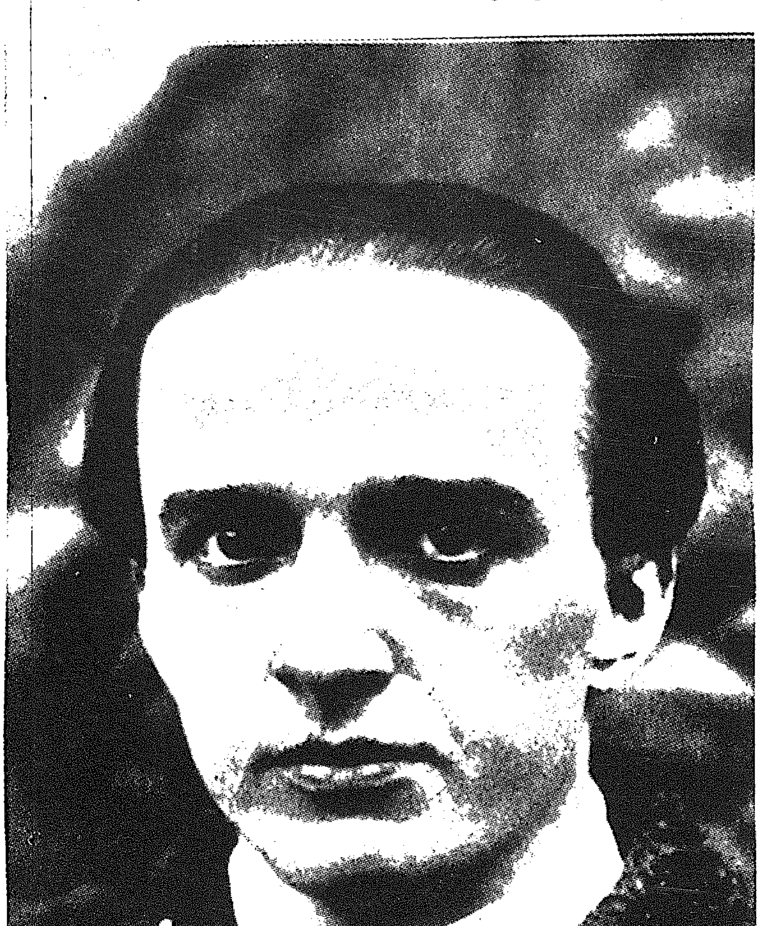


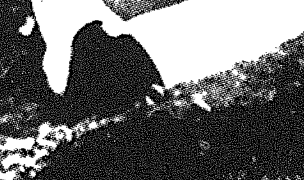
Die SPD wiederum ließ es zu, daß in der von ihr mitgetragenen Republik der konsequente Antimilitarismus und Pazifismus noch rigider der offiziellen Unterdrückung anheimfielen, als dies zu Zeiten des Wilhelminismus der Fall gewesen war. Hier lag zweifellos die dunkelste politische Seite des Weimarer Staates, längst vor der Herausbildung der faschistischen Massenbewegung. Dabei geht es nicht nur um die »Fememorde«, die ja nicht nur Erzberger und Rathenau trafen, sondern Hunderte von aktiven Pazifisten; diese Terrorakte wurden von den Justizorganen, wenn überhaupt, dann nur höchst nachlässig geahndet. Noch bezeichnender ist, daß Ankläger des fortlebenden Militarismus, der illegalen Militärverbände, der »Schwarzen Reichswehr« —, daß sogar Vertreter der These, das Deutsche Reich sei nicht schuldlos am Ersten Weltkrieg, von staatswegen verurteilt, daß ihre Zeitungen verboten, daß ihre Publikationen beschlagnahmt wurden. Mit Hilfe der Repräsentanten der SPD wurde die Legende von der historischen Unschuld Deutschlands und des deutschen Militärs zum staatlichen Gebot, wurde die Tarnung der illegalen Rüstung in der Weimarer Republik zum ungeschriebenen, aber obersten Gesetz erhoben, hinter dem jede Rechtsstaatlichkeit zurückzustehen hatte. Dies alles im Zeichen der »nationalen Ehre«, die nicht »befleckt« werden dürfe. Viele Wort-

führer des Antimilitarismus wurden schon zu Zeiten der Weimarer Republik ins Exil verjagt, so etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, der christlich-konservative Ethiker und Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster, der sich nicht zum Schweigen über die Untaten des preußisch-deutschen Militarismus verurteilen lassen wollte.



Der ideologische Ausschluß der Pazifisten aus der »Volksgemeinschaft«, die justizielle Verfolgung der durchaus rechtsstaatlichen Aktivitäten konsequenter Antimilitaristen — das waren Charakteristika der politischen Realverfassung der Weimarer »Demokratie«, ganzundgar undenkbar in irgendeinem anderen westlichen parlamentarischen System. Daß die pazifistisch-antimilitaristische Bewegung in Deutschland dennoch bis 1933 nicht zerschlagen werden konnte, ist festzuhalten. Diese Bewegung war politisch weitgefächert, sie reichte von konservativ-föderalistisch und antipreußisch geprägten, auf internationale Versöhnung hinarbeitenden Katholiken (für die die »Allgemeine Rundschau« des Georg Moenius den publizistischen Sammelpunkt bildete) über die traditionellen bürgerlich-liberalen Friedensgruppen (die sich unter anderem an der in der Schweiz erscheinenden »Friedenswarte« orientierten) bis zu den Antimilitaristen aus der Arbeiterbewegung (deren Argumente vor allem in der Zeitung »Das Andere Deutschland« publiziert wurden). Zeitweise hatte diese Friedensbewegung in den Jugendbünden erheblichen Einfluß (repräsentiert etwa durch die Zeitschrift »Junge Menschen«), der sich vor allem in werktätigen Schichten der katholischen Jugendbewegung bis 1933 halten konnte (Zeitschrift: »Vom frohen Leben«); auch der »Friedensbund Deutscher Katholiken«, der mit der »Rhein-Mainischen Volkszeitung« eng zusammenhing, hatte erhebliche Bedeutung. Schwieriger war das Terrain für die Friedensbewegung im damaligen deutschen Protestantismus; hier waren nur zahlenmäßig kleine Kreise der »Religiösen Sozialisten« für pazifistische Argumente ansprechbar. Auch einige regionale Tageszeitungen (so der Dortmunder »Generalanzeiger«) waren offen für Beiträge aus der Friedensbewegung. Aus den unteren Organisationsgliederungen der SPD wie der KPD waren vielfach trotz aller Bemühungen der Parteileitungen die Leitbilder eines Antimilitarismus, der sich nicht in »nationale Loyalität« oder in »nationale Befreiung« umbiegen lassen wollte, unverdrängbar.





●

Erst der deutsche Faschismus vermochte die antimilitaristische-pazifistische Bewegung zu zerschlagen. Sie galt ihm als der ideologische Staatsfeind Nr. 1. Nicht von ungefähr waren es die pazifistisch-antimilitaristischen Autoren, deren Werke 1933 als erste der Bücherverbrennung unterlagen.
Dem faschistischen Zugriff ist es weitgehend gelungen, nicht nur die pazifistisch-antimilitaristischen Organisationen und Publikationen selbst, sondern auch die Erinnerung an sie auszulöschen. Zwischen 1933 und 1945 wurden nicht nur Menschen ins Exil getrieben, in die Zuchthäuser und Lager verbannt oder umgebracht; es wurden auch Traditionen vernichtet. Die Erbschaft des Faschismus und die politischen Bedingungen nach 1945 ließen in der Nachkriegszeit eine Rekonstruktion der antimilitaristisch-pazifistischen Bewegung nicht zu.
In der DDR wurde die Erinnerung an die deutsche Friedensbewegung vor 1933 durch parteikommunistische Lesarten der Geschichte verstellt. In der Bundesrepublik fristeten die teilweise wiedergegründeten Friedensorganisationen und Friedenspublikationen ein kümmerliches Außenseiterdasein, stets bedrängt vom Verdacht, Parteigänger der Kommunisten zu sein. Manche Pazifisten, die das Dritte Reich hatten überleben können, verwirrten sich in den Fronten des Kalten Krieges und den mit ihm einhergehenden Manipulationen.

Die Tradition des deutschen Antimilitarismus konnte sich einigen Raum erhalten in den sozialistischen Jugendverbänden der 50'er und 60'er Jahre; der bürgerliche oder christliche Pazifismus war weitgehend verdrängt und vergessen. Die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik war bis in die 70'er Jahre hinein so »deutschnational« beherrscht, daß ihr das Thema »Pazifismus/Antimilitarismus« als unappetitlich vorkam. Erst seit einigen Jahren ist hier ein stärkeres Interesse zu verzeichnen.
Für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik heute könnte die Vergegenwärtigung der Geschichte des Pazifismus und Antimilitarismus in Deutschland, auch der Geschichte der staatlichen und.gesellschaftlichen Repression pazifistischer und antimilitaristischer Bestrebungen, ein wichtiges Stück Klärung der eigenen Positionen bedeuten.

Literaturhinweise:
Friedhelm Boll: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie; Bonn 1980.
Konrad Breitenborn: Der Friedensbund Deutscher Katholiken; Berlin (Ost) 1981.
Helmut Donat und Johann P. Tammen: Friedenszeichen — Lebenszeichen. Pazifismus zwischen Verächtlichmachung und Rehabilitierung; Bremerhaven 1982 (die wichtigste Sammlung von Beiträgen zum Thema!).
Helmut Donat und Lothar Wieland: »Das Andere Deutschland« — eine Auswahl; Königstein 1981.
Karl Holl und Wolfram Wette: Pazifismus in der Weimarer Republik; Paderborn 1981.
Ludwig Quidde (neu herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler): Caligula — Schriften über Militarismus und Pazifismus; Frankfurt 1977.

Kirchenaustritte

von Peter Bernhardi

Seit Mitte der sechziger Jahre sind die Kirchenaustritte zu einem ernsten finanziellen Problem für die beiden christlichen Großkirchen geworden. Das innerkirchliche Recht der evangelischen und der katholischen Kirche erkennt nämlich den Kirchenaustritt nicht als Beendigung der Mitgliedschaft an. Im »Evangelischen Staatslexikon« heißt es dazu u.a.: *»Da nach einigen Bekenntnissen – insbesondere dem römisch-katholischen – ein Austritt aus der Kirche nicht möglich ist, haben die Länder durch Gesetze den Austritt geregelt; freilich beschränkt sich dieser Austritt auf die weltlichen Rechtsfolgen wie Steuerzahlung etc.; die geistlichen Folgen (Versagung der Sakramente) zu regeln, liegt außerhalb der Aufgaben des Staates ... Die Kirchengliedschaft endet mit dem Tod, dem Verlassen des Kirchengebietes, dem Übertritt zu einer anderen Glaubensgemeinschaft, durch Ausschluß im Wege der Kirchenzucht. Der Kirchenaustritt bedeutet demgegenüber die vor einer staatlichen Behörde abgegebene Erklärung keine kirchlichen Rechte und Pflichten mehr wahrnehmen zu wollen. Obwohl die Kirchengliedschaft staatskirchenrechtlich zu den eigenen, von der Kirche selbst zu regelnden Angelegenheiten gehört, muß doch der Staat zur Wahrung des Grundrechts der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art.4 I Grundgesetz) die Möglichkeit eines Kirchenaustritts gewährleisten. Art. 4 GG und in seinem Gefolge die staatliche (landesrechtliche) Kirchenaustrittsgesetzgebung begrenzen damit als „für alle geltendes Gesetz" die kirchliche Eigenständigkeit. Eine solche Garantie ist schon deshalb erfoderlich, weil die katholische Kirche ein Austrittsrecht rundheraus verneint und auch nach evangelischem Verständnis ein „Sichselbstabschneiden" vom Leibe Christi kraft des „character indelebilis" der Taufe nicht möglich ist. Der Kirchenaustritt hat daher keinerlei rechtlich-konstitutive Bedeutung für die Zugehörigkeit zur geistlichen Kirche.«*

Von 1965 bis 1980 haben rund 2,8 Millionen Menschen ihren Kirchenaustritt vollzogen. Um diese Zahl richtig werten zu können, muß beachtet werden, daß Kirchenaustritte aufgrund der zu überwindenden hohen emotionalen Hemmschwelle nicht mit Austritten aus anderen Vereinigungen oder Organisationen verglichen werden können. Hinzu kommt, daß bisher nur 3 von 100, die den Kirchenaustritt schon einmal ernsthaft erwogen haben, dann auch tatsächlich ausgetreten sind. Nach kirchlichen Schätzungen signalisieren zwischen 20 und 30 % des für die kommenden 20 Jahre wesentlichen und vor allem steuerlich wichtigen Mitgliedschaftsbestandes der beiden großen Kirchen, daß ihre Mitgliedschaft nicht mehr selbstverständlich ist, d.h. in Frage gestellt ist. Verständlicherweise wird eine *öffentliche* Behandlung dieser interessanten Entwicklung von den Kirchen möglichst vermieden. Unverständlich bleibt dagegen, warum diese Frage nicht von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen aufgegriffen wird. Es müßte doch interessieren, welche Motive zu diesem Exodus geführt haben und führen. Zum Anderen: Wer sind diese Menschen und wohin gehen sie? Sind sie eine ansprechbare Gruppe für kultur- und gesellschaftspolitisch fortschrittliche Kräfte?

Nach Auswertung der bescheidenen Literatur zu diesem Problemkomplex ergibt sich, daß die große Mehrzahl der Austretenden zwischen 20 und 40 Jahren alt ist und eine überdurchschittliche (Aus)-Bildung besitzt (wobei die Frauen bis heute in erheblich geringerem Maße den Kirchenaustritt vollziehen).



Zur Frage des Bildungsstandes ein Beispiel: Setzt man die Austritte von Akademikern aus der evangelischen Kirche ins Verhältnis zum gesamten evangelischen Bevölkerungsteil, so kommt man zu einem Ergebnis von etwa 5:1. Zu den Schichten, auf die die Kirchen noch fest bauen können, gehören neben den Hausfrauen, Landwirten und Rentnern auch die Arbeiter.

Hinsichtlich der Motive, die zum Kirchenaustritt führen sieht es wie folgt aus: An erster Stelle steht die Rückständigkeit der Kirchen (Ehe, Schwangerschaftsunterbrechung, Diskriminierung der Sexualität, Scheidung, Sterbehilfe etc.). Es folgen die Kritik am Verhalten der Kirchen im sozialen und politischen Bereich, der Autoritätsanspruch und die Weltfremdheit sowie der Dogmatismus, der Reichtum und die Kirchensteuer. Die Kirchensteuer ist allerdings mit Vorsicht als Austrittsmotiv zu interpretieren, da sie in der Regel als Endpunkt eines langen Überlegungs- und Entfremdungsprozesses die wirklichen Motive verdeckt. – Von den Kirchen wurde und wird das materielle Austrittsmotiv »Kirchensteuer« gegenüber den anderen bereits genannten Motiven natürlich gern hervorgehoben.

Die Kritik gerade der jüngeren Menschen wächst ständig. Das muß jedoch nicht zwangsläufig zum Kirchenaustritt führen, es ist durchaus möglich, daß die Kritik zu verstärktem Engagement in den Kirchen – gegen deren Establishment – führt. Also hier zunächst eher eine »Wende« als ein Bruch angestrebt wird.

Es sollte zu Denken geben, daß dem Kirchenaustritt heute nur selten ein Engagement in anderen gesellschaftlichen Vereinigungen folgt. Die überalterten und oft etwas schleppend agierenden freigeistigen, freireligiösen und freidenkerischen Organisationen haben sich hier bisher eine Chance der Neubelebung entgehen lassen. Die verbürgerlichte und bürokratische SPD (von heute) mit ihren vielen Unterorganisationen hat in Anbetracht ihres »Wandels« und des wahltaktischen Buhlens um die Gunst der Amtskirchen kein nennenswertes Interesse an freien Geistern.

Ein wertvolles Potential an kritisch denkenden Menschen bleibt somit organisatorisch weitgehend ungenutzt.

Trotz bemerkenswerter Entwicklungen an der Kirchenbasis (Friedensinitiativen, Anti-Atombewegung, Unterstützung von Freiheitsbewegungen in der 3. Welt), darf nicht übersehen werden, daß die Amtskirchen und ihre Funktionäre ein wesentliches Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Dabei baut ihre *weit überproportionale Macht* auf nur zwei wesentliche Pfeiler:

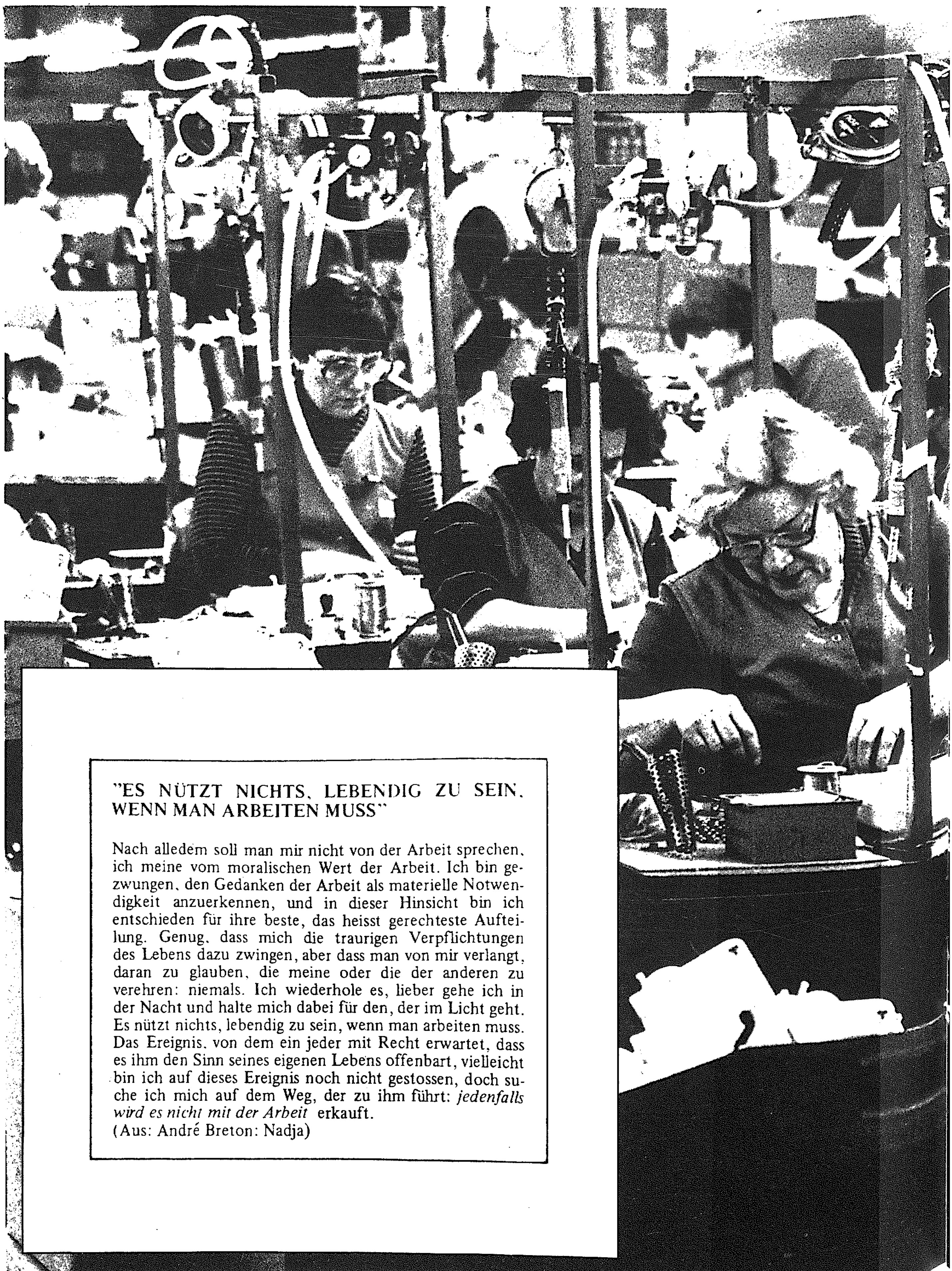
1. Dem Einzug der unfreiwilligen Mitgliedsbeiträge (fälschlich Kirchensteuer genannt) *durch den Staat* und
2. Die Anerkennung der Kindertaufe als Mitgliedschaftserklärung.

Hier müßte darauf gedrungen werden, daß ein kircheneigenes Beitragssystem die jetzige »Regelung« ersetzt. Eine privatrechtlich verbindliche Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft müßte Religionsmündigkeit voraussetzen. Die volle Religionsmündigkeit tritt bei uns mit 14 Jahren ein – darum können Jugendliche ja auch nach Vollendung des 14. Lebensjahres *selbständig* aus der Kirche austreten. (Nebenbemerkung: Die Kindertaufe kommt – worüber viele Eltern sicher nicht nachgedacht haben – einer Zwangschristianisierung gleich, das Neue Testament kennt die Säuglings-und Kindertaufe nicht.)

An den Pfeilern »Kirchensteuer« und »Kindertaufe = Mitgliedschaft« sollten auch die anarchistischen Freunde rütteln helfen – denn die Reduzierung der Kirchen auf ihre wirkliche Größe bedeutet u.a. Schwächung der Macht der Herrschenden in der Bundesrepublik.

Arbeit, Entropie, Apokalypse

von der Berliner Gruppe »LAVA«



"ES NÜTZT NICHTS, LEBENDIG ZU SEIN, WENN MAN ARBEITEN MUSS"

Nach alledem soll man mir nicht von der Arbeit sprechen, ich meine vom moralischen Wert der Arbeit. Ich bin gezwungen, den Gedanken der Arbeit als materielle Notwendigkeit anzuerkennen, und in dieser Hinsicht bin ich entschieden für ihre beste, das heisst gerechteste Aufteilung. Genug, dass mich die traurigen Verpflichtungen des Lebens dazu zwingen, aber dass man von mir verlangt, daran zu glauben, die meine oder die der anderen zu verehren: niemals. Ich wiederhole es, lieber gehe ich in der Nacht und halte mich dabei für den, der im Licht geht. Es nützt nichts, lebendig zu sein, wenn man arbeiten muss. Das Ereignis, von dem ein jeder mit Recht erwartet, dass es ihm den Sinn seines eigenen Lebens offenbart, vielleicht bin ich auf dieses Ereignis noch nicht gestossen, doch suche ich mich auf dem Weg, der zu ihm führt: *jedenfalls wird es nicht mit der Arbeit* erkauft.
(Aus: André Breton: Nadja)

Arbeit, Entropie, Apokalypse
»Die Produktivkräfte und gesellschaftlicheen Beziehungen, – beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums – erscheinen dem Kapital nur als Mittel, und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzieren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.«
K. M. Grundrisse



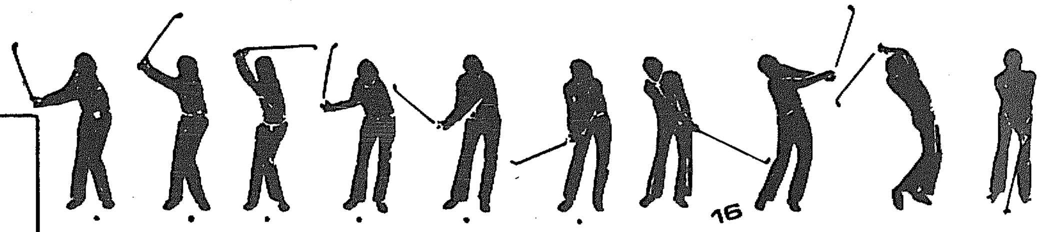
Die kapitalistischen Krisen rühren von der Verweigerung der Arbeit her. Auf die heftigen Kämpfe Anfang der 70er Jahre antwortete das Kapital mit der »Energiekrise«, mit neuen Arbeitsanalysen, neuen Strategien zur Überwindung von Widerständen.
(Die Physik hat in diesem Zusammenhang keinen isolierten Inhalt, sondern sie liefert bestimmte Analysen der Arbeit und neue Pläne für ihre Organisation. Der Begriff Arbeit in der Thermodynamik und die Arbeit des Kapitals sind nicht zufällig das gleiche Wort.)

Wie steht es nun mit der Energiekrise und ihren Apokalypsen? Der Ausdruck Energiekrise ist irreführend. Energie erhält sich und ist mengenmäßig unerschöpflich. Es kann keinen Mangel an Energie geben. Die wahre Ursache für die Krise des Kapitals im letzten Jahrhundert und heute ist die ARBEIT, oder genauer, der Kampf dagegen. Der richtige Name ist also besser Arbeits/Energie-Krise. Denn das Problem des Kapitals ist nicht die Menge der Arbeit an sich, sondern das Verhältnis dieser Arbeit zu der dafür eingesetzten Energie (oder Arbeitskraft). Das Kapital ist nicht einfach das Produkt der Arbeit. Das Kapital ist der Prozeß der Arbeitserzeugung, d.h. die Bedingung für die Umwandlung von Energie in Arbeit.
Energie an sich hat etwas Ruheloses, etwas unvorhersehbar-mikroskopisch Trügerisches, Antagonistisches, Gleichgültiges, aber auch Produktives gegenüber der Arbeit, die das Kapital so verzweifelt braucht.
Obwohl der ewige Kreislauf der kapitalistischen Realität in der Umwandlung von Energien in Arbeit besteht, ist es sein Problem, daß der im Verhältnis Arbeit/Energie ausgedrückte Zusammenhang zerbricht, wenn nicht bestimmte quantitative Schwellenwerte erreicht werden. Wenn die **ENTROPIE, die Energie, die nicht mehr in Arbeit umgewandelt werden kann**, wenn die Arbeitsscheuen der Arbeiterklasse ansteigen, dann droht die Apokalypse.

Die Apokalypse ist kein Zufall; wann immer das jeweilige Ausbeutungsmodell unhaltbar wird, befällt das Kapital ein Anfall von Todessehnsucht oder Weltuntergangsstimmung. Jede Periode der kapitalistischen Entwicklung hat ihre Apokalypse gehabt. (Gemeint sind damit jene funktionalen Apokalypsen, die jede wichtige Wende in der kapitalistischen Entwicklung und Ideologie markieren.)

Für das Kapital ist die Natur als solche inexistent. Die Natur ist nur eine Ware. Es gibt kein Erdöl, kein Erdgas oder auch nur kleinste Energieteilchen, wenn sie nicht Warenform annehmen. Ihre Warenrealität ist entscheidend; sogar wenn man von der Erde oder dem Sonnensystem spricht, kann man nicht von einer außer-kapitalistischen Realität reden. Das Energieproblem ist ausschließlich ein Problem des Kapitals und nicht eines der »NATUR« oder von »MENSCH UND NATUR«. Unser Problem besteht darin, zu begreifen, daß die Schwierigkeiten des Kapitals bei der Planung und Akkumulation (Ansammlung von Reichtum) von seinem Kampf gegen die Arbeitsverweigerung herrühren – von der vieldimensionalen Subversion der ordentlichen Umwandlung von Energie in Arbeit.

Unsere Schwierigkeit besteht darin, in der »Natur« nicht unseren Haushalt zu sehen, nicht auf die »natürliche« Gegenständlichkeit



unseres Körpers oder der uns umgebenden Stoffe hereinzufallen und damit innerhalb der Kapitalplanung zu denken, sondern unsere Fremdheit gegenüber dieser »Natur« als Subversion zu verstehen, zu fühlen und auszuspielen. Die Realität des Kapitals erscheint als Natur und obwohl es nicht unsere Natur ist, ist sie doch überwältigend real. Mit unserer Entzifferung müssen wir also durch das Getöse der Apokalypse hindurch in den Erdölkavernen, im Zischen des Erdgases in den unterirdischen Abgründen etwas Bekannteres heraushören: den Klassenkampf, unsere Abstraktion.

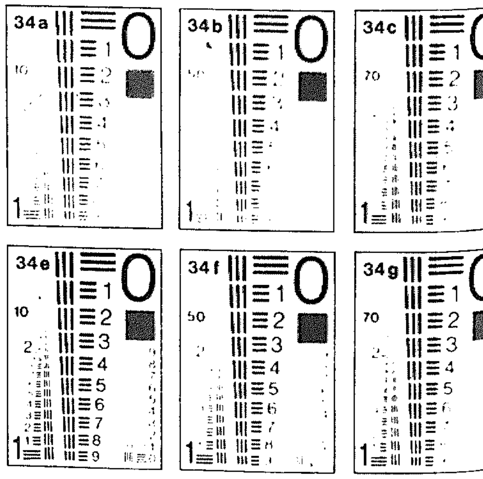
Wie kam nun das Verhältnis Arbeit/Energie ins Wanken?

Da die Energiekrise 1973 begann, muß man logischerweise den Zeitabschnitt davor betrachten. Was geschah damals mit der Arbeit/Energie? ...Eine kapitalistische Katastrophe in der Warenproduktion und in der Reproduktion der Arbeitskraft. Die alten Filme: die Studentenunruhen, die Ghettokrawalle, SDS und Weatherpersons, eine mit Drogen vollgepumpten US-Army in Vietnam, die wilden Streiks in West Virginia, die Welfare Sit-Ins, den Stonewall-Krawall der Schwulen, Attika. Wenn wir zum Beispiel die beiden Jahrzehnte zwischen 1947 und 1967 anschauen, sehen wir, daß in diesem Zeitabschnitt die Löhne und Profite die Erfüllung des American Dream ausdrückten: der Klassenkampf kann vermieden werden, Löhne und Profite können zusammen wachsen, vielleicht nicht im gleichen Grad, aber auf einem langzeitlichen Gleichgewichtswachstumspfad. Die Keynes'sche Strategie – Reallohnerhöhungen mit dem Produktivitätszuwachs zu kombinieren – schien erfolgreich zu sein. Die Periode 1967-1972 brachte dann aber den großen Schock: zum ersten Mal gab es eine längere Periode mit Profitrückgang. Diese Periode markierte das Ende des »sozialen Friedensabkommens«, das mit den Kriegsveteranen, die aus Europa und dem Pazifik zurückkehrten, ausgehandelt worden war. Es war jedoch nicht etwa eine Periode der »Lohnexpolsion« (wie sie für die BRD, Italien oder Frankreich charakteristisch war). Sie brachte lediglich eine mathematische Umkehrung und bedeutete die Rückkehr zum Nullsummenspiel der früheren Lohnverhandlungen, das von den Spieltheoretikern des Kapitals während dem 2. Weltkrieg und unmittelbar danach überwunden zu sein schien.

Die Funktion des Staates als Wahrer der Durchschnittsprofitrate bedingt, das der Staat die Reproduktion der Arbeiterklasse überwacht und für dazu ausreichende Einkommen sorgt.

»Krieg» und »Verteidigung« sind ein wesentlicher, wenn auch oft übersehener Teil der Reproduktion der Arbeitskraft; sie können den Tod von Millionen von Arbeitern diktieren. Die Reproduktion der Arbeitskraft darf nicht reduziert werden auf die Reproduktion »menschlicher Körper« oder »Wesen«. Umgekehrt können die »Wohlfahrts«-ausgaben des Staates auch Verteidigungsausgaben sein.

Ein neuer Krieg kam zur Weißglut auf den Straßen der USA und erforderte sofortige Aufmerksamkeit. Daher der überstürzte Zuwachs an »Wohlfahrtsausgaben«, d.h. von Transferzahlungen, um mit den Frauen, Schwarzen, Jugendlichen zurechtzukommen, die immer mehr die Art und Weise angriffen in der sie reproduziert wurden. **Der ganze Prozeß** (ob man ihn nun Krieg oder Wohlfahrt nennt), die Bevölkerung den allgemeinen Lohn-, Profit-und Produktivitätsverhältnissen sowei den Mikro-Verhältnissen von Liebe, Arebitsplatz, Disziplin und ruhigem S terben anzupassen, **war in die Krise geraten**.



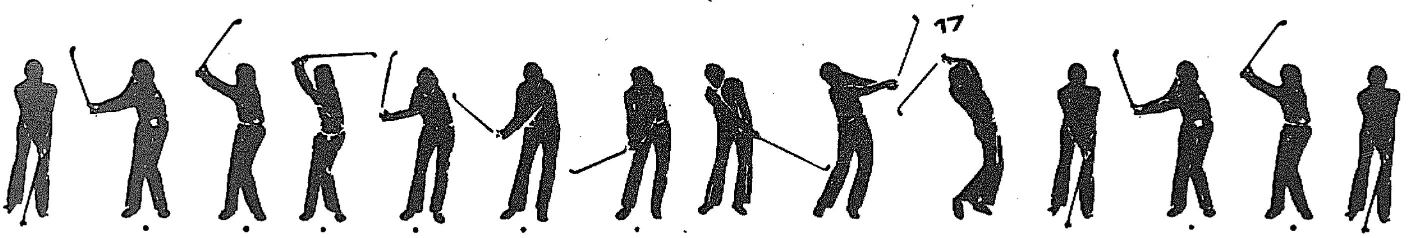
Steuern und Ängstlichkeit:

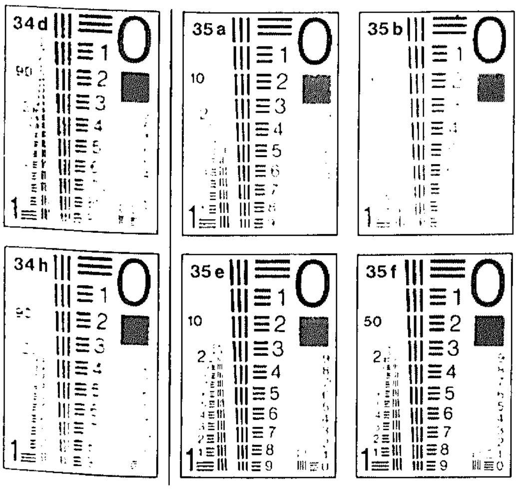
Der Staat investierte in die Reproduktion der Arbeitskraft und vertrieb damit das Depressionstrauma (und seine potentiell revolutionären Folgen). Die höhere Besteuerung der Unternehmerprofite war der Preis, den das Kapital dafür zu zahlen hatte. Aber jeder Schritt, den das Kapital unternimmt um sich sicherer zu fühlen, führt zu einer Profiteinbuße.

Die Periode 1967-1972 machte es klar, daß die Kosten für das Si cherheitsgefühl bis zu einem Punkt zunahmen, bei dem die Therapie den Patienten ruinierte.

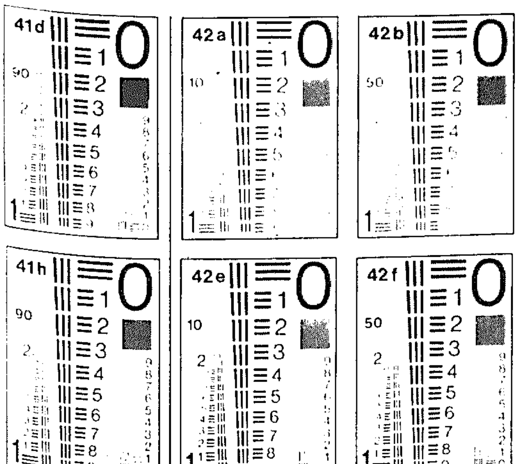
Zudem schwand das Vertrauen in die Wirksamkeit der Staats-Therapie, als sie nicht mehr auf nur traditionelle Fließbandarbeiter. d.h. die Veteranen von Flint, Guam und McCarthy, angewendet werden sollte, sondern auf völlig neue Arbeitertypen. Was wollten denn diese Blackpowerlanghaarhaschrauchterverrücktenhausfrauenlesben eigentlich?

Von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre verschärfte sich das Steuern/Ängstlichkeits-Syndrom. Das Verhältnis zwischen Staat und Einzelkapital, wie es von Keynes definiert worden war, geriet in die Krise. Das Kapital war in seinem eigenen Käfig gefangen und versuchte im Oktober 1973 auszubrechen. Der Wiederaufschwung der Profitrate hing davon ab, ob das Kapital wieder die Initiative erobern, ob es seine kränkesten Teile wegschneiden und ob es vor allem seine alten Regeln durchbrechen konnte.



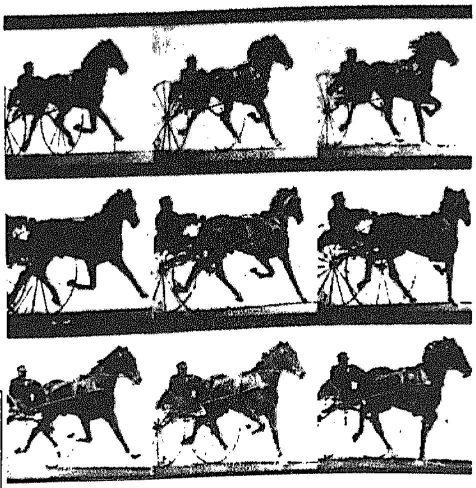


Keyns'sche Krise:
Die Keynesianer erkannten, daß kein Arbeiter an einem hocharbeitsintensiven Fließband arbeiten kann und zur Arbeit zurückkehren kann ohne einen ähnlichen, hocharbeitsintensiven Reproduktionsprozeß. Das Fließband ist besonders anfällig für individuelle Schwankungen des Arbeitsrhytmus': und dieser Rhytmus muß sowohl bei – als auch nach der Arbeit aufrechterhalten werden. Regelmäßige Mahlzeiten, regelmäßiges Ficken, regelmäßiges Scheißen sind wesentlich für die Steuerung der Arbeitskraft und des Kapitals in einem Preßwerk. In der Keyns'schen Gleichung wird so die Hausfrau zur notwendigen Ergänzung des Fließbandarbeiters. Das dynamische Gleichgewicht von Heim und Fließband erforderte eine eakte Verbindung der Variablen Lohn, Fabrikarbeit und Hausarbeit. In der Zeit zwischen den späten 60er und Mitte der 70er Jahre begann diese Verbindung aufzubrechen. Scheidungen z.B. nahmen parallel mit den Löhnen zu, was eine neue Spannung zwischen den Polen der Keyn'schen Krise bloßlegte, aber »sicher nichts, das zur Auslösung einer neuen Krise reichen würde.« Es waren BOOM-Jahre, aber nicht für das Kapital.



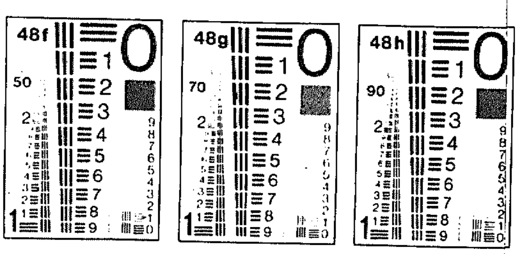
Nicht nur zwang die Unruhe in den Fabriken, Haushalten und auf den Straßen das Kapital, mehr für die Fabrikarbeit zu zahlen, es mußte auch über den Staat immer mehr direkt für jene Reproduktionsarbeit bezahlen, die früher indirekt über den Fabrikarbeiterlohn des Mannes finanziert worden war. Frauen und Jugendliche leisteten nicht mehr »natürlicherweise«, was sie früher unter der Aufsicht des Ehemannes und Familienvaters geleistet hatten. Obwohl also in jener Periode von der Arbeiterklasse ein enormes Maß an zusätzlicher Energie erzeugt wurde, erwies sich diese Energie als besonders widerstandsfähig gegen ihre Umwandlung in Arbeit. Es gab einen scharfen Abfall im Arbeits/Energie-Verhältnis, der sich als Profitkrise durchschlug und die Grundsätze des Keynesianismus untergrub.

Die Reaktion des Kapitals:
Eine Verschiebung der Zusammensetzung der Investitionen. (Für viele unsichtbar – es erscheint Kapitalisten und Arbeitern als Investitionsrückgang)
Was jedoch alle sehen konnten war der Sprung der relativen wie der absoluten Preise der Energie-Produkte. Mit der Inflation wurde das Arbeitereinkommen direkt angegriffen, weil sie den realen »Durchschnittslohn« verminderte. Durch die ganze Nachkriegszeit bis 1973 waren die Preissteigerungen in den Industrien und im Energiesektor etwa gleich. Stieg der Industriepreisindex um 100%, so der Energiepreisindex um mehr als 200%. Parallel zu den Preisen veränderten sich auch die relativen »Umsätze« und »Profite« der zwei Sektoren.

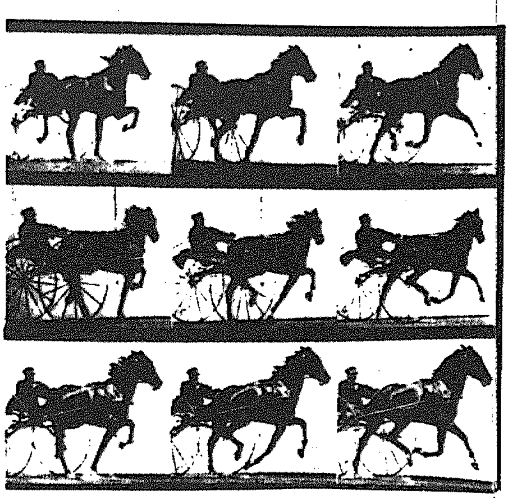


Diese Zahlen sind die Hieroglyphen der Antwort des Kapitals auf die Kämpfe der späten 60er und frühen 70er Jahre. Sie bedeuten das Ende der Fließband-Auto-Heim-Politökonomie, das Ende der Blue-Collar-Fließbandarbeiter/Hausfrau-Verbindung, das Ende der empfindlichen Maschine der Keynes'schen Gesellschaft. Indem es dem Energiesektor den Vorrang einräumt, kann das Kapital eine enorme Anzahl von Arbeitern kommandieren, denn dieses Kommando findet abseits des eigentlichen Schauplatzes der Ausbeutung statt.

Es fühlt sich beinahe geisterhaft an und unterläuft alle Ansammlungen von Klassenmacht in den Fabriken, Bergwerken und auf den Straßen. Denn diese Reorganisation zentralisiert den Akkumulationsprozeß während sie gleichzeitig den Ausbeutungsprozeß enorm dezentralsiert. Indem es den Energiesektor entwickelt kann das Kapital eine Art magnetisches Kommando ausüben und Mehrwert aus jeder Pore gesellschaftlichen Gewebes herausziehen; jedes Restaurant, jede Wohnung, jede Werkstätte muß für Energiekosten bezahlen.



Das *Bild* der Arbeiters selbst scheint sich angesichts dieser Neuzusammensetzung des Kapitals aufzulösen. Der bullige Fließbandarbeiter im blauen Overall verblaßt in der Ölkrise; löst sich auf in die Dienstleistungsarbeiterin und in den abstrakten Computerprogrammierer. Die große Konzentration von Fabrikarbeiten, die sich als so explosiv erwiesen hat, wird **zerstreut**.
Und es fühlt sich alles so verschieden an! Dein Lohn steigt, doch verdunstet, bevor du ihn ausgeben kannst. Du stellst den Chef zur Rede, doch der schreit, daß er »Rechnungen zu bezahlen habe« – und was noch tiefer geht: du siehst deine Ausbeutung überhaupt nicht mehr. Am Fließband war es deutlich zu sehen, wie das Leben dahinschwand – die Kristallisation diener Arbeitskraft in Ware, die Materialisierung deiner Entfremdung. Aber in den Dienstleistungsbetrieben scheint die Mehrarbeit inexistent zu sein, ja »unproduktiv«, nur eine bezahlte Form der Hausarbeit, wie etwa das Reinigen von Uringefäßen, das massieren von Joggermuskeln, das Zubereiten von Rühreiern.
Im Energie-Informationssektor wirst du hingegen von einer riesigen Masse fixen Kapitals aufgeschluckt, und es fühlt sich an als ob du überhaupt nicht ausgebeutet würdest: Du überwachst nur Maschinen, fühlst Dich sogar privilegiert, als Teil des Gehirns – des Systems.



Eine auf Autos aufgebaute »Gesellschaft« ist nicht wie eine auf Computern, McDonalds und AKWs aufgebaute, wobei »Gesellschaft« den ganzen Reproduktionsprozeß meint. Die neue Lebensweise, die durch die Vorherrschaft des Energie-Informationssektors diktiert wird, und auch die Kämpfe dagegen, zeichnen sich heute erst ab.

Wie erklärt sich die anscheinende Freiheit der Kapitalisten beim Festsetzen der Erdölpreise, unabhängig von der Arbeit, die in die Produktion von Erdöl geht (d.h. unabhängig von seinem neuen Wert?)? Das Auseinanderklaffen von Preisen und Werten ist nichts Neues. Im Gegenteil, es war immer ein wesentlicher Aspekt der kapitalistischen Herrschaft. Werte (materialisierte Arbeitszeit) müssen in Preise umgewandelt werden, und diese Umwandlung war nie 1:1. Das Wesen der Umwandlung von Werten in Preise besteht darin, daß das Kapital zwar den Mehrwert lokal gewinnt, es aber nicht zuläßt, daß jene, die diese Gewinnung vornehmen, auch den Mehrwert kommandieren und ausgeben. Diese Umwandlung ist real, doch sie erzeugt Illusionen – sowohl in den Gehirnen der Kapitalisten wie der Arbeiter.

Das Kapital erscheint als kleine Maschinen, Rohstoffpakete, kleine Arbeitszwischenfälle; – alle verbunden durch ihre kleinen Agenten, die reklamieren, sich entschuldigen, sich gegenseitig herumhetzen. Jeder individuelle Kapitalist sorgt sich um »mein« Geld, jeder einzelne Arbeiter flucht über »meinen« Job, jeder Gewerkschaftsbürokrat jammert über »meine« Industrie. Tränen fließen überall, über anscheinend verschiedene Dinge, so daß im Haus des Kapitalismus ein ewiges Rührstück läuft. Aber das »mir-gehört« ist eine, wenn auch wesentliche Illusion. Das Kapital ist gesellschaftlich, abstrakt, ebenso wie die Arbeit.

Es belohnt die Kapitalisten nicht dafür, daß sie ausbeuten und noch weniger die Arbeiter dafür, daß sie ausgebeutet werden. Es *»gibt«* keine Gerechtigkeit für niemanden außer für es selbst.

Die Umwandlung der Werte in Preise wird bestimmt durch die instinktive Forderung des Kapitals *»nach seiner ihm zustehenden Anerkennung«*. Der Körper des Kapitals hat viele verschiedene Glieder, Organe, Arterien und Venen, Nervenstränge, Sensoren und Prozessoren, – jeder mit seiner organischen Zusammensetzung, mit seinen eigenen Versorgungsbedürfnissen. Wieviel Mehrwert in ein bestimmtes Organ des Kapitals geht, wird bestimmt durch seine organische Zusammensetzung: durch die Mischung von toter und lebendiger Arbeit, die dort besteht.
Nehmen wir als Beispiel: Atomkraftwerk, Automobilfabrik und Hamburgerbar. Jedes eine Maschine mit verschiedenen Bedürfnissen und verschiedenen Produkten.

Ein typischer AKW-Arbeiter arbeitet mit einer Ausrüstung im Wert von etwa 300.000 Dollars. Ein typischer Automobilarbeiter verbindet sich mit Maschinen im Wert von 30.000 Dollars und der Restaurant-Bar-Arbeiter benützt Produktionsmittel im Wert von 3000 Dollars. Doch die Löhne des AKW und Automobilarbeiters sind etwa doppelt so hoch wie der Lohn des Restaurant-Bar-Arbeiters.







Für den Automobilarbeiter ist es völlig klar, daß eine Beschleunigung des Bandes den Ausstoß an Autos und damit den Profit erhöht. Es scheint also hier ein 1:1-Verhältnis zwischen höheren Investitionen in der Maschinerie, der Produktivität und der Arbeitsintensivität zu herrschen. Das ist der Bereich des relativen Mehrwerts.
Im niedrigen Sektor hingegen wird die Länge des Arbeitstages entscheidend. Dies ist der Bereich des absoluten Mehrwerts, wo Arbeit dadurch erzeugt wird, daß die Energie möglichst lange am Arbeitsplatz gehalten wird. Das Problem dabei ist, daß der Arbeiter den Mehrwert nicht sehen kann. Das Hamburgerrestaurant kann seine Arbeiter mit Mehrwert fast umbringen und trotzdem den Eindruck erwecken »kein Geld zu machen«.
Schließlich der hohe Sektor. Dort werden enorme Profite gemacht, aber nicht aus den Arbeitern, die **an sich** die AKWs betreiben. Sie können ihren Lohn auf dem Weg vom Parkplatz zum Kontrollraum verdienen und die Menge an »Mehrwert«, die in den folgenden acht Stunden von ihnen produziert wird, ist absolut geringfügig, und doch relativ enorm! Woher also hier die Profite?

Über den Unterschied zwischen Werten und Preisen wird Mehrwert in die Atomindustrie überführt. Dem gesellschaftlichen Gesamtkapital entspricht eine Durchschnittsprofitrate, während die Einzelkapitalien gemäß den in jedem Organ investierten Kapital unterschiedlich mit Profiten versorgt werden. Jedes Organ enthält einen verschieden hohen Anteil an konstantem Kapital. Jene Organe mit hoher Kapitalinvestition pro Arbeiter benötigen einen überdurchschnittlichen Anteil an Mehrwert als Ertrag, jene mit einer durchschnittlichen Investition pro Arbeiter einen durchschnittlichen Gewinn, während jene mit einem niedrigen Kapitalanteil sich mit einem niedrigen Ertrag zufrieden geben müssen.

»Gleiches Maß und gleiches Gewicht« entgegnet das gesellschaftliche Kapital seinen jammernden Hiobs in den Restaurants, Sweat Shops und Bauunternehmen. *»Ich erkenne nur mich selbst«*, *»ich bin ich«* dröhnt das kapital aus seinem Sturmwind und fegt die kleinen Unternehmer samt ihrer Sorgen hinweg. Diese Ertragsgerechtigkeit wird über die Preise durchgesetzt. Die Warenpreise aus den hohen Industrien sind immer höher als die Werte. Die hohen Industrien saugen den am Grund des Systems produzierten Mehrwert über die Preisstruktur auf. Die Trennung von Preis und Wert macht es klar, daß Gewinnung von Mehrwert und Kommando über Mehrwert zwei getrennte Sachen sind.
Der Chef von Alices Restaurant kann sich zwar beklagen, aber er muß trotzdem seine Strom- und Heizungskosten bezahlen. Wie Hiob respektiert der Kleinunternehmer die höhere Macht. Er kann sich ihr nicht entziehen, muß ihr Tribut leisten, auch wenn sie noch so ungerecht erscheint.

Vielfalt der Arbeit: Anti-Entropie als Information

In der Energiekrise trifft die Dienstleistungsarbeiterin als ihre Ergänzung den Computer-Programmierer und den Ingenieur. Denn während durch den Energiepreisanstieg die archaischsten Ausbeutungsformen wieder zum Leben erweckt werden, findet am entgegengesetzten Pol eine Intensivierung der Instrumentarien von Information und Kontrolle statt. Warum der Aufstieg der Computer-Industrie am Höhepunkt der Energiekrise?
Schließlich bedeutet die bloße Tatsache der Investition im hohen Sektor nicht, daß sie sich lohnen, denn der hohe Sektor ist sehr empfindlich gegenüber Breakdowns, ja Katastrophen.

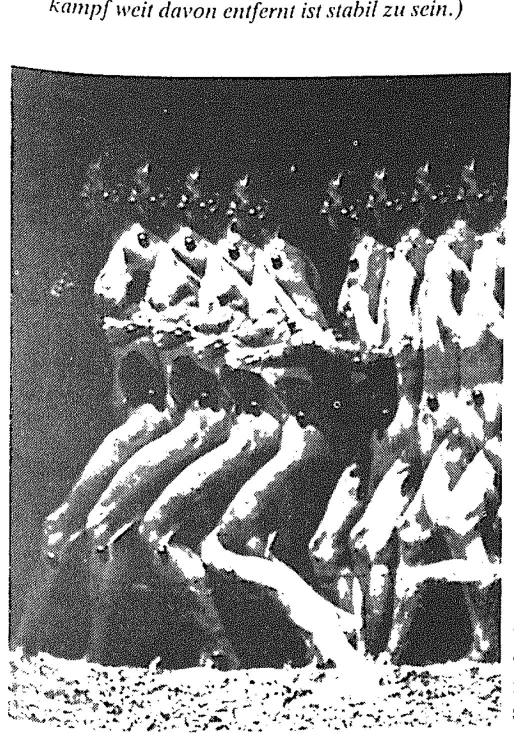
So setzt die Energiekrise eine höhere Bewertung für Information, Kontrolle und Kommunikation (Transfer) durch. Die enorme Dezentralisierung der Beschäftigung in der Dienstleistungsindustrie erfordert neue Methoden des Transfers von Mehrwert von einem Ende des Systems zum anderen. Die Vertreibung der Fabrikmassenarbeiter führt zur Roboterisierung. Schließlich erfordert die Konzentration des Produktivkapitals in komplexen Maschinen und Anlagen eine Verstärkung der Selbstdisziplin und der Mechanismen zur Konservation des Kapitals.

Um die Reproduktion der Produktion zu sichern genügt es indessen nicht, nur den Arbeiter zu reproduzieren. *Auch* das Kapital muß bewahrt werden. Das *konstante* Kapital ist ein wesentlicher Bestandteil des Produktionsprozesses, der gegen die *angreifenden* Energien der Arbeiter verteidigt werden muß.

Der Mikro-Kapitalist ist *so* besorgt um sein fixes Kapital, weil er mit der ständigen Drohung lebt, daß der Arbeiter »unintelligent« oder »schlampig« arbeitet und vor allem Material verschwendet. Ein Blick genügt, um dieses Problem[1] als Überlebensfrage zu verstehen, vor allem, wenn das *konstante* Kapital einen kritisch hohen Grad an Konzentration erreicht hat. Die Investitionen in *konstantes* Kapital können dann die Ursache einer schnellen Disakkumulation werden, wenn der Wertverlust nicht eingeschränkt werden kann.

[1] Arbeit ist nicht nur Verausgabung von Energie, die reproduziert werden muß – diese Verausgabung muß auch kontrolliert werden, damit die Arbeitsmenge, die notwendig ist zur Wiederherstellung des Anfangszustandes nicht übermäßig wird.

Das setzt der Energiepreisstrategie eine präzise Grenze: wenn die aus dem niedrigen Sektor in den hohen Sektor überführte Arbeit so konzentriert und verletzlich wird, daß sie durch kleinste Anstöße jederzeit entwertet werden kann, **dann fällt die ganze Strategie wieder in sich zusammen.** Daher wird der Schutz des *konstanten* Kapitals zur vorrangigen Aufgabe der Informations/Computerindustrie.
(Ein gutes Beispiel für die Dialektik von Kapitalkonzentration und Entwertungsrisiko war das Fiasko in der Atomindustrie – Three Mile Island. Weil sie in den ersten Monaten einige Millionen Dollars Extraprofite machen wollten, stand Met Edison nach einem Beinahe Melt Down – hervorgerufen durch den Befehl der Manager, höhere Kapazitäten zu fahren, Überstunden der Arbeiter, – einer Situation gegenüber in der sie eine Milliarde Dollars flüssig machen mußten, um wieder in den Anfangszustand zurückzukommen. TMI zeigt auch, daß die Energiekrisenoffensive gegen den Klassenkampf weit davon entfernt ist stabil zu sein.)



Der *Unfall* wird die zentrale Kategorie der politischen Ökonomie der Energiekrise. Aber was ist eigentlich ein Unfall?
Unfälle sind Arbeitssituationen, bei welchen die Arbeitsmenge zur Wiederherstellung der Ausgangsstellung (des Arbeitsprozesses) außergewöhnlich groß wird. Unfälle erinnern immer wieder an die Sterblichkeit des Arbeitsprozesses. Es gibt einen tiefen Zusammenhang zwischen Unfällen, Information, Zeit und Arbeit. Die Produktionsmittel schaffen keinen neuen Wert; bestenfalls wird ihr Wert in das Produkt übertragen, dort bewahrt. Maschinen nützten sich bloß ab, oder übertragen ihre Energie in die neu produzierte Form.

Es gibt keine Maschinen-Maschinen, die Wert aus dem Nichts heraus erzeugen, keine perpetuum mobiles; der in den Maschinen verkörperte Wert nützt sich allmählich ab, indem er in neuen *»Gebrauchswert verwandelt wird, indem der alte Tauschwert wieder erscheint.«* Alle Apparate der kapitalistischen Magier enden als Leichen, – nicht einmal der genialste Gedanke kann der Statur des Kapitals einen Millimeter hinzufügen. Die Computerisierung eines Produktionsprozesses schafft keinen neuen Wert: es ist dadurch lediglich möglich, den variablen Anteil zu verkleinern und zugleich eine zu schnelle Erschöpfung des *konstanten* Kapitals zu verhindern. Sie ist eine Mechanisierung der »kleinkapitalistischen« Mentalität.

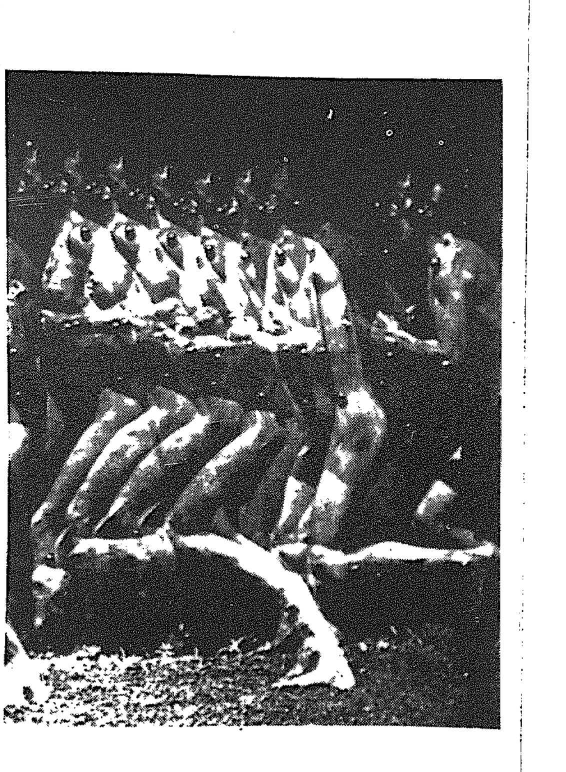
Es wird eine enorme Menge an Arbeit aufgewendet um abzusichern, daß der Wert der Produktionsmittel langsam, effizient und sorgsam in die Produkte übertragen wird. Nicht nur muß ein eigentliches Geiseldrama täglich abgewendet werden (denn es wirkt immer das Beispiel von Danzig); die zahllosen kleinen Revolten, die durch den Arbeitsprozeß pulsieren und das *konstante* Kapital über *»das Normale hinaus«* abnützen, müssen ebenfalls dauernd verhütet werden.

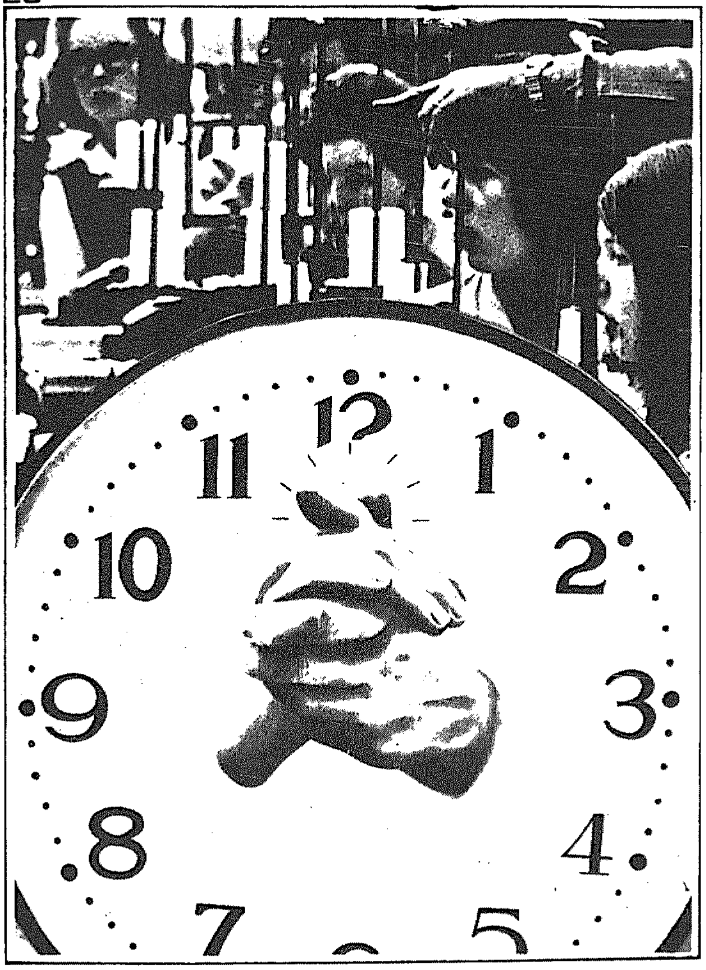
Das Kapital träumt von einem perpetuum mobile, von der Arbeit aus Energie ohne Verluste. Aber die Zeit ist asymetrisch, die Zukunft wird nicht wie die Vergangenheit sein. Der Widerspruch des Kapitals besteht darin, daß gerade diejenigen, die die Pannen verursachen, die Energie besitzen, die es benötigt. Nur *wir* sind in dauernder Bewegung: ewig energetisch, schlau, gehorsam, frech, feige, unzuverlässig, rebellisch, aber immer in Bewegung. Und *diese* Bewegung ist die einzige Quelle der Arbeit, der Entwicklung, des *Mehrwerts* – ob das unsere Arbeit ist oder nicht. Die Zeit ist asymetrisch, weil wir asymetrisch sind.

Gefängnisse gehören genauso zum Produktionsprozeß wie das Gas, das den Motor antreibt, wie die Krankenschwester, die einen wieder indie Fabrik entläßt, wie der Print-Out, der einen über die Panne aufklärt. Denn gäbe es keine Abfallgruben für Arbeitskraft und *konstantes* Kapital – keine Möglichkeit die entropischen Epidemie einzudämmen – so würde das System ins Stocken kommen. Natürlich denkt das Kapital nicht daran, keinen Abfall mehr zu erzeugen. Es will ihn nur kontrollieren, an isolierten, widerstandsfreien Orten, bei wehrlosen oder unsichtbaren Bevölkerungen ablagern: ländliche Gegenden, Ozeane, Entwicklungsländer kommen dafür in Frage. Daher kommt mit der „Energiekrise" auch die Todesstrafe zurück. (Die langsame als *Krebs*, die schnelle als *Kugel*).
Das ist das letzte Elemant der Profitkrise und die letzte Ursache für die Gegenoffensive mit der Energiekrise. Da die Arbeiterklasse es in den 60er und 70er Jahren zunehmend abgelehnt hat, die Müllhalde für die kapitalistischen Abfälle zu sein, erfolgte auch hier ein gegenläufiger Anstoß. Die Energiepreiserhöhungen zwangen die »Weigerung« Abfälle aufzunehmen sofort in die Defensive, denn die hohen Energiekosten rechtfertigten die Notwendigkeit der Entropiekontrolle und der Beseitigung konzentrierter Entropieablagerungen aus dem Produktionsprozeß.

Wir haben mit dem Weltuntergang, der Apokalypse begonnen. Die Apokalypse wird zum Spiegelbild der Kämpfe gegen das Kapital, wenn diese kritische Ausmaße annehmen. An der Wurzel all der Bomben, Raketen, AKWs, ist der Kampf gegen die kapitalistische Akkumulation (in Ost und West, das spielt schon lange keine Rolle mehr), gegen ein Leben, das von Arbeit und Ausbeutung beherrscht wird. Dieser kampf ist die Quelle der gegenwärtigen apokalyptischen Gerüchte, – und dieser Kampf kann sie auch beenden.
Ansatzpunkte sind:
★Verweigerung von Produktivitätsabkommen am Fließband
★Zersetzung der Familie und des Reproduktionsapparats, der die Arbeiter in den Reproduktionsprozess eingliedert
★Weigerung, die Aufnahme der Kapitalabfälle im bio-sozialen Prozeß der Reproduktion zu übernehmen, z.B. als Kampf gegen die Gefängnisse oder Atommülldepots

All diese u.a. Formen verursachen *direkt* die Profitkrise und die darauf folgende Energiekrise, die die Profitabilität wiederherstellen sollte. Diese Kämpfe bleiben, mag auch der Angriff des Kapitals gegen sie noch so apokalyptisch „orchestriert" sein. We die polnischen Arbeiter gezeigt haben, besteht der einzige Weg, gegen die Raketen wirksam anzugehen, darin, mehr und saftigere Würste zu fordern: *»Nur wer streikt ißt Fleisch«*
[Um unverständliche Fremdwörter leicht gekürzt bzw. entschärfter Text.





35-stunden-woche

Auf zu neuen Ufern?

von Horst Blume

In diesen Monaten bahnt sich mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche eine der wichtigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dieses Jahres an. Nachdem nun seit über 60 Jahren die tägliche Arbeitszeit und seit fast 30 Jahren die wöchentliche unverändert geblieben ist, fordern große Teile der Gewerkschaften die Abschaffung der 40-Stunden-Woche. Die Wirtschafts-und Strukturkrisen und die durch technologische Entwicklung begünstigte Rationalisierung hat zu 2,3 Mio Arbeitslosen geführt. Es ist durchaus realistisch, daß sich diese Zahl in 10 Jahren verdoppeln könnte.

In den vergangenen Jahrzehnten orientierte sich die Gewerkschaftspolitik im Wesentlichen auf das Erreichen von Lohnerhöhungen und auf die Pflege der Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Bei Fortsetzung dieser Politik würden die Gewerkschaften durch die ständig steigende Massenarbeitslosigkeit einen großen Teil ihrer Mitglieder und ihres Einflusses verlieren. Aus **diesem** Grund ist ein größerer Teil der Gewerkschaften bereit, die Sozialpartnerschaft mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufzukündigen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Hauptargument der Gewerkschaftler für die 35-Stunden-Woche ist nicht weiter verwunderlich für denjenigen, der angesichts der Krise die Angst vieler Menschen vor der Arbeitslosigkeit ernst nimmt. Da nach der Wende in Bonn mit der neoliberalen Strategie des Sozialabbaus, der Individualisierung und der Zerrüttung gewachsener Strukturen versucht wird, den Widerstand gegen das Abwälzen der Krise auf die abhängig Beschäftigten zu partikularisieren und zu brechen, geht es den Gewerkschaften auch darum, eine für sie bedrohliche Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses abzuwenden.

Neben diesem Aspekt hat die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche auch neue und weitergehende Fragestellungen aufgeworfen. Und zwar auch in einer Gewerkschaftsbewegung, die bisher streng und unbeweglich einer durch und durch traditionellen Politik nachgegangen ist. Es kommt jetzt darauf an, die Gelegenheit zu nutzen und die Diskussion auf folgende Bereiche auszuweiten, zu vertiefen und in konkrete Politik umzusetzen:

- Infragestellung der sozialpartnerschaftlichen Unterordnung der Gewerkschaft in der Krise
- Bündnisse mit Arbeitslosen
- Kontrolle und Veränderung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation



- innerbetrieblicher Kampf gegen Umweltzerstörung
- Rüstungskonversion

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist allerdings nicht für alle Gewerkschaften Anlaß für eine längst fällige Neubesinnung. Besonders die IG Chemie und IG Bergbau & Energie lehnen sich offen an Modelle der Bundesregierung an, die eine Vorruhestandsregelung und flexible Arbeitszeitverteilung als Gegengewicht zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche bevorzugen. Ein solches öffentlichkeitswirksames Konzept *»pauschal abzulehnen fällt der IGM deshalb schwer, weil es genügend betriebliche und tarifliche Beispiele in Vergangenheit und Gegenwart gibt, in denen Betriebsräte und Gewerkschaft solchen Modellen zugestimmt haben«* schreibt der »ARBEITERKAMPF« in seiner Ausgabe vom 12.3.84. Den Arbeitern wäre mit einer flexiblen Arbeitsverteilung keinesfalls geholfen, denn *»wenn das Kapitalinteresse eine optimal flexibel in den Produktionsablauf eingepaßte Arbeitszeit anstrebt und die Arbeitskraft ihre an sozialen Bedürfnissen orientierten Selbstbestimmungswünsche verwirklichen will, dann haben beide Seiten nicht nur Verschiedenes, sondern schlicht Entgegengesetztes im Sinn: die Organisation der Zeit stärker als bisher am jeweils eigenen Interesse auszurichten.«*(LINKS, Nr.169, S.9)

Die von rechten Gewerkschaften ins Spiel gebrachte Lebensarbeitszeitverkürzung wird zwar von vielen älteren Arbeitnehmern positiv eingeschätzt, ist aber im Grunde nur eine Reaktion auf unmenschliche Arbeitsbedingungen, bewirkt eine Verjüngung der Belegschaft und unterläuft tarifvertragliche Kündigungs-und Bestandsschutzregeln für ältere Arbeitnehmer. Hierdurch wird eine weitere Steigerung der Arbeitsinitiative ermöglicht und die Arbeitssituation für Ältere letztend-

lich noch mehr verschlechtert. Gerade die 35-Stunden-Woche könnte das Übel an der Wurzel packen (d.h.ansatzweise) und den Verschleiß der Gesundheit bremsen.
Die Wahrscheinlichkeit der Leistungsintensivierung bei Einführung der 35-Stunden-Woche ist bei näherem Hinsehen nicht so groß, wie es oftmals befürchtet wird. Zum einen haben die Unternehmen seit Jahren die innerbetrieblichen Möglichkeiten zur Leistungssteigerung weitgehend ausgeschöpft. Zum anderen würde ohne 35-Stunden-Woche der arbeitsmarktbedingte Druck auf die von Entlassung bedrohten Arbeitnehmer viel durchgreifendere Wirkungen haben.
Ein Erfolg für die 35-Stunden-Woche als *ein Schritt* hin zu einer Umverteilung der Arbeit, deren Kosten das Kapital zu tragen hat, ist nur wahrscheinlich, wenn es zu verstärktem Eingreifen von Gruppen außerhalb des DGB's kommt, damit der enge Rahmen der halbherzig begonnenen 35-Stunden-Woche-Kampagne gesprengt wird. Die Berliner Zeitung »Anschläge« versucht zwar mit ihrem Artikel über die »Zukunft der Arbeit« das Thema aufzugreifen, aber das bedenkenlose Spielen mit der Not der von Arbeitslosigkeit Betroffenen grenzt für mich an Zynismus. Hier wird flott ins Blaue philosophiert und eine Zukunftsvision serviert, über die wir uns womöglich auchnoch freuen sollen:
»Aus diesem Konglomerat von massenhaft aus dem Produktionsprozeß Herausgeschleuderten, von Außenseitern, Marginalisierten und Jobbern wird sich das neue Subjekt der Auseinandersetzung möglicherweise herauskristallisieren, das sich vor allem an die Aufhebung des Mangels machen muß. Lag die Stärke des Subjekts früher inseiner Homogenität, wie alle klassischen Auseinandersetzungen gezeigt haben, so wird diese zukünftig in seiner Heterogenität liegen.«
An einem solchen Denkansatz ärgert mich der kaum verschleierte ungestüme Erwartungsdrang nach Zuständen, die das Herz eines jeden neoliberalen Ausbeuters höher schlagen lassen. Solche Zeilen können nur von Leuten geschrieben werden, die teilnahms-und verantwortungslos den Problemen der abhängig Beschäftigten gegenüberstehen und die die verheerende Wirkung massenhafter Desolidarisierung falsch einschätzen.
»Ein Zauberkünstler aber, der aus Dauerarbeitslosigkeit, aus der tiefgreifenden und noch zunehmenden Spaltung der Gesellschaft das Material einer revolutionären Umwälzung machen will, der ist eine komische Fgur (...) Nein – wenn denn eine grundlegende Umgestaltung dieser Gesellschaft möglich ist, dann nicht an



den Entscheidungs-und Machtzentren, an den Produktionsstätten vorbei und ohne daß Ungehorsam und Widerstand in diesen Zentren zustandekämen, und das heißt eben auch bei den Arbeitern.« (Horst-Dieter Zahn, LINKS, Nr.165, S.15)

Um den emanzipatorischen Gehalt des Kampfes für die 35-Stunden-Woche in seinem größeren Umfang zu erkennen, ist es hilfreich, auf den Artikel von Oskar Negt »Ein politischer Kampf um das Brechen von Herrschaftspositionen«[1] einzugehen.

Von der Entwicklung ausgehend, daß bei wachsender Kapitalproduktivität das Maß an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit geringer wird, erweitert sich nach Negts Meinung dewr mögliche **Zeitanteil** für das »Menschsein«. Es geht bei dem Kampf für die 35-Stunden-Woche um die Durchsetzung der **»Zeitautonomie«**. Die alten unternehmerischen Verfügungsrechte über die Zeit der abhängig Beschäftigten müssen zurückgedrängt werden. Die früheren Arbeitszeitverkürzungen hatten verstärkte Betätigungsmöglichkeiten zur Folge, die sich auf den gesamten Lebenszusammenhang bezogen: Ausbau von Selbsthilfeeinrichtungen (Genossenschaften), Betätigung in Sportvereinen und Buchclubs, Eigenarbeit etc. Die durch eine Umgewichtung von Arbeitszeit und Freizeit möglich werdende »Emazipations- und Orientierungszeit« kann durch die kapitalistische Kultur- und Bewußtseinsindustrie instrumentalisiert werden und stellt an die Gewerkschaften die Anforderung, Teile der freiwerdenden Zeit mitzugestalten; denn nichts bleibt in dieser Gesellschaft unbesetzt. Die jetzt stattfindende sozialstrukturelle Verschiebung der für den Lebenszusammenhang der Menschen wichtigen Konfliktbereiche auf außerbetriebliche Orte der Erfahrung, auf Wohnen, Verkehrsverhältnisse, Stadtteilprobleme, ökologische Lebensbedingungen, wird die Gewerkschaften zwingen, ihre hauptsächlich auf den Betrieb fixierte Tätigkeit zu überdenken. Gerade in einer Zeit der kulturellen Wendeversuche, in der bisher aufgebaute Errungenschaften rückgängig gemacht werden sollen, ist eine stärkere Kooperation zwischen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und autonomen Kulturinitiativen sinnvoll.

■Aus den bisher gesaten folgert Negt die Notwendigkeit einer Erweiterung der Organisationsprinzipien der Gewerkschaften. Betriebsarbeit und Arbeit im Stadtteil - und Wohngebiet soll gleichberechtigt wahrgenommen werden. Diese Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften trifft sich mit dem anarchosyndikalistischen Ansatz, der die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaft und (Arbeiter-)Partei ablehnt. Stadtteile als Basisorte eines zweiten, immer wichtiger werdenden Organisationszentrums bieten für außergewerkschaftliche sozialistische und anarchistische Gruppen stärkere Einwirkungsmöglichkeiten als bisher. In den Großstädten ist es nach »Revier« (3/84) schon zu Gründungen von Stadtteilgruppen zur Unterstützung der 35-Stunden-Woche gekommen. Sie dürfen allerdings nicht wie gehabt zum alleinigen Tummelplatz für die brav im Schlepptau der offiziellen Politik des DGB's befindlichen Jusos und DKP'lern herunterkommen, sondern müssen tatsächlich Bürgerinitiativcharakter haben, wenn eine weitergehende emanzipatorische Perspektive mit ihnen verbunden sein soll.

Hierzu gehört auch, daß die sich solchermaßen herausschälenden Organisationskerne in der Lage sind, eigenständige Handlungskonzepte und Strategien notffalls auch gegen die offizielle DGB-Politik zu entwickeln, die sich sicherlich mit faulen Kompromissen zufrieden geben wird. Die einsetzenden Spannungen mit Teilen des DGB könnten kreativ genutzt und gegen seine hierarchische Struktur gewendet werden, wenn die unabhängigen Gruppen ihre programmatischen Aussagen an den unmittelbaren Erfahrungen der Arbeitenden orientieren, aber utopische Vorstellungen von einem besseren Leben nicht verstecken, sondern als zusätzliche Antriebsfeder nutzen.

Praktisches Verhalten und nicht den besserwisserischen Zuschauer spielen wird uns weiterbringen. D.h., den Kampf für die 35-Stunden-Woche durch eine breite, soziale Bewegung untermauern, neue Gedanken und bisher wenig praktizierte Organisationsformen beisteuern, eine politische Gegenkultur aufbauen, damit noch außerhalb stehende eine Vorstellung davon bekommen, daß unser Kampf für eine herrschaftslose Gesellschaft auch für die ein lohnendes Ziel sein könnte.

[1]Das Referat von Oskar Negt ist als Sonderdruck des »Express« gegen Voreinsendung von 1,50DM in Briefmarken erhältlich: Express, PF 591, 6050 Offenbach-4.



ANARCHO-SYNDIKALISTEN

Freie Arbeiter-Union (FAU Berlin)

Anarcho-Syndikalisten zur 35-Stunden-Woche

Die FAU-Gruppe Berlin (Cranachstr.7, 1000 Berlin 41) hat ein dreiseitiges Flugblatt zum aktuellen Thema 35-Stunden-Woche veröffenlicht, das von allen Interessierten (z.B. zum 1.Mai) angefordert werden kann.

Wir zitieren die Forderungen der FAU Berlin:

1). Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in einem Schub

2). Langfristiger Widerstand gegen Rationalisierung und Unternehmerwillkür (kontrollierte und wilde Streiks)

3). Verbreiterung des Widerstandes in der Basis gegen zunehmenden Arbeitsstress (langsam arbeiten, Refa-Leute behindern, Verweigerung von Überstunden)



4). Festnageln des DGB auf vollen Lohnausgleich und Senkung der Arbeitszeit auf (zunächst) 35 Stunden in einem Schritt

5). Aufräumen mit dem Märchen, die Lohnkosten seien Ursache der Krise

6). Schaffung oder Beteiligung an Betriebsgruppen zur Entwicklung von permanentem Widerstand

7). Fortsetzung des Kampfes über die 35-Stunden-Woche hinaus für Selbstverwaltung in Produktion und Konsumption.

Es sei klargestellt: Die 35-Stunden-Woche wird die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, ebensowenig die kapitalistischen Bedingungen, unter denen wir arbeiten. Sie kann eine quantitative und qualitative Verbesserung unserer augenblicklichen Situation bedeuten. Für sich allein genommen ist sie noch nicht als Schritt auf eine menschenwürdigere Zukunft zu werten, weil sie nur die Bedingungen unserer Abhängigkeit verbessert.

Seit Jahren ist aus der fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaft bekannt, daß zur Aufrechterhaltung gesellschaftlich notwendiger Produktion 20 Stunden Arbeit pro Woche ausreichen. Allerdings bei gerechter Verteilung der anfallenden Arbeit. Und bei Auflösung unproduktiver Produktionsbereiche – allen voran der Rüstungsbetriebe. Dies sind Bedingungen, an denen Staat und Kapital keinerlei Interesse haben können, die mithin nicht mit ihnen sondern nur gegen sie durchsetzbar sind. Darüber hinaus sind es Bedingungen, die nur bei organisierter gesellschaftlicher Selbstverwaltung Wirklichkeit werden können. Darunter ist die Auflösung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Organisation von Produktion und Konsumption durch Produzenten und Konsumenten entsprechend ihren Bedürfnissen, Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verstehen. Dies ist eine machbare Utopie, in der Rationalisierung einen ganz anderen Charakter hat als in diesem System. Neue, arbeitssparende Technologien können auf ihren Sinn hinterfragt werden, ihr Einsatz abhängig gemacht werden vom Nutzen für die Betroffenen. Wissenschaft unter Kontrolle einer organisierten Basis wird gezwungen sein für und nicht gegen den Menschen zu arbeiten. Ökologische Notwendigkeiten können realisiert werden. Das Verhältnis der Dritten und Vierten Welt zur Ersten stellt sich grundsätzlich anders dar. **Diese Utopie wird nicht durch unser Träumen wahr, sondern durch unser Eingreifen in die realen Kämpfe heute.**



Dieses Europa muß weg!

von Wolfgang Haug

Zusätzlich zum Boykott der Europawahlen rufen wir auch zum Boykott des Korrdinierungsausschußes der Friedensbewegung bzw. der GRÜNEN auf – oder anders ausgedrückt: welcher Wahltrick bringt die alternativen Wähler, die einem Zentraleuropa kritisch gegenüberstehen dürften, doch für die wahlfixierten GRÜNEN an die Urnen?
Eine parallele Stimmabgabe für den Frieden – verkleidet als wichtiger emanzipatorischer Akt, als Protest gegen das Establisment – dürfte für eine gesteigerte Wahlbeteiligung an Europa wirksamer sein, als es sich selbst CDU/CSU/SPD/FDP ausklügeln könnten. Die GRÜNEN sind schon weit gediehen in ihrer Einpassung in den Parlamentarismus – und Teile ihrer Basis scheinen es noch nicht einmal zu bemerken.

Anarchisten sind zwar im allgemeinen gegen bürgerliche Wahlen, aber gegen Europa? Bakunin sah die einzige Chance gegen den Nationalismus und Militarismus schließlich in einem europäischen »Völkerverbund« vieler dezentralisierter »Verwaltungs«-gebiete. Und die deutschen Nachkriegsanarchisten setzten wie viele andere fortschrittliche Menschen ihre Hoffnung auf eine übernationale, völkerverständigende europäische Zukunft. Der Stalinismus tat ein übriges, um diese Hoffnung zu stärken:

»...Plünderungen, Enteignungen, Demontagen, Vergewaltigungen, nicht nur von Frauen, von ganzen Völkern, Menschenjagden und Menschenverschleppungen und Sklavenarbeit, eine Weltstadt mit zweieinhalb Millionen Einwohnern ohne Kartoffeln, ohne Brot, ohne Licht... Flucht, Emigration, Fensterstürze (gemeint ist der tschechische Außenminister Masaryk,Anm.der Red.), Verewigung der Konzentrationslager... Es ist nicht nötig, Einzelheiten aufzuzählen. Das Wesen der Sache gilt es zu erkennen. Schlagen Sie an jedem beliebigen Tag die Zeitung auf, und Sie können sich davon überzeugen, daß Prinzipien, die im letzten Kriege mit Panzerarmeen und Bombengeschwadern bekämpft wurden, noch immer vorhanden und durchaus virulent sind. Die Völker sind weder befreit vom Militarismus noch sind sie befreit von einer bedrückenden Staatsbürokratie, noch sind sie frei von einengenden Polizeimethoden...als Gegengewicht: den enterbten Menschen wieder einsetzen in seinem Wert, den europäischen Menschen einsetzen in seine Rechte, ihn befreien von den vielfältigen Formen machiavellistischer Gewalten, ob sie sich in der Wirtschaft, in der Kirche, im Staat manifestieren. Nicht Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung, geistiger Bevormundung, leiblicher Unterdrückung, sondern Subjekt sei der Mensch: nicht er soll für die Dinge, sondern die Dinge für ihn da sein, und er soll seinen Wert nicht als Untertan einer Staatsvollmacht empfangen, die blindes und gewissensloses Gehorchen fordert, sondern sein Gewissen und die mit ihm geborenen Rechte und Freiheiten sollen die Maße sein, mit denen gemessen wird. Europa ohne den in das Seine eingesetzten europäischen Menschen wäre nichts als ein leeres Gefäß«

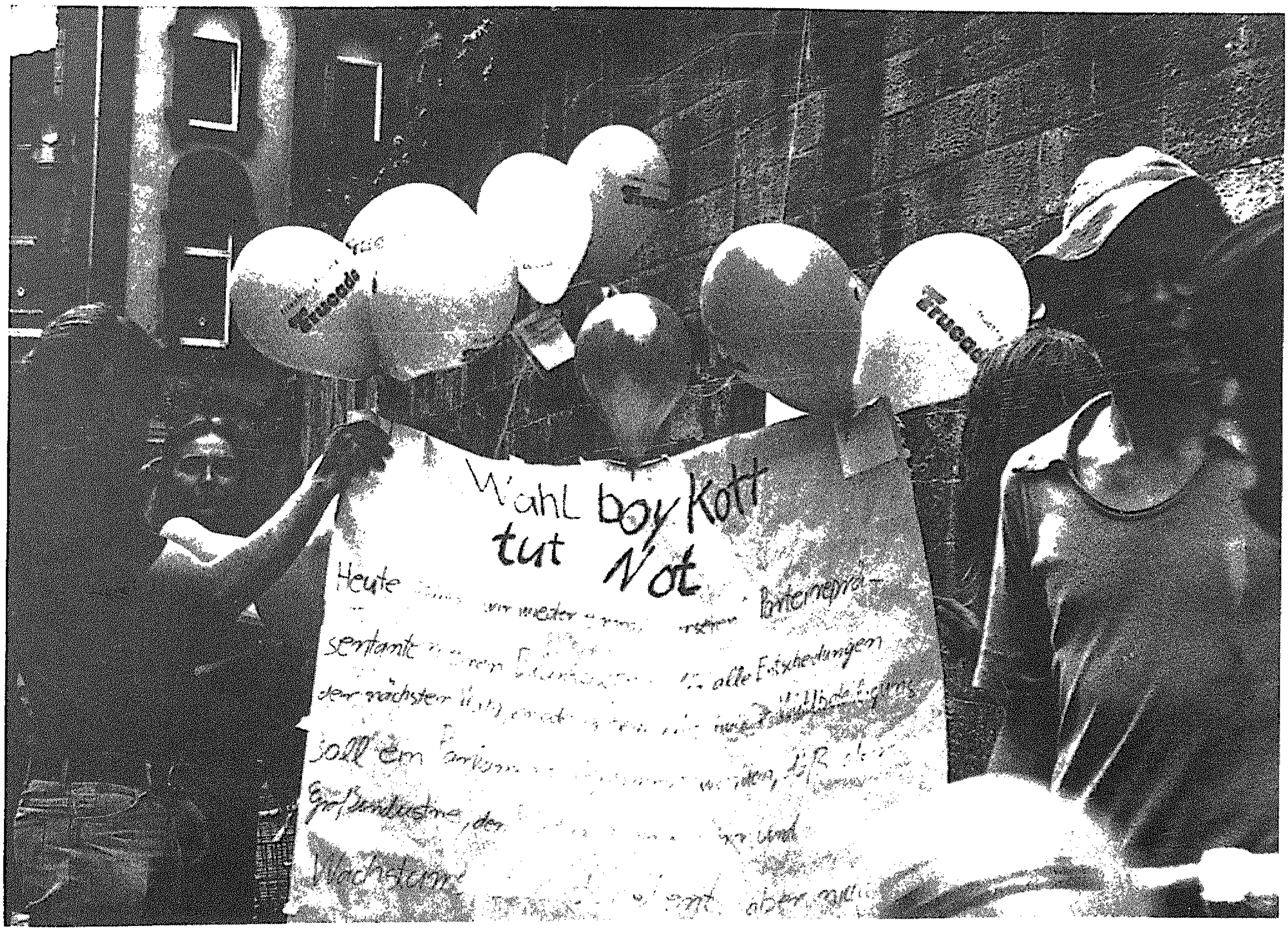
Theodor Plievier
(Rede im Mai 1949
vor Studenten in Zürich;
ein Bekenntnis zu einem geeinten Europa)

Im Nachkriegseuropa und speziell im Nachkriegsdeutschland wirkte eine sehr starke Tendenz für ein geeintes Europa; die »nationale Idee« hatte gründlich ausgespielt und nichts schien näher zu liegen als die überkommenen Nationalstaaten in andere Körperschaften überzuführen. Diese Erfahrungen und Wünsche der Menschen fanden allerdings kaum einen Niederschlag in der sich an den 2.Weltkrieg anschließenden politischen Teilung der Welt, in deren Verlauf Europa zuerst zum Anhängsel, heute zum Mitgestalter westlicher Großmachtpolitik wurde. *Dieses* Europa hat nichts wünschenswertes mehr an sich und das einzig greifbare Bonbon für die Bevölkerung – nämlich das Wegfallen der Grenzen – ist bei aller politisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit bis heute nicht realisiert – dafür aber die saure Pflicht europäische Preise zu bezahlen! Dafür die Tendenz den zentralisierten Regierungen den Einzelstaaten eine zentraleuropäische REGIERUNG in Form der »Gipfel« überzustülpen, die weder von den Völkern legitimiert, noch in dieser Form gewünscht ist. Das »Europaparlament« bedeutet nicht viel mehr als die äußerliche Staffage, die scheinbare demokratische Rechtfertigung.

Unverhohlene Freude kommt auf, betrachtet man Kohl's und Genscher's lange Gesichter, wenn mal wieder ein solcher »Gipfel« an den Finanzen gescheitert ist – und selbst Desinteressierte merken, um was es in *diesem* Europa ausschließlich geht: um Geld und Macht. Man möchte die Spanier und Portugiesen vor Europa bewahren – bewahren vor den Zusammenbruch ihrer Infrastruktur und Kultur. Die EG-Agrarpolitik z.B. hat in den letzten Jahrzehnten zu dem größten »Bauernlegen« in der BRD und Europa geführt. In der BRD sank der Anteil der Bauern an der Bevölkerung auf 7%, d.h. in anderen Zahlen: 3 Millionen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, – also ein Großteil der Kleinbauern wurde – über die EG-Subventions-und Preispolitik wegindustrialisiert. Wer die spanische und portugiesische Landwirtschaft kennt, weiß, was den dort beschäftigten Landarbeitern, (die z.B. in Andalusien bereits heute zur Hälfte arbeitslos sind) und den »unrentablen« Kleinbauern droht.

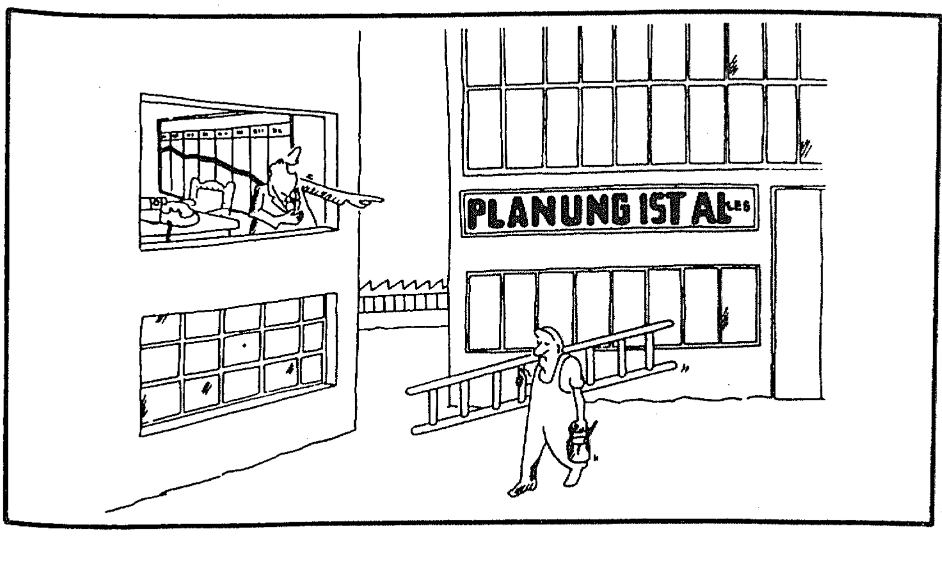
Die zuletzt gefaßten Brüsseler Beschlüße werden diesen Konzentrationsprozeß weiter beschleunigen. Die Milchproduktion soll von 105 Mio Tonnen auf 97,8 Mio Tonnen pro Jahr gesenkt werden; d.h. überschüssige Milch wird den bauern nicht mehr abgekauft (bzw. zu so niedrigen Preisen, daß sie von selbst abbauen) – weitere spezialisierte Betriebe, vornehmlich die kleineren, werden diesen Einkommensverlust nicht verkraften können und schließen müssen.

Nimmt man eine Überproduktion einmal an und akzeptiert (?) ebenso, daß eine europäische Überproduktion nicht verstärkt anderen Mangelländern der Welt zu Gute kommen



kann, weil anscheinend Ankauf, Lagerung und Export derzeit 2/3 der EG-Gelder aufbrauchen – so wäre anstelle der EG-zentralen Lösung eine Lösung auf unteren Ebenen, nämlich z.B. die Einschränkung der Produktion der *Milchfabriken* bei weitem besser gewesen, als die prozentual gleiche Umlegung auf jeden Betrieb. Doch selbst wenn grüne Europapolitiker behaupten würden, sich für solche alternativen Modelle im Europaparlament einsetzen zu wollen, läge darin keine Rechtfertigung, denn sie wissen so gut wie wir, daß solche Beschlüße nur »dezentral« – nämlich auf Länderebene – gefaßt werden können. Die GRÜNEN wissen auch, daß anderen Gebieten Europas (z.B. Irland in der Milchwirtschaft; bis vor kurzem Grönland bei der Fischerei) selbst solche chirurgischen Eingriffe nichts nützen würden; daß ihre Anbindung an den kapitalistischen Moloch Europa *das* entscheidende Problem ist, und daß es dazu nur eine Alternative gibt: *Raus aus der EG*.

Und dieser Forderung stehen die GRÜNEN, steht der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung im Weg, wenn sie trotz ihrer auch vorhandenen Bedenken für das System Europa zur Wahl antreten bzw. dazu aufrufen diese Wahl durch eine parallele Volksbefragung gegen die Stationierung aufzuwerten. Gerade ihr Verzicht hätte einer Diskussion übner den Unsinn der EG in ihrer heutigen Form Raum verschaffen können; es wäre im Fall der GRÜNEN der Verzicht einer momentan erfolgreichen Wahlpartei gewesen und es hätte die grünen Mitglieder auf das gern zitierte außerparlamentarische Standbein verwiesen. Ihre Teilnahme deckt diesen Widerstand gegen ein Europa, das sich anschickt 3. Weltmacht zu werden, zu. Die grüne Basis schläft und duldet die Verquickung verschiedener politischer Ziele; man kann ihr zugute halten, daß sie ohne Elan in den Europawahlkampf zieht – aber sie hat sich kaum Gedanken um den Sinn und Zweck dieses Europa gemacht, – sie hatnicht erkannt, daß sie Prinzipien zum politischen Überleben verhilft, die nicht nur anarchistischer sondern auch grüner Politik direkt zuwiderlaufen.



Die BRG als größte Wirtschaftsmacht der Erde

Mit Spanien und Portugal steuert die EG auf eine Bevölkerung von ca. 450 Mio Einwohner zu – das sind 450 Mio Verbraucher; eine Zahl, die den Binnenmarkt der USA weit hintersichläßt. Die »zum Zahlen verdammte« BRD sahnt dabei den größten Teil der Einnahmen ab. Ihr Exportüberschuß von ca. 50 Milliarden DM por Jahr verteilt sich annähernd gleichstark auf die Bilanz mit der »Rest«-EG und anderen Ländern. Ein solcher Überschuß führt zwangsläufig zur *Vormacht*stellung der BRD in Europa. Die BRD investiert jährlich ca. 5 Milliarden DM mehr im europäischen »Ausland« als all diese Länder zusammen in der BRD. Diese Wirtschaftsüberlegenheit führte dazu, daß die Währung der EG von der ECU auf DM umgestellt wurde.

Die Umsetzung der Wirtschaftsmacht in Politik

In der BRD sind die Bundesregierung und die Bundesbank die wirtschafts-politischen Entscheidungsträger. Dabei ist die deutsche Bundesbank seit dem Bundesbankgesetz (1957) von Weisungen der Bundesregierung unabhängig! Besonders die Bundesbank be-



schließt über Zinssätze, Diskontsätze und Investitionen. Natürlich bedeuten Investitionen *Kontrolle*; Kontrolle über Arbeitsplätze z.B. Exportüberschüße führen zu nichts anderem, als zum Kreditgeber bzw. Zinseintreiberdasein – und die BRD steht in der Welt hinter den USA an zweiter Stelle bei dieser »verantwortungsvollen« Tätigkeit. Vergleicht man die Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) (in dem die BRD natürlich auch einen gewichtigen Einfluß hat) bzw. die Art wie dort die politische Kontrolle mit der Kreditvergabe verbunden wird (z.B. Brasilien), so wird die Einflußmöglichkeit der BRD in Europa begreifbar. Daß sie dies nutzt, erkennt man z.B. am Reformprogramm Mitterands, der die Aufwertung der DM 1982 mit einem »wendeüblichen Stabilitätsprogramm« erkaufen mußte – und nun dafür von 35 000 zu entlassenden Lothringer Stahlarbeitern die Straßenkämpfe bekommt, die seinem »Sozialismus« gut anstehen. Dabei paßt ins Bild, daß er versucht selbst Kohl als »Retter Europas« auszustechen, – ob's die deutsche Industrie ihm dankt?

Sie rechnet vermutlich mit solcherlei »Reibungsverlusten« wie es demolierte Finanzämter darstellen und kann mit Wohlwollen registrieren, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der »inneren Sicherheit« schon am weitestesten fortgeschritten ist. Bedenklicher als solche Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung etc. ist jedoch die Initiative der BRD, das Vetorecht der einzelnen Mitgliedsländer abschaffen zu wollen. Um »reibungslosere« Beschlüße zu ermöglichen versucht die BRD – die genau weiß, daß gegen ihre Geld-und Industriestärke nichts durchzusetzen ist – kleineren Ländern ihre formale politische Gleichberechtigung zu nehmen.

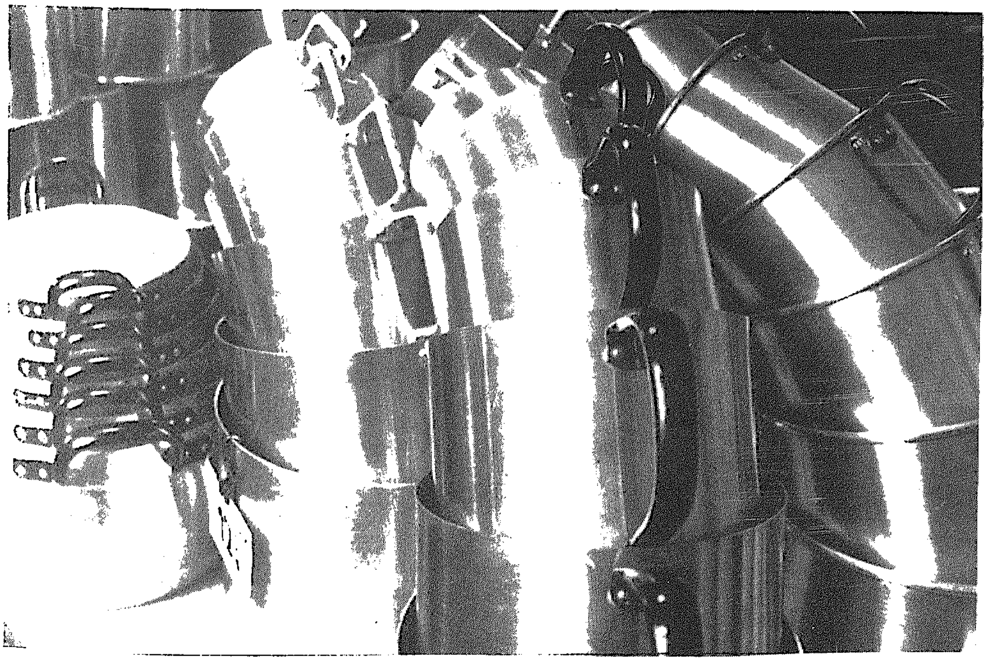
Das »grüne Europa der Regionen«

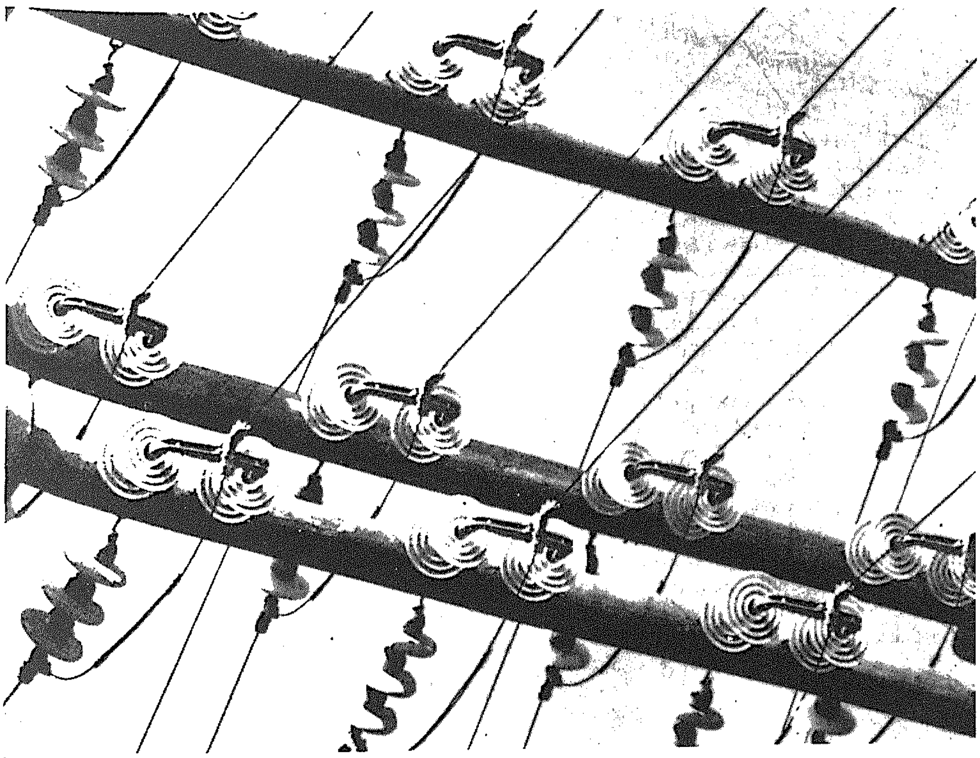
Angesichts dieser Entwicklungen, zu dem der ins Gespräch gebrachte **größere Anteil Europas an der »Verteidigungsbereitschaft« der NATO** wie das Tüpfelchen auf dem i paßt, befinden sich die GRÜNEN theoretisch in einer verzwickten Lage. Denn aufgrund von Wahlkampfgeldern, einer Wahlkampffixiertheit, von persönlichen Karrierewünschen u.ä. .Gründen mehr, kandidieren sie für genau dieses Europa. Auch läßt sich ihre Forderung nach einem „Europa der Regionen" für jeden einsichtig am besten und – in ausgesuchten Worten – im Zentralparlament von Straßburg vortragen. Die bürgerliche Herkunft der GRÜNEN wird offenkundig; trotz der klammheimlichen Freude über den erfolgreichen Rückzug Grönlands aus der EG – erstellt man aus Angst vor dem Abseitsstehen ? und aus Phantasielosigkeit für andere Verhaltensweisen und deren politische Ausnutzung ein Wahlprogramm für die EG.

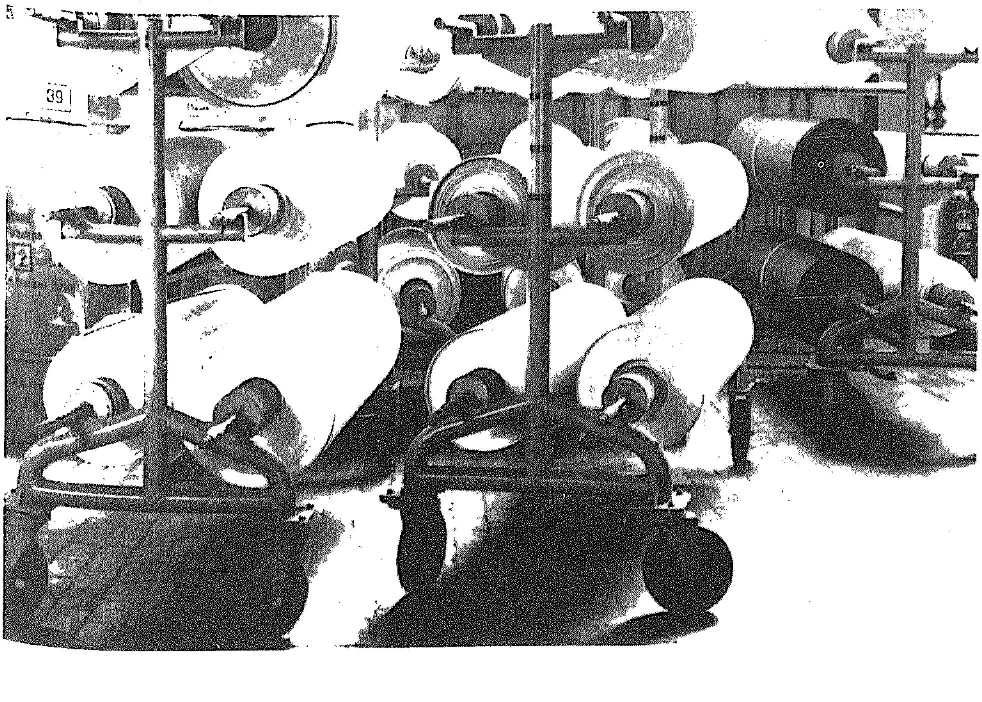
Antje Vollmers Traum von den »Mutterländern Europas« ist als dünner Rechtfertigungsversuch (getarnt mit feministischem Mäntelchen) für eine anti-ökologische, anti-dezentrale Politik aufzufassen. Ginge es den GRÜNEN ernsthaft um ein Europa der Regionen, dann würden sie die Foprderung einzelner Regionen (z.B. Baskenland) – »Raus aus Europa« – übernehmen und dafür sorgen, daß gerade in der BRD eine bisher unterentwikkelte Diskussion darüber in Gang käme. Da sie es nicht tun, liegt der Verdacht nahe, daß sie politische Prozente bereits höher stellen, als politische Inhalte; daß sie sich vielleicht nicht getrauen die wichtigen Machtgrundlagen des deutschen Staates öffentlich anzugreifen. Ihre Beteiligung lädt ihnen eine Mittäterschaft an den Folgen der BRG auf, denn nur sie vermögen im Moment das kritische Potential von Menschen in der BRD an ein solches Europa anzubinden – bzw. zumindest die Gefährlichkeit der Entwicklungen durch gefällige Friedenssäuseleien zu verschleiern.

Wenn es die Friedensbewegung nötig hat – gemäß gängiger DKP-Rhetorik vom »qualitativen Sprung vorwärts« – nach dem Krefelder Appell und der Debatte um die 'atomwaffenfreien Häuser, Straßen und Städte', nun eine »Volksbefragung« ausgerechnet an die Europawahlen anzulehnen, ist es mit ihrer Stärke nicht mehr weit her. Ihre Volksbefragung, mit der sie ja ursprünglich dem gewählten Bundestag dessen Recht auf den Stationierungsbeschluß abstreiten wollte, benötigt für alle sichtbar die Mobilisierung der Bürger durch eine Wahl. Offener kannman nicht mehr sagen, daß man selbst nicht an eine Mehrheit in der Bevölkerung gegen die Stationierung glaubt. Wenn man diese Volksbefragung politisch nicht als Plebiszit durchsetzen kann und sie deshalb selbstorganisiert durchführt, sollte man dies zumindest unabhängig von staatlichen Wahlen tun, soll ein mögliches Veto nicht von vornherein in seinem Wert geschmälert sein.

Doch ein solches Veto ist überhaupt nicht zu erwarten. Von der »Mehrheit der Bevölkerung« wird keine Rede sein können; die etablierten Politiker wie die GRÜNEN werden froh sein müssen, wenn zwischen 60-70% der Bevölkerung zu dieser Wahl gehen. Die Volksbefrager werden höchstens mit 10% der Wählerstimmen rechnen können – immer vorausgesetzt, es gelingt ihnen vor *allen* Wahllokalen mit Ständen präsent zu sein. Ein Wahnsinnsaufwand für ein Ergebnis, das zwischen 4-6 Mio Stimmen bringt und somit nur symbolisch appellativen Charakter haben kann. Der







»qualitative« Sprung wird also eine Bauchlandung werden, und die Friedensbewegung wird hinterher dastehen wie die »Parteien nach der Wahl« um mit rhetorischen Windungen einen Erfolg aus der aufwendigen Aktion zu machen. Im Endeffekt läuft es auf eine Stärkung der Bundesregierung hinaus – einmal wird die Schwäche der Friedensbewegung offenbar –, zum anderen weiß die Regierung längst um diese 4-6 Mio Stimmen und kann ein »amtliches Ergebnis« auf dieser Basis als Bestätigung ihres »Mehrheitswillens« darstellen. Jedes Umfrageinstitut hat deshalb schon heute mehr für die Verunsicherung der Bundesregierung getan, als die Friedensbewegung dies am 17. Juni tun wird.

Es stellt sich also die Frage, wer diese »Volksbefragung« zu diesem TZeitpunkt und in dieser Form initiiert hat und wem sie dient?

Geht man von ihrem voraussichtlichen Ergebnis aus (der indirekten Bestätigung Europas, der indirekten Festigung des Parlamentarismus und der indirkekten Unterstützung der Regierungspolitik), so sind die Nutznießenden sicher nicht in den Reihen der Raketengegner zu suchen. Dieser politische Leerlauf in der Friedensbewegung deutet nach aller Erfahrung auf das Politikverständnis der Sozialdemokraten hin. Ihren Anhängern im Korrdinierungsausschuß der Friedensbewegung dürfte es zuzuschreiben sein, daß es bei so halbherzigen Symbolen wie Unterschriftenlisten *bleibt*; sie sind dafür verantwortlich zu machen, daß der Konsens in der Friedensbewegung gleichbedeutend wurde mit der politischen Lähmung. Daß schöne Worte den spontanen systemsprengenden Charakter längst erstickt haben. Ihnen geht es um die Rückgewinnung der oppositionellen Führungsrolle – eine Bauchlandung der oppositionellen Friedens*bewegung* wäre für sie nicht das schlimmste, böte sich doch mit der SPD wieder mal eine Partei, in der...

Und die GRÜNEN machen dieses Spiel mit; aus Furcht diese Friedensbewegung dem Prozentegegner zu überlassen, geben sie lieber die eigentlichen politischen Ziele preis. Aus einer Sammlungsbewegung aller BI's, aus Vertretern verschiedener sozialer Bewegungen ist endgültig Partei geworden. Die Logik der Wahlkampfkostenrückerstattung zwingt stärker zur Teilnahme an diesen Wahlen als die politische Überzeugung dagegenspricht. Die GRÜNEN sopllten sich abgewöhnen von den etablierten Parteien, von ihren zwei Standbeinen etc. zu sprechen. Sie sollten ihre Vielfalt innerhalb der Partei nicht mehr für die adäquate Wiederspiegelung der Bewegung halten, wollen sie nicht einer Selbsttäuschung erliegen. Und wir sollten endlich aufhören soziale Bewegungen immer wieder von Parteien wie der SPD, DKP und nun auch den GRÜNEN vereinnahmen zu lassen. Wenn dies auch im Fall der beiden erstgenannten Parteien meistens erkannt wird, besteht den GRÜNEN gegenüber noch immer ein zu hohes Maß an Vertrauen. Wir müssen jedoch wissen, daß sie keine soziale Bewegung sind – auch wenn sie es von sich selbst gerne glauben.



»Ökolibertäre« – wohlklingender Name für Reformisten?

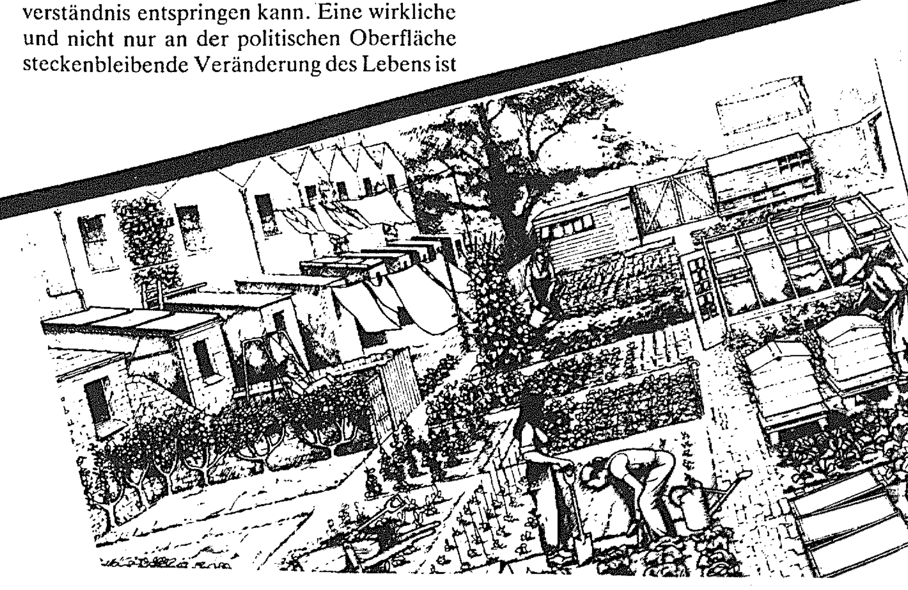
von Horst Blume, Wolfgang Haug, Friederike Kamann

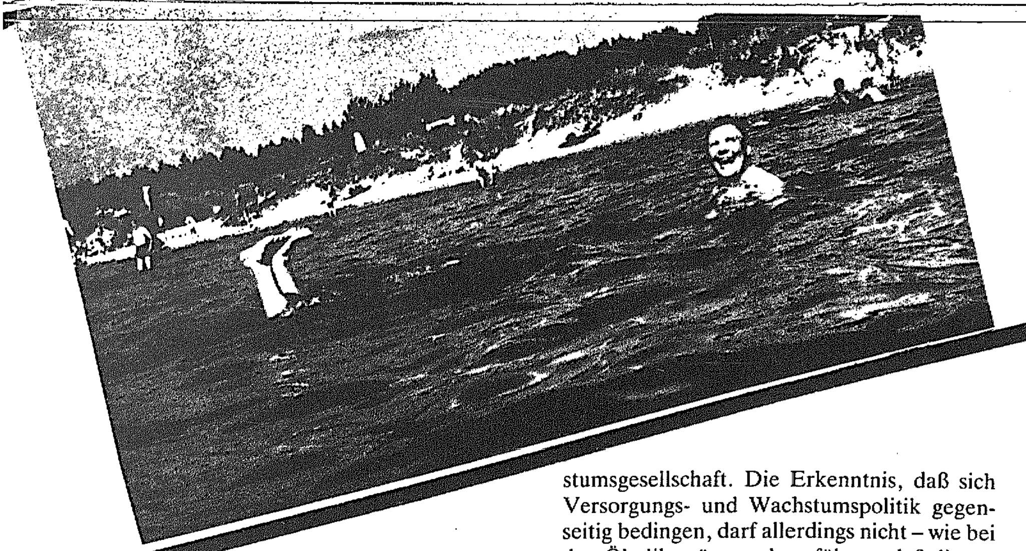
Als die Gründungserklärung der »ökolibertären GRÜNEN« in der TAZ dokumentiert wurde, waren wir von der Selbstbezeichnung dieser Gruppe unangenehm überrascht, weil zu ihr gerade Personen gehören, die sich innerhalb der GRÜNEN für eine stärker parlamentsorientierte und reformistische Politik einsetzen. Im folgenden Text geht es uns darum, an Hand der Gründungserklärung aufzuzeigen, warum wir als Libertäre einerseits einige Überlegungen als in die richtige Richtung weisend anerkennen, warum aber andererseits dieser Ansatz durch seine – mit allen Konsequenzen vollzogene – Anerkennung der staatlichen Ordnungsprinzipien bereits im Keim zunichte gemacht wird und so seinen selbstgestellten Ansprüchen direkt zuwiderläuft. Für uns wurde bei der Diskussion der »ökolibertären« Thesen deutlich, daß wir diese unter keinen Umständen als wirklich libertäre akzeptieren können.

Gleich zu Beginn der Gründungserklärung üben die Ökolibertären eine grundsätzliche Kritik an den marxistisch beeinflußten Sozialisten, die in ihrer Zielperspektive lediglich den politischen Umbau der Gesellschaft vorsehen und andere mögliche Strukturelemente ignorieren. Bezugspunkte für eine radikale Gesellschaftsveränderung können nicht nur die Gewerkschaften und Arbeiterparteien sein, wenn von der industriellen Wachstumsgesellschaft Abschied genommen werden soll. Die Ökolibertären übersehen bei dieser richtigen Kritik allerdings, daß eine verstärkt sich entwickelnde Selbsthilfe zur Voraussetzung hat, daß die Menschen über die dazu notwendigen Mittel auch selber verfügen müssen. Bei ihrer zutreffenden Feststellung, daß Menschen nicht das Recht haben, die Welt einfach als zu verplanenden Rohstoff auszunutzen, unterschlagen die Ökolibertären die Ursache für die bisherige Entwicklung. Die Kapitalaneignung und -anhäufung in den Händen weniger hat dazu geführt, daß umstandslos alles Machbare auch gemacht wurde, wenn es nur einem verstärkten Warenausstoß diente und damit größeren Gewinn versprach. Die Ökolibertären täten besser daran, die von ihnen genannten Mißstände nicht in dem lediglich beschreibenden Wort »Industrialismus« auszudrücken, sondern den **Kapitalismus** als Ursache beim Namen zu nennen. Auch das von ihnen mit viel Argwohn bedachte »sozialistische Projekt« – mit dem sie die Ostblockstaaten meinen – stellt nichts anderes dar als vom Staat ausgehenden Kapitalismus und sollte auch so und nicht anders bezeichnet werden.

Die in der Gründungserklärung geforderte Abkehr von Staat und Machbarkeitswahn legt die Wurzeln frei, aus dem ein neues Politikverständnis entspringen kann. Eine wirkliche und nicht nur an der politischen Oberfläche steckenbleibende Veränderung des Lebens ist nur durch Freiwilligkeit möglich. Indem die Ökolibertären ihre Vorstellungen von Freiwilligkeit und Dialog auf die ganz andere Ebene des Verhaltens gegenüber den Wachstumsparteien heben, erhalten diese Begriffe eine andere Bedeutung: Sie werden dazu benutzt, um die von den Ökolibertären gewollten Kompromisse mit den Herrschenden zu legitimieren. Ein solches Verständnis von Dialog geht von falschen Voraussetzungen aus, denn **gleichberechtigte Partner gibt es bei diesem Geschäft ebenso wenig, wie bei dem angeblichen Dialog des Staates mit der Jugend**. Den Abschied vom Machbarkeitswahn gerade von den »Machern« erhandeln zu wollen ist ein Unding, weil gerade er die Grundlage für die Kapitalisten ist, ihre Ausbeutung ins Extrem zu treiben. Eine Änderung der Verhältnisse ist nut möglich, wenn den Machern die Macht genommen wird – eine Notwendigkeit, die von den Ökolibertären geleugnet wird.

Als einen positiven Impuls der Ökolibertären sehen wir ihre Kritik an der **Versorgungsmentalität** und die mit ihr erfolgte Bloßstellung des tradierten Politikverständnisses von Sozialdemokraten und marxistischen Sozialisten. Es geht nicht darum, daß in einer Gesellschaft möglichst viele Leistungen und Waren zur Verteilung bereitgestellt werden. Es geht auch nicht *nur* um die Bedingungen, unter denen Menschen Güter produzieren. Es geht vielmehr darum, daß die Produktionsweise so





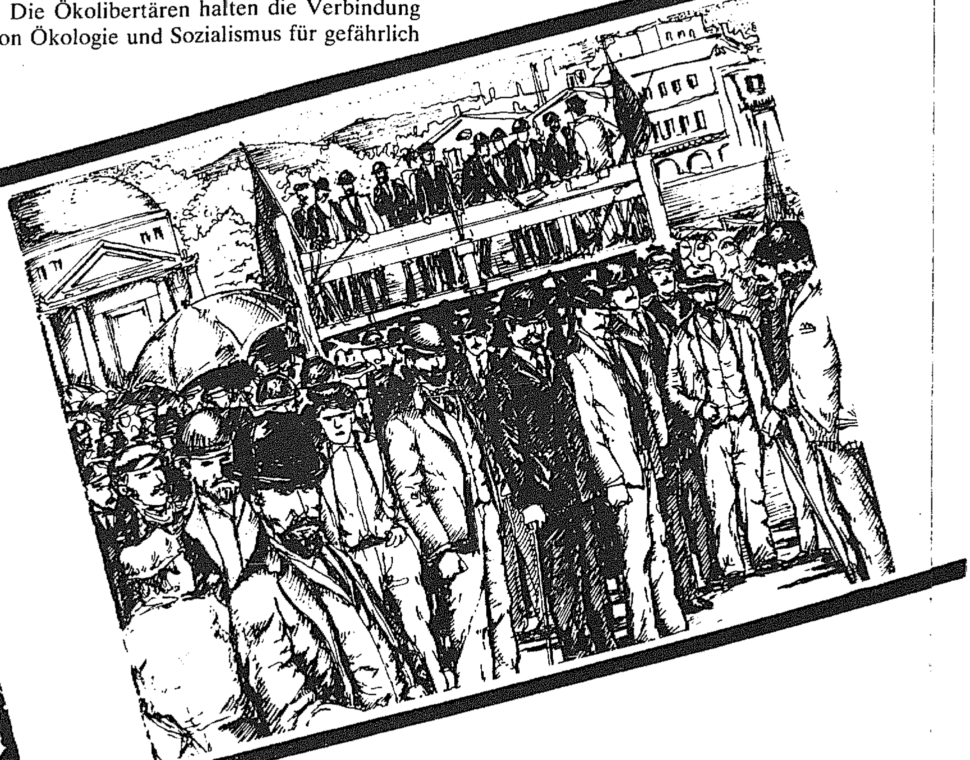
beschaffen sein muß, daß sie die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen nicht angreift. Die sozialdemokratisch/sozialistische Konzeption leistet einer Zerstörung der Umwelt noch dadurch Vorschub, daß sie einen überfüllten Warenkorb als Ausgleich für entfremdete Arbeit fordert und so diesen Menschen den Blick für die notwendige radikale Umgestaltung des *Wirtschaftslebens* verstellt. Ersteinmal in dieser Einbahnstraße gelandet, werden sich die solchermaßen Versorgten allein aus Angst vor Arbeitslosigkeit an die ausgelatschten Wachstumspfade halten und den Emanzipationsbestrebungen der sozialen Bewegungen wird so immer wieder die Spitze gebrochen.

Der Kapitalismus hat früher einmal bestehende Gemeinschaften, in denen gegenseitige Hilfe praktiziert wurde zerstört, ohne an ihre Stelle selbstbestimmte und das Selbstwertgefühl der Menschen erhaltende Systeme zu setzen. Stattdessen wurden neue Abhängigkeiten durch Lohnarbeit geschaffen. Die Arbeitskraft des Menschen muß reproduziert werden, sie muß abgesichert werden für ihre spätere Verwertung. Deswegen hängt die heute praktizierte Sozialpolitik mit der Aufrechterhaltung des Kapitalismus zusammen. In dem Maße, wie sich Menschen diesem Versorgtsein widersetzen und selbstversorgende soziale Strukturen aufbauen, werden sie weniger erpressbar und unabhängig von der Wachstumsgesellschaft. Die Erkenntnis, daß sich Versorgungs- und Wachstumspolitik gegenseitig bedingen, darf allerdings nicht – wie bei den Ökolibertären – dazu führen, daß die soziale Frage als ein Problem zweiter Ordnung bagatellisiert wird. Mit dem Abbau des Staates muß der nicht minder schwierige Aufbau von anderen Strukturen verbunden sein, da sich reale Probleme des Lebensunterhaltes keinesfalls im Nichts auflösen.

Dort, wo die Selbsthilfe nicht greift und soziale Not herrscht, muß natürlich erreicht werden, daß diese durch ein **Mindesteinkommen** beseitigt wird. Mit den Neoliberalen Hayek und Friedmann, die nur den Sozialstaat abbauen wollen und der sozialen Not gegenüber gleichgültig bleiben, haben unsere Ansichten also nichts zu tun. Wir setzen vielmehr die Gesellschaft gegen den Staat und zielen so auf eine Wiederaneignung der verschütteten Fähigkeiten, die Versorgung in kleinen dezentralen Gemeinschaften selbständig in eigene Hände zu nehmen. Die stärkere Betonung der Selbsthilfe bei den Ökolibertären sehen wir als durchaus positiven Impuls, der entscheidende Schwachpunkt dieser Konzeption ist allerdings, daß sie völlig offen läßt, welche anderen Formen sozialer Sicherheiten als die sozialstaatlichen sie zur Behebung »verbliebener Härten« den Menschen anzubieten hat.

Die Ökolibertären halten die Verbindung von Ökologie und Sozialismus für gefährlich (obwohl sie bei ihrer Namensgebung gerade dies getan haben). Während sie mit ihrer Vorliebe für den Begriff »Wende« nicht vor einer Übernahme von CDU-Vokabeln zurückschrecken, haben sie für »den« Sozialismus kein gutes Wort mehr übrig. Sie sehen in ihm nur »erziehungsdiktatorischen Jacobinismus« und bei einer solch selektiven Wahrnehmung wundert es nicht, wenn sie glauben, ihn einfach beiseite schieben zu können. Dementsprechend halten sie sich für die Einzigsten, die jemals für Dezentralisierung, Entstaatlichung und Eigenhilfe eingetreten sind. Solche Postulate, die die Ökolibertären für sich in Anspruch nehmen, sind jedoch keine grundsätzlich neue Politk wie sie in ihrer selbstgefälligen Überschätzung Glauben machen wollen, sondern seit über 150 Jahren Grundlage sozialrevolutionären und anarchistischen Handelns. Seit der Gründung der 1.Internationale gab es in der Arbeiterbewegung mit der antiautoritären bakunistischen Richtung und der marxistischen Richtung zwei grundverschiedene Strömungen. Die mexikanischen Revolutionäre, die Anarchisten und Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution, die Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg waren von ihren Grundsätzen her **libertär-sozialistisch**.

Die penetranten Anfeindungen in der Gründungserklärung der Ökolibertären gegen alle, die sich Sozialisten nennen, liegen wohl mehr





im persönlich-politischen Werdegang einiger Unterzeichner begründet und stellen eine ebenfalls psychologisch erklärbare Abrechnung mit ihrer eigenen parteikommunistischen Vergangenheit dar. Während früher z.B. die Frauenfrage auch von ihnen als Nebenwiderspruch behandelt wurde, gerät ihnen heute die Frage nach der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu einem »Problem zweiter Ordnung«. Solange die von den Ökolibertären bevorzugte Selbsthilfe nicht in Widerspruch zum Privateigentum gesetzt wird, sind sie eifrige Verteidiger eines mittelständischen Kapitalismus. Eine wirklich libertäre Persektive hat dagegen als Ziel die Überführung der Produktionsmittel in die Selbstverwaltung der Produzierenden – hiervon ist in der Gründungserklärung nirgends die Rede; es würde ja auch im direkten Widerspruch zu ihren Anbiederungsversuchen an den privilegierten Mittelstand stehen. Ihre Toleranz lassen sie nur dem ach so verletzlichen Bürgertum zukommen. Hinter ihrer Abneigung, die Systemfrage zu stellen, verbirgt sich eine auf Bürgerzuspruch ausgerichtete Konfliktscheue, die kein Wagnis mehr eingeht, weil es ihnen um parlamentarischen Machterwerb geht. Die Vorstellung der Ökolibertären, es könnten gesellschaftliche Alternativen aufgebaut werden, ohne daß sich zu einem bestimmten Zeitpunkt die Systemfrage stellt, ist unrealistisch. Beschränken sich autonome selbstverwaltete Strukturen nicht mehr auf ein Ghetto, so tritt ein Machtverlust der staatlichen Institutionen ein, den sie nicht so ohne weiteres hinnehmen werden. Dann spätestens wird es zum Konflikt kommen, dem wir nicht ausweichen können, wenn unsere Ideen einmal gesellschaftliche Realität werden sollen. In einer solchen Gesellschaft werden Bürger auch keine »Bürger« mit ihrem heutigen Selbstverständnis mehr bleiben können, sondern dazulernen müssen, daß es eine Vielfalt von Lebensäußerungen gibt, die es zu respektieren gilt. Die von den Ökolibertären konstatierte »scharfrichterliche Arroganz« gegen den Bürger halten wir für Augenwischerei angesichts der Tatsache, daß viele Grüne Bastian, Kelly und eine Menge anderer gerade wegen ihrer Bürgerlichkeit in höhere Positionen gewählt haben. Toleranz für den Bürger wendet sich hierdurch gegen die Vielfalt, drängt als Außenseiter marginalisierte ab, anstatt dringend notwendige gegenseitige Lernprozesse zu fördern.



Politik in befreiender Absicht kann nach Ansicht der Ökolibertären nur im »Nahfeld des Menschen« stattfinden. Sie sagen aber nicht, wie denn eine Politik im Nahfeld praktisch werden soll. Wenn sie im gleichen Atemzug den »Ungeist des Versammlungswesens« verdammen, folgt daraus, daß ihre Hinweise auf das nahfeld des Menschen nur eine werbewirksame Redensart sind und sie sich lieber auf die Parlamentsarbeit konzentrieren wollen. Regelrecht doppelzüngig ist die Argumentation der Ökolibertären, wenn sie an die inzwischen weitverbreitete Ablehnung der mit Formalien überfrachteten Parteitage der GRÜNEN anknüpfen, um so die ihrer Meinung »excessiv ausgeübte Demokratie« innerverbandlich zu beschränken und uns als Alternatiove dazu eine verstärkte Orientierung auf das »frei gewählte« Parlament präsentieren. Sie bringen den Mittelstand und den Bürger nicht zufällig als eigentliche Basis der GRÜNEN ins Spiel (was noch nicht bewiesen ist). Das Ziel der Ökolibertären ist es, sich parallel zur »schweigenden Mehrheit« der etablierten Parteien eine anonyme Masse zu schaffen auf die sie sich jederzeit berufen können und die dann nach bewährtem Muster nur noch die Staffage dafür abgeben kann, was über ihre Köpfe hinweg sogenannte Volksvertreter beschließen. Im Gegensatz zu diesem entmündigenden anti-emanzipatorischen Ansatz sehen wir die Basisdemokratie als eine mögliche Vorform der erstrebten Selbstverwaltung in einer anarchistischen Gesellschaft.

In ihr werden sich möglichst viele Menschen in Aufgabenbereiche einarbeiten, in denen bisher Vertreter und Fachleute die Herrschaft an sich gerissen haben.

Den von ihnen beanspruchten »demokratischen Weg« setzen die Ökolibertären in der Gründungserklärung gegen »Revolution, Bürgerkrieg, putschende Avantgarden«. Die Pariser Kommune kann jedoch nicht nach der Guillotine, der spanische Bürgerkrieg nicht nach Stalins langem Arm und die russische Revolution nicht nach den Gulags beurteilt werden. D.h. ein bestimmter Ausdruck einer auf Befreiung ausgerichteten Massenbewegung kann nicht deshalb abqualifiziert werden, weil sich nach Jahren gesellschaftlicher Auseinandersetzungen eine neue Herrschaftsform gegen die ursprüngliche Basis hat durchsetzen können. Der Querverweis auf angeblich undemokratische Revolutionsformen soll nichts anderes bewirken, als ihren eigenen opportunistischen Beteiligungswillen an einem System zu rechtfertigen, das durch die Verpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung das bestehende Demokratieverständnis genau definiert und ein anderes nicht zuläßt. Es kann doch nicht im Ernst die Aufgabe von Libertären sein, die in einem solchermaßen festgeschriebenen Rahmen sich bewegenden Parlamente zu Orten des Dialogs und einer wirklichen Auseinandersetzung machen zu wollen. Unser Ziel ist es vielmehr, die sich von unten entwickelnden Strukturen einer Selbstverwaltungsgesellschaft zu fördern und zu stabilisieren. Die Aussagen der Ökolibertären zum Parlamentarismus deuten darauf hin, daß sie einen Zustand herbeiwünschen, in dem GRÜNE brav neben dem CDU-Nachbar auf der Abgeordnetenbank sitzen und so augenfällig demonstrieren, wo in letzter Konsequenz ihr tatsächliches Nah-und Betätigungsfeld liegen wird. Wenn auch die Ökolibertären in ihrer Gründungserklärung für sich in Anspruch nehmen, Sachwalter des von den GRÜNEN vernachlässigten Bürgertums zu sein, so spricht ihre Abgewandtheit von den realen Auseinandersetzungen und ihre grundsätzliche Orientierung auf Kompromisse eine deutlichere Sprache: Bürgerinitiativen stehen sie genauso mweit fern, wie alle anderen Parteien auch. Die von ihnen vorgeschlagene und teilweise schon bei den GRÜNEN praktizierte Politik bewirkt Stück für Stück die Aufgabe wichtiger Inhalte der Basisbewegungen und schwächt damit ihre erreichten Positionen. Durch die schleichende Anpassung an das vom Staat angebotene Betätigungsfeld werden die in vergangenen Konflikten gemachten Erfahrungen und Lernschritte der Basisbewegungen wieder zurückgenommen und auch das Teilziel auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien, selbstverwalteten Gesellschaft bleibt auf der Strecke.

Jede Erziehung ist staatserhaltend!



von Ekkehard von Braunmühl

Eine Entgegnung auf Uli Klemms Artikel aus SF 1/84

Weil ich – als alter Antipädagoge und Staatsfeind – der Meinung bin, daß Uli Klemm auf den Seiten 20-23 in den SCHWARZEN FADEN 1/84 einen ziemlich dicken Knoten gemacht hat, folge ich gerne der Aufforderung der Redaktion und setze mich an mein Schwert, um zu zeigen, daß es eine »Libertäre Pädagogik« nicht geben kann. Anarchisten, als erklärte Gegner jeder Herrschaft und Bevormundung, nehmen ihre eigenen Ideen nicht ernst, solange sie den »Erziehung« genannten Altersklassenkampf fortsetzen (mit welchen Waffen auch immer) und jungen Menschen die Freiheit vorenthalten, die sie für ältere reklamieren. Aus meiner Sicht ist das Erziehungssystem das stärkste Bollwerk des Staates gegen die Freiheit und degradieren sich auch ansonsten klarsichtige Menschen zu Helfershelfern des Staates, wenn sie nach alternativen Erziehungsformen suchen, anstatt Kindern zur Anerkennung ihrer Freiheit zu verhelfen.

Die Barbarei der Besserwisser

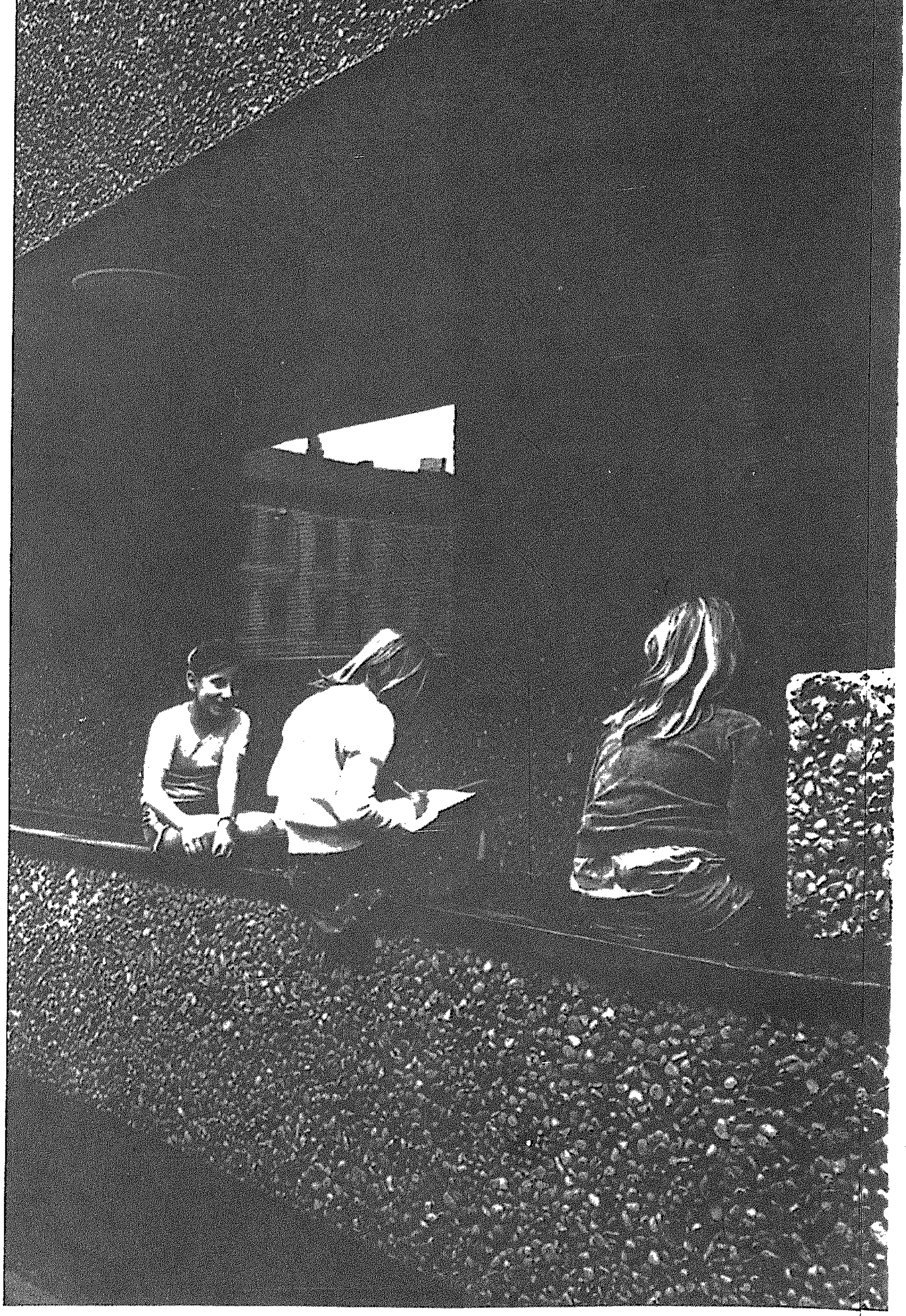
Uli Klemm nennt in seinem Text eine »radikale« Pädagogik jene, *»die jeglichen Zwang in der Erziehung und Bildung ablehnt«*. Frage: Was ist daran »radikal«? War es nicht seit jeher das Ideal der Erzieher, ihre Zöglinge zum »freiwilligen« Gehorsam zu verführen – ebenso wie es das Ideal jeder Staatsmacht ist, »einsichtige« Untertanen (schon aus Bequemlichkeit) so zu regieren, daß die Polizei sich möglichst als »Freund und Helfer« darstellen kann?

Offensichtlich liegt das Problem in dem vieldeutigen Begriff »ZWANG« begründet: Es soll ja Kinder geben, die sogar durch schlimme Prügel sich zu nichts zwingen lassen, aber schnell bezwungen sind, wenn eine geliebte »Bezugsperson« eine Träne opfert und leise eine »Ich-Botschaft« aussendet (z.B. wie »enttäuscht« sie sei). »ZWANG« ist jedenfalls dann ein untaugliches Wort, wenn es nicht um aktuelle Handlungen geht, sondern um tiefere »Wirkungen«. Psychologen sprechen viel von »Zwangshandlungen«, also von Handlungen, die aus einem inneren »ZWANG« erfolgen. Was fängt der radikale Libertäre mit solchen Erscheinungen an?

Ich möchte im folgenden begründen, warum jede Form von Erziehung, und sei so noch so »zwanglos«, »antiautoritär«, »libertär« oder »befreiend« gemeint, staatserhaltend wirkt. Und ich möchte andeuten, was man dagegen tun kann, sofern man das will (was ich erklärten Anarchisten jetzt mal einfach unterstelle).

Gleichgültig, was mit »Erziehung« und »Pädagogik« im einzelnen gemeint ist: diese beiden Begriffe stehen traditionell für ein ganz bestimmtes Menschen-, Welt- und Gesellschaftsbild, bei dem das Recht des Stärkeren, also das Faustrecht, eine Schlüsselstellung einnimmt. Bezüglich des körperlichen und des wirtschaftlichen Faustrechts brauche ich das nicht ausführen, weil unter Anarchisten diese Analysen bekannt sind. Dagegen wird die geistig/seelische Seite der Angelegenheit noch weitgehend verkannt. Das geistig/seelische Faustrecht gilt nach wie vor als selbstverständlicher Teil unserer Kultur und Zivilisation, die ich in diesem Punkt lieber eine Barbarei nenne, die Barbarei der Besserwisser.

Die Besserwisserei ist auch unter Anarchisten weit verbreitet. Ich möchte das am Beispiel Gustav **Landauer** erläutern, weil gerade er im SF 1/84, S.40–45, als Denker vorgestellt wurde, der den individuellen Menschen wichtiger nahm als strukturelle Bedingungen und sich deshalb besonders mit den geistig-seelischen Phänomenen befaßt hat.



In seinem Aufsatz *»Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes«* von 1911 findet sich die folgende Passage:

»Die Arbeiter sollen beginnen, sie sollen mit dem Ersten anfangen, sie sollen ihre Vorbereitungen treffen. Sie sollen einmal gar nicht das denken, was ihnen selber obliegt. Sie sollen das denken, was sie wirklich denken. Sie sollen das sein, was sie wirklich sind.«
(»TROTZDEM«-Broschüre, Reutlingen 1980, S.13; siehe auch G.L., »Erkenntnis und Befreiung«, edition suhrkamp, Frankfurt 1976, S.63)
Dies meine ich mit »Besserwisserei«, einer sehr alten (»Werde der du bist!«) und weiterhin modernen (»Auf der Suche nach dem wahren Selbst«), nichtsdestoweniger barbarischen, freundlicher gesagt: kommunikationstheoretisch naiven (unaufgeklärten) Haltung.
Ich sehe den Unterschied zwischen einem, der etwas besser weiß, und einem »Besserwisser« in dem, was der Wissende mit seinem Wissen macht. Landauers Analyse ist sicher richtig, wenn er z.B. die zitierten Sätze so erläutert: *»Nein, die Menschen wagen nicht, ihre Gedanken zu denken.«* (Broschüre S.14) – oder: *»Die Arbeiter denken langsam...Darum haben sie ihr Denken so schnell gefangen gegeben und waren froh, wenn sie's aufgeben durften und andere für sich denken ließen. Das allein ist schuld an all dem Unheil, von dem wir reden: dieses System der Vertretung!«* (S.15)
Trotz meiner großen Sympathie für Gustav Landauer hätte ich ihn doch gern gefragt, ob er sich nicht zwangsläufig auch selbst als »Vertreter« der Arbeiter ansehen muß, wenn er sie in seiner Analyse derart abqualifiziert.
Die wie ich finde bedeutsame Darstellung eines anderen »Volksvertreters« sei hier eingefügt:

»Die fortschreitende Technik...Entwurzelung – diese Faktoren trugen nach seiner Auffassung bei zur Vermassung und Entpersönlichung. Vermassung und Entpersönlichung wiederum brachten mit sich die geistigen Voraussetzungen für die Beherrschung der Menschen durch eine Minderheit....Der Faschismus in Italien, der Nationalsozialismus in Deutschland wären nicht möglich gewesen, wenn nicht eine gewisse Disposition breiter Volksschichten, auf die eigene Persönlichkeit zu verzichten, vorhanden gewesen wäre.« Ferner: *»Er stellte fest, der moderne Mensch sei sich weithin nicht mehr seiner Eigenständigkeit und seines Eigenwertes bewußt, er erarbeite sich nicht mehr selbst ein Weltbild, sondern akzeptiere vielfach aus Bequemlichkeit die fertige Schablone...«*

Die gleiche Analyse (bzw. Beschimpfung) also. Doch es kommt noch schlimmer. Landauer:
Die Arbeiter haben sich *»die Freiheit...abnehmen lassen«*, *»sie haben freiwillig abgedankt.«* Sogar: *»Weil die Arbeiter nicht lebendig sind und ihre Sachen nicht selber besorgen. Wo Massen da sind, aber nicht Leben, da muß sich Fäulnis entwickeln.«* (Alles S.16) Und, sprachlich hübsch, aber in der Aussage barbarisch: *»Nur weil unten Verweste sind, darum gebieten oben Verweser.«* (S.17)

»Weil die Arbeiter nicht lebendig sind... Wo Massen da sind, aber nicht leben...« »...auf die eigene Persönlichkeit zu verzichten...Absterben der Persönlichkeit...« – – – Pardon! Die letzte Formulierung gehört wie die vorletzte noch zu obigem Einschub, der ja, wie der aufmerksame Leser bemerkt hat, nicht von (dem 1919 ermordeten) Gustav Landauer stammen konnte. Sondern:
»Absterben der Persönlichkeit brachte nach Adenauer Vermassung, und Vermassung brachte Verlust der Freiheit und die Diktatur.« (Die drei Einschubzitate aus: Anneliese Poppinga, "Konrad Adenauer – Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis", Stuttgart 1975, S.182, S.184, S.182)



Bei Konrad Adenauer bin ich mir nicht sicher, aber Gustav Landauer wußte gewiß noch nichts vom »double-bind«, der »Beziehungsfalle«, der »Sich-selbst-erfüllenden-Prophezeihung«, dem »pädagogischen Gegenteileffekt« und ähnlichen von Kommunikationsforschern entdeckten Phänomenen. Für heutige Anarchisten ist es leicht, zu erkennen, daß man vernünftigerweise anderen Menschen nicht zuerst (in der Analyse) Verwestheit, Unlebendigkeit, Unfreiheit unterstellen und sie dann (in der Konsequenz, dem Appell, s.unten) zu etwas auffordern kann, zu dem man sie gerade für unfähig erklärte.
Am Ende seines genannten Aufsatzes bringt Landauer den Widerspruch noch einmal extrem zum Ausdruck. Erst kommt die analytische Feststellung: *»Keiner findet die Freiheit, der sie nicht in sich hat.«* (S.20) Und dann der den ganzen Text abschließende Appell:
»Aber werden die Arbeiter denn ihre eigene Sache tun? Werden sie einmal frei sein? Werden sie zu ihrem freien Arbeitertag zusammentreten? Werden sie einmal selber reden und selber handeln? Werden sie beschließen, ihr Geschick selbst zu bestimmen?
Darauf sollen die Arbeiter die Antwort geben.«(S.21)
Die Antwort »der« Arbeiter, wir wissen es, fiel damals nicht nach Landauers Geschmack aus, und bis heute hat sich daran nichts geändert. Die Frage »Werden sie einmal frei sein?« läßt sich durch keinen Trick der Welt mit der Erkenntnis »Keiner findet die Freiheit, der sie nicht in sich hat« verbinden. Der eingangs zitierte Wunsch/Befehl – »Sie sollen das sein, was sie wirklich sind« – spricht den Adressaten nicht nur die Freiheit, sondern sogar die Wirklichkeit ab, jedenfalls die im Hier und Jetzt – und nur von dort können ja Veränderungen ausgehen. Mal ganz böse gesagt: Behauptet nicht Landauer wenig anderes als, die Arbeiter, zu denen er da spricht, würden in Wirklichkeit ein lebensunwertes Leben führen? Und wundert es jemanden, daß die so beleidigten (in ihrer Subjektivität nicht verstandenen und anerkannten) Arbeiter wenig später auf andere Leute mehr hörten, die ihnen mehr zutrauten (z.B. einen Weltkrieg gewinnen zu können oder gar Herrenmenschen zu sein)?

Besserwisserei als Symptom von Mißtrauen

Ich möchte hier nicht auf andere Aspekte des geistig/seelischen Faustrechts eingehen, etwa die merkwürdigen »Argumente« verliebter Leute gegenüber dem uninteressierten Objekt ihrer Begierde (»Aber ich liebe dich doch so sehr«, »Ich kann ohne dich nicht leben« und ähnliche »gewaltfreie« Vergewaltigungsversuche). Dabei handelt es sich natürlich nicht um »Besserwisserei«, eher um so etwas wie »Besserfühlerei«.

Worauf ich aufmerksam machen will, ist der **Anspruch**, den häufig sowohl Besserfühler wie Besserwisser aufgrund ihrer subjektiven Befindlichkeit an andere Menschen erheben. Dieser Anspruch basiert vordergründig auf einer felsenfesten Überzeugung: Mein Gefühl ist so stark, mein Wissen ist so überlegen – der andere **muß** sich davon beeindrucken lassen, muß sich unterordnen.



Auf den zweiten Blick aber sieht man, daß der genannte Anspruch tatsächlich umgekehrt eine starke **Unsicherheit** verrät. Man könnte das – Stichwort: mangelnde Selbstsicherheit im Sinne von existentieller Selbständigkeit – auch für Liebesdinge entwickeln, aber ich will mich auf die Besserwisserei beschränken, weil diese für die Erziehung eine leicht durchschaubare Rolle spielt.
Der Anspruch, andere Menschen erziehen zu können und zu dürfen, gründet offiziell (inoffiziell, z.B. unbewußt, kann natürlich auch blanke Herrschlust, Sadismus o.ä. am Werke sein) immer in einer – behaupteten oder gegebenen – Überlegenheit des Erziehers über den Zögling. Meist wird von Erziehern ihr »Vorsprung« an Wissen und Erfahrung ins Feld geführt, um es berechtigterweise in ein Schlachfeld zu verwandeln. Wären sich solche Erwachsene ihres besseren Wissens wirklich sicher, könnten sie problemlos damit rechnen, daß es gegenüber den Kindern seine Überlegenheit konkret erweist. Sie würden es ohne persönlichen oder institutionellen Herrschaftsanspruch zur Verfügung stellen, wie sie das gegenüber Erwachsenen in gleichberechtigten Beziehungen auch tun. Der Volksmund weiß: Wer Unrecht hat, schreit. Wer sich seiner Kompetenz nicht sicher ist, benötigt Machtmittel (z.B. »Erziehungsmaßnahmen«) zur künstlichen Etablierung von »Autorität«. Wer einen Anspruch erhebt auf Vertauen, Gehorsam, Dankbarkeit usw., glaubt in Wahrheit selbst nicht, daß er all dies verdient. Er mißtraut seinen Leistungen, sonst würde er sich auf deren eigene Aussagekraft verlassen.

Oder es ist alles umgekehrt, der Besseres Wissende mißtraut den anderen, bzgl. der Erziehung: den Kindern. Wer Kindern (oder, siehe oben, Arbeitern) mißtraut, kann sich ihnen nicht zur Verfügung stellen; er wird über sie verfügen wollen/müssen. Mit jedem Erziehungsakt spricht er ihnen gleichzeitig implizit die Freiheit ab. Er erzeugt oder verstärkt Unmündigkeit. (Falls er nicht gar nichts bewirkt – was natürlich in meinen Augen das beste ist, was Erzieher tun können).
Wenn ich mir meines besseren Wissens wirklich sicher bin (was für mich z.B. jetzt, beim Schreiben dieses Textes, zutrifft), leite ich keinen Anspruch daraus ab, glaube also nicht, das Kind, der Arbeiter, der Leser solle oder müsse nunmehr die von mir gewünschte Konsequenzen ziehen, sondern glaube/weiß, sie *werden* Konsequenzen ziehen, und zwar ihre eigenen. Wenn das die gleichen sind, die ich mir vorgestellt hatte, bestätigt dies meine Ansichten/Vermutungen; wenn es andere sind, korrigieren sie mich. Ich mag so intensiv von meinem besseren Wissen überzeugt sein, daß ich es am liebsten allen Leuten einprügeln würde: Wenn ich nicht die Probe aufs Exempel wage, indem ich mein Wissen *einfach nur so* anbiete, entlarvt sich meine eigene Überzeugung als Illusion, als Selbstbetrug. Entweder mißtraue ich in Wirklichkeit mir selbst bzw. meinem besseren Wissen – dann bin ich nicht berechtigt, dieses Wissen anderen Menschen aufzudrängen; oder ich mißtraue den anderen Menschen – dann wäre es nicht vernünftig, meine Perlen ihnen vorzuwerfen.

Falls man natürlich Spaß daran hat, anderen Menschen erst seine Weisheit und dann ihr Versagen vorzuwerfen – wie es in der Erziehung ziemlich regelmäßig geschieht –, kann man sich als Lehrer oder sonstiger Besserwisser leicht ein lustvolles Leben bereiten. Es wäre nur gelogen, wenn man behauptete, damit für andere Menschen nützlich zu sein. Man ist dann einfach ein Ausbeuter, einer, der sein Wissen als Machtmittel gegen andere einsetzt – was in der Politik sicher legitim sein kann (schon damit da nicht immer die Klügeren nachgeben und die Dümmeren das sagen haben), aber innerhalb persönlicher Beziehun-

gen und direkter Abhängigkeiten (wie sie zwischen »Erziehern« und »Zöglingen« bestehen) ist es durch nichts zu rechtfertigen, ist es objektiv ungerecht und ebenso dumm wie böse. (Wenn man es moralisch neutral kennzeichnen will, kann man es auch »krankhaft« nennen und analog dazu die Erziehungsideologie als Wahn oder Seuche bezeichnen.)
Ungerecht und böse (oder krank) sind Menschen nun nicht von Hause aus, sondern werden es durch ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Wer als Kind so millionenhaft Opfer der »Erziehung« genannten Besserwisserei wurde, hält es leicht für selbstverständlich und richtig, bei Gelegenheit selbst zum Täter zu werden und aus seiner banalen Rache womöglich eine hehre Pflicht zu machen. Es gibt ja auch massenhaft Staats"diener", die subjektiv ernstlich glauben, einer seriösen Beschäftigung nachzugehen. Manche sprechen sogar von einer »Last« ihrer Verantwortung (von der sie allerdings um keinen Preis lassen wollen). Ich denke also, daß Anarchisten es leicht haben, von der subjektiv oft unbewußten Heuchelei der Regierenden (der *Dem*agogen) auf die Entsprechung bei Erziehenden (*Päd*agogen) zu schließen. Erziehung ist Herrschaft, ob mit oder ohne »Zwang«.



Auch die Erziehung zu Freiheitskämpfern oder Anarchisten ist Herrschaft – und solange das nicht durchschaut wird, braucht man sich nicht zu wundern, daß anarchistisches Gedankengut – trotz all der guten Gedanken – sich nicht gerade stürmisch ausbreitet. Wer es fertigbringt, ein Kind als *»das zu bildende Individuum«* zu bezeichnen (SF 1/84, S. 21) und immerzu von *»freier Erziehung«* redet, ohne tausend schwarze Schimmel wiehern zu hören, der hat seine Absage an die Herrschaft von Menschen über Menschen noch nicht konsequent erteilt. Die *»radikal-freiheitliche Anthropologie«*, von der Uli Klemm spricht, mündet eben gerade nicht in eine *»Freiheit des Stärkeren«*(S. 20), *wenn* Kinder nicht wiederum von Stärkeren zu irgendetwas hinerzogen werden, sondern grundsätzlich gleichberechtigt leben, wie es seit jeher dem anarchistischen Ideal entspricht. Weder das körperliche, noch das geistig/seelische Faust"recht" kann aus Unrecht Recht machen, und wer als Kind viel Unrecht erleiden mußte, hat es schwer, seine Rachegelüste (und Wut, Trauer usw.) nicht auf Kosten anderer Menschen und mit den Mitteln neuer Herrschaft auszuleben. Kurz gesagt: Wer Kinder nicht mindestens genauso das machen läßt, was sie wollen, wie er selbst macht, was er will, wer also Kinder – mit welchen Mitteln zu welchen Zielen auch immer – erzieht, der hat in Wirklichkeit ein Menschen–, Welt-, Gesellschaftsbild, das, wenn es richtig wäre, all anarchistischen Ideen widerlegen würde. Erziehung ist nicht nur immer besserwisserisch (in meinen Augen also: barbarisch), sondern auch staatserhaltend (also anti-anarchistisch).

Vertrauen ist gut, Wissen ist besser

Wenn Besserwisserei ein Symptom von Mißtrauen ist, scheint Vertauen die Alternative zu sein. Beispielsweise überschrieb Jochen F. Uebel seinen Bericht über die Kinderechtsbewegung in »TRENDWENDE« 1/84 (S. 1-3) mit »Jenseits von Erziehung: Vertrauen in das Selbst«. (Vgl. auch »Kindobelus« 3/84, S. 1 und 3)
So richtig der Schritt vom Mißtrauen zum Vertrauen ist, ich halte ihn doch für nicht hinreichend, nicht konsequent genug. Die bekannte Maxime »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser« signalisiert eine Schwäche des Phänomens Vertrauen: es beinhaltet einen wechselnden Grad an Unsicherheit, es kann mißbraucht, erschüttert werden, seine Berechtigung ist nicht dauerhaft beweisbar. »Vertrauen« hat also den Ruch von einerseits Risiko, andererseits und vor allem von Gnade. Vertrauen ist etwas, das ich »gewähre« (und entziehen kann, wenn...)
Demgegenüber versuchen Antipädagogen und Kinderrechtler, das *Wissen* zu verbreiten, daß Staatsvertreter wie Erzieher (Demagogen wie Pädagogen, Volksführer wie Kinderführer) schlicht lügen, wenn sie behaupten, sie würden ihre Opfer zu deren eigenem Besten mit Gewalt oder List ihrer Herrschaft unterwerfen (müssen/dürfen/können). Es ist keine Vertrauens-, sondern eine Tatsache, daß jeder Mensch jederzeit nach seinen eigenen Kriterien entscheidet, was er denkt, fühlt, tut.

Wenn Arbeiter oder »Massenmenschen« (um auf Landauers und Adenauers Beleidigungen zurückzukommen), aber auch Kinder sich von anderen so viel gefallen lassen, wie sie es häufig tun, setzt dies doch nicht ihre existentielle Freiheit (Selbstbestimmtheit)außer Kraft. Sie haben vielmehr selbst entschieden – und zwar angesichts der Übermacht der Herrschenden aus durchaus vernünftigen Gründen –, sich mit einem engeren Spielraum zufriedenzugeben. Und sie haben sich einreden lassen, daß andere besser wüßten, was gut für sie ist. Durch die Fülle von z.T. rein sprachlichen Tricks (z.B.: »Man *muß* Gott, dem Staat, dem Mann, den Eltern gehorchen«) haben sich viele Menschen das Wissen, das Bewußtsein ihrer Freiheit vernebeln lassen – wer die Eichmann-Protokolle gelesen hat, wird bestätigen, daß dieser Mann tatsächlich glaubte, er habe gehorchen müssen, und bis zu seinem Tode wurde er von niemanden darauf hinge-

wiesen, daß unbestreitbar er selbst sich zu jedem seiner Gehorsamsakte entschlossen hatte.

An sich ist dieses Wissen (Kurzform: Ich bin ich) eine sehr einfache Sache. Doch haben theologische, philosophische und pädagogische Traditionen mit einer Fülle von Scheinproblemen dieses Wissen überlagert, so daß viele Menschen erst eine Psychotherapie oder Selbsterfahrungsgruppe brauchen, um es wiederzugewinnen. (Obgleich es schon genügen würde, wenn sie gelegentlich mit dem Schienbein an einen Türrahmen treten und prüfen würden, wessen Schmerz sie spüren, um sich ihrer konkreten Identität zu vergewissern.)
Ich möchte diese Fragen hier nicht weiter erörtern, verweise Interessenten auf meinen Text *»Wer hat Angst vor freien Kindern?«* aus der Dokumentation des 2. Regensburger Kongresses (1983) über Freie Schulen, sowie auf den »Kinder-Doppelbeschluß« der deutschen Kinderrechtsbewegung (»Publik-Forum« 1/84). (Bezug: Deutscher Kinderschutzbund Wiesbaden).

Mir ist aber eine Klarstellung wichtig. Das Wissen, daß jedes Lebewesen sein *eigener* Steuermann ist, gleichgültig wie begrenzt seine Entscheidungsmöglichkeiten sein mögen, dieses Wissen verändert für sich genommen weder irgend eine individuelle Lebenslage, noch führt es, wenn es sich verbreitet hat, gewissermaßen von selbst eine herrschaftsfreie Gesellschaftsform herbei. Ich meine aber, daß *ohne* dieses Wissen und Bewußtsein alle anarchistische Besserwisserei à la Landauer politisch nichts bringt, und daß auch persönlich Menschen ohne dieses Wissen ihre Entscheidungsmöglichkeiten (Spielräume) weder ausschöpfen noch gar erweitern können (da sie sie nicht als ihre eigenen erleben, sondern das Heil von anderen erwarten.) Es handelt sich also nicht um eine hinreichende, sondern um eine notwendige Bedingung (»conditio sine qua non«). Man braucht aber nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche individuellen und gesellschaftlichen Veränderungen *möglich* werden, sobald die Päd- und Demagogen jedweder Couleur nicht mehr davon profitieren können, daß ihnen so oder so erzogene Menschen das Recht und die Macht geben, über sie zu verfügen.
Mir ist klar, daß Menschen sich durch diese Delegation auch von Verantwortung entlasten wollen; doch ist dies offenkundig eine Illusion: Sie selbst sind es, die diese Delegation vornehmen, und sie selbst löffeln die Suppe aus, die sie sich damit einbrocken. Man wird aber diese Illusion, diesen selbst inszenierten und existentiell je eigenen Abwehrmechanismus des Individuums niemandem durchschaubar machen können, dem man die Eigenständigkeit im Hier und Jetzt ab- und ein »falsches«, »unwahres«, »verwestes« usw. Selbst zuspricht.

Drei Antipädagogische Konsequenzen

Die erste erwähne ich nur kurz. Da Kinder von Hause aus soziale Wesen sind, braucht man sie nicht zu sozialisieren. Da Kinder von Hause aus anarchistisch sind, braucht man sie auch nicht zum Anarchismus zu erziehen. Man erreicht allenfalls das Gegenteil. Man kann mit Kindern umgehen wie mit ganz normalen Menschen, ohne Faustrecht, ohne pädagogische Vorder- und Hintergedanken. Man kann also einfach aufhören, über Kinder zu herrschen, und hat damit schon viel – und sehr

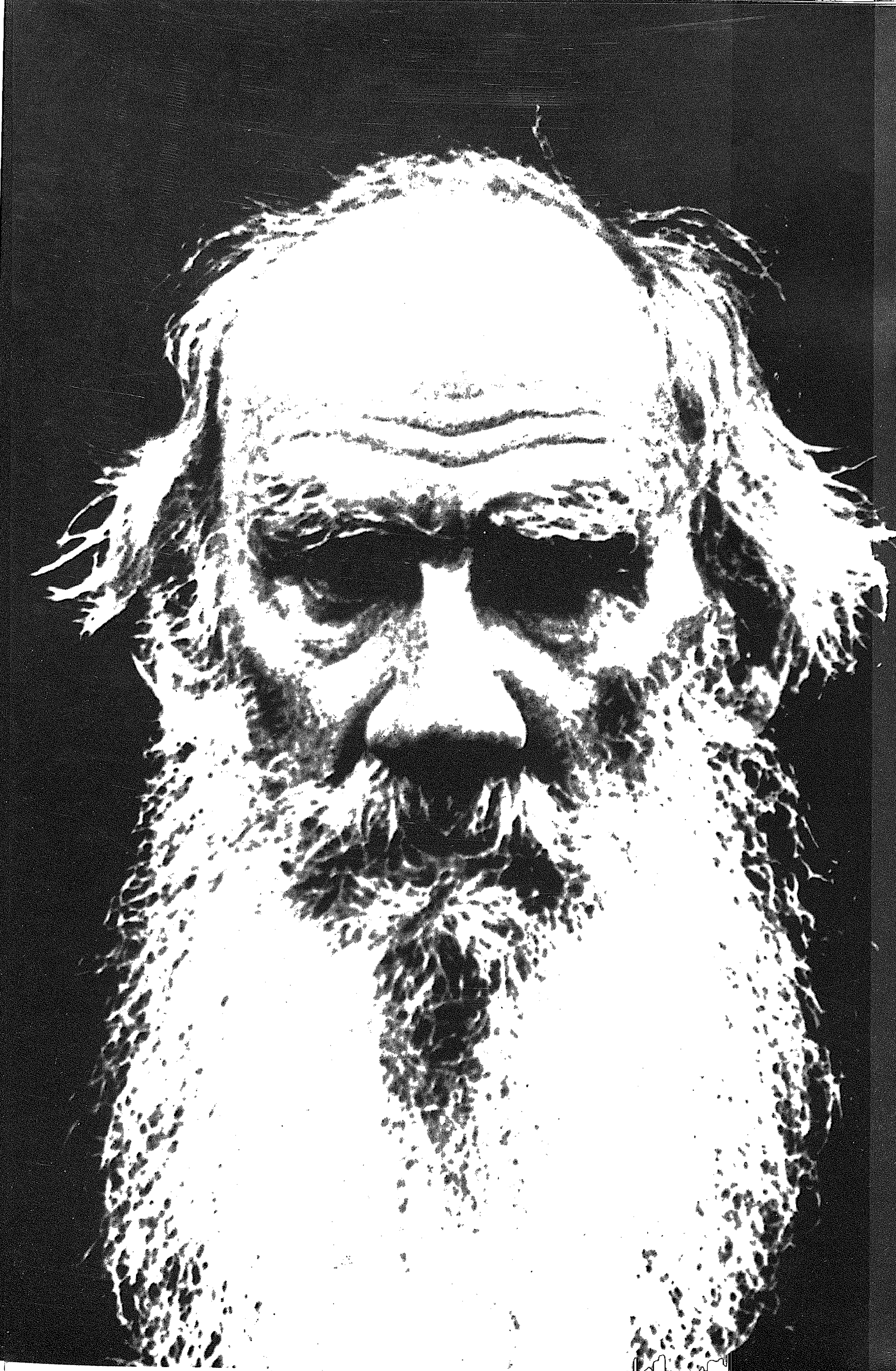


Konkretes – für die Freiheit von Herrschaft getan.

Politisch bietet sich eine zweite Konsequenz an, falls man dem Staat schneller und mehr Ärger machen will, als ein paar freie Kinder heranwachsen zu lassen. Man kann nämlich politisch, publizistisch usw. alles das energisch bekämpfen, was der Staat gegen unschuldige Kinder (oder wie es im Kinder-Doppelbeschluß heißt: »liebliche Säuglinge«) unternimmt. Wenn Interesse besteht, will ich dies gerne später näher ausführen, verweise jetzt auf den genannten »K-D« – den ich zwar selbst nicht mittrage, weil er für meinen Geschmack viel zu staatsfromm ist, den man aber natürlich auch als Mittel zur Entlarvung der Staatstäter ansehen und benutzen kann.

Und drittens kann man das, was im »K-D« erst für den 2. Teil angedroht wird, selbstverständlich schon jetzt und viel intensiver betreiben, als es der isolierten Kinderrechtsbewegung möglich ist: Kindern und anderen Menschen gegenüber die Lügen aufdecken, mit denen Staatstäter und alle ihre Komplizen in Wissenschaft und Publizistik das freie Denken und freie Leben der Menschen erschweren.
Ich habe die Hoffnung, »Antipädagogen« und »Anarchisten« (die Gänsebeinchen sollen nur andeuten, daß ich zwischen diesen Bezeichnungen keinen Unterschied sehe) werden sich demnächst ihres objektiv besseren Wissens auch subjektiv so sicher, daß sie es ohne Besserwisserei ihren Mitmenschen zur Verfügung stellen können.
Gustav Landauer schrieb in dem eingangs mehrfach zitierten Text (S. 14) auch:
»Gar nichts kann gar keiner gar keinem bringen, was der nicht schon vorher weiß, obwohl er es doch wieder nicht so recht weiß.«

Diesen Satz halte ich für so wahr, wahrer geht's nicht. Allerdings vergißt der Besserwisser den Teil vor dem »obwohl« zu gerne. Ich glaube, gerade deshalb verbreitet sich auch das beste Wissen so langsam. Weiß jemand, ob das mit Absicht geschieht? (Weil, wenn die Besserwisser ihr Wissen wirklich – d.h. effektiv – weitergeben würden, wäre es ja schnell vorbei mit ihrer Besserwisserei.)
Erziehung als geistig/seelisches Faustrecht (wozu, per offiziellem elterlichen Züchtigungsrecht, noch das körperliche kommt) wird sich gewiß nicht »von selbst« überleben. Es wird immer stärkere und schwächere Menschen geben. Der Stärkere *kann* seine Stärke gegen den Schwächeren einsezen, so wie der Wissende seine Umwelt mit Besserwisserei traktieren kann. Ein Kraut gegen diese Möglichkeiten ist wohl nicht gewachsen, und nicht immer können sich die jeweils Schwächeren wirkungsvoll zur Wehr setzen.
Der Glaube allerdings, Erwachsene *müßten* sich gegen Kinder wenden, gar zu deren eigenem Besten, dieser barbarische Aberglaube (obwohl als solcher längst durchschaut – siehe z.B. die im »K-D« genannte Literatur) macht noch immer aus Mißbrauchsmöglichkeiten den Idealfall und Normalzustand. Und solange nicht einmal Anarchisten diese Zusammenhänge durchschauen (sondern nach einer »libertären Erziehung« suchen), kann ich mich nicht darüber wundern, daß diesem Aberglauben noch immer so viele Opfer gebracht werden, und daß der Glaube an den Sinn des Staates noch so weit verbreitet ist.



Leo N. Tolstois Reformpädagogik

von Uli Klemm

Über den Zusammenhang von Bildung und Anarchismus in der Pädagogik L. N. Tolstojs

Als der Dichterphilosoph Leo Nikolajewitsch Tolstoj 1910 starb, hinterließ er nicht nur ein weltbewegendes, dichterisches Werk, sondern in gleichem Maße auch eine Sozialethik, die ihn über die Grenzen Rußlands hinaus zu einem Propheten und Kämpfer für Frieden und Freiheit werden ließ. Nachdem Tolstoj seine literarischen Hauptwerke »Krieg und Frieden« (1864-1869) und »Anna Karenina« (1872-1877) vollendet hatte, wandte er sich zunächst vom künstlerischen Schaffen ab und stellte seine ganze Kraft in den Dienst reformerischer und humanistischer Ziele zur Veränderung der bestehenden Gesellschaft.

Mit der von ihm selbst so bezeichneten »Religiösen Krise« Ende der siebziger Jahre, begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt. Von nun an verfaßte er zahllose politische, sozialethische und religiöse Traktate und Pamphlete, die in der ganzen Welt bekannt wurden und in denen er leidenschaftlich für bessere soziale und ökonomische Verhältnisse für die unterdrückten Schichten eintrat.

Dieser Bruch in Tolstojs Leben bedeutete für ihn jedoch keinen Wandel im Sinne einer geistigen Kehrtwendung. Ganz im Gegenteil: Der „Bruch" im Leben und Denken Tolsojs aus den siebziger Jahren wurde zum Ausdruck konsequenter Radikalität in der Entwicklung seines humanistischen Denkens. Dieser „Bruch" bedeutete für ihn auch Kontinuität. Die Einheit von Tolstojs dichterischem und sozialethischen Wirken bleibt unbestritten. Die Intention, die er zunächst mit seinen Romanen, Novellen und Erzählungen verfolgte, nämlich das »menschliche Dilemma« moderner Zivilisation in ihrer individuellen und gesellschaftlichen Auswirkung darzustellen, verlagerte sich von einer künstlerischen Darstellung auf die Ebene des publizistisch-politischen Kampfes. Seine Revolutionsstrategie des gewaltlosen Widerstands wurde weltweit aufgegriffen und zu einer neuen Waffe gegen staatlichen und kirchlichen Zwang und Autorität. Tolstojs Weltanschauung, die ihre Wurzeln einmal in einem Kulturpessimismus hat, ließ ihn zu einem der großen kritischen Denker des 19.Jahrhunderts werden.. Neben Karl Marx, Arthur Schopenhauer oder Friedrich Nietzsche ist Graf Leo Tolstoj einer der großen Philosophen des letzten Jahrhunderts, die Philosophie »mit dem Hammer« betrieben. Ihre Ablehnung traditioneller Werte und Normen abendländischer Kultur, machte sie zu radikalen Kritikern.

Neben seiner Ablehnung moderner Zivilisation ist es besonders eine humanistisch-pazifistische Ethik, die Tolstojs Wirken im letzten Drittel des 19.Jahrhunderts dominant beeinflußt hat. Sie gründet sich auf den Prinzipien der Bergpredigt und gipfelt in dem Gebot »widerstrebe nicht dem Bösen mit Gewalt«[1]. Die Gewaltlosigkeit wird für Tolstoj zur obersten Maxime menschlichen Handelns und damit auch zum zentralen Element seiner politisch-sozialen Utopie. Die Abkehr von jeglicher Gewaltanwendung bedeutete für ihn jedoch nicht Verzicht auf Widerstand. Gerade im gewaltlosen Widerstand erblickte er eine Strategie, mit der Gewalt, Zwang sowie Autorität begegnet und bekämpft werden muß.

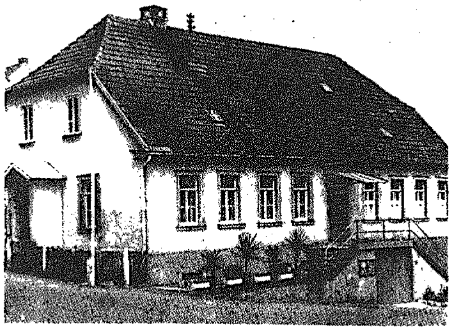
Der dritte Pfeiler Tolstojscher Lebenslehre ist seine Überzeugung von der Kraft des Guten im Menschen. Einem Kulturpessimismus steht hier ein Optimismus in Bezug auf das menschliche Individuum gegenüber. Dieser Glaube an das Gute im Menschen war es schließlich, der Tolstoj zu seinen pädagogischen Experimenten und Reformbestrebungen in theoretischer wie praktischer Hinsicht motivierte. Sein pädagogisches Wirken gilt daher auch als erstes Zeugnis seines revolutionären Geistes, der in späteren Jahren so charakteristisch für ihn werden sollte.

Er begann bereits mit 21 Jahren im Jahre 1849 auf seinem Gut »Jasnaja Poljana« (Lichte Wiese) eine Bauernschule für seine Leibeigenen einzurichten, in der er selbst unterrichtete. Diesen Entschluß, für seine Bauern eine Schule einzurichten müssen wir auch seiner Kenntnis der Lektüre von J. J. Rousseau zuschreiben, die er seit seinem fünfzehnten Lebensjahr »verschlang«. Nach seinem Militärdienst 1851 bis 1856, bei dem er aktiv an der Niederschlagung aufständischer Bergvölker und an der Verteidigung von Sevastopol während des Krim-Krieges teilnahm (während dieser Zeit erschienen seine ersten Erzählungen und autobiographischen Novellen in der Zeitschrift »SOVREMENNIK« (Der Zeitgenosse), die den jungen Tolstoj als Schriftsteller in Rußland bekannt machten), gründete er 1859 erneut eine Bauernschule auf seinem Gut, die bis 1862 bestand. Dieser Zeitraum zählt zu seiner intensivsten Phase einer Beschäftigung mit Fragen der Pädagogik. Neben seiner Schule, die wir heute als klassisches Beispiel einer anti-autoritären Schule libertärer Prägung sehen müssen, gab er ab 1862 auch eine eigene pädagogische Zeitschrift heraus, die bis Anfang 1863 in zwölf Ausgaben erschien. Sie diente primär der Verbreitung und Diskussion seiner pädagogischen Reformideen. In ihr erschienen u.a. die zentralen Aufsätze Tolstojs zur Pädagogik, die später Raphael Löwenfeld mit in seine umfassende Gesamtausgabe der Werke Tolstojs aufnahm und sie hier erstmals 1907 in zwei Bänden als »Pädagogische Schriften« Tolstojs einem deutschen Leserkreis vorlegte.[2]

Von großer Bedeutung für Tolstoj während diesem Zeitraum war auch seine Auslandreise von 1860/61. Er reiste neun Monate in Deutschland, Frankreich, Italien, England, Belgien und der Schweiz umher und informierte sich über das westeuropäische Bildungs- und Schulsystem. Er hospitierte in deutschen und französischen Schulen und Kindergärten, besuchte Vorlesungen in Berlin und kam mit bedeutenden Pädagogen und Sozialkritikern seiner Zeit zusammen: Unter ihnen waren A. Herzen, I. Turgenjew, P. J. Proudhon und B. Auerbach. In Deutschland führte ihn die Reise nach Berlin, Weimar, Bad Kissingen, Dresden und Jena, wo er »vor Ort« an Schulen und Kindergärten wichtige Impulse für seine zukünftige Erziehungs- und Bildungsarbeit erhielt. Es überwogen jedoch die negativen Eindrücke. In sein Tagebuch schrieb er am 29. Juli 1860: *»War in der Schule. Entsetzlich. Gebet für König, Prügel, alles auswendig, verängstigte, seelisch verkrüppelte Kinder«.*

Wenige Tage später notierte er – sozusagen als Antithese –: *»Montaigne hat als erster den Gedanken von der Freiheit der Erziehung klar ausgesprochen. Innerhalb der Erziehung wiederum ist das wichtigste Gleichheit und Freiheit.«*

Mitte 1861 kehrte Tolstoj von seiner Reise zurück mit der Überzeugung, daß *»die einzige Grundlage der Erzeihung die Erfahrung und ihr einziges Kriterium die Freiheit ist«*[3]. In einem ersten programmatischen Aufsatz schrieb er: *»Die Grundlage unserer Tätigkeit ist die Überzeugung, daß wir nicht nur nicht wissen können, worin die Bildung des Volkes bestehen muß, daß es nicht bloß keine Wissenschaft der Bildungs- und Erziehungslehre – der Pädagogik gibt, sondern daß noch nicht einmal der Grund zu ihr gelegt ist, daß eine Definition der Pädagogik und ihres Zieles im philosophischen Sinne unmöglich, überflüssig und schädlich ist.«*[4]



Schule in Garitz, das Tolstoi auf seiner Deutschlandreise 1860 besuchte.

Tolstoj kommt damit nicht nur zur Kritik an der bestehenden pädagogischen Praxis, sondern in gleichem Maße auch zu einer metatheoretischen Kritik an der Theorie der Pädagogik. Er nimmt in den sechziger Jahren des 19.Jahrhunderts bereits den Standpunkt ein, von dem aus fünfzig Jahre später die geisteswissenschaftliche Pädagogik und eine sich etablierende empirische Erziehungswissenschaft die weltanschaulich-normativ begründete Erziehungslehre ablehnt und kritisiert. Er kommt zu einer freiheitlichen und negativen Erziehungslehre, die wir heute als ein libertäre Reformpädagogik bezeichnen würden. Tolstoj rückt mit seinen Erziehungs- und Bildungsvorstellungen in die Nähe einer antiautoritären Erziehung im Sinne von- A.S-.Neill – unterschied sich jedoch in einigen Punkten wesentlich von diesem englischen liberalen Reformpädagogen. Im Gegensatz zu A. S. Neill geht es Tolstoj um eine Volksbildung im allgemeinsten Sinne. Er verbindet darüberhinaus seine Pädagogik mit einer Gesellschaftskritik, die deutlich zum Ausdruck kommt, wenn er schreibt:

»Woran liegt es, daß es eine Erziehung gibt? Wenn eine so unmoralische Erscheinung, wie

der Zwang in der Bildung, d.h. Erziehung (Tolstoj unterscheidet zwischen Bildung und Erziehung sehr genau, U.K.) Jahrhunderte existieren kann, so muß die Ursache dazu in der menschlichen Natur wurzeln. Diese Ursache glaube ich zu entdecken erstens in der Familie, zweitens in der Religion, drittens im Staat und viertens in der Gesellschaft«[5]

Tolstoj erweist sich hier als ein ideologiekritischer Pädagoge, dem es darum geht, Strukturen einer autoritären Erziehungswirklichkeit aufzudecken. Gleichzeitig versteht er Pädagogik als eine auf der menschlichen Erfahrung aufbauenden Wissenschaft von der Erziehung, die sich auf dem Fundament der Freiheit aller Individuen neu konstituieren muß. Tolstoj wird damit bereits vor E. Meumann und W.A. Lay zum Verfechter einer empirischen Erziehungswissenschaft.

Zum Ende der ersten Phase seiner pädagogischen Tätigkeit trugen wesentlich die Repressalien der Russischen Regierung bei. Tolstoj wurde einer Verschwörung gegen den Zaren beschuldigt, wobei dies zum Vorwand für eine Duchsuchung und Verwüstung seines Gutes und seiner Schule benützt wurde. Daraufhin zog sich Tolstoj 1863 zunächst aus der Pädagogik zurück und widmete sich seinem neuen »Familienglück« (Ende 1862 heiratete er Sofia Andrejewna Behrs). In den folgenden Jahren bis etwa 1869 konzentrierte er sein Schaffen auf die Fertigstellung seines großen Romans »Krieg und Frieden«. Nach Beendigung dieses Jahrhundertwerks in der Literatur, kam er wieder zur Pädagogik zurück und es begann für ihn die zweite Phase einer intensiven Beschäftigung mit Fragen der pädagogischen Theorie und Praxis. Seit 1869 arbeitete er an einem Elementarbuch für Grundschulen. Es erschien 1872 unter dem Titel »Das Alphabet« in Rußland. Im gleichen Jahr beginnt er erneut eine Schule auf seinem Gut einzurichten, in der neben ihm auch seine Frau und seine älteren Kinder unterrichten. Zentrales Anliegen Tolstojs war es hier, seine neue Elementarfibel zu erproben und zu verbessern. U.a. entwarf er eine freiheitliche Grundschuldidaktik und eine neue Leselernmethode, die gerade heute, angesichts der Suche nach Alternativen zur herkömmlichen Schule, erneut Beachtung verdient.





1873 lud Tolstoj zahlreiche Lehrer auf sein Gut ein, um sie mit seiner freien Schuldidaktik bekannt zu machen und mit ihnen Fragen der schulischen Bildung und Erziehung zu diskutieren. Seit 1873 werden seine Erziehungslehre und seine pädagogischen Reformbestrebungen auch wieder öffentlich diskutiert. Es kommt zu einer Anhörung Tolstojs vor dem »Komitee für Volksbildung« in Moskau betreffs seiner Reformvorschläge. 1874 erscheint in den »Vaterländischen Analen« Tolstojs zentraler theoretischer Aufsatz aus dieser Zeit »Über die Volksbildung«, der erneut in der pädagogischen Fachwelt Aufsehen erregt und heftig diskutiert wird. Schließlich wird 1875 eine überarbeitete Neuauflage seiner Elementarfibel mit dem Titel »Das Neue Alphabet« veröffentlicht, die im Gegensatz zur ersten Ausgabe ein großer Erfolg wurde und in 25 Auflagen (1,5 Millionen Exemplare) zu einem der weitverbreitesten Volksschulbücher im damaligen Rußland wurde.

Mitte der siebziger Jahre kommt es zu einem erneuten Bruch in seiner pädagogischen Tätigkeit. Es ist die Zeit von »Anna Karenina« und quälenden Selbstvorwürfen, die für ihn schließlich zu seiner »Religiösen Krise« wurde. Am Ende steht der Welt zwar kein neuer Tolstoj gegenüber, aber ein »religiös geläuterter«, der zum Verkünder und Kämpfer eines »Gottesreiches auf Erden« geworden ist.

In den letzten dreißig Jahren seines Lebens war Tolstoj nicht mehr der libertäre Schulkritiker aus den sechziger Jahren oder der Grundschuldidaktiker aus den frühen siebzigern. Er sah sich von nun an als ein Menschheitserzieher und wandte sich mit seiner Pädagogik an die gesamte Menschheit. In dieser letzten pädagogischen Phase wurde Tolstoj zu einem Bildungsphilosophen, dem es in erster Linie um die Vermittlung der Frage nach dem Sinn des Lebens ging und den daraus resultierenden praktischen Konsequenzen für eine Lebensführung. Revidierte Tolstoj auch in einigen Punkten seine Pädagogik aus früheren Jahren, so hielt er doch zeitlebens an seinem anthropologisch-pädagogischen Bild der Freiheit fest.

Tolstoj ist ab Mitte der siebziger Jahre über eine langjährige Beschäftigung mit Fragen der Pädagogik an einem Punkt angelangt, der für ihn zum »critical life event« hinsichtliche seiner Weltanschauung wurde. Er hatte den Wechsel von einem genialen Romanschriftsteller hin zu einem leidenschaftlichen Propheten für Frieden und Gerechtigkeit vollzogen. Wir dürfen hierbei jedoch nicht vergessen, daß dieser unvergessene Dichter und Moralist des 19.Jahrhunderts in gleichem Maße auch zum Künder einer freiheitlichen Erziehungslehre wurde, mit der er damals alleine stand und die erst nachfolgende Pädagogengenerationen zu würdigen wußten.

1 vgl. Graf Leo Tolstoi: Kurze Auslegung des Evangeliums. Berlin 1891.
Graf Leo Tolstoi: Worin besteht mein Glaube? Lewipzig 1885
2 L.N. Tolstoj: Gesammelte Werke, Ausgabe R. Löwenfeld.
Serie I (sozialethische Schriften), Serie II (theologische Schriften), Serie III (dichterische Schriften). 33 Bände. Leipzig, Jena 1901-1911
3 Gedanken über Volksbildung. in: R. Löwenfeld, Band 8, 1907, S. 42
4 Ebenda, S. 39
5 Erziehung und Bildung, in: R. Löwenfeld, Band 9, 1907, S. 157
★Weitere Literaturangaben gegen Rückporto beim SF anzufordern
★Uli Klemms Examensarbeit *»Die Reformpädagogik Leo Tolstojs und ihre Rezeption in Deutschland«* erscheint im August 1984 in der neuen Reihe „Libertäre Wissenschaft" im TROTZDEM-Verlag, Reutlingen (20.-DM).

PROF. DR. GÜNTER WALDMANN

Utopie statt Antiutopie?

Nach Ernst Bloch sind Vorwegnahme des gesellschaftlich Nötigen und Möglichen, sind *»ein überlegtes Verhältnis zur Zukunft, rationalisierte Hoffnungsinhalte, docta spes«*, sind damit Utopien die unabweisbare Aufgabe der Menschheit, wenn sie Zukunft haben soll: *»Das Utopische selbst ist das Charakteristische des Menschen.«*

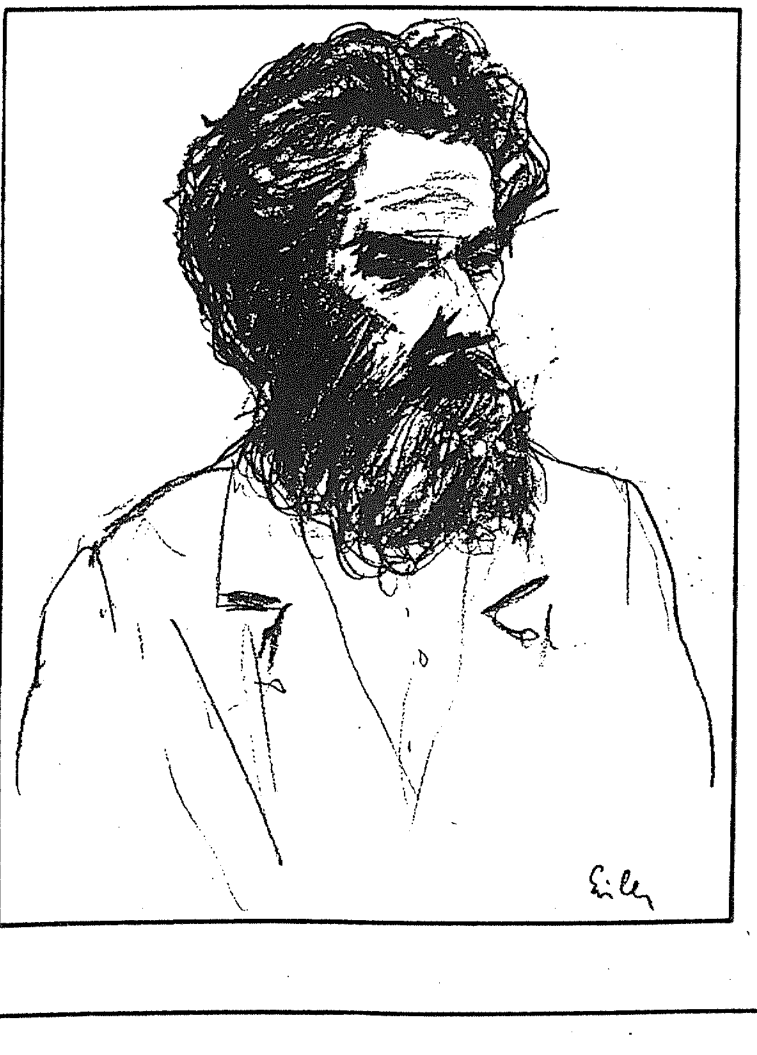
Am Beginn der bürgerlichen Gesellschaft standen so auch die großen Entwürfe der Renaissance-Utopien wie die von Morus, Campanella, Bacon, die teilweise weit über die bürgerliche Gesellschaft hinausgriffen, etwa bei Morus zu idealen sozialistischen Lebensformen.

Unsere Spätzeit der bürgerlichen Gesellschaft hat ebenfalls Utopien hervorgebracht, doch vor allem Anti-Utopien wie die von H. G. Wells, Huxley und Orwell, die tief resignative Horrorvisionen der Verhältnisse bieten, auf die die Menschheit sich zu bewegt. Sie sind vielleicht wichtig, um sinnlich vorstellbar die Probleme unserer Zeit zu erfahren (doch tun die Berichte und Prognosen des Club of Rome bald denselben Dienst). Wichtiger wären wohl Hoffnungsinhalte und Zielprojektionen, an denen die Verhältnisse der Gegenwart zu messen wären. Solche positiven Utopien hat unsere Zeit nicht sehr viele hervorgebracht. Eine von ihnen und eine ihrer wichtigsten ist die zuerst 1890 in englisch und schon 1892/3 in deutsch erschienene Utopie »Kunde von Nirgendwo« [News from Nowhere]« des englischen Architekten, Malers, Schriftstellers, Kunsthandwerkers und Sozialisten William Morris. Der SCHWARZWURZEL-Verlag in Reutlingen hat das Verdienst, diesen Text in einer von Gert Selle ausgezeichnet eingeleiteten Ausgabe wieder zugänglich gemacht zu haben.

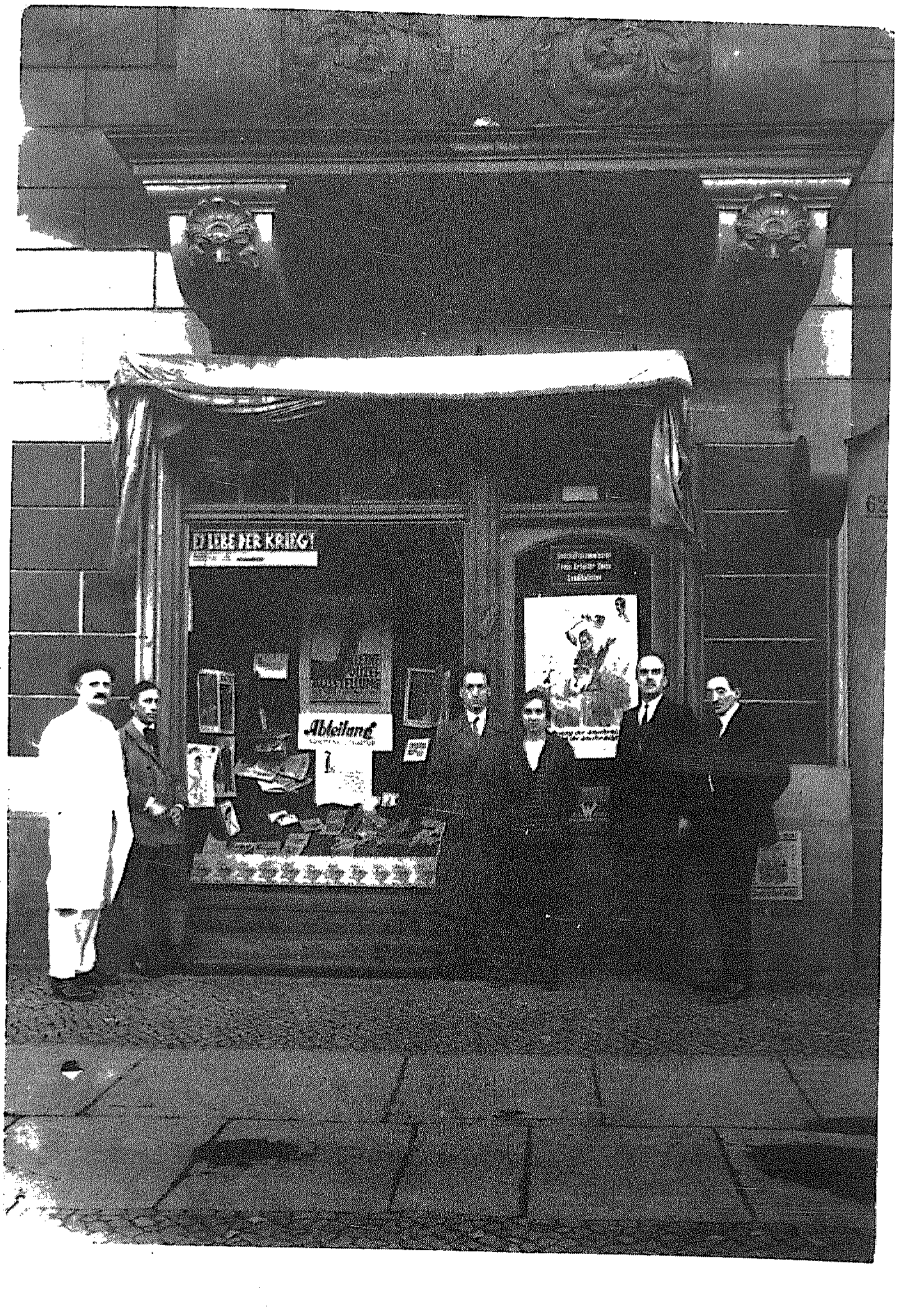
Morris entwirft ein sowohl sozialistisches als auch ökologisches Utopien im England des 21. Jahrhunderts. Er beschreibt eine Gesellschaft, in der es kein Privateigentum und keine Klassen, keinen Warenhandel und kein Geld, keine Regierung, Justiz, Polizei und Armee, keine Gefängnisse und keine Schulen, keine Großindustrie und keine Großstädte mehr gibt. In dieser Gesellschaft sind »viele falsche Bedürfnisse abgeschafft«, sind nämlich die Bedürfnisse der einzelnen, die in der kapitalistischen Industriegesellschaft überwiegend künstlich produziert waren, um immer neue, immer mehr, immer teurere Waren profitergiebig verkaufen zu können, auf einen natürlichen Stand reduziert. Es brauchen so nur wenige und verhältnismäßig einfache Gebrauchsgüter hergestellt werden, wozu keine Großindustrien mehr notwendig sind. Die Umwelt wird nicht mehr belastet und hat sich regeneriert.

Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist ganz, die Spezialisierung der Arbeit weithin aufgehoben. Die Menschen brauchen keine entfremdete Arbeit mehr zu leisten; sie können sich selbst in ihrer Arbeit verwirklichen. Sie können das, was sie machen, so vollendet, so schön machen, daß sie Freude und Glück durch ihre Arbeit erfahren: Eine Gesellschaft, in der eine befreite Arbeit nicht mehr Ausbeutung, Last oder Not bedeutet, die den Menschen auslaugt und seine Umwelt verunstaltet und zerstört, sondern (im Sinne der Auffassung von Kunst als »formorganisierenden Schaffens«, wie Arvatov sie später in Rußland formulierte) im Grunde etwas wie Kunst, »Produktion dessen, was einst *Kunst* hieß«, die daher sinnvoll und menschlich ist und deren Werke sich harmonisch in die Natur einfügen.

Das ist offenbar sehr utopisch, und heute wohl noch mehr als vor 94 Jahren, als es geschrieben wurde. Und doch ist es eine seltsame und bestürzende Erfahrung, das Buch zu lesen und sich mit Morris vorzustellen, wie unser Leben vielleicht auch sein könnte und eigentlich doch sein sollte, und sich dann die menschen- und naturfeindliche Wirklichkeit, in der wir leben, zu vergegenwärtigen und was alles in ihr anders werden muß, wenn wir Menschen unsere Welt überleben sollen.



„Muße habe ich nie gesucht..."
Das letzte Interview mit Augustin Souchy



Augustin Souchy – das war für mich immer so eine Mischung aus lebendem Museum und warmherzigem Großvater, einer, der so war wie ich mir mein Leben wünschte, sollte ich jemals so alt werden wie er geworden ist. So manches mal in den 12 Jahren die ich ihn kannte,hatten wir uns die Köpfe heiß geredet, waren auch schonmal aneinandergeraten, denn wir waren beileibe nicht immer einer Meinung. Dennoch: die menschliche Seite hat immer obsiegt, denn bei Augustin war sie sehr stark. Er dachte nicht in politischen Dogmen und Schubladen, für ihn war ich ein Mensch wie er für mich. Diese Wärme, diesen „privaten" Augustin Souchy aufzustöbern, war mein Hauptmotiv für mein Gespräch, das ich am 4. Dezember 1983 mit ihm in München führte. Es sollte sein letztes Interview werden. Augustin Souchy, der Freund und Genosse, starb am 1. Januar 1984, einundneunzigjährig, an einer Lungenentzündung.

Es war ein kalter Tag, dreckiger Schnee lag in der Leonrodstraße. In einem jener anonymen Wohnsilos der frühen 60er Jahre wartet Augustin auf uns. Er hat wie immer wenig Zeit und viel zu tun. Ein Manuskript über Israel will vollendet werden, und da ist noch viel Post, und Vortragstermine sind abzuchecken und diese verflixten Augen wollen nicht mehr. Seine riesigen Lupen sind mittlerweile zu schwach, bei seiner Korrespondenz ist er auf Hilfe von Freunden und Genossen angewiesen. Ein elektronisches Lesegerät hat er bei der AOK beantragt. „Sowas gibt es jetzt". Aber dort hat man ihm nicht sehr schonend zu verstehen gegeben, daß die Kosten bei ihm „nicht mehr lohnen". Doch das scheint ihn nicht zu deprimieren sondern im Gegenteil seinen Kampfgeist zu wecken. Er erklärt uns, wie er sich dagegen wehren will, wenn nötig mit einer politischen Kampagne in der Öffentlichkeit...

Seinen Haushalt versorgt er noch immer selbst; Augustin lebt allein, wie er es fast sein ganzes Leben getan hat. Er hantiert in der Küche, macht uns einen Kaffee. 'Ali'-Express, aus dem Aldi. Wir bauen das Tonbandgerät auf, Augustin ist das gewöhnt.

– Wenn Du nach so einem langen Leben zurückschaust, wie könntest Du Deine Erfahrungen zusammenfassen. Gibt es Empfehlungen?

– Das ist schwer zu sagen. Die Jugend hat immer ihre eigenen Gedanken. Selbst wenn sie von alten Leuten etwas hört, kann sie es nicht aufnehmen, da s i e diese Erfahrungen nicht hatte. M e i n e Erfahrungen gehen dahin, daß es nicht gut ist, wenn sich die Jugend nur darauf beschränkt, geistig das zu übernehmen, was die Alten ausgearbeitet haben. Zum Beispiel die Grünen. Ich fürchte, wenn sie stärker werden, eine starke Partei, so werden sie vielleicht eine zeitlang revolutionär sein, aber dann wird es ihnen so gehen wie der Sozialdemokratie im vorigen und diesem Jahrhundert. Und es kommt eine andere Herrschaftsform, der Autoritarismus kommt durch. Ihre Postulate werden, wie die des Marxismus, überholt sein...

– Gilt das nicht auch für anarchistische Postulate, daß sie von der Geschichte überholt werden?

– Zum Beispiel?

– Die anarchistische Bewegung ist ja historisch gesehen ein Verlierer, auch wenn sie in ihren Analysen oft Recht behalten hat. Heute haben wir kein Konzept und keinen greifbaren Weg.

– Ich möchte darauf zunächst mit einem Vers antworten:

Gemessen an der Ewigkeit / ist kurz nur unsere Lebenszeit / Ein Endziel wird's nie geben / uns bleibt allein das Streben / nach Freiheit, Klarheit, / Gerechtigkeit und Wahrheit.

Ich glaube nicht, daß es einmal eine Gesellschaft geben wird die dann so eingerichtet ist und für immer so bleibt. Ich glaube im Gegenteil, daß wir etwas Gewisses erreicht haben und wenn eine Revolution kommt, eine gründliche wie in Frankreich oder in Rußland, dann bleibt diese ja nicht die gleiche. Diese kann sich sogar zum Schlechteren entwickeln. In Rußland ha-



ben wir ja beispielsweise einen Staats k a p i t a l i s m u s und keinen Staats s o z i a l i s m u s. Die Verhältnisse, die entstehen, werden nie die gleichen bleiben, sondern sich immer verändern.

– Siehst Du da eine positive Tendenz in Richtung auf immer mehr Freiheit?

– In einigen Punkten ja. Nehmen wir z.B. das Verhältnis zwischen Mann und Frau. Ich erinnere mich, noch im Jahre 1900 wurde auf eine uneheliche Mutter mit dem Finger gezeigt. Oder in Berlin, am Kurfürstendamm stand an den Häusern „Eingang für Herrschaften". Ich könnte viele Beispiele geben. Ich bin zur selben Erkenntnis gelangt wie Elisée Reclus in seinem Buche „Revolution und Evolution", übrigens schon bevor ich es gelesen hatte, daß ich für Revolution dort eintrete, wo es keine andere Möglichkeit gibt, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern, also die Autoritätsmacht abzusetzen. Wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln weichen, werden Revolutionen notwendig sein, sie können aber nicht mit einem Male die gesamte Gesellschaft auf Dauer verändern.

– Habe ich das richtig verstanden: Du glaubst an einen sehr langen Prozeß, in dem sich revolutionäre und evolutionäre Phasen abwechseln?

– Das ist richtig. Aber es kommt auch auf die geschichtlichen Erfahrungen eines Volkes an. Man kann nicht eine Theorie oder ein Ideal aufstellen und das soll dann in allen Ländern gleich sein. Wenn Marx in Mexiko gelebt hätte, hätte er nie gesagt, die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.

– Du hast viele Länder, Völker und Menschen in revolutionären und nichtrevolutionären Zeiten kennengelernt. Der Anarchismus setzt sehr auf die Spontaneität der Masse. Hältst Du den Menschen für fähig, Anarchie zu leben?

– Auf die neuen Institutionen, auf die Ideen, folgt zunächst einmal die Praxis und an der wird man erkennen, was wahr und was falsch ist. Wir haben ja einmal die Realität und dann die Ideen in unserem Kopfe. In jedem Menschen besteht die Welt zweimal. Und wenn wir ein Ideal verwirklicht haben, dann wird unser Gehirn nicht zurückstehen, und dann kommt wieder etwas neues aus der Praxis, aus der Erfahrung. Einerlei: unsere Gehirnzellen arbeiten weiter. Wenn dies nicht so wäre, gäbe es in der Menschheit keinen Fortschritt. Es wird also nicht so sein, daß auf einmal die Freiheit, neue Institutionen, die Anarchie da sein wird und dies ist dann für immer so. Daran glaube ich nicht.

„Wenn Marx in Mexiko gelebt hätte, hätte er nie gesagt, die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen."

– Bleiben wir mal bei der Praxis, der Realität. 1936 konntest Du erleben, wie Praxis und Theorie im Gleichklang waren, wie die einfachen Leute die soziale Revolution verwirklichten. Nun warst Du nach 40 Jahren wieder dort und nichts ist davon geblieben...

– Das ist nicht so schwer zu verstehen. Ich will Dir sagen wie das kam. Die spanischen Arbeiter standen ja schon seit der 1. Internationale auf Seiten Bakunins. Und 1872, auf dem Kongress in St. Imier beschlossen die Anarchisten, daß die Arbeiter die Leitung der Betriebe selbst in die Hand nehmen sollten. Und das wurde insbesondere in Spanien immer wieder vorbereitet und praktiziert. Schon im vergangenen Jahrhundert hat man Versuche dieser Art gemacht und auch in diesem Jahrhundert, in Bajo Llobregat, in Asturien, in Casas Viejas... Und als dann die Republik proklamiert wurde, war es nicht so, daß eine Partei das in die Hände nahm – und das ist der Unterschied zu Rußland oder auch zu Deutschland, wo die SPD und die Marxisten allgemein propagierten Wahlen zu machen, in die Parlamente zu gehen...

– Kommen wir von der Theorie wieder auf die einfachen Menschen...

– Ja, das wollte ich ja gerade sagen: In Spanien war es eben nicht so. Es hat geschichtliche Ursachen, daß der Anarchosyndikalismus dort nicht die einzige, aber die stärkste soziale Bewegung war. Und ich erinnere mich zum Beispiel an den Kongreß der CNT, ich glaube 1934, da waren die Delegierten aus Andalusien. Einfache Leute. Andalusien war, wie bei uns Ostpreußen, das Zentrum des Großgrundbesitzes. Und diese einfachen Bauerndelegierten haben dort diskutiert und beschlossen, wie sie die Ländereien übernehmen wollten. Sie haben dann Kommissionen gewählt, die das ausarbeiteten. Und nach Francos Putsch war es nicht das Zentralkomitee der CNT oder der FAI, die den Vorschlag zur Kollektivierung machte, sondern das machten die Arbeiter aus eigener Initiative ohne irgendeinen Beschluß von oben.

– Genau das interessiert mich: damals waren die Ideen des Anarchismus populär, heute nicht mehr.

– Ich bin sogar der Meinung, daß heute die anarchistischen Ideen weiter verbreitet sind als früher – allerdings nicht unter dem Namen Anarchismus. Heute sieht man zum Beispiel

Augustin Souchy, 1892 in Schlesien geboren, gehörte zu den bekanntesten deutschen Anarchisten. In seinem abenteuerlichen Leben bereiste er dutzende Länder in Europa, Latein- und Nordamerika, Afrika und Asien. Er studierte die russische ebenso wie die spanische, portugiesische, mexikanische, kubanische und deutsche Revolution.
Schon als junger Anarchist und Antimilitarist stieß er zu Gustav Landauer und dessen „Sozialistischem Bund". Im 1. Weltkrieg emigrierte er nach Skandinavien, wo ihn Verfolgung und Gefängnis erwarteten, er aber auch Agitation unter deutschen Kriegsgefangenen betreiben und seine ersten Bücher schreiben konnte. Zurück in Deutschland betreibt er aktiv den Aufbau der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD / Anarchosyndikalisten) deren Wochenzeitung er herausgibt. 1919/20 verbringt er in Rußland und debattiert mit Lenin und Kropotkin. Nach der Gründung der syndikalistischen Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) wird er einer ihrer drei Sekretäre. Ausgedehnte Reisen führen ihn durch ganz Europa. In diesen Zeiten lernt er Anarchisten wie Durruti und Emma Goldman, Machno und Berkman, Rocker und Mühsam kennen, um nur einige zu nennen. 1933 flieht er vor den Nazis nach Paris. 1936, beim Ausbruch des Franco-Putsches befindet er sich in politischer Mission in Barcelona und bleibt wärend des ganzen Bürgerkrieges in Spanien, wo ihn die CNT zum Verantwortlichen der Auslandspropaganda macht. Er bereist das ganze revolutionäre Spanien und veröffentlicht hierüber ein interessantes Buch, „Nacht über Spanien".
1939 flieht er in letzter Minute nach Frankreich, wird später interniert und flieht erneut vor den heranrückenden deutschen Truppen. Er kann nach Mexiko entkommen, wo er sich niederläßt. In der Folge bereist er in verschiedenen Etappen ganz Lateinamerika, hauptsächlich als Referent für Arbeiterbildung. Nach dem Kriege setzt er diese Reisen fort, die ihn u.a. nach Israel und Cuba führen, wo er mit einem seiner jungen Hörer über die Revolution streitet: Fidel Castro. Nach der kubanischen Revolution besucht er die Insel erneut, wird wegen seiner Kritik jedoch ausgewiesen.
Schon in fortgeschrittenem Alter erhält er einen gewerkschaftlichen Bildungsauftrag für das Internationale Arbeitsamt in Genf, der ihn in den 50er und 60er Jahren u. a. nach Äthiopien und Madagaskar führt. Anfang der 60er Jahre läßt er sich als freier Schriftsteller in München nieder und gibt etliche Bücher neu heraus. Seine Reise- und Vortragstätigkeit hat er bis zuletzt nie abgebrochen, sie führten ihn in den letzten Jahren erneut nach Portugal, Spanien, Israel, USA, Mexiko, Schweden, Österreich und Rumänien. Zahlreiche Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsinterviews haben ihn als einen engagierten Sprecher des Anarchismus, wie er ihn verstand, weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt gemacht.

überall das A im Kreis. Das bedeutet nicht nur Anarchismus. Es gibt heute überall, in allen Städten autonome Bewegungen. Auch unter den Studenten. Das wäre früher unmöglich gewesen! Oder zum Beispiel überall die autonomen Stadtzeitungen! Das ist überall ein freiheitlicher Geist. Diese Menschen sind darauf eingestellt, das, was früher durch das Gesetz gemacht und geregelt wurde, jetzt selber zu machen. Es gibt freilich keine anarchistischen Föderationen in nationalem Rahmen mit hunderttausenden von Mitgliedern, auch nicht in Frankreich oder Spanien, wie früher. Aber dafür gibt es viele selbständige Gruppen und Organisationen die es früher nicht gegeben hat.

– Siehst Du in dieser Vielfalt eine Bereicherung?

– Ja, natürlich. Und daß die Menschen so sind, ist der allgemeinen Entwicklung zu verdanken. Ein Beispiel: Früher war der Krieg hauptsächlich eine Angelegenheit zwischen Armeen die sich bekämpften und die Zivilbevölkerung war relativ geschützt in ihren Mauern. Und damals gab es nur den Pazifismus der bürgerlichen Elemente und den Antimilitarismus in der Arbeiterbewegung. Heute ist es umgekehrt: der Krieg bedroht die Zivilbevölkerung mehr als die Armeen, die Zivilisten sind die Geiseln. Und heute sind in der Friedensbewegung Elemente, die früher nicht daran gedacht hätten, sich an so einer Bewegung zu beteiligen. Nicht mehr nur die Jugend. Die Idee des Friedens hat also Fortschritte gemacht.

„Jetzt sind wir sicher nicht in einem revolutionären Klima!"

– Deine Kritiker werfen Dir vor, daß Du Dich in dieser Sichtweise nicht von den Sozialdemokraten unterscheidest, die auch alles positiv interpretieren und die Tendenz stehe auf Besserung. Bist Du ein „reformistischer Anarchist"?

– Ich kann über die Zukunft nichts sagen aber ich kann etwas sagen über die Vergangenheit. Es waren die Anarchisten, die im vorigen Jahrhundert für den 8-Stunden-Tag gekämpft haben. Wofür sie da damals kämpften, war ja an sich nicht der Anarchismus, sie wollten zunächst den 8-Stunden-Tag verwirklichen. Man kann von Parson, Fisher, Engel usw. nicht sagen, sie seien keine Anarchisten gewesen weil sie sich für den 8-Stunden-Tag einsetzten! Später wird es dann vielleicht einmal Gesetz werden, aber das ist nicht, was die Anarchisten fordern, sondern erstmal die Verwirklichung. So war es auch während der spanischen Revolution: wir haben zunächst die Kollektivierung eingeführt, später kam dann das Dekret. Aber: wir Anarchisten waren ja nicht die Einzigen und werden auch nie die Einzigen sein. Der Fortschritt vollzieht sich ja nicht so, daß alle Forderungen für eine 100%ige Freiheit und die absolute ökonomische Gleichheit mit einer Revolution vollzogen werden. So geht der Fortschritt nicht. Wie ich schon sagte: Elisée Reclus schreibt, daß auch die Evolution ein Fortschritt ist und Anarchisten sind nicht nur Revolutionäre sondern auch Evolutionäre. Und es ist nicht schwer zu beweisen, daß der evolutionäre Fortschritt ohne Gewaltanwendung stabiler ist und sich länger hält und weniger zu fürchten hat, rückgängig gemacht zu werden als der Fortschritt durch eine Revolution. Deshalb: man kann sagen was man will, ich bleibe dabei – ich bin sowohl für den Fortschritt auf friedlichem Wege, wenn es so möglich ist, tant mieux... aber wenn es nicht möglich ist, dann bin ich für die Revolution. Aber, und das ist wichtig: Jetzt sind wir sicher nicht in einem revolutionären Klima. Die Ereignisse in Polen zeigen uns, daß es in Zukunft in Rußland zu einer revolutionären Veränderung kommen kann, vielleicht aber erst im nächsten Jahrhundert.

Das Wasser kocht, eine Unterbrechung. Ich brühe neuen Kaffee auf, Augustin ist vom vielen Reden durstig. Er plaudert mit meiner Freundin über ihren Beruf. Krankenschwester. Hospitäler kann Augustin nicht leiden, sie machen ihn krank. Ich überlege und mir fällt auf, daß ich mich von meinem eigentlichen Vorhaben, den „Privatmenschen" Augustin Souchy zu erkunden, habe abbringen lassen. Mit Augustin n i c h t über Politik zu reden ist schwer.

– Deine Memoiren lesen sich wie ein spannender Roman. Es ist immer irgendwas passiert in Deinem Leben. Hast Du auch einmal Ruhe gehabt, Muße?

– Nein, eigentlich nicht und das habe ich auch nicht gesucht. Wenn ich Muße habe erscheint mir das Leben überflüssig. Ich habe immer versucht, auch wenn die Situation nicht günstig war, mich zu betätigen. Wenn ich etwas tun kann, bin ich innerlich mit mir einig, sonst nicht. Ich habe z.B. heute noch so viele Angebote für Vorträge – alle kann ich nicht annehmen, aber ich mach's trotzdem, soviel wie's geht weil ich dann sehe, da erfülle ich meine Ideen.

– Man hat Dein Leben umschrieben mit den Worten „Ein Leben für die Freiheit". Ist Dein „Privat"-Leben dabei zu kurz gekommen? Man liest in Deinen Memoiren nichts über Frau, Kinder, Liebschaften...

– ...nun, das war ja ein politisches Buch...

– ...richtig. Darum frage ich jetzt mal danach.

– Naja... so Ende der 20er Jahre, 1926 oder 28, ich war schon über 30, habe ich mich verheiratet. Das heißt: nicht gesetzlich, natürlich. Gesetzlich geheiratet haben wir erst als der Krieg ausbrach, aus praktischen Gründen. Als Deutscher wäre ich sonst ausgeliefert worden an die Nazis. Ich lebte damals zusammen mit meiner Frau in Paris. Wir bekamen einen Sohn damals. Ich war dann in einem Internierungslager bis die deutschen Truppen kamen, dann konnte ich fliehen. Ich schrieb das in meinen Memoiren. Frankreich war ja damals...

Und schon ist Augustin wieder in festen Erzählbahnen. Sein bewegtes Leben verleitet ihn nachgerade dazu, immer wieder die vertrauten Erlebnisse zu schildern, politische Analysen einzuflechten und es bewahrt ihn davor, allzu menschliches zu erzählen. Mich interessieren aber mehr die banalen Alltagsabläufe, seine Gefühle, seine Ängste, die Menschen die er kennenlernte. Die „großen Geschichten" sind bekannt, ein jeder kann sie nachlesen. Ich bleibe hartnäckig...

– Wie hast Du Deine Frau kennengelernt? Wie muß man sich überhaupt eine Beziehung zwischen einem so beschäftigten Berufsrevolutionär und einer Frau vorstellen?

– Meine Frau ist die Tochter eines Pariser Gewerkschaftsführers. Sie lebt übrigens noch, auch mein Sohn, beide in Paris. Ich habe auch noch Kontakt zu beiden. Aber mein Sohn ist Astrologe oder sowas, er verkauft Horoskope. Naja... Wie gesagt: durch den Krieg mußte ich fliehen nach Mexiko, und so haben wir uns eben entfremdet...

– ...mal indiskret gefragt: War es eine Liebesbeziehung?

– Ja, regelrecht – – Wir waren natürlich nicht verheiratet. Erst als der Krieg ausbrach haben wir uns verheiratet. Es war ein Gesetz gemacht worden, daß Ausländer aus Feindesland nicht ausgewiesen wurden, wenn sie mit einer Französin verheiratet waren.

– Wie war denn so Dein Alltag mit Frau und Familie?

– Wie jede Familie, wie jeder Haushalt.

– Aber Du warst doch ein sehr aktiver politischer Mann damals...



– ...Naja, sie war ja auch für die Bewegung!

– Was hast Du damals in Paris gemacht?

– Na, ich habe geschrieben. Ich war Korrespondent diverser anarchistischer Zeitungen und habe auch Vorträge gehalten und so weiter.

FAUD intim

– Deine Arbeit war also hauptsächlich Organisation und Schreiben.

– Ja, und auch sprechen. Das war folgendermaßen: Nach meiner Rückkehr aus Skandinavien nach Ende des 1. Weltkrieges kam ich wieder nach Berlin. In Rußland war die Revolution ausgebrochen und Lenin versuchte, eine Internationale zu gründen aber damals waren die Kommunisten noch in den Anfängen und schwach; kleiner als wir, die wir die FAUD (Freie Arbeiter Union Deutschlands) gegründet hatten. Darum rief Lenin auch die revolutionären Gewerkschaften auf, nach Moskau zu kommen und an dem Gründungskongreß 1919 teilzunehmen. Die FAUD beschloß, einen Delegierten zu entsenden und das war ich. Da war ich 1920 in Rußland. Ich schrieb damals das erste Buch über die russische Revolution, das die Revolution gegen den Zarismus bejahte aber die neue Diktatur verneinte.

Jedenfalls wurde die rote Gewerkschaftsin-

Redigieren und Korrigieren einer Wochenzeitung mit literarischen und anderen Beilagen...
– Ja, da war noch ein anderer...

„Landauer war nicht leicht zugänglich"

– Du verstehst Dich als Schüler Gustav Landauers. Wie hast Du ihn als Mensch erlebt?
– Ich habe ihn ja oft gesehen, auch in seiner Wohnung in Berlin. Ich war damals 22 Jahre alt, er schon über 40. In Berlin war eine Versammlung, da sprachen Klara Zetkin und Gustav Landauer zu den Wahlen. Ich ging hin und habe mir beide angehört – Landauer gefiel mir besser. Ich erkundigte mich nach der Adresse der Gruppe und ging in das Büro in der Wrangelstraße. Da war Max Müller, der hat die Zeitung „Der Sozialist" mit der Hand gesetzt, er war Schriftsetzer. Aber wir hatten keine Druckerei. Es gab einen Drucker, der sie uns billig druckte. Dann hatten wir alle Wochen Sitzungen und da kam auch immer Landauer hin und dort habe ich ihn näher kennengelernt. Ich war damals einer der Jüngsten und ging dann zu ihm hinaus wo er wohnte und brachte Manuskripte oder holte etwas ab und wir haben über Artikel und Probleme debattiert.
– Wie würdest Du ihn als Mensch beschreiben; war er ein abgeschotteter Philosoph oder eher leicht zugänglich?
– Nein, nicht so leicht zugänglich. Zum Beispiel mit ihm und auch mit dem Setzer waren wir immer per „Sie" und zu den anderen sagte man „Du". Er war ein Intellektueller, auch ein Philosoph. Er entwickelte seine eigene sozialistische Philosophie.

Augustin erhebt sich, geht zu seinem Bücherschrank und zieht die gebundene Sammlung des „Sozialist" heraus. Nach einigem Suchen findet er eine kleine Broschüre gegen den Krieg, die Landauer vor dem 1. Weltkrieg in Massenauflage verbreiten wollte, was jedoch verboten wurde. Augustin erzählt, das Tonband ist abgestellt. Dann sucht er nach einer Broschüre die er seinem Sohn vererben wollte, findet sie aber nicht. Sein Sohn... Als Augustin nach Mexiko emigrierte war sein Sohn schon 23 Jahre alt. Nur einmal erwähnt er ihn in seinen Memoiren: als er in den Zwanzigern in Berlin eines Tages nach Hause kam und einen fremden Spanier im Wohnzimmer vorfand, der den Sprößling auf den Knien hielt und ihm revolutionäre Lieder vorsang. Das war Durruti. Augustins Kind spielt hier auch nur die Rolle einer Überleitung zu einem anderen politischen Thema. Was war Augustin für ein Mensch, wie war er als Vater und Ehemann? Ist es ihm wirklich so unwichtig oder mag er nur nicht darüber reden? Leidet er darunter, daß er sich so wenig um seine Familie kümmern konnte, daß er sich ihr „entfremdete" wie er sagt?

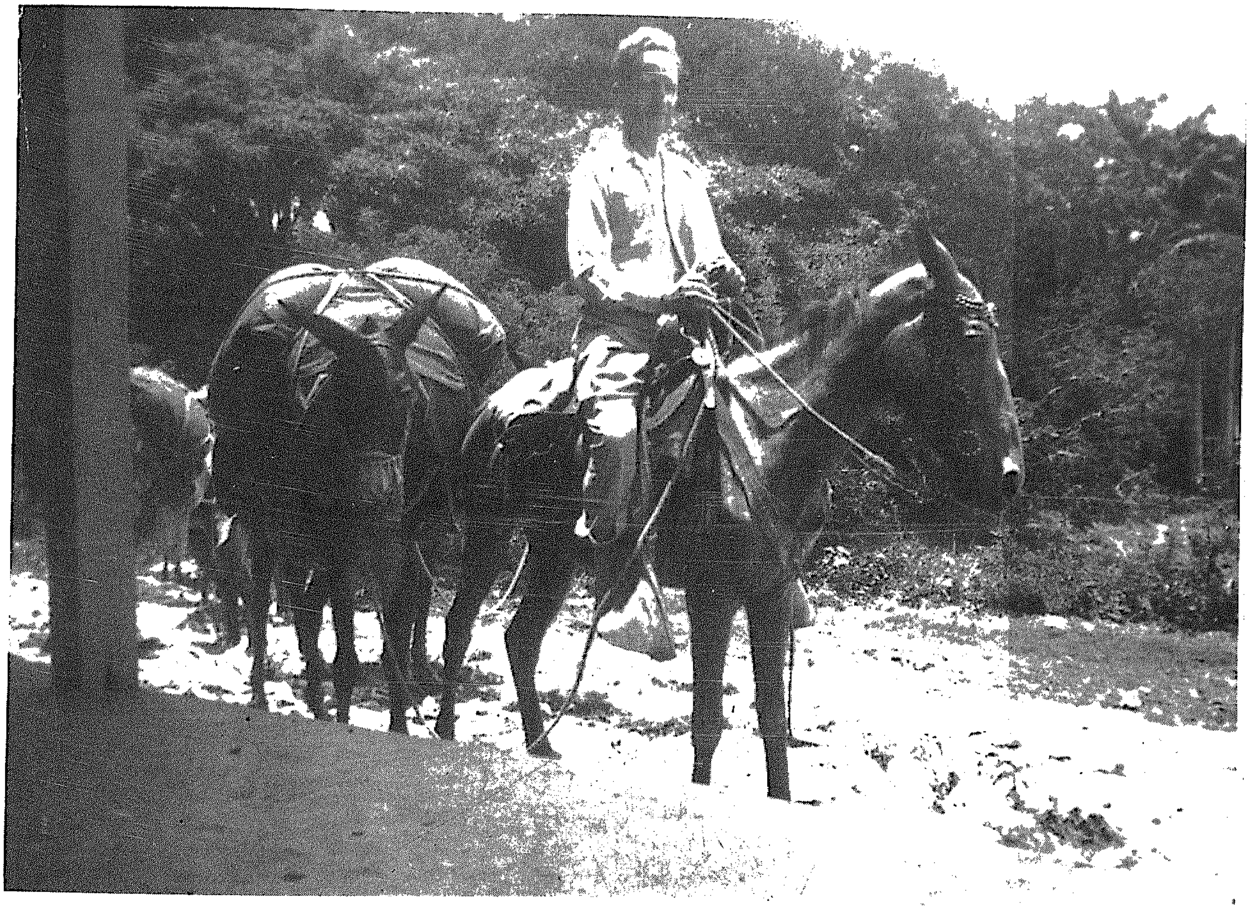


ternationale 1 Jahr später gegründet, aber ich setzte mich dafür ein, daß die Anarchosyndikalisten sich nicht beteiligen und stattdessen ihre eigene Internationale gründen sollten. Dies geschah auch und ich wurde Sekretär, der die Arbeiten machen sollte und Rocker sowie Schapiro.
– Was waren das für Menschen? Wie waren Eure Beziehungen, die Arbeitsabläufe...
– ...Naja das war, wie die Menschen im Allgemeinen so sind. Schapiro war Russe, aus der Ukraine gebürtig. Er kam aus London, wo er während des 1. Weltkrieges so quasi der Sekretär Kropotkins gewesen war. Er war speziell für die slawischen Länder zuständig und Rocker mehr allgemein. Und wenn Sitzungen waren und er kam dann – er war ja der Ältere – wurde er allgemein als der Sekretär der IAA (Internationale Arbeiter-Assoziation) angesehen. Aber die Arbeiten habe ich machen müssen.
– Wie muß ich mir das vorstellen: warst Du der einzige, der die Schreibarbeiten erledigt hat oder hattet Ihr noch Hilfskräfte?
– Nein, ich war der einzige. Aber da ich gleichzeitig auch noch die Redaktion des „Syndikalist" (Wochenzeitung der FAUD) hatte, konnte ich nicht alles machen und nach einigen Jahren kam Orobón Fernández und hat die spanische Abteilung gemacht und dann kam auch noch Diego Abad de Santillán, der die Tochter von Fritz Kater heiratete, dem Verlagsleiter des „Syndikalist". Ich war also praktisch der Sekretär. Ich wurde auch bezahlt und zwar mit dem Maurerlohn, den auch die beim „Syndikalist" hatten, keinen Pfennig mehr oder weniger. Während Rocker und Schapiro, Fernández und die anderen nicht bezahlt wurden.
– Du warst also der einzige bezahlte Sekretär einer Organisation von zeitweise 100.000 Mitgliedern. Wieviele Stunden hast Du so am Tag gearbeitet?
– Sooft es nötig war, ich hatte keine geregelten Stunden, keinen Achtstundentag. Ich arbeitete immer so lange, bis alles geordnet war. Eine Zeitlang hatten wir Schwierigkeiten mit den Büros. Ich hatte damals eine 3-Zimmer-Wohnung in Berlin und ein Zimmer war dann das Büro.
– Der „Syndikalist" hatte kein eigenes Lokal?
– Der „Syndikalist" hatte ein eigenes Lokal im Anschluß an den Laden, da hatten wir eine Buchhandlung und da waren zwei Zimmer hinter dem Laden, da hatte die Zeitung die Redaktion.
– Da müssen aber doch mehr Leute an der Zeitung mitgearbeitet haben. Allein schon das

Wenige Wochen später lerne ich Jean Souchy, den Sohn, kennen. Es ist ein trauriger Anlaß: die Erbschaft Augustins muß geordnet werden. Jean ist ein vitaler Chaot, spritzig und nervös, wirkt 20 Jahre jünger als er ist. Er hat wirre Ideen im Kopf von außerirdischen Wesen die vor Urzeiten unsere Erde befruchteten und betreibt archäologische Studien. Darüber schreibt er Bücher. Die Ähnlichkeit mit Augustin ist also nicht nur äußerlich... und auf seinen Vater läßt er nichts kommen: „Mein Vater war ein hervorragender Mensch. Er hat mir alles gegeben und gezeigt und mich viel gelehrt. Ich habe ihm viel zu verdanken..."

Der Dritte Kaffe kocht. Das Tonband läuft wieder.

– Was würdest Du eigentlich als Deine Heimat bezeichnen? Bist du irgendwo zu Hause?
– Mexiko würde mir landschaftlich wohl am besten gefallen.



– Warum bist Du dann überhaupt nach Deutschland zurückgekehrt? Du hast hier doch viel Schlimmes erlebt und die Welt stand Dir offen.

– Naja, ich kam nach Deutschland ja schon vorher zurück bevor ich mich wieder hier niederließ und hier konnte ich meine Tätigkeit mehr entfalten. Nicht so in Lateinamerika. Ich hatte ja für die Gewerkschaften viel zu lange gearbeitet.

– Hatten Du und Deine Vorkriegsgenossen nach dem Kriege eigentlich keine Pläne, die alte IAA wieder zum Leben zu erwecken?

– Nein, damit haben wir uns nicht beschäftigt, aber die IAA wurde ja später wieder ins Leben gerufen. Allerdings, zunächst war da ja Müller-Lehning, nach 1933. Als ich in Berlin rausmußte wurde das Sekretariat nach Holland verlegt und der einzige Mann der in Holland dafür zuständig und fähig war, war Artur Müller-Lehning. Also wurde er Sekretär. Und ich blieb in Paris. Er hat dann die Beziehungen mit Schweden, das auch neutral bleib, gehalten und natürlich mit Spanien. Man hat das Sekretariat auch zeitweilig nach Spanien verlegt aber das klappte nicht und so ging es dann wieder nach Holland zurück. Ich war dann schon in Mexiko. Und nach dem Kriege war zum Beispiel die mexikanische Sektion in einer schwierigen Lage und trat der neuen IAA nicht mehr bei.

Aber die alten Leute der IAA die ich von vorher kannte, die kannten mich noch und ich sie und wir hielten Kontakt und betätigten uns...

...und Augustin erzählt, wie ihn der mexikanische Anarchist Flores Magon mit revolutionären Generälen und Gewerkschaftern bekannt machte und ihn einlud, übers Land zu ziehen und Vorträge zu halten. Und so kommt es, daß Augustin Souchy als Anarchist und Bildungsbeauftragter vor Soldaten und Tagelöhnern, vor späteren Gouverneuren und Indios über die spanische Revolution, die europäischen Volkshochschulen und die Befreiung der Menschheit vom Joch der Unterdrückung reden darf...

Ich denke an die Fotos aus jener Zeit und versuche erneut, mit den Menschen Souchy plastisch vorzustellen. Ich kenne ihn nur als alten Mann, denke aber an die Bilder, wo er mit Strohhut und Machete auf dem Maulesel durch den Busch reitet, mit Pfeil und Bogen bei den Indianern Fische schießt, auf einer Fete das Tanzbein schwingt...

– Was hat der „Mensch" Souchy außer schreiben, Vorträgen, Sprachen, Reisen und Politik noch für Hobbys?

„Dumme Liebeslieder haben mich nie interessiert."

– Zum Beispiel Musik, aber da bin ich sehr selektiv. Am meisten gefallen mir Mozart und Beethoven. Dumme Liebeslieder und so weiter haben mich nie interessiert. Außerdem war ich ein sehr guter Turner. Ich stieg auf einen Tisch, machte einen Salto Mortale und stand auf der Erde. Auf den Händen zu laufen war eine Leichtigkeit für mich. Noch in den 50er Jahren während meiner ersten Reise nach Israel, bin ich auf den Händen durch einen Kibuzz gelaufen. Die Genossen sagten, laß das doch, Du wirst Dich verletzen. Hab ich aber nicht. Handstand gegen die Wand habe ich noch bis letztes Jahr gemacht, als ich mir in Stockholm den Arm brach. Ich habe jetzt immer noch Schmerzen, aber wenn die Schmerzen ganz aufhören, werde ich es wieder versuchen. Für Sport war ich immer. Nicht für Fußball, das hat mich nicht interessiert. Theater habe ich auch gern, aber auch nicht alles. Heute mit meinen Augen sowieso nicht mehr, aber es gab Theaterstücke die mir gefielen.

– Du orientierst Dich mehr an der Klassik?

– Ja.

– Ich habe Dir viele Fragen gestellt. Willst Du jetzt mal zur Abwechslung eine stellen oder noch etwas Abschließendes bemerken?

– Abschließend möchte ich noch folgendes sagen: daß das Ideal des Anarchismus nicht eine Gesellschaftsordnung sein wird, die sich auf ein ganzes Land in der gleichen Weise bezieht. Es wird ähnlich sein wie in Spanien in den Colectividades oder in Israel in den Kibuzzim: wer freiwillig mitmachen will, der ist bei der Gründung einer solchen Gesellschaft willkommen. Damals, in Spanien, da war der Anarchismus variabel, in jedem Dorf verschieden, aber es war doch ein Ganzes...

– ...darin liegt ja auch eine Stärke des Anarchismus...

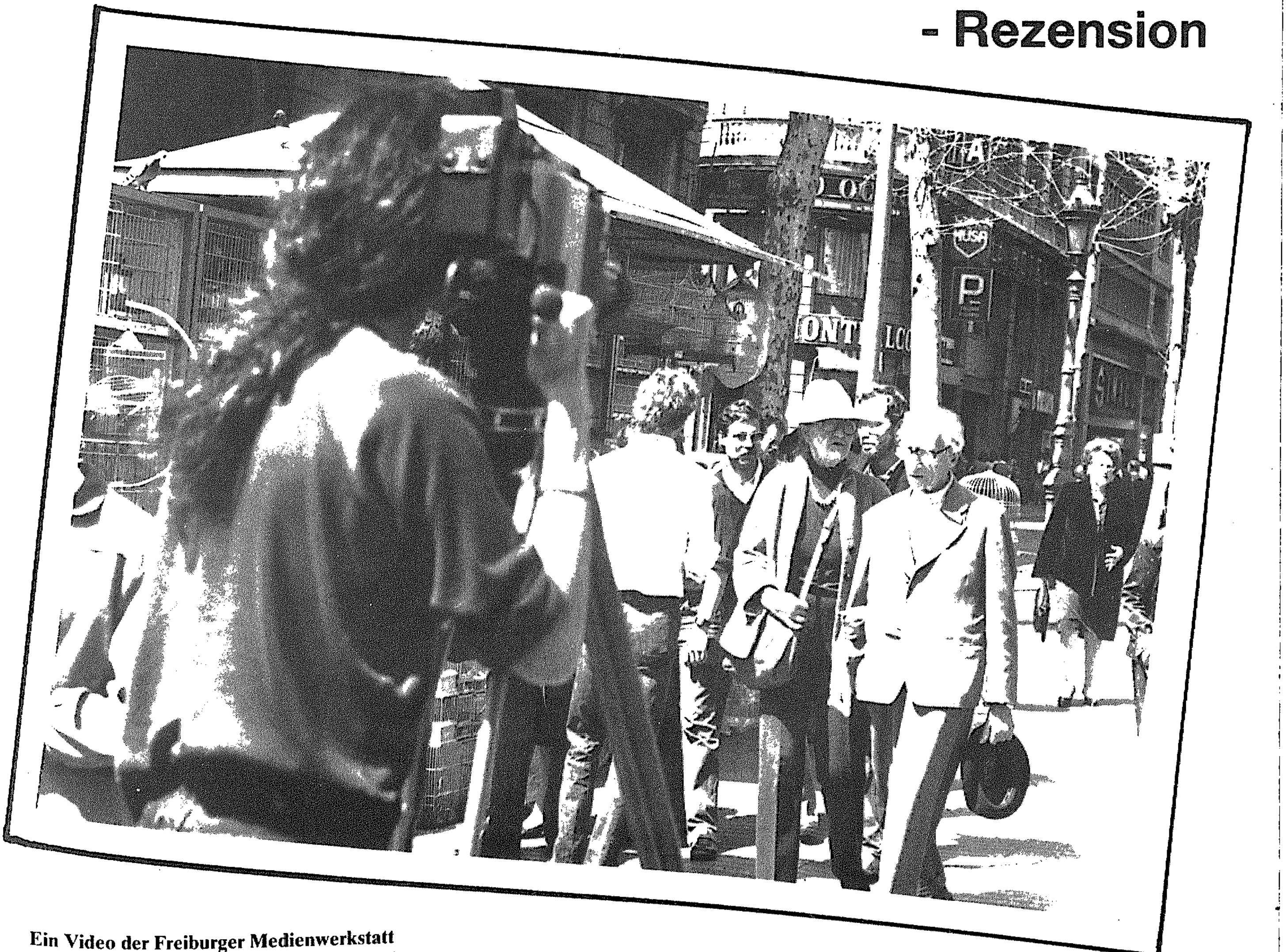
– ...ja, eben!

* * *

Horst Stowasser
Anarch. Dokumentationszentrum (adz), Wetzlar

Die lange Hoffnung

- Rezension



Ein Video der Freiburger Medienwerkstatt

Am 14.3.1984 um 22.40 Uhr waren sie im ZDF zu sehen: Clara Thalmann und Augustin Souchy auf einer Reise in Spanien, dem Land des Bürgerkriegs von 1936-39; auf einer Reise im Frühsommer 1983 an die Orte, wo sie damals in den Reihen der spanischen Anarchisten für ihre Hoffnung auf gesellschaftliche Befreiung durch die soziale Revolution kämpften und dann im Kampf gegen Stalinisten und schließlich Francos Faschisten unterlagen; – begleitet von einem Filmkollektiv der Medienwerkstatt Freiburg.

Wir konnten die zwei alten Leute dabei beobachten, wie sie spanische Orte auf der Suche nach Spuren von damals durchreisten; Orte, in denen die Landarbeiter die Grundbesitzer vertrieben hatten und das Land gemeinsam in Kollektiven bebauten; Orte, in denen sogar das Geld abgeschafft wurde und die Lebensmittel und anderen Gebrauchsgüter über Gutscheine verteilt wurden; wo alle Teilnahme freiwillig war – wer lieber alleine wirtschaftete, konnte das weiterhin – aber gemeinsam *»machte es mehr Spaß«*, erzählt Clara schmunzelnd; wo keine Zentralstellen die Befriedigung der Bedürfnisse überwachten, und sich die Landarbeiterfrauen vom zum ersten Mal erlebten Überfluß an Schuhen über Jahre hinaus eindecken konnten, ohne Angst, daß es ihnen wieder genommen würde. Orte aber auch, an denen die Front verlief, wo geschossen wurde, und schließlich solche, an denen sich die, die nicht fliehen konnten oder wollten, lange Jahre verstecken mußten, bis sie dann doch verpfiffen und entdeckt wurden, gefangen genommen und gefoltert wurden; Orte, an denen die Genossen noch heute nur hinter vorgehaltener Hand zu reden wagen.

Was sie an Spuren finden, ist kaum sichtbar; nur weniges entspricht den Erwartungen an Vorzeigbares. Die Spuren, die sie finden, die Menschen, die noch aus eigener Erfahrung berichten können, sind mehr Zeugen der Unterdrückung ihrer Geschichte als der Geschichte selbst.

Die Geschichte lebt im Film in den erzählenden Personen auf, in den Gesprächen zwischen ihnen. Sie existiert *in* ihnen, in ihrer Erinnerung – und in den Film-, Bild- und Tonbandaufnahmen der CNT-Archive. Der Film kann daher nur (und tut darin recht) diesen beiden alten Menschen zuhören, sie bei ihren Erinnerungen begleiten, die an Ort und Stelle plastischer werden, als hätten sie dasselbe hier in irgendeinem Interview oder Vortrag geäußert.

Clara Thalmann, die in der Kolonne Durruti kämpfte, *»weil ich ja schließlich schießen konnte«* und Augustin Souchy, der von den Nazis ausgebürgert, *»als Spanier unter Spaniern«* in Barcelona für die CNT arbeitete und die soziale Revolution, die spontan überall in Katalonien stattfand, aufmerksam verfolgte – entspricht das, was sich dort ereignete, doch seinen eigenen Vorstellungen von einer selbstverwalteten, befreiten Gesellschaft. Diese soziale Revolution und ihre Erstickung durch Stalinisten auf der einen Seite und Großgrundbesitz, Kapital und Kirche auf der anderen, die sich hinter Franco verschanzten, ist das eigentliche Thema des Films – auch wenn davon wenig sichtbar wird.

Aber der Eindruck von der damaligen Befreiung, von der plötzlichen Bewegung in der spanischen Gesellschaft, lebt doch im Film auf: in den Augen der beiden Alten, ihrer trotz körperlicher und altersbedingter Schwächen funkelnder Vitalität; in den begeisterten, tanzenden Menschenszenen der eingearbeiteten Filmdokumente. Der Enthusiasmus des Aufbruchs in eine bessere Zukunft ist plastisch erfahrbar.

Umso ernüchternder die Menschen und Bilder von heute – gezeichnet von 40 Jahren Repression. Sicher gibt es auch die Jungen, Imma Montrey – die Dolmetscherin ist nur ein Beispiel, – Aufnahmen von der 1.Maidemonstration in Barcelona zeigen sie. Aber die soziale Revolution ist nicht ihre Geschichte. Im Spanien des Felipe Gonzales stehen andere Themen auf der Tagesordnung. Und für die CNT-Führer der Tischrunde im Film ist die Erfahrung von Haft und Folter in Francos Gefängnissen noch immer lebendig. Die Repression hat die heutige CNT geprägt: die Grabenkämpfe zwischen den verschiedenen Flügeln sind Ausdruck dessen, daß unterschiedliche historische Erfahrung, verschiedene persönliche und soziale Ausgangspunkte schwer vermittelbar aufeinanderprallen. Der Rezensent, der hier mehr erwartet, hat von der Realität des gegenwärtigen Spanien keine Ahnung.

Wer auf der anderen Seite bei dem Film Langeweile empfindet, ihn »langatmig« nennt, sollte einmal über seine eigenen Sehgewohnheiten – und über sein Verhältnis zu alten Menschen nachdenken. Wenn *„obi"* in der GRASWURZELREVOLUTION, Nr.83, S.25 schreibt, daß der 91jährige Augustin für dieses Filmunternehmen wohl doch schon zu alt gewesen sei, ist dies ein Ausdruck seiner eigenen fehlenden Geduld, sich auf alte Menschen einzulassen.

Die Filmgruppe der Freiburger Medienwerkstatt ging dagegen von der Prämisse aus *»daß wir Clara und Augustin nicht unseren Ansprüchen oder gar klischeehaften Erwartungen unterwerfen wollten, daß wir ihnen Raum lassen, uns bildnerisch an ihre Erzählbesonderheiten, d.h. den Erzählformen alter Menschen annähern. Dies bedeutet konkret: ihnen zuzuhören, und mit einer ruhigen Kamera zuzusehen, mit der dafür notwendigen Zeit und Geduld. Das wiederum heißt: Raum lassen, Dinge sich entwickeln lassen, Menschen ausreden, Menschen nachdenken lassen... Was damit intendiert war, ist, die Dinge zu zeigen, wie sie sind und nicht, wie wir sie sehen oder sehen wollen.«*

Wer stattdessen oberflächenhafte Perfektion erwartet und den Film als Agitationsmittel einsetzen möchte, wird natürlich enttäuscht sein. Augustin und Clara erscheinen so, wie sie sich geben, »ungeschminkt«, uneinheitlich und dadurch freundlich akzeptiert. Ihr eigensinnig geführter Dialog über die Rolle der Gewalt im Bürgerkrieg zeigt das nur zu deutlich.

Da beide einen völlig verschiedenen Gewaltbegriff haben – Clara den gängigen: Gewalt ist das Gegenteil von friedlichem Verhalten, – Augustin: Gewalt ist nicht gleich Gewalt, sondern nur dann eigentlich Gewalt, wenn sie im Kontext von Macht und Unterdrückung steht – können sie sich nicht einigen. Dieser Widerspruch wird vom Film nicht zugedeckt. Clara wendet sich mit resigniertem Schulterzucken von dem in ihren Augen unbelehrbaren, starrsinnigen Augustin ab.

Der Film ist also für alle die interessant, die sich für die beiden Personen interessieren – und zwar über ihre »Programme« in ihren Büchern hinaus. Er gibt Anlaß, den Bürgerkrieg aus der Perspektive des Alltags der Revolution heraus zu betrachten – einmal nicht aus dem Blickwinkel des heroischen Frontkämpfers der Interbrigaden. Er gibt Anlaß über die Rolle der Stalinisten bei der Zerschlagung der sozialen Revolution nachzudenken.

Friederike Kamann

Der Film ist auszuleihen über: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, 7800 Freiburg (Verleih: VHS, 50.-DM)

Augustins und Claras Bücher sind beim TROTZDEM-VERLAG, Obere Weibermarkstr.3, 7410 Reutlingen zu bekommen:

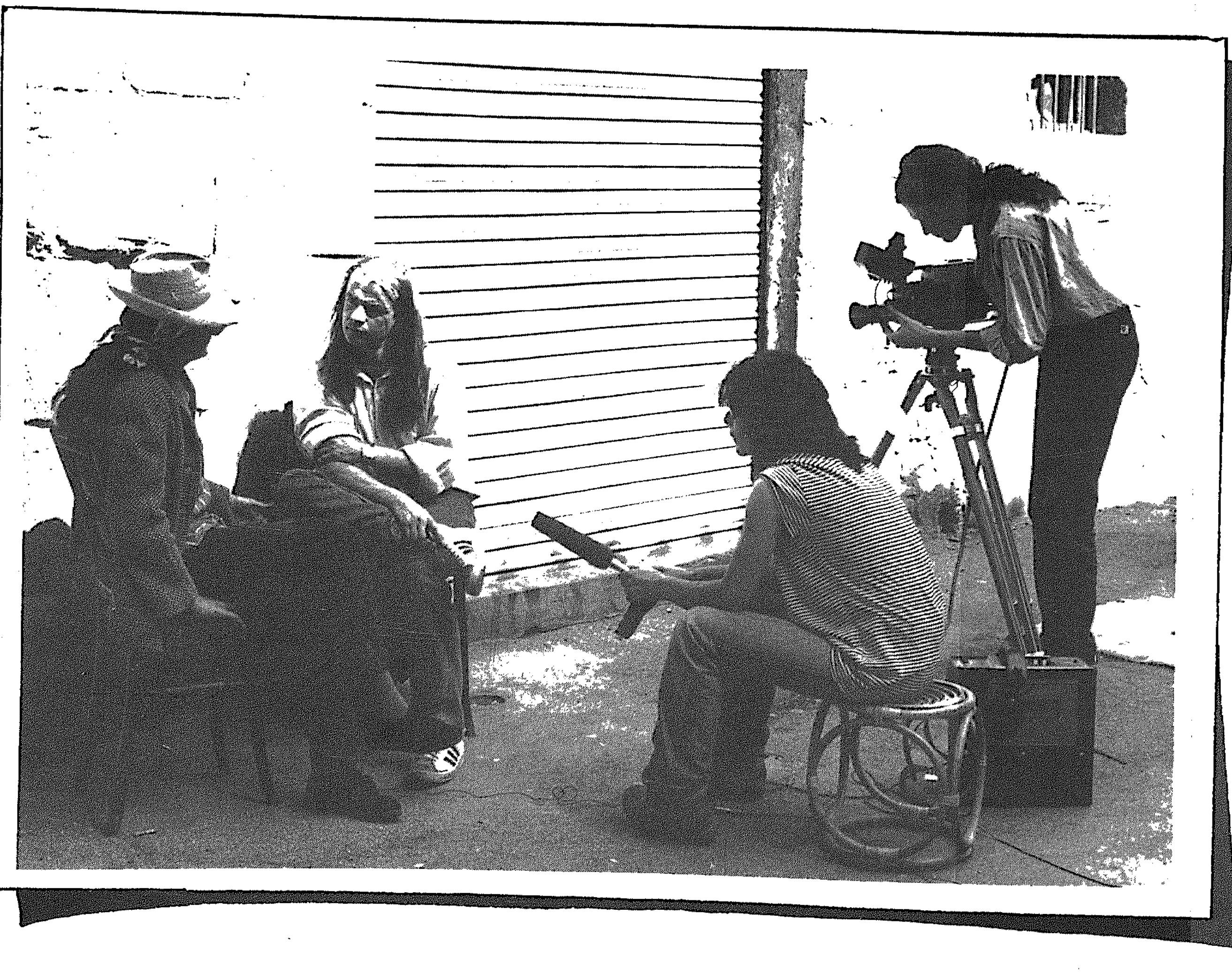
– Paul und Clara Thalmann: Revolution für die Freiheit, 20.- (Restauflage des Association-Verlag, danach soll mit Clara eine Neuauflage entstehen).

– Augustin Souchy: Nacht über Spanien, 16.-DM

– Augustin Souchy: Vorsicht Anarchist!, 17.-DM

– von Souchy erscheinen noch 1984: ★ Erich Mühsam (1936 auf spanisch, von Augustin überarbeitet und erstmals auf deutsch); ★ Reisen durch die Kibbuzim (eine von Augustin gekürzte Fassung seines Buches „El Nuevo Israel", ebenfalls erstmals auf deutsch – beide Überarbeitungen nahm er in den letzten Monaten '83 bis unmittelbar vor seinem Tod, am 1.1.84, vor.

– Die lange Hoffnung: die Medienwerkstatt Freiburg konnte eine Vielzahl ihres Interviewmaterials und Bildmaterials im Film nicht unterbringen; – da dieses Material nicht weniger interessant ist, bereiten zwei Medienwerkstatt'ler einen Photo-und Textband zur Reise vor, der aller Voraussicht nach noch zum Herbst erscheinen kann.



»Mein Gemüt brennt heiß wie Kohle«

von Wolfgang Haug

Sigurd Wendland



– die Berliner Vaganten-Bühne mit einer Erich Mühsam-Textcollage
– Rolf Kauffeldt's neues Mühsam Buch

Erich Mühsam wird erfreulicherweise zum Dauerthema bundesdeutscher Feuilletons, kultureller Radiosendungen und nun auch wieder von Theatern. Nach Klaus Haags »Manche mögen's Mühsam«, Alexander Lippings »War einmal ein Revoluzzer«, nach der »Brecht-Mühsam-Bande« der Longo Mai-Truppe und Lorenz/Märchens »Aus Dur wird Moll, aus haben Soll« jetzt also die Vagantenbühne in der Kantstraße unter der Regie von Doris Heiland. Auch wenn bei solchen Aufführungen bisweilen der Satiriker und Ironiker den politisch-radikalen Mühsam in den Hintergrund drängt, so scheint doch genügend von seiner Lebendigkeit durchzukommen, um sich über diese Wiederaufnahme in einen Spielplan zu freuen. Die Rocksängerin Else Nabu interpretierte den »Revoluzzer«, der kürzlich in der authentisch-unschlagbaren Interpretation von Augustin Souchy auch im ZDF zu hören war.

Mühsam hielt mit der Vagantenbühne als »Lübecker Dramatiker und widerborstiger Anarchist« Einzug in die »BERLINER MORGENPOST« (173 000 Auflage) und die »BZ« (308 000 Auflage). In der »BILD-Berlin« (152 800 Aufl.) blieb er allerdings lediglich ein »politischer Redner, der im KZ von der SS ermordet wurde« und in der »WAHRHEIT« (SEW-Organ) freute sich der Kulturteil eben über einen »sozialistischen Schriftsteller«. Auch trotz dieser noch immer vorhandenen Schwierigkeiten mit dem inzwischen wohl bekanntesten deutschen Anarchisten muß doch auffallen, wie sehr sich Mühsam bereits durchgesetzt hat: So schreibt Hellmut Kotschenreuther im »TAGESSPIEGEL«: *"Er war Kabarettist, Caféhausliterat und Dichter, vor allem aber war er Anarchist im eigentlichen Sinne des Wortes: allergisch gegen alles, was nach Autorität, Herrschaft und Gewalt roch ..."*; so Felix Erik Laue in der »WELT AM SONNTAG«: *"Daneben erscheinen Kästner und Tucholsky gleich eine Nummer kleiner, mindestens haben sie bei ihm gelernt. So eine treffsichere historisierende Formel wie 'Bismarxismus' soll einem erst einmal einfallen."*

40 Mühsam-Texte stellt Doris Heiland bis Ende April '84 vor und läßt dabei den Schauspieler Joachim Pukaß als Literat mitten in der satirischen Vergnüglichkeit auch über den Bismarxismus philosophieren.

Naturgemäß weniger auflagenstark als die bundesdeutsche Rechts-Presse bleiben die Buchveröffentlichungen: der Luchterhand-Verlag wagte von »Ich bin verdammt zu warten in einem Bürgergarten« (August 1983) immerhin jeweils 5000 Exemplare pro Band und eine 2. Auflage ist bereits in Sicht. Der Fink-Verlag getraute sich 3000 Exemplare von Rolf Kauffeldt's »Erich Mühsam« (November 1983), einer auf die Bohemezeit konzentrierten Biopgraphie, aufzulegen. (Zum 50. Todestag Mühsams legte der Guhl-Verlag im übrigen seine 'Mühsam-Kassette' ein zweites Mal auf; im Trotzdem-Verlag Reutlingen erscheint im Juni erstmals auf deutsch Augustin Souchys »Erich Mühsam – Ritter der Freiheit« von 1936 und auch Reclam bereitet für den Mai einen Gedichtauswahlband vor, den der Freiburger Jürgen Schiewe herausgibt.

Was noch fehlt – und das geht an die Adresse der DDR-Herausgeber Christlieb Hirte und Wolfgang Teichmann –, ist eine Edition von Mühsams Tagebüchern, die ungenutzt und für West'ler noch immer unzugänglich im Archiv der Akademie der Künste schlummern. Vielleicht sollten die Marmoranarchisten aus dem norditalienischen Carrara mal mit Devisen winken, – bekanntlich tut dies derzeit Wunder. Oder liegt's nur daran, daß noch niemand einen Ausreiseantrag für Mühsams Nachlaß gestellt hat?

Nachdem die Mehrzahl der Texte Mühsams greifbar scheint, beginnt nach und nach auch die geistige Auseinandersetzung mit Mühsams Anliegen. Rolf Kauffeldt's »Erich Mühsam – Literatur und Anarchie« beleuchtet Mühsams politisches und literarisches Schaffen zur Bohemezeit auf annähernd 400 Seiten, mit einem sehr ausführlichen Anmerkungsapparat. Interessant ist Kauffeldt's These von der frühromantischen Wurzel des Anarchismus; von der Antizipation des befreiten Menschen durch den Künstler.

In Mühsams Augen sind solche Künstler in seinen Freunden, den Berliner Bohemians Paul Scheerbart und Peter Hille, verkörpert. Aus dieser Einschätzung leitet Kauffeldt das für Mühsam so charakterisierende Kunstverständnis der »Tendenz-Poesie« bzw. der »Kunst als Waffe« ab. Mühsams Scheerbart-Rezeption würdigt dessen Methode mit utopischer Dichtung die reale Welt lächerlich zu machen, um deren Werte auszuhöhlen. Dieses Kapitel gehört zu den stärksten (und schönsten) im Buch von Rolf Kauffeldt und beleuchtet nicht nur eine wichtige Entwicklungsphase Mühsams, sondern macht auch neugierig auf Paul Scheerbarts groteske Romane.

Leider überträgt Kauffeldt anschließend die individualanarchistischen Züge der Beobachteten Hille und Scheerbart – bzw. der Stirner- und Nietzsche-Rezeption im Kreis der »Neuen Gemeinschaft« – auf den Beobachter Mühsam. Diese Überbetonung (ein Einfluß war zweifellos vorhanden) des individualanarchismus resultiert aus dem herkömmlichen Verständnis der Boheme, der in Geschichte und Literaturwissenschaft zumeist ausschließlich individualanarchistische Theorien und Verhaltensweisen zugeschrieben werden. Unterstützt wird diese einseitige Interpretation durch das Faktum, daß von Anarchisten wie Mühsam die Sozialdemokratie völlig abgelehnt wurde. Aus beiden "Beobachtungen" – entwurzelte gesellschaftskritische Individuen einerseits und einer ablehnenden Haltung gegenüber Massenparteien andererseits – wird unversehens ein Individualanarchismus konstruiert, der in dieser Form nur für ganz wenige Schriftsteller (z.B. Anselm Ruest, John Henry Mackay, Salamo Friedländer) zutraf.

Für Mühsam u.a. sind diese beiden Komponenten nicht aussagekräftig genug, um kategorisierende Schlußfolgerungen zuzulassen. Er wandte sich frühzeitig an alle politisch und sozial Unterdrückten; eine Position, die *abstrakt* immer die Massen, und gerade auch das Proletariat, miteinschloß. *Konkret* sah Mühsam jedoch ganz realistisch, daß der Großteil der deutschen Arbeiter von der Sozialdemokratie auf Ruhe- und Ordnungsparolen eingeschworen war und wenig Hoffnung auf radikale Veränderung ließ. Aus dieser Erkenntnis erklärt sich Mühsams satirische Spitze gegen die Sozialdemokratie, sein Enthusiasmus über die unbekümmerteren Italiener genauso, wie seine spätere Hinwendung zu der sich im 1.Weltkrieg radikalisierenden Arbeiterschaft. Man unterschiebt eine Entwicklung von Boheme zum Räterepublikaner, vom individuellen Rebellen zum anarchokommunistischen Revolutionär, die es in dieser vereindeutigten Form nicht gegeben hat. Mühsam hat sich zweifellos verändert, und er hat sich der sich verändernden Umwelt während und nach dem 1. Weltkrieg anzupassen gewußt. Seine Ironie wurde bisweilen Aggressivität, seine Wortgefechte (noch vor Gericht 1919) wurden zu mehr grundsätzlichen Gesellschaftsentwürfen; und so ist es kein Zufall, daß heiter fröhliche Stücke um Geldnot oder Freie Liebe am Anfang und die für den Nach-68er-Anarchismus so wichtig gewordene Schrift »Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat« am Ende seines Schaffens stehen. Trotzdem darf ruhig angenommen werden, daß sich seine Grundeinstellung nicht wesentlich verändert hat. Mühsam erklärt es selbst, wenn er Landauers Schrift »Von der Absonderung zur Gemeinschaft« als einschneidende Lektüre erwähnt. Gustav Landauer jedoch als Bohemian einzustufen, hieße seine Herkunft aus der SPD-Abspaltung der »JUNGEN«, seine Entwicklung zum Arbeiteranarchismus (Londoner Kongreß) und seine Tätigkeit als Herausgeber des »SOZIALIST« übergehen. Landauer stand nicht unter dem Einfluß der Boheme, sondern er beeinflußte seinerseits; er vor allem brachte um die Jahrhundertwende bis zum 1. Weltkrieg die theoretischen Entwürfe Proudhons und Kropotkins in die deutsche Linke, übersetzte die Originaltexte und beeinflußte sowohl den deutschen Arbeiteranarchismus wie den intellektuellen Anarchismus in Bohemekreisen. Die Trennung zwischen Boheme und Arbeiteranarchismus wird mit den Namen Stirner/Nietzsche und Bakunin umschrieben, weniger ausgeprägt bei Kauffeldt, umso mehr bei eher marxistisch orientierten Literaturwissenschaftlern, die zu Mühsam etwas veröffentlicht haben (z.B. Fähnders/Rector, Peter, Hirte usw.). Diese Trennung mag in groben Zügen richtig sein und für den erwähnten kleinen Kern von Nur-Schriftstellern zutreffen; andere hat sie nur tangiert. Sie wurden von dem weitergehenden Einfluß Kropotkins u.a. über Landauer – später auch von Emma Goldmann und Errico Malatesta geprägt. Ein Umstand, der bislang in allen Mühsam Darstellungen unbemerkt blieb, weil zu wenig von anarchistischer Theorie her geforscht wurde. Nachvollziehen läßt sich für Mühsam diese Entwicklung über seine Mitarbeiterschaft an anarchistischen Zeitschriften. So vertrat »DER ARME TEUFEL« in Berlin oder der »WECKRUF« in Zürich keinen Individualanarchismus. Nicht einmal Senna Hoy's »KAMPF« bei dem die Mehrzahl der Mitarbeiter aus der Berliner Boheme kamen (z.B. Else Lasker-Schüler, Franz Pfemfert, Peter Hille, Paul Scheerbart, Erich Mühsam oder Gustav Landauer), läßt sich auf diese Linie zurückführen. Dazu begeisterte sich der Herausgeber Hoy (d.i. Johannes Holzmann) viel zu sehr für die sozialen Bewegungen seiner Zeit (Ruhrgebietsstreiks, Propaganda für den Generalstreik, Enteignungsaktionen und Aufstände in Polen und Rußland). Hoy wie Mühsam, Landauer oder die Führer der AFD (Anarchistsche Föderation Deutschlands) besuchten vor dem 1. Weltkrieg auch regelmäßig die Veranstaltungen der SPD, oder Demonstrationen, um dort als Gegenredner aufzutreten. Diese Seite Mühsams kommt in fast allen bisherigen Darstellungen des frühen Mühsam zu kurz, weil das schon abgedroschene (dennoch sympathische) Bild vom Cafehausliteraten doch zu öffentlichkeitswirksam war und ist; – und weil er aus seinen frühen Schriften *allein*, nicht vollständig begriffen werden kann. Auch hier wieder die Frage nach den Tagebüchern, aber auch nach Polizeiberichten, die in Potsdam archiviert sind (– auch die von anderen deutschen Anarchisten übrigens!), damit das schiefe Forschungsbild durch Mühsams konkrete politische Tagesaktivitäten zurechtgerückt werden kann.

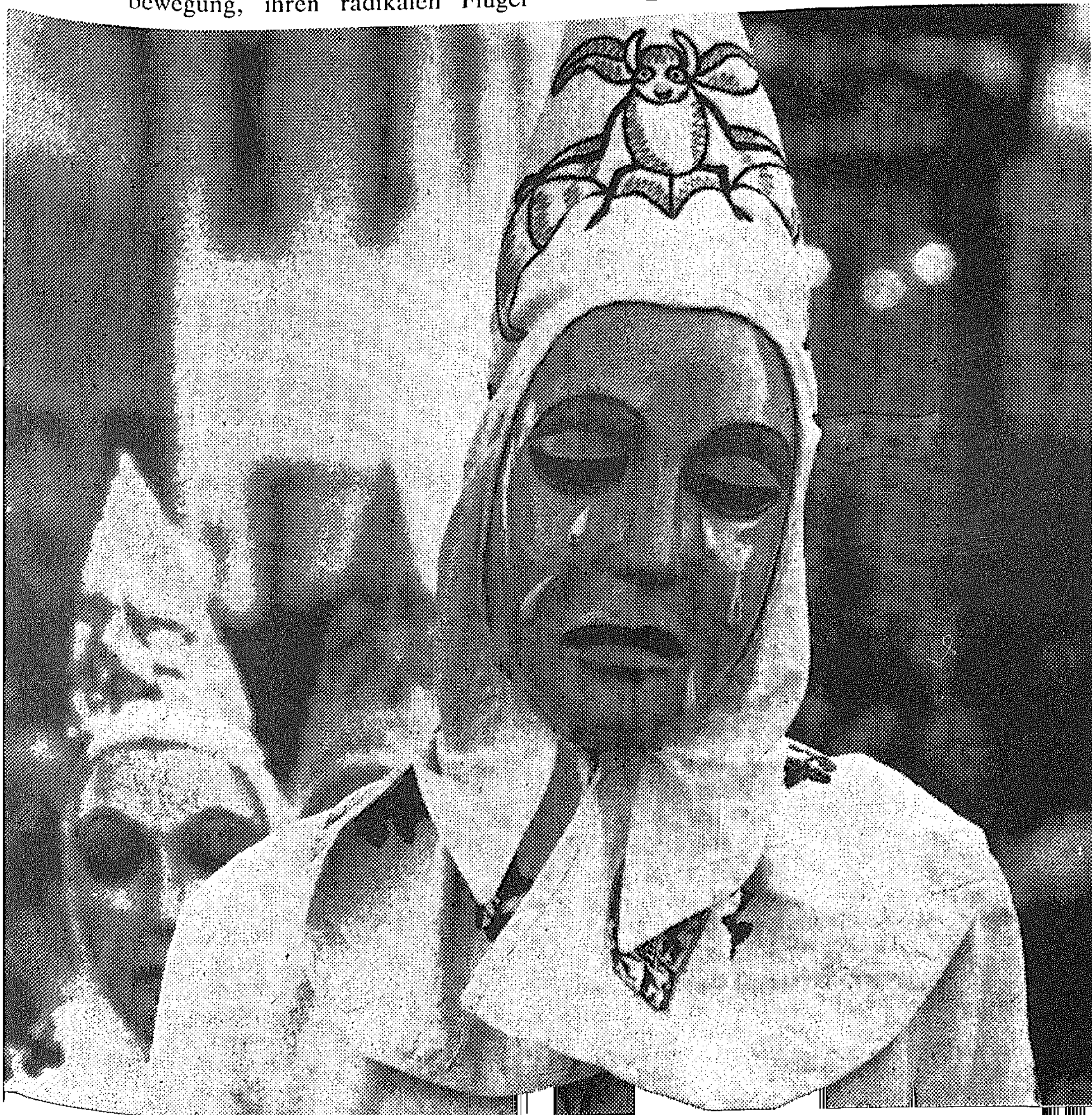
Kauffeldt hat diese Seite vernachlässigt, dafür aber mit seinem 4. Kapitel »Phantasie und Lebenslust – Zur Bedeutung der frühen literarischen Freundschaften zu Paul Scheerbart und Peter Hille und Mühsams Jean Paul-Rezeption« etwas grundlegend Neues unter den Mühsam-Veröffentlichungen herausgearbeitet und damit zweifellos *eine* Lücke gefüllt. Weitere Bearbeitung hätten die Freundschaften zu Johannes Nohl, Senna Hoy, Dr. Raphael Friedeberg, Hanns Heinz Evers, Margarete Beutler, Albert Weidner etc. verdient. Auch die Methode, stärker danach zu fragen, was Mühsam rezensiert und empfiehlt und wie dies mit seiner Auffassung von Tendenzkunst jeweils in Einklang steht, wurde vor Kauffeldt's Veröffentlichung bislang kaum genutzt. Er zeigt, wieviel Aufschluß sie geben kann und fordert zur Nachahmung heraus.

* Rolf Kauffeldt: Erich Mühsam; Fink utb, Nov. 83, 398S.;19,80 DM

von Helga Schmidt-Osthoff

Margit Twellmann
Die deutsche Frauenbewegung
Ihre Anfänge und erste Entwicklung
1843-1889
Athenäum Taschenbücher Kronberg
1976
246 S.

Die Bedeutung dieser Epoche der Frauenbewegung, beginnend mit der Entstehungsgeschichte der Frauenvereine in den vierziger Jahren, ihr soziales Wirken und ihrem Streben nach Bildung beispielsweise, läßt sich nicht so ohne weiteres mit den heutigen Verhältnisse verknüpfen. Die Autorin benennt selbst diese Schwierigkeit im Vorwort, wo sie ausführt, daß die meisten Quellen diesbezüglich nichts hergeben. Die Darstellung der inneren dynamischen Entwicklung fehlt also weitgehend, während ein methodisches Bearbeiten der fakten (z.B. zur Berufstätigkeit) unter dem Gesichtswinkel des jeweiligen Standortes beeindruckt. Von da aus muß heute auf das „Kraftfeld des Gesamtgeschehens" geschlossen werden. M. Twellmann stellt die bürgerliche Frauenbewegung, ihren radikalen Flügel ebenso wie die Reformistinnen, in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen und berücksichtigt die haltung der liberalen Parteien als einen Teil der Umwelt, die den Frauen elementare Rechte vorenthielt. Ursprünglich wollte sie die „Frauenemanzipation in Politik und Literatur der deutschen liberalen Parteien" untersuchen. Daraus ist ein Grundlagenwerk zur Geschichte der Frauenrechtlerinnen geworden. Die wichtigsten Zeitungsartikel und Schriften der Frauen aus dem gleichen Zeitraum sind in einem extra Quellenband zusammengestellt: M.Twellmann „Die deutsche Frauenbewegung. Quellen 1843–1889", Athenäum Taschenbücher. Im Literaturverzeichnis nennt sie alle Bücher aus der zeit, die in Frage kommen, einschließlich der Literatur aus Männerkreisen.
Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem weitergehenden Kampf der Frauen wird vielerorts in der Literatur möglich. Ihren weiteren Beitrag dazu hat Margit Twellmann geleistet, indem sie ein wichtiges Buch herausgegeben hat, die Memoiren von Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, „Erlebtes – Erschautes".





Emma Goldmann
Gelebtes Leben
Autobiographie in drei Bänden in der Reihe
Frauen in der Revolution
1142S.

„Keine Revolution kann jemals Befreiung bedeuten, solange die dazu benutzten Mittel nicht identisch sind mit den Zielen."
In der 2.Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es beeindruckende Frauenkampagnen.
1869 wurde Emma Goldmann in Rußland geboren. Sie rüttelte mit ihren radikalen Ideen, die Rechte der Frauen, den Anarchismus und soziale Veränderungen betreffend, an den Grundfesten der amerikanischen Gesellschaft. Was in der Folge zu einer Fußnote degradierte, wurde in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts von euro-amerikanischen Feministinnen wiederentdeckt und gedruckt. Der Karin Kramer Verlag hat sich in dieser Hinsicht sehr verdient gemacht. In Vergessenheit Geratenes soll nicht verebbt bleiben. Den Frauen des 19. Jahrhunderts gelang es, das Gesicht der Gesellschaft zu verändern. Jedoch besaßen sie nicht die Macht, diese Veränderung zu festigen, indem sie sicherstellten, daß das Erreichte zu einer fundamentalen Werteverschiebung führt. Eine solche Verschiebung der Werte hat Emma Goldmann ihr Leben lang angestrebt. Seit ihrem 13. Lebensjahr kannte sie die Fabrikarbeit und hatte Kontakt zu Petersburger Revolutionären. Auswanderung nach Amerika, als der Vater sie zu einer Ehe zwingen will. Dort erlebt sie die Konsequenz einer Entwicklung des Bewußtseins als Frau, Jüdin, Arbeiterin und Emigrantin. Ein Einfinden in die Ideen der Anarchisten fällt ihr leicht. Sie versucht nach dieser Devise auch zu leben, also „ohne Herrschaft", und agitiert kämpferisch in diesem Sinne. Naiv ist sie keineswegs: Die Mehrheit der Menschen, das sind die Ärmsten, müssen von den anarchistischen Ideen erfahren, sonst kann es nie zu einer Verwirklichung kommen. Logische Folge ihrer sehr erfolgreichen Tätigkeit ist das Gefängnis, das für sie zur Schule des Feminismus wird. Auf späteren Vortragsreisen greift sie immer wieder die Zwangsinstitution Ehe an und verteidigt die „freie Liebe". Für die Frauenfragen erhält sie wenig Unterstützung seitens ihrer Anarcho-Freunde. Ab 1900 beschäftigt sie sich mit der brisanten Frage der Schwangerschaftsverhütung und Geburtenkontrolle. Sie macht praktische Erfahrungen in Wien durch eine kurze Ausbildung zur Hebamme und durch die Arbeit als Krankenschwester in den New Yorker Slums. 1906 gründet sie eine Zeitschrift „Mother Earth", die 12 Jahre lang regelmäßig erscheint und viele Artikel zur Frauenfrage und gegen die aufkommende Kriegshetze veröffentlicht. So wird sie in der Folge verhaftet, interniert und zusammen mit Alexander Berkmann 1919 nach Rußland deportiert. Dort widmen sich die weltbekannten Anarchisten 2 Jahre lang ihren revolutionären Träumen, werden aber völlig ihrer Illusionen beraubt. Nach dem traumatischen Erleben von viel Angst, Ungerechtigkeit und Terror beginnt eine qualvolle Odyssee durch Europa. Nirgends gibt es Platz und Ruhe für die beiden. Emma Goldmann wird sogar als die „gefährlichste Frau der Welt" bezeichnet und überall abgelehnt. 4 Jahre lang schreibt sie in Südfrankreich an ihrer Autobiographie „Gelebtes Leben" und ist selbst in hohem Alter noch aktiv gegen den Faschismus.

Marockh Lautenschlag
Sweet America
Medea Frauenverlag Frankfurt/M
1983
257S.

Verwundert über die Veränderungen meiner Sichtweise blättere ich zu Mitte/Ende dieses Science fiction öfter mal an den Anfang zurück.
Das Raumschiff „Mayflower II" ist auf einem ungefähr 150 Jahre vorher besiedelten Planeten gelandet. Anstelle einer Normal-Kolonie des Mutterplaneten Erde trifft die Besatzung eine in „Altland" und „Neuland" gespaltene Bevölkerung an. Die Neuländer sind diejenigen, die die Utopie eines Staates verwirklicht haben, in dem es keine Minderheiten und keine Herrschaft gibt. Ihr wesentlich höherer Lebensstandard im Vergleich zu „Altland", einer bigotten, puritanischen Siedlungsgemeinschaft macht die Motivation der Autorin deutlich. Einer freien, durch keine Gewalt und Sexualhierarchie eingeschränkten Kreativität, kann solches gelingen. Die „Neuländer" erklären ihre Unabhängigkeit von der Erde. Ob sie sich schützen können bleibt noch offen. Sehr spannend zum Lesen.

Alexandra Kollontai
Ich habe viele Leben gelebt.
Autobiographische Aufzeichnungen
Pahl Rugenstein Verlag Köln
1980, 609S.

„Dem jungen Mann von heute will ich sagen:
gib ein bißchen mehr von der Wärme deines Herzens
der Frau die du liebst,
und wenn die Liebe vorbei ist,
sollst du nicht vergessen, daß
sie auch ein Kamerad ist.
Und der Frau:
Gib nicht dein ganzes Herz
und dein ganzes Ich
der Heftigkeit der Liebe.
Halt etwas von deinem Herzen zurück
– so wie es der Mann immer macht –
für andere der schönen Dinge des Lebens."

Alexandra Kollontai eröffnete 1907 den ersten Arbeiterinnenclub in Rußland. Im Ausland wurde sie oft achtes Weltwunder genannt. Wegen ihrer Schönheit? Oder weil sie – Tochter eines reichen Zarengenerals, 1872 geboren – den entbehrungsreichen Weg einer Revolutionärin beschritt? 1917 wird sie als erste Frau Regierungsmitglied, Volkskommissar für soziale Fürsorge, und widmet sich intensiv der Frauenfrage. Ihre Thesen über Ehe und Sexualität werden zum Teil erbittert bekämpft. „Solange die Frauen nach wie vor in den am schlechtesten bezahlten Berufen arbeiten, solange wird es auch die verschleierte Form der Prostitution geben, solange ist es auch vollkommen gleichgültig, ob jemand eine Ehe aus wirtschaftlichen Berechnungen eingeht oder sich der Gelegenheitsprostitution hingibt."

Von 1908-1917 war Alexandra Kollontai in Emigration und arbeitete in Deutschland, England, Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz und Belgien. Sie schrieb auch Artikel für „Die Gleichheit" und sprach beim ersten Internationalen Frauentag 1911 in Frankfurt/Main. Kritisch beobachtet und beschreibt sie den Parteiapparat der deutschen Sozialdemokratie und weist auf ihren Opportunismus und die schleichende Bürokratisierung hin. Dafür wird sie nicht geliebt, denn viele deutsche Genossen fühlen sich in ihrer nationalen Ehre gekränkt. Sie wären doch „die stärkste und beste Partei der Welt." Auf diesem Erkenntnishintergrund erlebt Alexandra Kollontai den Ausbruch des 1. Weltkrieges in Berlin. Hautnah ist sie mit dem Chauvinismus der Genossen und Genossinnen konfrontiert. Für viele ist sie nun die Russin, fast schon die Feindin. „Mit einem Gefühl unbeschreiblicher Trauer und moralischer Einsamkeit" muß sie zusehen, wie der Krieg die Partei restlos in die Sackgasse getrieben hat, auf deren Bahn sie sich allerdings schon vorher befand. Ein Treffen mit Mathilde W. und Luise Zietz wird so geschildert: „Beide haben 'schrecklich viel zu tun'. Was eigentlich? Sie organisieren gemeinsam mit 'Damen aus der guten Gesellschaft' Speisungen aus öffentlichen Mitteln für Kinder, deren Väter eingezogen wurden. Sie arbeiten also für den Krieg!"

Sara Lennox (Hg.)
Auf der Suche nach den Gärten unserer Mütter.
Feministische Kulturkritik aus Amerika
Sammlung Luchterhand 392,
Darmstadt 1982
218 S.

Die Herausgeberin betrachtet weibliche Kulturarbeit und Ästehtik unter dem Blickwinkel ihrer politischen Relevanz. Kulturkritisches aus den 70er Jahren der amerikanischen Frauenbewegung wurde 1979 bei einer Gedenkfeier der Veröffentlichung von Simone de Beauvoirs Buch „Das andere Geschlecht" in New York City vorgetragen. Hervorragende Beiträge der bedeutendsten sozialistischen Feministinnen und radikalfeministischen Theoretikerinnen. Da fand der Bruch im weißen Feminismus statt, der seine Ergebnisse auf **alle** Frauen in **allen** Gesellschaften überträgt. Nach den Vorträgen standen vor allem schwarze Frauen auf und sagten, daß diese Theorie ihre Erfahrung nicht beschreibt. „Viele weiße Feministinnen beginnen zu verstehen, daß ihre Strategie des Seperatismus im Grunde rassistisch ist, weil sie darauf besteht, daß sich die nichtweißen Frauen von ihrn Brüdern lossagen, mit denen sie durch den gemeinsamen Kampf verbunden sind. Überdies haben schwarze Frauen einen andere Definition der Probleme mit Männern als weiße Frauen. Neuere Arbeiten zeigen, daß die Familie für die schwarze Frau ein Ort des Widerstands, nicht der Unterdrückung ist. Für die Frau aus der dritten Welt, die schwarze Frau, die Indianerin, die Asioamerikanerin besteht im Separatismus die Gefahr, ihre ureigenste Denkweise zu verraten.

In den 70er Jahren machte sich der euro-amerikanische Feminismus „auf die Suche nach den Gärten unserer Mütter." Diese Suche hat Optionen greifbar werden lassen, die die Strategie des Separatismus innerhalb der euro-amerikanischen Gesellschaft erneuern könnten durch das Akzeptieren von Frauen. Von den Einsparungen der Reagan-Regierung am härtesten betroffen sind Frauen. Sara Lennox fragt, ob die Frauen willens sind, sich in den 80er Jahren in den Kampf zu stürzen. Die von ihr vorgelegte Sammlung reflektiert über die kulturschaffende Integration der Schätze, die die Visionen und Revisionen der weißen, der schwarzen, der lesbischen Frau ins Bewußtsein hoben und lebbar machten.


Aufruf an
Anarcha-Frauen
BANK · of AMERICA

FLI

Das 3.Treffen des FLI findet am 1.Maiwochende in Lutter/Hannover (Domäne, Auf der Domäne, 3372 Lutter /05383-1884) statt; Anmeldungen ab sofort an die Berliner Gruppe:
Antiquariat, Oranienstr.39, 1000 Berlin-36
Der 2.FLI-Rundbrief enthält Texte zu den Diskussionsthemen, u.a. »Soziale Krise, 35-Stundenwoche etc.« Wir drucken hier einen Text aus dem Rundbrief nach, weil wir glauben, daß der SF mehr Frauen erreichen wird, als der Rundbrief an die Mitglieder des FLI:

An alle Anarchofrauen

Ich habe Lust, in Lutter einen Frauenarbeitskreis zu machen. Ich habe Lust, ganz intensiv darüber zu reden, was wir wollen, leisten können, unsere Erfahrungen, Geschichte, Bedürfnisse, Notwendigkeiten etc. zu diskutieren. Ich finde es sehr wichtig, inhaltlich mal dazu zu kommen: was heißt Anarchistin sein für uns? Sehen wir uns auch als Feministinnen? Was heißt Arbeit für uns? Was heißt überhaupt noch frau sein in dieser Welt und gerade in der BRD?
Die Erfahrungen der letzten Treffen, wo diese Themen ganz ausgeklammert wurden (2/3 aller Anwesenden waren Männer) und z.B. die Frauenarbeit als Nebenwiderspruch abgetan wurde, bringen mich dazu, es diesmal mit einem Frauenarbeitskreis zu versuchen. Was macht ein Nebenwiderspruch, der über die Hälfte der Weltbevölkerung ausmacht? Was macht ein Nebenwiderspruch, der sich auf den männerdominierten Treffen nicht oder kaum durchsetzen kann? Er/sie macht was eigenes. Soviel jetzt zum Vorwurf der »Spaltung«, der sich jetzt bestimmt in einigen Männerköpfen breit macht.

... und, um es mal anders auszudrücken:
Benutzen wir die Zeit des Umbruchs zu einer Neudefinierung der Frauenfrage. Dabei müssen wir unseren emotionellen Scharfsinn gebrauchen, aus unserem Dörnröschenschlaf aufwachen und den mit Dornen umrankten goldenen Käfig sprengen!!
Überhaupt. Warum arbeiten so wenig Frauen mit?
Haben wir zu den Themen und Auseinandersetzungen nichts mehr zu sagen? Wo sind die vielen Anarcha-Feministinnen? Warum überlassen wir den Männern diese weit- und tiefgreifenden Diskussionen? Damit produzieren wir doch auch wieder Macht und Dominanz! Irgendwann steht Ihr dann wieder da – außerhalb und denkt: *»Ist ja ne reine Männerdiskussion«*. Ihr stellt es bloß fest und fragt nicht warum. Es ist doch klar: wenn sich Anarchistinnen raushalten und ihren Standpunkt nicht miteinbringen, dann ist die Frauenfrage ein Nebenwiderspruch. Und daß die Männer von sich aus dies Thema nicht bringen, ist auch ne alte Erfahrung. Die Revolte der Frauen kann nur von den Frauen selbst ausgelöst werden.
Noch nie war die Frauenbewegung in so einer Krise wie jetzt. Die Entmündigung und Fremdbestimmung durch die lebensfeindliche Männerzivilisation und HERRschende Technokratenclique war noch nie so groß wie jetzt. Indem wir das erkennen, haben wir aber auch die Chance, eine »militante« Untersuchung der Frauenfrage voranzutreiben. Meiner Meinung nach liegt in einer neuen Frauenbewegung, die ein lebensbejahendes Prinzip einnimmt, bedingungslos für das Recht auf Leben eintritt, die Zukunft.

Mit der Agonie des Kapitals ist auch eine Agonie des Patriarchats verbunden. Im »schwachen Geschlecht« liegt nun eine Stärke!
Frauen sind noch nicht so kaputt wie Männer. Frauen können Leben geben und entwickeln und haben deshalb ein anderes Verhältnis zum Leben, zur Natur, zum Menschen. Frauen leben spontaner und mehr aus ihren Bedürfnissen heraus (– dies stützt sich auf meine individuelle Erfahrung). Frauen haben noch nicht so'n rationalisierten, technisierten Kopf wie Männer, die es immer noch nicht geschafft haben, sich daraus zu befreien.
Gegen die Macht der Dummheit setzen wir den Charme unserer Intelligenz! Gegen den Panzer der Verhärtung unsere Emotionen!
Indem wir unsere Stärke erkennen, können wir uns mit der Vernichtungsstruktur des kapitalistischen Technopatriats auseinandersetzen.
Sozialismus oder Barbarei ist gerade für Frauen aktueller denn je. 1984, Orwell's sience unpresence, Kontrolle und Vernichtung der unnütz gewordenen Ware Arbeitskraft und Ware Frau ist kein Alptraum von mir, sondern mehr denn je in der Tendenz des Datenfaschismus angelegt und schneller umsetzbar, als wir denken.
Die Ware Frau wird mit der Weiterführung der Gentechnologie, Retortenbabys, künstlicher Befruchtung, überflüssig. Dies meine ich natürlich auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals bezogen, die der Ware Frau ja nach wie vor einen biologistischen sexistischen Wert beimessen.
Die Produktion von Kindern, Reproduktionsarbeit am Mann im Heim, der Familie, Prostitution in der Ehe oder im Ghetto der Bordelle ist für die meisten Frauen immer noch Realität. Dies ist dem kapitalistischen Patriarchat immanent. Die Diskussion über die Arbeit ist deshalb für Frauen von einem ganz anderen Standpunkt her zu untersuchen, denn es geht für sie ja nicht nur um Lohnarbeit. Davon ist ja ein Großteil der Frauen immer schon »befreit« gewesen und auch jetzt »befreit«!

Sehen wir uns auch als Feministinnen? Was heißt Arbeit für uns? Was heißt überhaupt noch Frau sein in dieser Welt und gerade in der BRD?

Ökonomische Un-Abhängigkeit von Frauen

1981 lebten in der BRD 26.759.000 Frauen im Alter von 15 Jahren und mehr. Hiervon waren:
* Ohne eigenes Einkommen (abzgl. 4,8% ohne Angaben): 9.294.000
* Erwerbstätig, aber ohne eigenes Einkommen (das sind die »Mithelfenden Familienangehörigen«): 839.000
* Erwerbstätig, aber mit einem Netto-Lohn unter 800.-DM monatlich: 2.797.000
* Mit Einkommen aus anderen Quellen, aber unter 800.-DM monatlich: 3.262.000

10.133.000 sind also ganz ohne Einkommen. Das sind 37,8% der hier in der BRD lebenden Frauen. Unterm Existenzminimum sind 6.059.000, also 22,6%. Zusammen sind das über 60% der Frauen.
(Quelle: Mikrozensus v.1981, Fachserie 1, Reihe 3, S. 118 und Fachserie 1, Reihe 4.1.1., S.41)

Je nachdem, was HERRschende Propaganda verbreitet, wird mit den Frauen rumjongliert. Einmal wird die unbezahlte Arbeit an Heim und Herd mit GESELLschaftlicher Anerkennung belohnt, dann mal als Nur-Hausfrau etikettiert und die Berufsstellung der Frau favorisiert. Ganze »Dienstleistungsgewerbe« wurden speziell für Frauen als Arbeitsmarkt geschaffen und sie damit aber GESELLschaftlich ausgebeutet. Lohnarbeit in ganz wenigen Berufszweigen: Gesundheitswesen, Verwaltung, Erziehung und Pädagogik, Gebäudereinigung, Gastronomie) und in der Fabrik in Leichtlohngruppen.
Befreiung von der Arbeit heißt also für Frauen mehr als Befreiung von der Lohnarbeit. Für uns muß es heißen: Befreiung von den Ausbeutungspraktiken des Patriarchats in all seinen menschenverachtenden und frauenfeindlichen Strukturen, schlechthin.
Graue Eminenzen regieren die Welt. Eine pensionsreife Herzschrittmachergeneration, die gar nicht mehr weiß, was LEBEN ist, rasselt mit den Säbeln. Schlechte Schauspieler der DALLES-TELE-VISION militarisieren »ihre« Bevölkerung und träumen in ihrer Machtbesessenheit vom Endsieg. Die Technokratenzivilisation versucht eine endgültige Unterwerfung der Natur und Synthetisierung der Welt. SIE vergessen dabei: Mutter Erde ist eine Feuerbällin, die sich nicht BeHERRschen läßt. Dann und wann bebt sie, hin und wieder spuckt sie Feuer. Auch der Mensch ist nicht vollkommen unterwerfbar. In der Geschichte expoldierte auch er schon oft. Das Feuer im Herzen einiger Revoltierender sprang als Funke oft auf die sozial Unzufriedenen über. Um den jetzigen Zeitgeist zu erkennen, brauchen wir nur von unserer eigenen tiefen Unzufriedenheit und unserer eigenen Lebenslust auszugehen.

Um aber tatsächlich Funken zu sprühen und vielleicht zur LAVA zu werden, müssen wir hart arbeiten...
Wir müssen untersuchen, analysieren und reflektieren. Ich schlage folgende Themen vor:
1). Tendenz der Frauenarbeit jetzt und neue Technologien
(dazu empfehle ich das Buch: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, »Neue Verhältnisse in Technopatria – Zukunft der Frauenarbeit« 9/10, 83).
2). Gentechnologie: Traude Bührmann, »Gen-Manipulation und Retortenbaby« + A.Bamme, »Maschinen-Menschen, Mensch-Maschine« 83, rororo 7698
So, jetzt seid Ihr mal dran: was ist Euch am Wichtigsten, wozu habt Ihr Lust, über welche Themen wollt Ihr diskutieren?
Habt Ihr zu den vorgeschlagenen Themen Arbeitsmaterial? Wenn ja, fänd ich's toll, wenn Ihr mir dazu was schicken könntet. Auch in Zeitungen steht immer wieder was, oder in Zeitschriften. Oder: kennt Ihr Videofilme zu den Themenbereichen? Die Leute in Lutter haben auch ein Videogerät und wir könnten uns also Videofilme anschauen und die als Arbeitsmaterial benutzen.
Es gibt sicher Frauen, die diesen SF nach dem Wochenende in Lutter zu Lesen bekommen, sie können sich auch noch später am FLI beteiligen und in die Diskussion einsteigen.
Kontakt:
Angie Gödde, Forsterstr. 19. 1000 Berlin-36

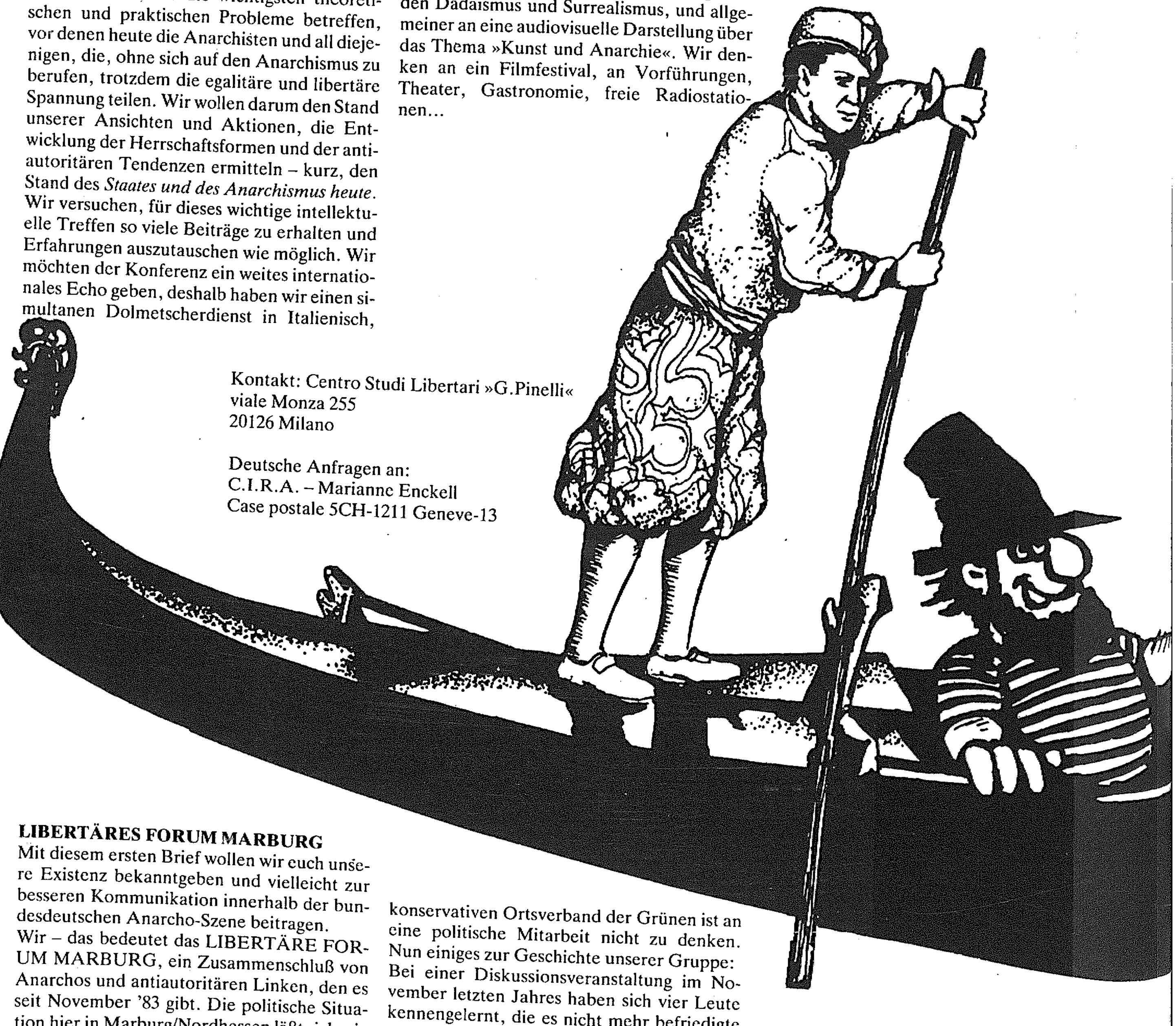
Anarchistentreffen in Venedig

Internationales Anarchistentreffen – Konferenz und andere Vergnügen in Venedig, 25.-30.September 1984

Was bietet unser Projekt »1984«? Eine Konferenz (wie hätte es anders sein können), aber auch Ausstellungen, Vorstellungen, Gelegenheiten und Räume, sich unter Kameraden zu treffen. Mit der eigentlichen Konferenz schlagen wir vor, mittels verschiedener Kommunikationsformen und Diskussionen (Referate, Podiumsgespräche, Seminare, Arbeitsgruppen usw.) eine Reihe von Themen zu erforschen, die die wichtigsten theoretischen und praktischen Probleme betreffen, vor denen heute die Anarchisten und all diejenigen, die, ohne sich auf den Anarchismus zu berufen, trotzdem die egalitäre und libertäre Spannung teilen. Wir wollen darum den Stand unserer Ansichten und Aktionen, die Entwicklung der Herrschaftsformen und der antiautoritären Tendenzen ermitteln – kurz, den Stand des *Staates und des Anarchismus heute*. Wir versuchen, für dieses wichtige intellektuelle Treffen so viele Beiträge zu erhalten und Erfahrungen auszutauschen wie möglich. Wir möchten der Konferenz ein weites internationales Echo geben, deshalb haben wir einen simultanen Dolmetscherdienst in Italienisch, Französisch, Englisch (und vielleicht auch Spanisch) vorgesehen. Das Projekt 1984 beschränkt sich nicht, wie wir schon erklärt haben, auf eine Konferenz, so reichhaltig und abwechslungsreich sie auch sein mag. Das Projekt sieht viele andere Dinge vor. Wir denken da an die »Geschichte und Geographie des Anarchismus« mittels Bild und Dokumentation (eine lange Route mit Photos, Zeichnungen, Dokumenten, Videos). Wir denken an eine graphische Kunstausstellung (von Pissaro bis zu Comix), an eine Ausstellung über den Dadaismus und Surrealismus, und allgemeiner an eine audiovisuelle Darstellung über das Thema »Kunst und Anarchie«. Wir denken an ein Filmfestival, an Vorführungen, Theater, Gastronomie, freie Radiostationen...

Für dieses Treffen in Venedig haben wir an drei Säle in der Architekturfakultät, einen öffentlichen Platz (»campo«), ein Kino, zwei Ausstellungssäle zwischen dem Piazzale Roma (der mit dem Auto erreichbar ist) und dem St.Markusplatz gedacht, damit sich das Treffen nicht in ein Ghetto zurückzieht, sondern offen auf der ganzen Route ist.

Als jetzt schon feststehende Referenten nennt »REVISTA A« in der April-Ausgabe Murray Bookchin, Colin Ward, Joel Spring und Cornelius Castoriadis. Aus Deutschland werden mehrere FLI-Mitglieder teilnehmen und sich thematisch vorbereiten.



Kontakt: Centro Studi Libertari »G.Pinelli«
viale Monza 255
20126 Milano

Deutsche Anfragen an:
C.I.R.A. – Marianne Enckell
Case postale 5CH-1211 Geneve-13

LIBERTÄRES FORUM MARBURG

Mit diesem ersten Brief wollen wir euch unsere Existenz bekanntgeben und vielleicht zur besseren Kommunikation innerhalb der bundesdeutschen Anarcho-Szene beitragen.

Wir – das bedeutet das LIBERTÄRE FORUM MARBURG, ein Zusammenschluß von Anarchos und antiautoritären Linken, den es seit November '83 gibt. Die politische Situation hier in Marburg/Nordhessen läßt sich wie folgt umschreiben: 60000 Einwohner, davon 15000 Studenten, die Universität der bedeutendste Arbeitgeber. CDU/SPD-Koalition im Stadtrat, FDP, Grüne und DKP in der Opposition. Marburg ist eine der wenigen Hochburgen der Vertreter des »Realexistierenden Sozialismus«, seit Jahrzehnten sind sie hier kommunalpolitisch vertreten. Auch der ASTA der Uni wurde von 61-81 vom MSB gestellt, der heute noch die zahlenmäßig stärkste Studentengruppe stellt. Diese Allgegenwart der moskautreuen Kräfte bewirkt eine gewisse Lähmung linker Aktivitäten und auch bei dem konservativen Ortsverband der Grünen ist an eine politische Mitarbeit nicht zu denken. Nun einiges zur Geschichte unserer Gruppe: Bei einer Diskussionsveranstaltung im November letzten Jahres haben sich vier Leute kennengelernt, die es nicht mehr befriedigte zeitlich und organisatorisch nur punktuell zu arbeiten (Häuserkampf, Volkszählungsboykott, Friedensbewegung etc.). Die verschiedenartige politische Herkunft der Leute (FLI-Förderkreis, Grüne, CNT-AIT) hat uns nicht daran gehindert erst im Bekanntenkreis, dann öffentlich für unsere Idee zu werben, eine linke antiautoritäre Gruppierung hier in Marburg ins Leben zu rufen, die kontinuierlich arbeitet und zu allen uns wichtig erscheinenden gesellschaftlichen Fragen Stellung bezieht. Aus den Anfangs lockeren wöchentlichen Treffs hat sich inzwischen folgendes herausgebildet:

Unser Stammtisch, der als Anlaufstelle fungiert, ein Plenum das Organisatorisches regelt, ein Büchertisch in der Mensa und verschiedene Arbeitsgruppen zu Themen wie Geschichte und Theorie des Anarchismus, libertäre Pädagogik etc. Obwohl einige der aktivsten Mitglieder aus verschiedenen Gründen ausgeschieden sind, besitzen wir momentan einen Stamm von 8 Leuten, die fest mitarbeiten und etwa 35 »Sympathisanten«. Die finanziellen Kosten werden durch freiwillige Spenden aufgebracht. Unsere erste große öffentliche Aktion anfang Februar war als Provokation gegen die hier reichlich vorhande-

nen Stalinisten gedacht. 120 an zentralen Stellen geklebte Kronstadt-Plakate und die dazu verteilten Flugblätter lösten heftige Reaktionen aus. Weiter sind Aktionen zum Ostermarsch und zur 35-Stundenwoche in Planung. Die Plakate der Gruppe und weitere Informationen, wie man lokal eine funktionierende Gruppe aufbauen kann, sind zu bekommen: Libertäres Forum Marburg / c/o Umweltzentrum/ Am Grün 40a/ 3550 Marburg.

Wer Ramstein kennt, sehnt sich nach Mutlangen

Wer das Pershing-Depot Mutlangen schon einmal umquert hat (dauert etwa eine 3/4-Stunde) und Ramstein Air Base für etwas ähnliches hält, der würde sich wundern. Mutlangen ist, verglichen mit der Air Base, ein winziges Fleckchen. Dies betrifft nicht nur die Ausdehnung, sondern ebenso die hochmoderne Ausrüstung mit Atombombern und die riesige Zahl dort stationierter US-Soldaten. Ramstein ist *das* Symbol der *gegenwärtigen* US- und NATO-Kriegspolitik.

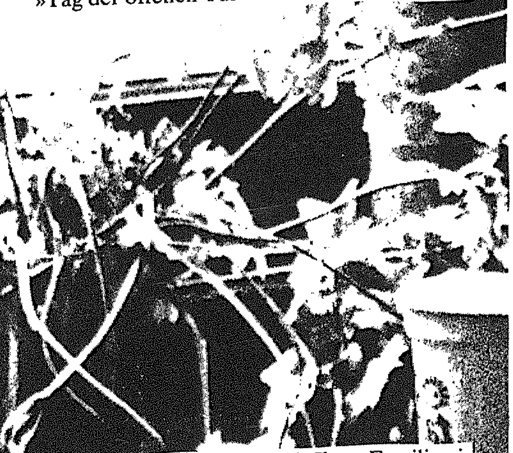
Auch bezüglich der Aktivitäten der Friedensbewegung besteht ein krasser Unterschied: In Mutlangen befindet sich die bundesdeutsche Dauerblockade – Ramstein scheint eine uneinnehmbare Festung zu sein. Doch von Zeit zu Zeit gibt es auch so etwas wie Widerstand am »Zentrum des US-Militarismus in Europa«.

1982 wurde der »internationale Flugtag Ramstein« wegen einer Bombenexplosion abgesagt. Die Spielverderber blieben unerkannt. 1983, im Jahr der Einstimmung der Bevölkerung auf die neuen Atomraketen, wollten die Militärs eine gigantische Propagandaschau abziehen: 1 Million Besucher wurden erwartet. Gegen den Militärzirkus hatten die regionalen Friedensgruppen, die Grünen und zahlreiche evangelische Pfarrer »mobil« gemacht. Ergebnis: Es kamen »nur« 300 000 Besucher, 350 Friedensbewegte wurden z.T. auf brutale Art und Weise festgenommen, selbst die Presse fühlte sich wie bei Besatzern.

Zwei Monate nach dem Flugtag '83 wurde von ca. 500 Menschen der Versuch unternommen, die Air Base zu blockieren. Dies gelang für mehrere Stunden an allerdings nur einer Zufahrt, weil die deutsche Polizei – ähnlich wie in Bitburg im September – sogar zahlenmäßig überlegen war. 438 Friedensbewegte wurden unter völliger Mißachtung der »Verhältnismäßigkeit der Mittel« und Polizeivorschriften regelrecht abgeschleppt. *Ermittlungs- und Strafverfahren*: Gegen 4 Menschen aus Saarbrükker Gruppen wird es demnächst zu Hauptverhandlungen kommen. Wegen der Großaktion Ramstein vom 14.-16.Oktober gab es bisher etwa 50 erste und zweite Vorladungen zur jeweiligen örtlichen Kripo. Da davon ausgegangen werden muß, daß jede/r, die/der solch eine Vorladung erhält, strafverfolgt wird, sollte folgendes sehr genau bedacht werden:

1. Die Staatsanwaltschaft will per Kripo zusätzliche Informationen erhalten, die sie in einem Prozeß als »Beweis« verwenden kann.
2. Die Kripobeamten sind meistens sehr gut geschult. Wer zum Vorladungstermin geht, wird also wahrscheinlich einen »verständnisvollen, lieben Menschen« vorfinden. Alles, was er erfährt, dient dazu, bessere Polizeimethoden *gegen* uns zu entwickeln.
3. Wer Überzeugungsarbeit leisten will, sollte dies nicht bei der Kripo versuchen. Dort gibt es keinerlei Öffentlichkeit.
4. Wer eine Vorladung erhält, sollte sich baldmöglichst einen Anwalt nehmen. Dieser erhält auf Antrag Einblick in die Akten.

Flugtag '84 auf der Ramstein Air Base: Schon wieder hat die Bundesbahn Sonderzüge zum »Tag der offenen Tür« am 24. Juni unter dem



Motto: »Verbringen Sie mit Ihrer Familie einen angenehmen Sonntagsausflug in Ramstein. Piloten aus aller Welt werden ihre Flugkünste...« angeboten. Rheinland-pfälzische und saarländische Friedensgruppen rufen ihre Freunde in der gesamten Bundesrepublik auf, an diesem Tag ebenfalls nach Ramstein zu kommen. Ausdrücklich werden diesmal keine Flugzeugzerstörungen oder ähnliches im Vorfeld angekündigt. Keine Grenzen der Phantasie!

Kontakt: Aktionsbüro Ramstein/ Matthias Döhler/ Arndtstr. 22/ 6600 Saarbrücken/ 0681-62994.



Lieber Gesetze mißachten als Menschen

Bericht vom Prozeß gegen den Totalverweigerer Christian Herz am 20.3.84

Christian Herz war seiner Einberufung zum Zivildienst am 1.7.83 beim Deutschen Roten Kreuz in Heidelberg nicht nachgekommen und hatte stattdessen begonnen, innerhalb der Kooperative für die Friedensarbeit in Selbstverwaltung hauptamtlich für die Friedensbewegung zu arbeiten. Er arbeitete u.a. als Vertreter der DFG/VK im Aktionsbüro Herbst 83 der süddeutschen Friedenbewegung bei der Organisation der Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm mit.

Christian wurde wegen Dienstflucht nach §53 Abs. 1 des Zivildienstgesetzes angeklagt. Seine Anklage führte er auf die Tatsache zurück, daß es in der BRD kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt. Denn laut Grundgesetz ist lediglich der Kriegsdienst mit der Waffe verweigerbar – nicht aber der Kriegsdienst ohne Waffe. Da er sowohl den direkten als auch den indirekten Kriegsdienst verweigern will, ist er nicht bereit, für den Kriegsdienst mit der Waffe einen Ersatz(kriegs)dienst ohne Waffe abzuleisten. Inwieweit der Zivildienstleistende in das Konzept der Gesamtverteidigung eingeplant ist, belegte er durch zahlreiche Beisspiele aus dem Zivildienst- und Wehrpflichgesetz.

»Krieg ist eine politische Entscheidung, somit auch die Kriegsdienstverweigerung.« Seiner Meinung nach entlarven sich die Politiker und Juristen selbst durch die Ausklammerung politischer Motive als Anerkennungsgrund für eine Kriegsdienstverweigerung, da sie nur religiöse, moralische und ethische Motivationen als Gewissensentscheidungen anerkennen. Daraus folgt: Politische Motivationen sind nach geltendem Recht mit Gewissenlosigkeit gleichzusetzen.

»Gegen existentielle Gefahren (Umweltverschmutzung und Aufrüstung) hilft nur existentieller Widerstand; deshalb habe ich beschlossen lieber Gesetze als Menschen zu mißachten, zumal mir keine Zeit bleibt zu warten, bis es ein Recht auf direkte und indirekte Kriegsdienstverweigerung gibt. Krieg ist das Verbrechen – nicht meine Verweigerung.«

Der Staatsanwalt bescheinigte dem Angeklagten Gewissenstäter zu sein und detaillierte Gesetzeskenntnis. Diese Einschätzungen hielten ihn aber nicht davon ab »generalpräventive Maßnahmen zur Abschreckung von Nachahmungstätern« zu fordern, außerdem gehe es nicht an, daß sich jeder seinen Zivildienst selbst aussuche. Deshalb beantragte er eine 6-monatige Freiheitsstrafe auf 3 Jahre Bewährung und 60 Tage »Arbeitsdienst« (Zitat Staatsanwalt) beim Deutschen Roten Kreuz.

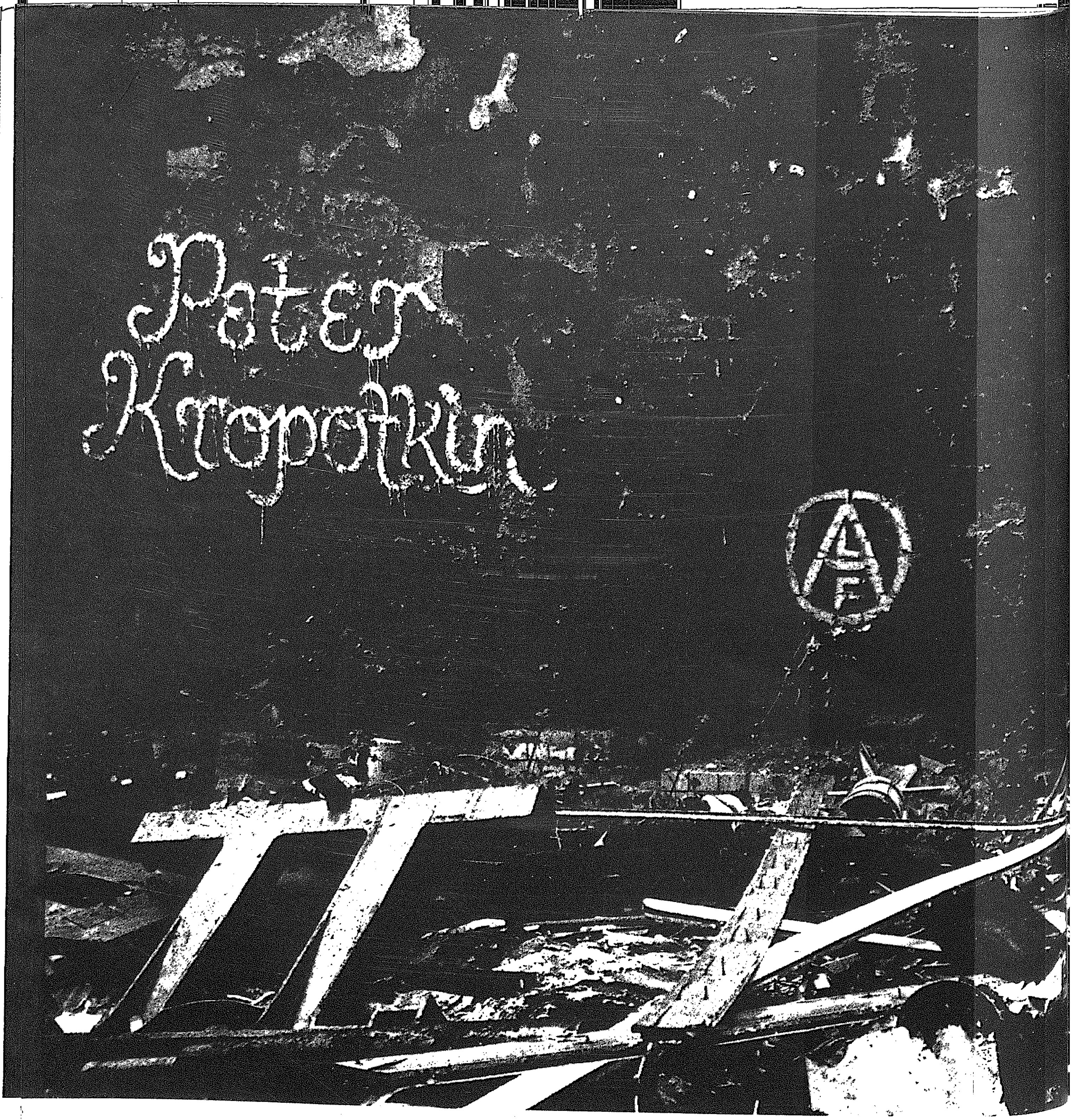
Dem gegenüber forderte Ulrich Hahn (RA) den §4/3 des Grundgesetzes am Maßstab des §4/1 des Grundgesetzes zu orientieren und damit die Gewissensentscheidung juristisch aufzuwerten. Die Gewissensentscheidung müßte demnach als höheres Recht anzusehen sein als der Verstoß gegen das Zivildienstgesetz und somit sei Freispruch für Christian die juristische Konsequenz. Das Urteil dann selbst: 6 Monate Freiheitsentzug auf 3 Jahre Bewährung + 60 Tage Arbeitsauflage bei der orthopädischen Klinik in Heidelberg.

Hinzukommt: die Verantwortlichen des Bundesamtes für den Zivildienst können Christian erneut zum Zivildienst einberufen. Dies hätte wiederum ein Gerichtsverfahren wegen Dienstflucht zur Folge. Ein angesichts unserer Verfassung sehr fragwürdiges Verfahren der Doppelbestrafung, das jedoch in Nürnberg bei den totalen Kriegsdienstverweigerern Thomas Schindrowski, Oswald Böhm und Christoph Bausenwein bereits Anwendung gefunden hat.

(aus: Pressemitteilung der DFG/VK)

Christian Alberter weigert sich, ab dem 9.April 84 seine restlichen 7 Monate Zivildienst in Stuttgart abzuleisten, weil er in ihm in Wirklichkeit einen Kriegsdienst ohne Waffe sieht. Er ist bereit, eine drohende Gefängnisstrafe in Kauf zu nehmen und kann unsere Solidarität sicher gut gebrauchen:

Christian Alberter
Erlanger Str. 24
8580 Bayreuth
Tel. 0921/68891



KURZMELDUNGEN/KLEINANZEIGEN

★AUFRUF ZUR MITARBEIT:
Da aller *guten* Dinge mindestens drei sind, wird es 1985 den SCHWARZ-ROTEN KAIN KALENDA (Verlag Klaus Guhl) wieder geben. Denn 1985 is noch alles drin: Qanti-, Quali-& Orginalität, phantasievoll gruppiert und layoutet. Das Ganze durchsetzt von einem Optimum an lieber tärer Information. K.T. wird man genauso finden, wie E.M. und manchen andern bekannten Namen. Aber auch die Namenlosen der Geschichte und Gegenwart kommen zu Wort und Bild. Historisches und Aktuelles im Kontekt, damit wir den schwarzen Faden nicht verlieren.

Ralf Landmesser
(Guhl-Verlag, PF 191532, 1000 Berlin-19)

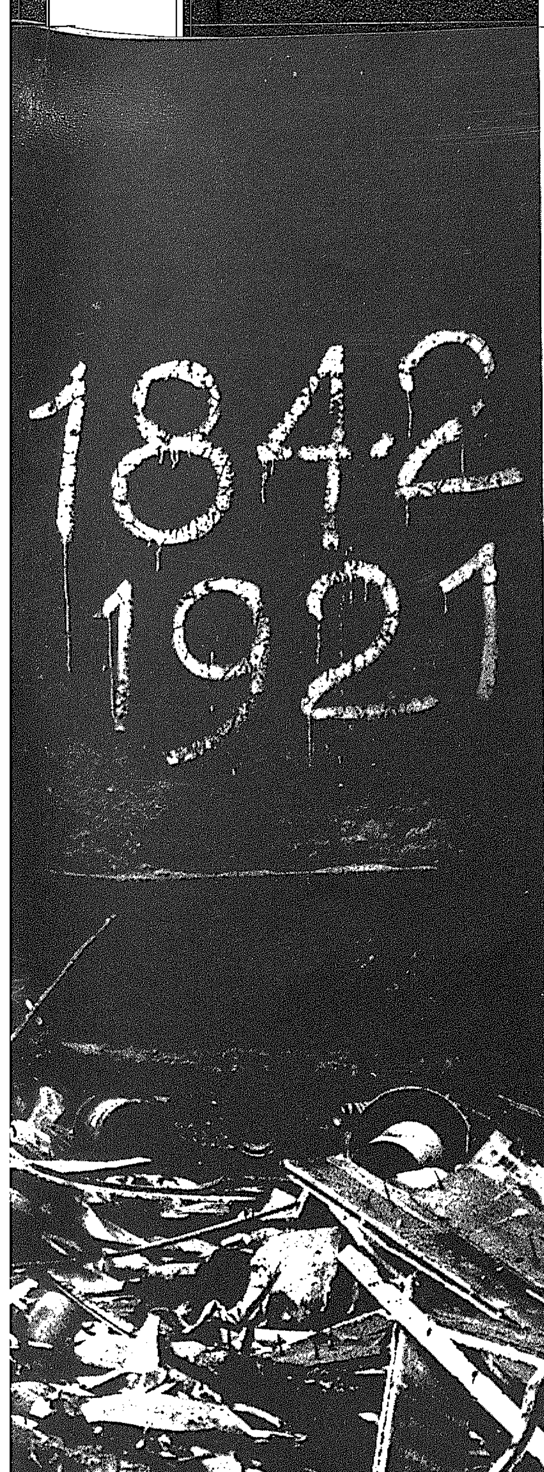
★ »Die vergessene Revolution«: Über die libertäre Revolution in Spanien (1936-39) haben wir ein zweistündiges Programm aus Musik, Spielszenen und Wortbeiträgen gemacht und suchen Aufführungs-Möglichkeiten (Wochenenden).
»Trotz und Träume«, Kontakt: 0209-146260

★ Der SF sucht eine(n) Leser(in), der/die Interesse daran hat, kostenlos und regelmäßig die UMANITA NOVA von uns zu beziehen und gelegentlich (ca.4-5mal pro Jahr) einen uns oder ihr/ihm wichtig erscheinenden Beitrag zu übersetzen.

★ SUCHEN Informationen über fränkisch-anarchistische Bestrebungen vor 1945.
WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz

★ SUCHE von A. Camus »Literarische Essays« (Rowohlt-Verlag, im Moment nicht aufgelegt) und Material zu Camus (Rezensionen, Dissertationen, Artikel...– aber nicht auf französisch! Markus Richter, Tom Stein Kreuz 33, 4670 Lünen

★PETER SCHULT hat sein Leben wieder in Eigenverantwortung übernommen und wir freuen uns darüber. Das ändert allerdings nichts an seiner schweren Krankheit und der Notwendigkeit für eine ärztliche Behandlung im Ausland. Wir bitten also unsere Leser für den Genossen auf folgendes Konto zu spenden:
Sonderkonto – Helmut Strobl – PschA München – Nr.284057-809



★ Die Geschichte(n) der anarchistischen Bewegung in Stuttgart bzw. Baden-Württemberg – wer hat Interesse daran, diese etwas zu erleuchen? Zeitraum: Kaiserreich, WK 1 u. 2, Weimarer Republik, Nazi-Zeit, nach 45 – ein Papier mit einigen unverbindlichen Gedanken ist vorhanden –
Wolfgang Setzer, Kirchtalstr.66, 7000 Stuttgart

★ Dringenst gesucht: Materialien und Informationen zu: Deutsche Anarchisten in Amerika, ca. 1880 - 1920.
Bitte wenden an: Gunter Becker, Hauptstr. 16, 8521 Weisendorf, 09135-8593; Unkosten werden erstattet.
(Neben Haymarket, Most etc. findest du in der expressionistischen AKTION (Jahrgang 1913) etwas über die Herausgeber des »Der arme Teufel« (Reitzel etc.), sogar einen Artikel von ihnen, SF-Red.).

★ Die anarchistische Liga Langenhorn schlägt für den 13.-15.7. einen Kongreß vor, der mit einer »Gedenkdemo« zum 50.Todestag Erich Mühsams (er wurde am 11.7. im KZ ermordet) beginnen könnte. Ziel des Kongresses wäre es sich besser kennenzulernen und eine Organisierung voranzutreiben. (Noch nichts vom FLI gehört?) Kontakt: ALL, Postlagernd, Postamt-Langenhorn, 2000 Hamburg.

★ Wiener Föderation: am 12. und 13. November 1983 wurde in Mistelbach bei Wien eine Föderation gegründet, der zu Gründungszeitpunkt nahezu ausschließlich Wiener (zw. 30-50 Personen) angehörten. Wäre der Anspruch der, eine Regionalföderation aufzubauen, würden wir (SF) die Angelegenheit ähnlich begrüßen wie die Regionalföderation Südbayern, die inzwischen ihr 3. Treffen abhielt und mit dem »FREIRAUM« eine eigene Zeitschrift geschaffen hat.
Doch von »unten nach oben« scheint neuerdings ein »alter Hut« zu sein: die Föderation ist „deutschsprachig" und die 3 BRD (!) Genossen sind nicht etwa Kontaktpersonen, sondern bereits »Regionaldelegierte«. (Von wem für wen delegiert?) Als Informationsbulletin wurde AN-AL (Anarchistische Allgemeine) gegründet, als Föderationsorgan soll die schon länger existierende Wiener »Liberte« dienen. Ein Wasserkopf mehr – schade um den gutgemeinten Idealismus; gerade der sehr aktiven Genossen um den Buchladen Monte Verita!

★ C.R.I.F.A.: Die internationale Kontaktstelle der anarchistischen Föderationen will Material über die deutsche Bewegung zugesandt bekommen; Gruppenaktivitäten, Organisationsansätze, Projekte, Zeitschriften aber auch eine Einschätzung der gesellschaftspolitischen Situation in der BRD. Alles an C.R.I.F.A., c/o Giorgio Sacchetti, Via Andrea Doria 12, I – 52100 Arezzo.

★ FULDA GAP: Die Aktion »Manöververhinderung und Menschenetz im Fulda Gap« richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik. Die Aktion soll eine einwöchige (von Montag bis Samstag) Angelegenheit rund um das Manövergebiet werden. Ausgehend von Friedenscamps sollen Aktionen gestartet werden, die die Gewalt der Polizei nicht auf der gleichen Ebene beantworten wollen. Die »AG-Aktionsherbst« hat eine Karte mit den militärischen Anlagen in diesem Gebiet angefertigt, die – genauso wie weitere Informationen zu dieser Aktion – angefordert werden können: AG Aktionsherbst 84 Fulda Gap, c/o ABC-Laden, Ohmstr.12, 6400 Fulda

★ Radikal-Prozess: Mehrere Videogruppen haben ein Band produziert, das zu Veranstaltungen angefordert werden sollte: Christian Ströbele, der Verteidiger im Prozeß, erläutert das Urteil und seine Begründung. Michael Klöckner erklärt seine Haltung zu Prozeß und Urteil. Sabine, die am Prozeß teilgenommen hat kritisiert die überwiegend naive Interpretation des Verfahrens. Es ging nicht nur um Pressefreiheit, die »seriöse FR wird nie ein 129a-Verfahren bekommen«. Thomas Schmidt, taz-Redakteur, begründet die Veröffentlichung der inkriminierten Artikel in der taz.
Ausleihe u.a.: Video Stuttgart, Alexanderstr. 104, 7000 Stuttgart

★ Informationen zu den Rüsselsheimer Gefangenen, eine Dokumentation etc. können (sollten!) beim
Freien Kulturcafe, An der Wied 1, 6090 Rüsselsheim, Tel. 06142-41519 angefordert werden. Dort kann man auch das Spendenkonto erfahren.

★SO WAS GIBT's auch noch: Unser Vertreter Ulrich Pampuch besuchte einen (realsozialistischen?) Buchladen, nahm eine Bestellung über Comix(!) auf und wir lieferten diese prompt aus. Überraschenderweise kamen sie zurück – wir fragten, ob wir verarscht werden sollten oder ob im Buchladen das Chaos herrsche und die Antwort wollen wir euch nicht vorenthalten:

Liebe Leute,
Wir wollen weder das eine noch ist das andere der Fall. Beim nächsten Besuch, wenn das noch einmal sein sollte, muß man auch sagen, daß der Verlag anarchistische Theorien, zumindestens in der angebotenen Literatur vertritt. Wir stehen nicht auf dieser Art Literatur...deshalb ging Literatur zurück, denn unsere Buchhandlung heißt nicht umsonst Collektiv, der Einkauf wird auch so getätigt. Also muß der Vertreter zumindestens mit zwei Leuten sprechen, dieses ist gerade das Gegenteil von Chaos. (Bin zufällig der Filialleiter). Gruß, Otto Sch.; Buchhandlung WISSEN UND FORTSCHRITT, Lauteschlägerstraße, Darmstadt.

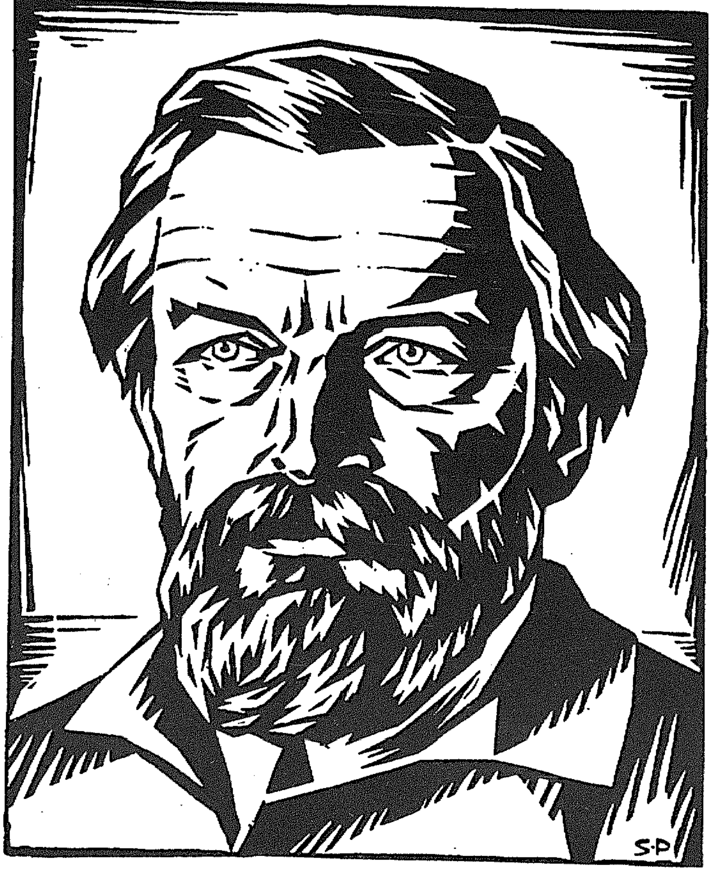
Man merke Collektive haben Filialleiter, die ihre Mitarbeiter natürlich bevormunden. Unsererseits Grüße, die Trotzdems'

S.Gesell – der Alptraum Horst Blumes

von Bernd Siegel

Obwohl ich von dem Vorhaben Horsts, Gesell auf die Füße zu stellen, wußte und manches von ihm im Gespräch darüber erfuhr, war ich doch überrascht von der Dichte des Artikels, von der Fülle der Information *und* von der Unverfrorenheit, mit der er alles was sich auf Gesell beruft in einen Topf wirft. Schmunzeln mußte ich allerdings darüber, wie unbedarft und einfältig versucht wird aus dem liberalen und weltoffenen Gesell einen »Faschisten« zu machen.

Also, zur zentralen Aussage des Artikels, daß Gesell ein Faschist sei: Ich will ja nicht zum x-ten Mal die Faschismus-Debatte der »Linken« aufkochen, aber es gibt ja immerhin so etwas wie Faschismus-Analysen und die eigenen Aussagen der »Bewegung« (in Italien) sowie der verschiedenen Flügel der NSDAP. Nur kurz zur Erinnerung: Im Faschismus gelten das Führerprinzip, der Organisationsfetischismus, der übermächtige Staat und die lenk- und manipulierbaren Massen als Kernstücke des insgesamt von den Interessen des groß— bzw. Monopolkapitals gesteuerten und aufgebauten »Reiches«; hinzukommen in mehr oder weniger großem Maße rassistische, hegemonistische und mystische Ideologien. Wie steht S.Gesell zu den von mir aufgezählten Kernstücken des Faschismus?
Zum Führerprinzip und der damit verbundenen (bes. bei der NSDAP) Ablehnung der Demokratie sagte Gesell klar und deutlich: *»Ich halte die Demokratie für die denkbar beste, oder auch am wenigsten schlechte Staatsform.«* Gesell warnte aber: *»Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben. Und alle Revolutionen und Putsche (!) werden daran nichts ändern können. Denn auch noch die Revolution steckt derjenige in den Sack, der Geld hat, der mehr Geld hat als die anderen. (...) Der Staatsbetrieb muß bis in alle Einzelheiten hinab für die Massen kontrollierbar sein.«* (aus: Silvio Gesell: Die Bewaffnung des Proletariats, Essen 1923)
Es gilt hier noch anzufügen, daß die Ideologen des Nazi-Staats den Ideen Silvio Gesells ablehnend gegenüberstanden. Wir sollten uns da nicht von Äußerungen der Strasser-Brothers täuschen lassen. Nebenbei: Gregor Strasser wurde im selben Jahr wie Erich Mühsam von den Nazis ermordet.
Die Phrasen der NSDAP in Sachen Geld und Zins stammen von einem bürgerlichen Wirtschaftsreformer namens Feder und die Ideen für eine angebliche Bodenreform sind auf einen NS-Ideologen namens Darré zurückzuführen. Warum sollten solche Dinge auch vom NS-Gegner Gesell übernommen werden, gab es doch inder ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zahlreiche Geld-und Bodenreformer.



Das NS-Regime hat die sogenannten Gesellianer bekämpft. So wurde nach der 1933 durchgeführten Auflösung der Splitterparteien die Gesells Ideen vertraten, schon 1934 wieder ein Schlag gegen Gesellanhänger durchgeführt: Verbot des Roland-Bundes. Es kam auch zu Verboten von Zeitungen, in de-

LESERKRITIK

Wir beginnen mit einer Posse auf den »solidarischen« Stil deutscher Anarchisten im Umgang mit ihresgleichen:

Zu Silvio Gesell in Nr.13:
Wenn ihr unbedingt Geschichtsfälschung betreiben wollt, wärt ihr beim Staat wirklich besser aufgehoben. Unverständlich warum er euch mit »Ausbildungsverbot« ärgert. Warum nennt ihr Wixer euch nicht das was ihr seid, nämlich reine Marxisten? Wenn Gesell Faschist ist, ist Blume mit analoger Begründung Stalinist. Ihr solltet euch vorher besser informieren und ein paar Bücher von ihm lesen oder wenn eure rote Brille das nicht erlaubt, gefälligst den Schwanz einziehen und solche Abfallprodukte denen vorsetzen, die auf sowas stehen. Die Wirtschaftstheorie wird gar nicht erst richtig angesehen, nee da gehts garnicht drum. Wenn jemand es wagt Murx zu kritisieren. Bei mir habt ihr **jetzt** endgültig ausgeschissen. In meinem Bekanntenkreis wird es nunmehr anti-SF-Propaganda geben. Der Futterneid auf die 883 wird euch schlecht bekommen. Euer Gewerbe hat mit Anarchismus nichts mehr zu tun. Editorial solltet ihr nochmal lesen!

Bernd Schuhmann, München-40

(PS: Der SF hat diesem leicht durchgedrehten Leserbriefschreiber geantwortet und dabei feststellen müssen, daß er die Adresse der »Technischen Universität München« als die seinige ausgegeben hat. Wir werden solche Briefe in Zukunft also nicht mehr abdrucken und auch nicht mehr ernst nehmen.)

Hallo Leute vom SF,
Also, ich muß schon sagen, ich bin mächtig enttäuscht von eurem Blatt. Silvio Gesell mit ein paar Phrasen bzw. Pseudozitaten, aus dem Zusammenhang gerissen in Nr.13 als »Faschisten« hinzustellen, das hätte ich **Euch** wirklich nicht zugetraut. Echt too much. Bin gespannt, ob ihr das wieder auslöffeln könnt, was ihr euch da eingebrockt habt. Ich hätte euch für intelligenter/differenzierender gehalten. Gesell in einen Topf mit FSU, seinen Anhängern oder gar Neoliberalen zu werfen, das ist einfach zu billig. An eurer Stelle würde ich dem Horst Blume einen kräftigen Arschtritt verpassen. Soll er mal »Abgebauter Staat« von 1927 lesen. Für mich war Gesell Anarchist!
Mit anarchistischen Grüßen, Jeanette Molé, Birnbach

Anm. der Red.: Wir gestehen ein, daß die Überschrift des Gesell-Beitrags eine Provokation darstellte, die inhaltlich im Artikel in dieser Schärfe auch nicht vertreten wurde. Wir haben sie gewählt, um die Auseinandersetzung um Gesell anzureizen. Der SF ist ein Diskussionsforum, (in letzter Zeit zu wenig genutzt), d.h. Gesell-Anhänger bzw. Anarchisten mit Gesell-Vorlieben sind aufgefordert ihre Gegenmeinung in Artikeln fundiert vorzustellen. Der „Kommentar" von Bernd Schuhmann entspricht allerdings wirklich nicht unseren Vorstellungen von Diskussion. Der SF besteht nicht aus einem einzigen Artikel! Die Art der Anmache, der Sprachstil entspricht...na ja.... Und was soll ein Ausbildungsverbot für Wolfgang Haug wegen seiner Tätigkeit für 14 Nummern SF mit einem Gesell-Beitrag von Horst Blume in Nr.13 zu tun haben? Schließlich, wer definiert, was wir mit Anarchismus zu tun haben, wenn nicht wir für uns selbst – oder gibt es inzwischen einen linientreuen Flügel mit entsprechenden Entscheidungsinstanzen in München-40?

nen die Ideen Gesells diskutiert wurden. Der geheime Kreis bürgerlicher Gesellfreunde war so gut wie unbekannt. Darum wurde er auch kaum behindert (Lautenbach-Gruppe). Die Freiwirtschaftsbewegung war aber nach wie vor verboten. Das NS-Regime hat keine der Forderungen Gesells erfüllt, keine seiner Ideen verwirklicht. Gesell's Ideal des Einzelnen, der weder Vorrechte genießt, noch Sklave ist, wurde mit Stumpf und Stiel bekämpft. Der Totalstaat (dessen Abbau Gesell forderte) mit seinem Massen»recht« wurde zu Lebzeiten Gesells von Hitler und seinen Ideologen propagiert und nach Gesells Tod gingen die letzten Regierungen der Weimarer Republik dazu über, dem NS-Staat die Grundlagen zu verschaffen. Gesell lehnte Massen»rechte« strikt ab – er setzte diesen das Menschenrecht entgegen.

Gesell und die Gesellianer

Silvio Gesell hat keine der Gruppen und Splitterparteien, die sich auf ihn beriefen, bevorzugt oder abgelehnt. Und auf Gesell beriefen sich sehr viele Gruppen. Die 'Akraten' genauso, wie die Anhänger der 'Mutterlandspartei' oder andere wie die Gruppen um Micha Fluerscheim und Werner Zimmermann. Gesell selbst rechnete sich gelegentlich zu den Physiokraten – machte sich aber nicht zum 'Führer' oder 'Chefideologen' dieser mehr oder weniger freiheitlichen Gruppe.

Wenn schon zu Gesells Lebzeiten die 'Gesellianer' oder Gruppen, die sich auf ihn beriefen, praktisch nichts mit ihm zu tun hatten und sich oft nicht mit dem Inhalt seines Schrifttums auseinandersetzten, dann dürfen wir ihm die Politik dieser Gruppen nach seinem Tod noch weniger anlasten. Beispielsweise die FSU als Gesells Erben zu betrachten oder sie mit ihm und seiner Idee großartig in Verbindung zubringen, das ist wohl nicht der richtige Weg der Analyse. So wenig die KPK unter Pol Pot etwas mit Marx zu tun hat, so wenig hat die FSU mit Gesell zu tun. Die anderen »neoliberalen« Gruppen wie die Leute um 'mtg' oder 'fragen der freiheit' haben, auch wenn sie sich z.T. auf Gesell berufen, für unser Thema, nämlich die Bedeutung Gesells für die heutigen freiheitliche Strömungen in der BRD im Augenblick keine Relevanz, auch wenn wir die Entwicklung in diesen Kreisen mit einem Auge verfolgen sollten. Den Kreis um »DIAGNOSEN« (rechtes Hetzblatt) können wir abschreiben.

»DER DRITTE WEG«, die Zeitschrift der FSU hat einen starken Rechtsdrall, beruft sich zwar auch auf Gesell, praktiziert aber ein ganz engstirniges Schwarz-Weiß-Denken. Gesell's Ideen werden im »DRITTEN WEG« verstümmelt, vieles wird verschwiegen oder aus dem pysiokratisch-akratischen Zusammenhang gerissen. Micky Fluerscheim, Doc Engert, Max Stirner, T. Hertzka und Gesells Freund Blumenthal kommen dort nicht zu Wort. Wenn Günter Bartsch die FSU aufbauscht, brauchen wir das nicht auch so tun. Das nützt nur diesen spiessigen Kleinbürgern, die aus der NWO einen Selbstbedienungsladen machen wollen.

Gesell und die reaktionären Geldschulen (Manchesterleute)

a) Die Monetaristen stützen ihr System auf den Monopolkapitalismus, sie lehnen die Reformvorschläge Gesells ab, praktizieren mal Inflation mal Deflation, wie sie's gerade brauchen. Die monetaristische Schule hat als Maßstab für Entwicklung nur den Stand des Gewinns sowie die Stützung des Geldes im Sinn. Gesell's Maßstab für seine Wirtschaftsordnung hingegen soll der Mensch sein.

Es ist ja richtig, daß Horst den Monetarismus anprangert und die gefahren dieser »Neoliberalen« aufzeigt – nur sollte das, schon des Themas wegen – einzeln geschehen – [vgl. SF-3 und 4; der Setzer] – und nicht im Zusammenhang mit Gesell, nur weil dieser ein paar Ideen der »Manchester-Schule« für richtig hielt.

b). Die Manchesterschule war evtl. ursprünglich wirklich 'liberal', Gesell sah anfangs in den Ideen dieser Schule den »richtigen Weg«. Aber bald sah er auch, daß »Volksbetrüger« sich zum Schutze kapitalistischer Vorrechte dieser Lehre bemächtigt hatten, Gesell schließlich zur Manchester-Schule: *»Das war Betrug und Heuchelei«*(NWO, 1922). Er sagte weiter: *»Man vergaß oder wollte es nicht einsehen, daß, wenn es natürlich zugehen sollte , man auch dem Proletariat das Recht einräumen müsse, sich den Boden mit denselben Mitteln zurück zu erobern, mit denen er ihm entwendet worden war.« (NWO, 1922).*

c). Den 'Neoliberalen' ruft Gesell klar entgegen: *»Aus dem Kapitalismus müssen wir heraus.«*(NWO, S.XIX) Er rüttelt ja an den Pfeilern des Kapitalismus, wenn er vorschlägt: *»Armut ist eine Kette, und Reichtum ist eine Kette, und der Anblick von Ketten muß jedem Freien ein Greuel sein. Wo er sie sieht, muß er sie brechen.«*(NWO, S.226)

Die reaktionären Geldschulen hingegen kommen ohne die Macht des Staates, ohne die Gewalt von Polizei und Armee nicht mehr aus. Das wird von Gesell schon in der NWO entlarvt, aber auch im 'Physiokrat'. Er schreibt da : *»Dem durch Religion und Gesetz an Händen und Füßen gefesselten Arbeiter setzt sich der Kapitalist einfach auf die Brust, bis er erstickt. Dann schlägt der Kapitalist stolz mit den Flügeln und kräht seinen „Sieg im Kampf ums Dasein" in die Welt hinaus«.*

Spricht so ein Faschist?

Hier also könnte unsere heutige Kritik an S.Gesell ansetzen. Wenn Gesell um die Macht des Staates, die Verbindung zwischen der Staatsgewalt und dem Kapitalismus weiß und um die brutalen Methoden der Kapitalisten – warum glaubt er dann, daß zuerst die wirtschaftlichen Veränderungen kommen müssen um die wahre Demokratie zu erreichen? Er müßte doch wissen, daß das Monopolkapital alle tiefen Veränderungen in einem Wirtschaftssystem, ohne daß gleichzeitig der gesellschaftliche Rahmen geändert wurde, mit Gewalt beantwortet. Oder glaubt Gesell, die Kapitalisten geben die Macht freiwillig ab? Allzuviele Hinweise, wie dieser Widerspruch gelöst werden soll, finden wir bei Gesell ja nicht. Er sagt zwar, daß die Ketten, wo man sie sicht, gebrochen werden müssen. Aber wie das zu tun sei, da finden wir wohl kaum einen Hinweis in der NWO. Einmal hat aber auch Gesell einen Lichtblick, als er sah, daß gesellschaftliche Veränderungen nur dann möglich sind, wenn der Staatsbetrieb für jeden einzelnen transparent und somit kontrollierbar erscheint. Daß es dazu einer Bewußtseinsveränderung der breiten Schichten bedarf, weiß auch Gesell.

Gesell – Kolonialismus, Imperialismus und Macht

Um Gesell einen Bezug zur imperialistischen Ideologie vorzuhalten, zitiert Horst u.a. aus der NWO: *»Handelsvölker...erobern die*

Welt«. Jemand, der die NWO nicht gelesen hat, müßte Gesell jetzt einen Vertreter des Kolonialismus bzw. Imperialismus nennen. Der NWO-Leser hingegen kennt Silvio Gesell als einen Eiferer gegen Kolonialismus, Imperialismus und Macht. Gesell läßt sich aber im Gegensatz zur nationalistischen Linken, zu Nationalisten und Nationalrevolutionären nicht auf die herkömmliche Staats-, Länder- und Kolonialmodelle ein; er (und das muß kein Nachteil sein) träumt von einer einheitlichen Welt, ohne Grenzen, Zölle, Nationalstaaten und Kriege. darum prangert er massen-und Völkerrecht (Horst zitiert das ja auch) unerbittlich an. *»Die Rechte der Massen können niemals eng genug begrenzt werden«, ein Zitat aus der NWO – leider sinnentstellt und zusammenhanglos auf's Papier gebracht. Einmal handelt es sich, wie wir alle wissen, bei dem Wort Massen um einen schwammigen und zweischneidigen Begriff. Gesell bezieht hier das Wort Massenrecht auf Staatsgesetze, auf nationale Phrasen und gegen das von den imperialistischen Mächten erdachte und zudem total mißbrauchte »Völkerrecht« (remember Bangla Desh, Katanga). Am Schluß des Absatzes, aus dem das Zitat stammt, setzt Gesell dem Massenrecht das Recht des Einzelmenschen (auf Freiheit und Würde) entgegen – heute würden wir sagen, das Menschenrecht. In seinem Beitrag »Freiland, die eherne Forderung des friedens« (NWO, 55-71) prangert Gesell nicht nur Unterdrückung und Kolonialismus bzw. imperialistische Politik an – er greift auch (fast ein Novum zu dieser Zeit und in Europa) Völkermord und Rassismus an.*

Den Abschnitt über Macht und Kolonialismus soll ein kleiner Beitrag von Gesell beenden: »Dem Boden und seinen Schätzen gegenüber gibt es keine Völkerrechte, kein Massenrecht, keine Staatshoheitsrechte. Das Völkerrecht darf sich nur auf das beziehen, was Menschenhand geschaffen. Sobald wir den Völkern Rechte einräumen, die über das recht des Einzelmenschen hinausgehen, verwandelt sich solches recht in Krieg. Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den boden, auf den ganzen Erdball die gleichen, unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechts bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg.

Darum wiederhole ich: will man den Völkerfrieden, so muß dieser ersten Forderung genügt werden, allen Menschen, restlos allen Menschen gehört die Erde, und weg mit dem Massenrecht, weg mit der Staatshoheit, die dieses Urrecht antastet!«(NWO,S. 65)

Die NWO und wir

Innerhalb der freiheitlichen Bewegungen jeglicher Coleur ist das Interesse an Gesells Schrifttum wieder gewachsen. So wortradikal der Währungsexperte auch schreibt, müssen wir uns doch vor falschen Schlußfolgerungen hüten. Wir haben gesehen, daß Gesell mit Faschismus, Monetarismus und Rassismus wenig im Sinn hat. In der NWO finden wir auch manche Stellen, wo Gesell an Deutschland, Klassengesellschaft und Kriegstreiberei kein gutes Haar läßt. Mag er auch kein »Pazifist« sein, er wendet sich konsequent gegen die Kriegsmacher.

Trotz allem gibt es **keinen Hinweis** in der NWO auf eine anarchistische Gesinnung Gesells – er bleibt Physiokrat. Gesell war aber auch kein Mann der staatsbejahenden Strömungen – er forderte nicht nur einmal den Abbau des Staates. Aber deswegen aus S. Gesell einen »Karl Marx der Anarchisten« zu machen, ist sehr oberflächlich (...)

Auf die Gesell-Verfälscher Kessler, Bartsch und Binn einzugehen, soll hier nicht unsere Aufgabe sein. Das bringt meines Erachtens zu wenig. Es gilt und da will ich Horst und anderen Recht geben, das Werk Gesells kritisch zu betrachten und es in einen freiheitlich-sozialistischen Zusammenhang zu stellen. Die NWO zeigt Ursache, Mechanismus und Wirkung des Kapitalismus und Imperialismus während einer bestimmten Epoche genauestens auf. Darin liegt der Wert der NWO: es ist eine Art 'Geschichte der kapitalistischen Entwicklung' während einer bestimmten Epoche. Darin liegt aber auch eine gewisse Hemmschwelle: da das Werk sehr zeitbezogen dasteht, ist es sehr schwer zu aktualisieren und kaum von unnötigem Ballast zu befreien. Wenn »883« das versuchen will, bitte. Es ist das recht der Genossen, das zu tun. Gesell sollte man auch zugutehalten, daß er versucht, ein freiheitliches Denk-und Lebens- und Wirtschaftsmodell zu schaffen, das soviele Mängel (über die wir diskutieren können) es auch enthalten mag, wertvolle Impulse für eine libertäre Geld-und Wirtschaftstheorie bzw. für eine Bewußtseinsveränderung der Einzelnen gibt. In dieser Hinsicht will ich die »883«-Leute und alle anderen Gesell-Forscher ermutigen, weiterzumachen, weiterzubohren. Denn der Kapitalismus gönnt uns keine Atempausen.

Nur an der rücksichtslosen Wahrheit, die auch dort gesagt werden soll, wo ihre Spitze gegen uns gerichtet zu sein scheint, kann die Welt genesen.

Silvio Gesell

Gesell-Diskussion

Zu schnell geurteilt Zum Blume-Aufsatz »Silvio Gesell, 'der Marx der Anarchisten' – ein Faschist.«

von Günter Bartsch

Da ich in diesem Aufsatz zitiert werde, geht er mich an, obwohl ich kein Freiwirtschaftler bin. Überdies stammt auch der Satz von Gesell als dem 'Marx der Anarchisten' von mir; er bezog sich auf die Strenge und Folgerichtigkeit seines Denkens.

Die meisten der heutigen Gesell-Anhänger haben meine Definition als 'Anarcho-Liberale' akzeptiert. Es gab nur einen Widerspruch, der jedoch behutsam war. Dr. Ernst Winkler, welcher Gesells Ideen in mathematische Formeln umsetzen konnte, schrieb in einer Broschüre über die Freiwirtschaft: *»Die Definition als Anarcho-Liberale charakterisiert nicht nur ihre nach außen auffälligste Zielsetzung: Abbau des Staates und höchstmögliche Freiheit des Einzelmenschen, sondern auch ihre geschichtliche Entwicklung.«*

Mir selbst kamen aber Bedenken, ob diese Einordnung auf alle Gesell-Anhänger zutrifft. Gab es nicht auch andere Tendenzen? Auf jeden Fall hat die Freiwirtschaft zwei historische Wurzeln: einerseits den Liberalismus, andererseits den Anarchismus (insbesondere Proudhons und Stirners).

Hätte Horst Blume seinen historischen Ansatz nicht schon durch den abschüssigen Titel verpfuscht, wären einige Klärungen möglich gewesen. So aber legte er sich selbst fest. Bemühte auch trotz seiner antiautoritären Gesinnung marxistische Autoritäten.

Gesell ist weder ein Neoliberaler, noch ein Hurra-Patriot, geschweige ein Antisemit oder ein Großindustrieller gewesen. Wenn Blume ihn dahingehend zitiert, daß die *»Manchesterschule auf dem richtigen Wege war«*, so hätte er auch seine Einschränkungen und Ergänzungen erwähnen müssen. Herausgerissene Zitate vermitteln fast immer ein einseitiges Bild. Gesell hat sich niemals *»hinter die schlimmsten Ausbeutungsformen gestellt...«*

War er wirklich *»geschwätzig«*? Marx hat drei dicke Bände über das Kapital geschrieben, Gesell nur einen Band. Dessen Ergebnis lautet nicht, *»daß alle sozialen Probleme mit der Beherrschung des Geldumlaufs zusammenhängen.«* Diese Formulierung ist zu schwammig und banal. Dr.Th.Christen hat das Ergebnis viel klarer ausgedrückt: *»Gleich wie Achilles nur an der Ferse verwundbar war, so läßt sich der harte Ring, den der Kapitalismus um uns schmiedet, nur an einer Stelle sprengen, da, wo er mit dem Geldwesen verlötet ist.«*

Blume behauptet jedoch, Gesells Reformen sollen *»als währungspolitische Kurskorrekturen* **innerhalb** *des kapitalistischen Systems stattfinden.«* Das Wichtigste bei der FFF-Bewegung, ihre Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft, bleibt unbegriffen oder wird nicht zur Kenntnis genommen. Indes hätte gerade diese Unterscheidung eine Diskussion verdient. Erst von da aus kann Gesell gewürdigt oder verworfen werden.

Was den Anarchismus betrifft, so gibt es in ihm recht verschiedene Wege und Mittel, um den Staat aufzuheben, warum nicht auch eine freiwirtschaftliche Methode? Intoleranz und Phantasielosigkeit will den Anarchismus freilich immer wieder auf einen ganz bestimmten Weg festlegen, womöglich gar auf einen marxistischen.

Gesell war von seinem Beruf als Kaufmann her ein Praktiker, der sich wenig um Theorien scherte, aber einen unbestechlichen Blick dafür hatte, daß die meisten Kommunisten gar nicht kommunistisch leben wollten und infolge ihres Egoismus auch nicht können. Wo immer das Gespräch auf gleiche Löhne kam, wurden sie sehr schweigsam. Für die Arbeiter ja, für sie selbst sollten andere Maßstäbe gelten. So ist es in den kommunistischen Ländern auch gekommen. Indes bestreitet Blume Gesell das Prädikat 'Anarchist' auch deshalb, weil er nicht für gleiche Löhne war. Es ist freilich unbequem zu hören, was er über den anarchistischen Kommunismus sagte. Aber sollte nicht auch seine Meinung bedacht werden können? – daß nämlich bei allgemeiner Aufhebung des Geldes kein anderes System als ein zwangskommunistisches mehr möglich ist.

Manche Anarchos sind so zimperlich wie Primadonnen. Sie wollen ein möglichst freies Leben, machen sich aber nicht klar, was das in der Praxis bedeutet und erfordert – außerhalb aller ideologischen Schablonen, an denen es auch im Anarchismus nicht fehlt. Gesell hat da mancherlei ausgesprochen, was ihm nun übel genommen wird, etwa über Freizügigkeit und was es heißen würde, ohne staatliche Justiz zu leben. Darüber sind sonst in anarchistischen Schriften nur Idealismen zu finden. Für Gesell war die Freiheit keine Phrase: er lebte sie auf seine Art. Und Freiheit ist gerade das, was niemals schablonisiert werden kann. Frei ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie alternative Lebens- und Wirtschaftsstile zuläßt statt auf neuer Grundlage einen Einheitsstil – wie *»Aufhebung des Privateigentums«* zu diktieren.

Diktate bahnen sich überall da an, wo über die Köpfe der Menschen gedacht und ihre Zustimmung für tiefe Eingriffe in die Gesellschaftsstruktur einfach vorausgesetzt wird. *»Aufhebung des Privateigentums«* – darin faßte Marx den Kommunismus zusammen. Mit Anarchismus hat das meines Erachtens wenig zu tun. Seine geschichtliche Aufgabe ist die Infragestellung aller Staatsgrenzen. Das Eigentumsproblem kann niemals gewaltsam, ideologisch oder gesetzlich, sondern nur durch freie Vereinbarung gelöst werden. Für immer ist die Zeit vorbei, wo man alle Menschen unter einen Hut bringen konnte. An diesem Versuch wird das kommunistische System ebenso zugrundegehen wie das faschistische und nationalsozialistische. Totalitäre Praktiken sind nirgendwo mehr gefragt, aber totalitäre Theorien beschwichtigen die Angst vor der wilden und ungestümen Freiheit des Lebens.

Gesell hatte keine Angst. Er verkroch sich nicht in Schablonen. Ihm war ganz bewußt, daß die Freiheit ebenso furchtbar wie fruchtbar ist.

In der FFF-Bewegung gab es aber recht verschiedene Strömungen: eine auf Wirtschaftsreform beschränkte, eine revolutionäre, eine freisozialistisch-lebensreformerische und eine völkische. Nur die völkische Strömung spann Verbindungsfäden zum Nationalsozialismus. Ihr war Gesell am wenigsten gewogen. In sie griff er ein, um eine Kurskorrektur zu erreichen. Die völkische Strömung war m.E. auch die schwächste innerhalb der FFF-Bewegung, von derem freiheitlichen Geist sie abirrte.

Dies alles sollte in Betracht gezogen werden, wenn jemand über Gesell und die Freiwirtschaft zu schreiben beginnt. Es muß verantwortet werden können. Gesell war kein 'Faschist', sondern ein Akrat, der beim Abbau des Staates nicht stehenbleiben wollte.

Unser Redaktionsgast: Manfred Wörner

Verrohung der politischen Kultur

Der Bundesverteidigungsminister fühlte sich im Kreis Tübingen wieder wohl

****

Hautnah!

****

Im Rahmen des baden-württembergischen Landtagswahlkampfs kam der Bundesminister für Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, gestern zu einem überraschenden Besuch in die Tübinger Gegend. Die Landung des amerikanischen Transporthubschraubers der Marke Lockheed, im Volksmund „die fliegende Banane" genannt, wurde von zahlreichen Schaulustigen verfolgt. Nach warmen Begrüßungsworten, gesprochen von Dr. Jürgen Todenhöfer, referierte Wörner vor dem Landwirtschaftsverband zum Thema „Der Zuchtbulle als Element der westlichen Verteidigungsstrategie". In der anschließenden Diskussion wandte sich der Minister gegen Hüftspeck und Bauchfalten als „untrügliche Anzeichen des Niedergangs abendländischer Sitte".



Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner stieg gestern mit Dr. Jürgen und Frau Francoise Todenhöfer im Rottenburger „Martinshof" zum Mittagessen ab. Hier sieht man den Geheimnisträger beim gemeinsamen Tischgebet. Ruhig und gefaßt sprach der Christdemokrat die Formel: „Komm, Herr Jesus, sei unser Gast, und segne was du uns bescheret hast." Bild: Geil

Auch für den Bullenzüchter sei das Ideal des straffen Körpers nach wie vor „verpflichtend". „Lassen wir uns doch nichts vormachen", rief Lateiner Wörner unter dem Beifall der Landwirte, „mens sana in corpore asini". Einen Bogen zur Familienpolitik schlagend, polemisierte der Minister gegen die „schwule Gleichmacherei", die seinen Erkenntnissen nach „nichts, aber auch gar nichts" mit „der Philosophie der Griechen" zu tun habe, „denn die wußten sehr genau, was sie taten".

Am TAGBLATT-Telefon

Nach einer kurzen Stippvisitet im Tübinger CDU-Parteibüro (Parteifreund Karl Schweizerhof beim Faßanstich: „Prost!") stellte sich Wörner in der TAGBLATT-Redaktion den Fragen der Bürger am Telefon. Wohl noch nie war das TAGBLATT-Telefon so belegt wie an diesem Mittag; zahlreiche Anrufer mußten abgewiesen werden. Wörner gab sich offen und überhaupt nicht zugeknöpft. Auf die Affäre Kießling angesprochen, sagte er unumwunden, er könne sich „das ganze Tam-Tam nicht erklären". Es sei nun mal so: er persönlich käme mit denen „vom anderen Ufer" bestens aus, und im Lauf der Zeit habe sich zu einigen Mitarbeitern gar ein „einzigartiges Vertrauensverhältnis entwickelt". Aber sobald die innere Sicherheit berührt werde, laufe bei ihm nichts mehr. Wörner wörtlich": „Ich lasse mich ja auch nicht von meiner Vorzimmerdame beim Schlafwandeln belauschen." Man müsse schon unterscheiden zwischen Dienst und Schnaps. Zum Beispiel trage er privat „als homo ludens") schulterlanges Haar, um nicht gleich aufzufallen. Seine Dienstfrisur dagegen sei „bewußt sachlich gehalten".

Wörner wirkt gelöst und smart, er hat die Nackenschläge der letzten Wochen offenbar gut überstanden. Besonders geholfen hat ihm dabei seine Ehefrau. „Ohne Elfie wäre ich nicht, was ich heute bin", lächelt der durchtrainierte Starfighter-Pilot und schlägt die Beine mit den mattglänzenden Stiefeln übereinander. „In meiner Position braucht man keinen Exclusivtreff mehr", beschied Wörner in seiner knappen Art einen vorwitzigen Fragesteller am Telefon. „Abgesehen vom Sicherheitsrisiko: als Persönlichkeit öffentlichen Interesses hält man höchstens mal mit seinen Enkeln Händchen." Alles andere gehe auf das Konto von Doppelgängern.

Affäre mit Kaiserstochter

An solchen hat es nach Wörners Angaben keinen Mangel. So habe man ihm vor Jahren keine Affäre mit der zu dieser Zeit 94jährigen Kaiser-Tochter Viktoria-Luise unterjubeln wollen. Damals habe noch ein einziges Telefongespräch mit Staatssekretär Hiehle genügt, um den Fall zu klären. Heute dagegen werde „jeder Pfurz" von der Presse ausgeschlachtet – „das nenne ich Verrohung der politischen Kultur, wenn Sie wissen, was ich meine", rief Wörner. Er habe aus diesem unerfreulichen Zustand auch persönliche Konsequenzen gezogen: er sei heute – zahlreiche Kollegen könnten das bezeugen – weder homo- noch hetero, sondern überhaupt nicht sexuell.

Zu einem Zwischenfall kam es dann am Abend im Tübinger Landestheater. Wörner hatte sich als wehrpolitischer Experte persönlich einen Eindruck von dem Stück „Die Soldaten" verschaffen wollen, saß die Vorstellung jedoch nur schlafend durch. Der Minister erwachte erst durch den tosenden Schlußapplaus; sofort schlug auch er selbst begeistert in die Hände. Beim Verlassen des Theaters dann geschah es: wie Augenzeugen berichten, trat plötzlich ein dezent gekleideter Herr auf den Minister zu und versuchte, ihm ein kleines Bakschisch zu überreichen. „Nein, danke", soll Wörner gesagt haben, er sei nicht der „Otto von den Liberalen", sondern „der Manni von der Hardthöhe". Dem Vernehmen nach hatte der Geldbote Wörner für den Kritiker einer überregionalen Gazette gehalten und ihn im Sinne der Brüsseler NATO-Zentrale einstimmen wollen.

Mann ist Mann

„Hier sieht man wieder", erregte sich noch am Abend Gerd Weimer für die SPD, „mit welch schlampigen Methoden der MAD unsere Sicherheit gefährdet". Für die Grünen beklagte Fritz Kuhn, daß „pekuniäre Neigungen auch im Überbau zunehmend für Schlagseite sorgen" – Neigungen, die Wörner bei einem abschließenden Umtrunk im „Club Jaguar" entschieden bestritt. Die FDP distanzierte sich. BND-Chef Stengel zum TAGBLATT: „Tot ist tot und Mann ist Mann." Vom Bundesministerium des Innern war gestern nacht keine Stellungnahme mehr zu erhalten.

bum





»Gruppenbild mit Dame«

Unschwer zu erkennen Rudolf Rocker (mittlere Reihe, 3.v.r.) und Augustin Souchy (mittlere Reihe, 2.v.l.). Aber wer sind die anderen FAUD-Mitglieder?
Wer die meisten identifiziert erhält einen Buchpreis!